



Landtag von Baden-Württemberg

43. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 18. Juli 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 13:26 bis 14:30 Uhr

Schluss: 19:20 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2349	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2406, 2414
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	2349	Abg. Claus Schmiedel SPD	2408, 2414
Begrüßung von Kommunalpolitikern aus dem Senegal	2362	Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer	2410
1. Regierungserklärung – Die Energiewende – Chance für die Wirtschaft, Schutz für das Klima, Gewinn für die Menschen und Aussprache	2349	4. Regierungsbefragung	
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	2349	4.1 Länderfinanzausgleich	2384
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	2356	Abg. Klaus Herrmann CDU	2384, 2386
Abg. Peter Hauk CDU	2362, 2383	Ministerpräsident Winfried Kretschmann	2385, 2386, 2387, 2388
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2370, 2383	Abg. Winfried Mack CDU	2386
Abg. Claus Schmiedel SPD	2375, 2384	Abg. Andreas Stoch SPD	2387
Minister Franz Untersteller	2378	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	2387
2. Aktuelle Debatte – Der zunehmende Fachkräftedbedarf als Wachstumshemmnis und politische Aufgabe – beantragt von der Fraktion der SPD	2394	Abg. Karl Klein CDU	2388
Abg. Hans-Peter Storz SPD	2394	Abg. Muhterem Aras GRÜNE	2388
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	2395	4.2 Maßnahmen zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs	2389
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	2398	Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE	2389, 2393
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	2400	Ministerin Theresia Bauer	2389, 2390, 2391, 2392, 2393
Minister Dr. Nils Schmid	2400	Abg. Dr. Dietrich Birk CDU	2390, 2391, 2392
3. Aktuelle Debatte – Massive Streichungen und Umschichtungen von Lehrerstellen angekündigt – was plant die Landesregierung? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	2402	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Drucksache 15/1650	
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	2402, 2413	Beschlussesempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2014	2415
Abg. Sabine Kurtz CDU	2404, 2413	Abg. Klaus Herrmann CDU	2416
		Abg. Muhterem Aras GRÜNE	2417
		Abg. Klaus Maier SPD	2419
		Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	2421
		Staatssekretär Ingo Rust	2422
		Beschluss	2424

<p>6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg – Drucksache 15/1682</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Drucksache 15/2083. 2424</p> <p>Beschluss 2424</p> <p>7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg und des Versorgungsrücklagegesetzes – Drucksache 15/1719</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2013. 2424</p> <p>Abg. Joachim Kößler CDU 2425</p> <p>Abg. Brigitte Lösch GRÜNE 2425</p> <p>Abg. Nikolaos Sakellariou SPD 2426</p> <p>Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 2427</p> <p>Staatssekretär Ingo Rust 2427</p> <p>Beschluss 2427</p>	<p>8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes – Drucksache 15/1840</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/2072. 2428</p> <p>Beschluss 2428</p> <p>9. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Arbeitsgruppe zur zweiten Rheinbrücke und Planfeststellungsverfahren – Drucksache 15/1355 (geänderte Fassung) 2429</p> <p>Abg. Manfred Groh CDU 2429</p> <p>Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE 2431</p> <p>Abg. Johannes Stober SPD 2433</p> <p>Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 2434</p> <p>Staatssekretärin Dr. Gisela Splett 2434</p> <p>Beschluss 2437</p> <p>Nächste Sitzung 2438</p> <p>Anlage Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen 2438</p>
--	--

Protokoll

über die 43. Sitzung vom 18. Juli 2012

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 43. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Krankgemeldet sind Herr Abg. Marwein und Herr Abg. Renkonen.

Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Erler.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der CDU für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich darf Sie um Ruhe bitten, damit wir in die Tagesordnung eintreten können.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung – Die Energiewende – Chance für die Wirtschaft, Schutz für das Klima, Gewinn für die Menschen

und Aussprache

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende ist eine Aufgabe von historischer Tragweite. Sie ist ein Generationenprojekt, und sie bietet große Chancen für Baden-Württemberg und darüber hinaus. Deshalb hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt, Pionier und Antreiber der Energiewende zu sein. Wir haben hierzu in den vergangenen Monaten wichtige Projekte auf den Weg gebracht. Wir sind auf einem guten und richtigen Kurs.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Die Frage ist: Wohin?)

Wenn wir heute von der Energiewende reden, dann sollten wir uns zunächst vor Augen halten, wie lange es diesen Begriff schon gibt. Im Jahr 1980, als ich zum ersten Mal diesen Plenarsaal betrat, saßen im Öko-Institut in Freiburg drei Experten zusammen und beendeten eine wegweisende Studie mit dem Titel „Energiewende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran“.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Darin wurden die Notwendigkeit und die Machbarkeit einer Abkehr von der Atomkraft und von der übermäßigen Nutzung fossiler Energieträger skizziert.

Mehr als drei Jahrzehnte hat es gedauert und einiger einschneidender Ereignisse bedurft, bis aus dieser Vision ein partiübergreifendes politisches Konzept wurde, das im Konsens beschlossen wurde. Es begann mit den Demonstrationen gegen den geplanten Bau des Atomkraftwerks in Wyhl am Oberrhein ab Mitte der Siebzigerjahre, die maßgeblich von Winzern, Landwirten, Hausfrauen und Studierenden organisiert wurden. Trotz der breit getragenen Proteste wurde in den folgenden Jahren der Bau von weiteren AKWs durchgesetzt. Dies führte zu einer tief greifenden Spaltung der Gesellschaft in der ganzen Republik.

Eine große Leistung der ersten rot-grünen Bundesregierung ab 1998 bestand darin, mit dem Atomausstiegskonsens, den sie mit der Energiewirtschaft ausgehandelt und dann in ein Gesetz gegossen hat, den Weg zu einer Befriedung dieses Großkonflikts gewiesen zu haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es war ein politischer Erfolg, den Ausstieg aus einer unverantwortbaren Risikotechnologie begonnen zu haben.

Leider wurde dieser Konsens wieder aufgekündigt. Erst die schrecklichen Ereignisse von Fukushima haben bei vielen politisch Verantwortlichen, die die Wende rückgängig machen wollten, ein Umdenken ausgelöst. In der Folge ist es gelungen, in einem breiten politischen Konsens aller Parteien im Bundestag und mit allen Bundesländern zu einem verbindlichen Zeitplan für den Ausstieg aus der Atomenergie zu kommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Bundesregierung hat nach Fukushima die Konsequenzen aus dieser Katastrophe gezogen. Sie hat ihre eigenen Beschlüsse zur Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke infrage gestellt und zu einer Ausstiegslösung zurückgefunden, die im Kern von der rot-grünen Vorgängerregierung stammte.

Nun stehen wir vor der großen Herausforderung, die Leistung der Atomkraftwerke durch andere Energieerzeugungsformen zu ersetzen. Dazu gibt es einen weiteren breiten Konsens: Statt mit Atomkraft soll der Strom künftig in erster Linie aus erneuerbaren Energien erzeugt werden.

Nach dem Stromeinspeisungsgesetz, das die Grundlagen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen geschaf-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

fen hat, konnte mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vom März 2000 der Grundstein für eine beispiellose Erfolgsgeschichte im Ausbau der regenerativen Energien gelegt werden, und diese Erfolgsgeschichte muss weitergehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dabei ist zwingend erforderlich, dass der massive Ausbau der erneuerbaren Energieträger von einer deutlichen Reduzierung des Energieverbrauchs sowie einer Steigerung der Energieeffizienz begleitet wird. Diese drei Leitplanken der neuen Energiepolitik – mehr erneuerbare Energien, mehr Einsparung und mehr Effizienz – müssen nun ernsthaft und konsequent umgesetzt werden.

Ich möchte nun eine Bilanz des vergangenen Jahres ziehen – ein Jahr, in dem wir ganz entscheidende Weichen stellen und zentrale Projekte auf den Weg bringen konnten.

Wir haben uns im Bund erfolgreich für einen beschleunigten Atomausstieg eingesetzt, bei dem zeitlich gestaffelt konkrete Abschaltzeitpunkte für die einzelnen Reaktoren gesetzlich festgeschrieben sind.

Wir haben in den Verhandlungen der Bundesregierung mit den Ländern dafür gesorgt, dass kein Atomreaktor als Kaltreserve vorgehalten wird.

Mit unserem Eckpunktepapier zur Endlagerung radioaktiver Abfälle ist die festgefahrene Diskussion in diesem Bereich aufgebrochen worden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nach monatelangem Streit um das Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde jetzt ein vernünftiger Kompromiss gefunden. Der Einspeisevorrang für die erneuerbaren Energien bleibt erhalten. Die Förderung wird zwar abgesenkt, aber es bleibt ein vernünftiges Niveau erhalten, und die Anpassung wird auch für unsere Anbieter verträglich gestaltet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Die Novelle des Landesplanungsgesetzes und ein Windenergieerlass sind verabschiedet. Damit haben wir die Rechtsgrundlagen für einen deutlichen Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg geschaffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben Vorschläge für ein neues Kapazitätsmarktmodell für die Stromwirtschaft vorgelegt, das ausreichende Investitionsanreize für den Bau von Kraftwerken und Speichern bietet, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Wir haben die Eckpunkte für ein Landesklimaschutzgesetz und ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept beschlossen, mit denen wir dem Klimaschutz einen gesetzlichen Rahmen geben werden, und wir haben die Haushaltsmittel für die Umsetzung der Energiewende und für die Energieforschung im Land erheblich aufgestockt.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht – nicht so der Bund, wo ein Jahr verschlafen wurde. Dies ist umso misslicher, als viele Projekte der Energiewende vom Bund ins Werk gesetzt werden müssen.

Zudem ist es wichtig, dass wir die europäische Dimension nicht aus den Augen verlieren und gesamteuropäische Lösungen anstreben, etwa bei so zentralen Themen wie dem Netzausbau. Auch über die Landesgrenzen hinaus sind wir mit unseren Nachbarn und Partnern auf einem guten Weg, z. B. am Oberrhein mit dem TRION-Projekt, wo wir die Potenziale der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien grenzübergreifend betrachten, z. B. am Bodensee mit den Klimaschutzkongressen der Internationalen Bodenseekonferenz oder dem BAER-Projekt, das die Internationale Bodenseehochschule fördert.

Auch im Donaauraum spielen Energiefragen eine ganz wesentliche Rolle. So lassen sich etwa mit Unterstützung von „Connecting Europe“-Mitteln Potenziale in den Bereichen Wasserkraft, Speicherung, Sonne, Wind und Biomasse erschließen. Diese grenzübergreifenden Aktivitäten sind wichtig, damit wir in keine einseitigen Abhängigkeiten kommen.

Welche Herausforderungen und Chancen liegen nun vor uns? Der Ausstieg aus der Atomkraft und der Umbau der Energieversorgung sind ganz zweifellos von historischer Tragweite. Die ganze Welt schaut auf dieses Projekt, das wir hier in Deutschland umsetzen wollen.

In ihrer Dimension ist die Energiewende mit der ersten industriellen Revolution vergleichbar. Der Historiker David Landes fasst den technischen Kerngehalt der ersten industriellen Revolution in drei Punkten zusammen: Im Zentrum standen erstens die Energieerzeugung und -umwandlung durch die Dampfmaschine, zweitens die massenhafte Verwendung von Kohle und Eisen und drittens die Mechanisierung von Handarbeit durch Maschinen.

Auch die erste industrielle Revolution beruhte also auf einer Änderung der Art und Weise, wie wir Energie erzeugen und wie wir sie nutzen. Auch die erste industrielle Revolution brachte massive technische, wirtschaftliche und natürlich auch soziale Veränderungen mit sich. Auch die erste industrielle Revolution rief den Widerstand all derjenigen hervor, deren Geschäftsmodelle durch die neue Technik bedroht waren.

Daher wundere ich mich natürlich auch nicht über die Gegenwehr unserer Tage. Es vergeht derzeit kein Tag, an dem nicht von interessierter Seite versucht wird, die Energiewende zu diskreditieren, sei es mit Horrorszenarien von dunklen Städten und kalten Wohnungen oder sogar dem Gespenst einer Deindustrialisierung. Begleitet wird dies dann von solchen Sprüchen wie dem, die Energiewende sei schwieriger als die Mondlandung.

Dabei wird so getan, als gäbe es eine bessere Alternative und als könnte man den Umbau des Energiesystems aufhalten. Aufhalten kann man ihn genauso wenig, wie man die erste industrielle Revolution hätte aufhalten können. Man kann ihn höchstens bremsen. Aber ist das vernünftig?

Unbestritten ist, dass Öl und Gas knapper werden. Wahrscheinlich ist schon in wenigen Jahren der Höhepunkt der Ölförderung erreicht. Unbestritten ist des Weiteren, dass zugleich die Nachfrage nach Öl und Gas immer weiter steigen wird. Grund dafür ist natürlich der Energiehunger aufstrebender Länder wie China und Indien und eine immer noch schnell wachsende Weltbevölkerung. Unbestritten ist auch, dass auf-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

grund des Emissionshandels die Preise für Stein- und Braunkohle stetig steigen werden.

Alles zusammen führt im Ergebnis dazu, dass die Preise fossiler Brennstoffe im Trend massiv ansteigen werden und die Wahrscheinlichkeit von Preissprüngen und krisenhaften Zuspitzungen steigt. Um es ganz klar zu sagen: Die gewohnte sichere Versorgung mit billigem Öl, billigem Erdgas und billiger Kohle gehört ein und für alle Mal der Vergangenheit an.

Würden wir den Kritikern der Energiewende folgen und unser Energiesystem erhalten, wie es ist, lediglich das marode Energienetz erneuern und ein paar effizientere fossile Großkraftwerke aufstellen, müssten wir daher mit massiv steigenden Preisen, mangelnder Versorgungssicherheit bis hin zu Rezessionen, mit Konflikten um Energie sowie einem forcierten Klimawandel rechnen. Das kann also keine vernünftige Alternative zur Energiewende sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Selbstverständlich gehört auch zur Wahrheit, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben ist. Aber im Gegensatz zum „Weiter so!“ sind die Kosten und die Folgen der Energiewende beherrschbar. Langfristig werden die Preise womöglich sogar sinken. Denn der alte Satz, dass die Sonne keine Rechnung schickt, ist richtig.

Das Leipziger Institut für Energie, das auch schon von unserer Vorgängerregierung beauftragt wurde, kommt in einem aktuellen Gutachten zum Thema Preisentwicklung zum Ergebnis, dass im Zeitraum von circa zehn Jahren für energieintensive Industriebetriebe, wenn überhaupt, dann nur mit einem äußerst moderaten Anstieg der Preise zu rechnen ist bzw. sogar auch ein Rückgang der Strompreise um 2,5 % möglich ist.

Für Privathaushalte gehen die Gutachter von einem Anstieg der Strompreise um 22 % bis 2020 aus, also insgesamt von einer Steigerung um gut 5 Cent pro Kilowattstunde. Das ist ein geringerer Anstieg als im gleichen Zeitraum in der Vergangenheit, ein Anstieg, der zudem durch verschiedene Maßnahmen vollständig ausgeglichen werden kann: erstens durch eine bessere Nutzung des Wettbewerbs und den Wechsel zu einem günstigeren Stromanbieter, zweitens durch Erschließung der Potenziale der Energieeffizienz und -einsparung; denn am preiswertesten ist natürlich die Energie, die nicht gebraucht wird.

Außerdem ist es falsch, die Energiewende ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Kosten zu betrachten; denn Kosten sind ja zugleich Investitionen. Es lohnt sich, sich noch einmal vor Augen zu führen, was wir für unsere Investitionen bekommen:

Wir bekommen ein Energiesystem, das uns schrittweise von Öl und Gas und damit auch von der Preisentwicklung dieser Güter unabhängig macht. Wir bekommen ein Energiesystem, das langfristig preiswerter ist als das bestehende fossile Energiesystem. Wir bekommen ein Energiesystem, das unsere Volkswirtschaft widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger macht. Wir bekommen ein Energiesystem, das den Klimawandel eindämmt. Wir bekommen ein Energiesystem, mit dem wir – wie Barack Obama es einmal formuliert hat – nicht mehr

die Energie der Vergangenheit importieren müssen, sondern die Energie der Zukunft exportieren können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist eine Riesenchance für unsere Wirtschaft. Wir bekommen ein Energiesystem, bei dem wir nicht mehr die Rechnungen der Ölscheichs bezahlen, sondern selbst Wertschöpfung generieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir bekommen ein Energiesystem, das dezentraler gestaltet ist – also näher bei den Menschen –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

und das deshalb ein großes Potenzial der Mitgestaltung beinhaltet, ein Energiesystem, das allerdings hochkomplex ist und dessen Steuerung eine große Herausforderung ist – nicht nur technisch und wirtschaftlich. Es macht aus reinen Verbrauchern Akteure, die sich in vielfältiger Weise beteiligen können.

Bei uns in Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat neues und zukunftsgerichtetes Denken bekanntlich Tradition. Baden-Württemberg ist ein starkes Land mit gewaltigen Ressourcen. Unser Land verfügt allerdings über wenig natürliche Rohstoffe. Daher haben die Menschen hier schon immer auf ihr handwerkliches Können und ihre geistigen Kräfte gesetzt. So ist Baden-Württemberg zum Land der Erfindungen, der Tüftlerinnen und Tüftler geworden.

Bei uns wurden das Fahrrad und das Auto erfunden; das Luftschiff und der Dübel stammen von hier.

(Heiterkeit)

Auch das Urmodell moderner Windkraftanlagen wurde zuerst 1957 auf der Schwäbischen Alb errichtet. Dieser Erfindergeist ist noch immer mehr als lebendig. Bei den Patenten liegen wir bekanntlich ganz vorn. Überall im Land sehe ich Menschen, die an innovativen, neuen Projekten und Produkten arbeiten.

Deswegen können wir uns auch bei der Art und Weise, wie wir zukünftig Strom und Wärme produzieren, wie wir unsere Autos antreiben und wie wir unsere Häuser dämmen, auf denselben Erfinder- und Tüftlergeist verlassen, der unser Land schon immer ausgemacht hat.

Dieser Geist und diese Tatkraft unserer Menschen sind gewaltige Schätze, die es für die Umsetzung der Energiewende zu gewinnen und einzusetzen gilt. Alle Talente sind gefragt, und wir wollen alle in das neue Energiezeitalter mitnehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Thomas Blenke CDU)

Was sind nun die Eckpunkte einer nachhaltigen Energiepolitik? Meine Damen und Herren, eine gesellschaftliche Orientierung muss auf einem langfristigen Leitszenario und auf einem Zielkonsens aufbauen. Deshalb sind die Eckpunkte unserer Energiepolitik – jenseits des Atomausstiegs – folgende:

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Höchste Priorität hat für die Landesregierung die Versorgungssicherheit. Eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas und Wärme ist für ein Industrieland wie Baden-Württemberg lebensnotwendig. Hier werden wir die Bundesnetzagentur und die Bundesregierung unterstützen, damit der notwendige Netzausbau, verknüpft mit der Realisierung von Stromspeichern und Erzeugungskapazitäten, sowie die intelligente Weiterentwicklung der Energieinfrastrukturen rasch vorankommen.

Ein zweiter entscheidender Baustein ist der weitere forcierte Ausbau der erneuerbaren Energien. Hiermit reduzieren wir die Menge an Treibhausgasen und vermindern zugleich die Abhängigkeit von Rohstoffimporten.

Drittens wollen wir die großen Potenziale für Energieeffizienz und zur Energieeinsparung erschließen und den Energieverbrauch in Baden-Württemberg merklich reduzieren.

Viertens verfolgen wir mit unserer Energiepolitik auch das Ziel, die Risiken steigender Preise zu minimieren. In dieser Frage nehmen wir die Sorgen der Menschen sehr ernst. Denn die soziale Ausgestaltung der Energiewende ist uns ein zentrales Anliegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden daher darauf achten, dass Energiearmut und die Energiekosten weder für die privaten Haushalte noch für die Wirtschaft zum Problem werden.

Fünftens wollen wir Baden-Württemberg zur führenden Energie- und Klimaschutzregion entwickeln. Wir werden in einem Klimaschutzgesetz verbindliche Ziele zur Verminderung der Treibhausgasemissionen festlegen und damit unseren Beitrag zum Erreichen der nationalen und internationalen Klimaschutzziele leisten.

Nicht zuletzt setzen wir auf die Bereitschaft in der Gesellschaft, die hier skizzierte Energiewende gemeinsam zu gestalten. Die notwendigen strukturellen Umwälzungen wollen wir in der Energielandschaft nicht einfach von oben herab verordnen. Wir setzen auf den Dialog und werden Modelle für Bürgerbeteiligungen aktiv unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen eine in gleichem Maß sichere, zuverlässige, umweltverträgliche und wirtschaftliche Energieversorgung, die die Bürgerschaft in unserem Land mitträgt. Dies ist unser Anspruch, und dies ist die Richtschnur für unsere energie- und klimapolitischen Ziele und Aktivitäten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch einige Sätze zur EnBW sagen. So problematisch die Umstände des Erwerbs der Anteile auch gewesen sind – neben der Aufarbeitung der Vergangenheit geht es nun um die Gestaltung der Zukunft. Dazu möchte ich drei Anmerkungen machen.

Erstens: Wir stehen zur EnBW und zu ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ihre große Kompetenz ist das große Pfund dieses Unternehmens.

(Zuruf von der CDU: Es wird Zeit, dass Sie das sagen!)

Vor ihrer Leistung habe ich großen Respekt. Das schließt ausdrücklich auch die Beschäftigten in den Atomkraftwerken ein.

(Zuruf von der CDU: Auf einmal!)

Ihr Know-how und ihr Verantwortungsbewusstsein sind für eine sichere Auslauf- und Rückbauphase unabdingbar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Zweitens: Wir wollen, dass die EnBW ein wichtiger Teil und dynamischer Treiber der Energiewende wird. Auf diesem Weg ist die EnBW bereits ein gutes Stück vorangekommen. Der Energiemix des Unternehmens wird nachhaltiger, etwa durch mehr erneuerbare Energien oder durch den Bau eines hocheffizienten Gaskraftwerks in Düsseldorf.

Drittens: Die EnBW hat gute Perspektiven. Wir, die Landesregierung, werden unseren Beitrag dazu leisten, dass sie zu einem Vorzeigeunternehmen der Energiewende wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Durch die Energiewende verändert sich die komplette Struktur des Energiemarkts. Bisher funktionierte der Markt in eine Richtung: Von wenigen zentralen Energieerzeugungsorten wurden die Menschen versorgt. Jetzt bekommen wir einen Markt, in dem die Zahl der Erzeuger deutlich zunimmt. Wir bekommen also einen Markt von vielen zu vielen. Wir sind zuversichtlich, dass die EnBW das erste große Versorgungsunternehmen sein wird, das dieser neuen Welt am Energiemarkt gewachsen ist. Die EnBW hat die Kreativität, das Know-how, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Unterstützung ihrer Anteilseigner, um sich zu einem Versorger neuen Typs zu entwickeln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wo liegt der aktuelle Handlungsbedarf? Meine Damen und Herren, ich sagte bereits, dass wir der Versorgungssicherheit höchste Priorität beimessen. Wir werden darauf achten, dass der Umbau des Energieversorgungssystems so erfolgt, dass jederzeit die Sicherheit der Versorgung gewährleistet bleibt.

Eine Kernaufgabe sehen wir darin, die Nachfrage nach Energie mit der Erzeugung aus erneuerbaren Energien zu synchronisieren, und zwar durch flexible Erzeugung, durch Speicher und durch steuerbare Lasten. Dazu brauchen wir effiziente Gaskraftwerke, die flexibel die erneuerbaren Energien ergänzen. Wir benötigen Speicher, die in Zeiten überschüssiger Erzeugung den Strom aufnehmen und bei Bedarf wieder abgeben. Wir müssen die Lasten in Industrie, Gewerbe und Handel – langfristig natürlich auch in den Haushalten – steuern können. Stromkunden sollen davon profitieren, wenn sie ihre Nachfrage an das Angebot anpassen. Wir benötigen eine intelligente Netzstruktur, um die genannten Komponenten effizient miteinander zu verknüpfen.

Der Markt honoriert derzeit nur die verkaufte Kilowattstunde, nicht die hergestellte Kilowattleistung und die Stabilität

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

des Netzes. Deshalb brauchen wir finanzielle Anreize für das Errichten und den Erhalt von Kapazitäten, die zur Sicherstellung der Netz- und Systemsicherheit benötigt werden. Mit dem von der Landesregierung dazu vorgelegten „Marktdesign für einen Kapazitätsmarkt Strom“ haben wir eine bundesweite Diskussion in Gang gebracht. Das Instrumentarium eines Kapazitätsmarkts muss sehr sorgfältig ausgearbeitet werden.

Es gilt, Wettbewerbsverzerrungen, unerwünschte Mitnahmeeffekte und sonstige Nebenwirkungen zu vermeiden. Deshalb freuen wir uns über die Signale aus Berlin, die eine Bereitschaft der Bundesregierung zeigen, sich der Idee eines Kapazitätsmarkts zu nähern.

Ich möchte noch einmal betonen, dass es insbesondere für Baden-Württemberg und für Bayern, die bisher einen hohen Atomstromanteil hatten, von überragender Bedeutung ist, solche effizienten Gaskraftwerke zu bekommen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Man muss nur einmal sehen, dass in Deutschland regional sehr unterschiedliche Interessenlagen bestehen. Im Osten gibt es einen hohen Anteil von Fotovoltaik und im Norden einen hohen Windstromanteil. Dass es nicht ganz einfach ist, hier zu einem Konsens zu kommen, haben die bisherigen Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz gezeigt. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier kraftvoll unsere Interessen in diesen Prozess einbringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Unser Vorschlag für die Einführung von Kapazitätsmechanismen soll jedoch kein Weg in eine baden-württembergische Energieautarkie sein. Eine solche Autarkie hatten wir im Südwesten noch nie, und wir streben sie auch nicht an, im Gegenteil. Wir sind davon überzeugt, dass die Energiewende am besten und zu den geringsten Kosten gelingt, wenn eine möglichst weitreichende Vernetzung stattfindet: über Baden-Württemberg hinaus und mittelfristig auch über Deutschland hinaus.

Damit bin ich beim Thema Stromnetze. Seit einiger Zeit wird insbesondere die Windkraft im Norden stark ausgebaut, während die Verbrauchsschwerpunkte bekanntlich im Süden liegen. Um den Strom von Nord nach Süd zu transportieren, brauchen wir daher dringend einen bedarfsgerechten und zügigen Ausbau der Übertragungsnetze.

Wie Sie wissen, liegt der Netzausbau bei den Höchstspannungsleitungen aber weit hinter den Planungen zurück. Wir unterstützen daher alle sinnvollen und erforderlichen Maßnahmen, mit denen der Netzausbau vonseiten der Bundesregierung beschleunigt werden soll. Es war daher an der Zeit, dass die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber vor Kurzem endlich den Entwurf eines Netzentwicklungsplans vorgestellt haben. Die Aktivitäten zum Netzausbau erhalten damit hoffentlich eine neue Dynamik.

Wir haben beim Netzausbau in der Regel die Übertragungsnetze im Blick, aber ebenso wichtig wie deren Erweiterung ist nach unserer Auffassung der Ausbau der Verteilnetze sowie deren Umbau zu sogenannten Smart Grids, also zu intelligenten Netzen. Letztlich geht es hier darum, dem Energienetz als Blutkreislauf des Energiesystems ein in alle Richtungen aktives, informationsleitendes und -verarbeitendes Nervensystem beizufügen. In Sachen Smart Grids sehen wir für

die nächsten Jahre noch einen erheblichen Forschungsbedarf und ebenso die Notwendigkeit, Pilot- und Demonstrationsprojekte durchzuführen, was wir vor wenigen Tagen mit Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft in einer ersten Runde durchgesprochen haben.

Zum Ausbau von Speichern: Meine Damen und Herren, es ist eine Binsenweisheit, dass zentrale Energiequellen in unserer Energiekonzeption, nämlich die Solar- und die Windkraft, wetterabhängig sind und damit un stetig einspeisen. Wir brauchen also Speicher. Derzeit stellen Pumpspeicher die einzige ausgereifte Technologie dar, und sie sind auf absehbare Zeit die wirtschaftlichste Option zur Speicherung in großem Maßstab.

Mit Pumpspeichern allein werden wir allerdings den Bedarf langfristig nicht decken können. Schätzungen zufolge könnte der Speicherbedarf bei einer Vollversorgung durch erneuerbare Energien bis zum Hundertfachen der bislang im deutschen Stromnetz verfügbaren Speicherkapazität betragen. Derart große Kapazitäten können aus heutiger Sicht nur durch chemische Speicher bereitgestellt werden.

Wichtige Perspektiven sehen wir hier für die Erzeugung von Wasserstoff durch Strom, um ihn so zu speichern, sowie langfristig – wir können nämlich nur bis zu 5 % Wasserstoff ins Gasnetz einspeisen – für die Power-to-Gas-Technologie, mittels derer Wasserstoff in synthetisches Erdgas umgewandelt wird – hier sind aber noch Effizienzprobleme zu lösen –; aber auch Batteriespeicher werden eine Rolle spielen.

Erneut sind also Forschung und Innovation gefragt, und ich wiederhole mich gern: Wir haben die Fähigkeiten bei uns im Land, um hier erfolgreich zu sein, und werden die Weiterentwicklung dieser Technologien beschleunigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Wie?)

Meine Damen und Herren, ich möchte das Thema Versorgungssicherheit nicht abschließen, ohne auf den vergangenen Winter einzugehen, in dem wir eine angespannte Versorgungssituation bei Strom und Gas hatten. Wir haben die Ereignisse des kalten Februars gemeinsam mit den Energieversorgern ausgewertet. Sie haben uns gezeigt, dass die getroffenen Vorsorgemaßnahmen – z. B. die Ausweisung von Reservekraftwerken – richtig waren. Im Saldo wurde im Winter sogar Strom exportiert.

Die Ereignisse haben uns aber auch Lücken deutlich gemacht. Neben dem Stromsektor müssen wir auch die Gasinfrastruktur stärker in den Fokus der Betrachtungen einbeziehen. Die Versorgung der zentral wichtigen Gaskraftwerke muss sichergestellt sein.

Werte Kolleginnen und Kollegen, tragende Säulen unseres Langzeit- und Leitszenarios sind des Weiteren die drei E, also erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Alle drei Komponenten gehören untrennbar zusammen, und nur dann, wenn wir den Verbrauch durch gesteigerte Effizienz und Einsparung senken und zugleich die erneuerbaren Energien massiv ausbauen, kann die Energiewende gelingen.

Das Vermeiden von unnötigem Energieverbrauch durch den Einsatz von Effizienztechniken ist meist erheblich kostengünstiger.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

tiger und zugleich klima- und ressourcenschonender, als Energie zu erzeugen. Energieeffizienz versetzt in die Lage, vorübergehende Preiserhöhungseffekte infolge der forcierten Markteinführung von erneuerbaren Energien weitgehend zu kompensieren.

Auf der Angebotsseite liegt das größte Effizienzpotenzial in der Kraft-Wärme-Kopplung, kurz KWK. Sie ist einer der zentralen Bausteine bei der Umsetzung der Energiewende. Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir das Potenzial der KWK voll ausschöpfen. Wir können es uns nicht länger leisten, in fossil befeuerten Großkraftwerken bis zu zwei Drittel der eingesetzten Primärenergie in Form von Abwärme in die Luft zu blasen.

Leider ist es uns nicht gelungen, den unzureichenden Entwurf des KWK-Gesetzes der Bundesregierung maßgeblich zu verbessern. Wir hätten gern stärkere Förderungsanreize für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung gehabt.

Auf der Nachfrageseite geht es vor allem um zwei Punkte: erstens um die energetische Gebäudesanierung, zweitens um das Heben von Effizienzpotenzialen in Unternehmen und in privaten Haushalten.

Der Gebäudesektor hat eine Schlüsselfunktion, denn mit 40 % des Endenergieverbrauchs bietet er ein erhebliches Einsparpotenzial. Unser Ziel ist es, in Umsetzung der kommenden Gebäudeenergie richtlinie der EU bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Dazu müssen wir allerdings die Sanierungsquote steigern.

Gebäudesanierungen sind nicht billig. Deshalb ist die steuerliche Förderung der energetischen Sanierung sehr wichtig. Wir drängen seit einem Dreivierteljahr darauf, dass das Vermittlungsverfahren zwischen Bund und Ländern zu einem guten Ende findet, denn durch die Hängepartie entsteht eine Zurückhaltung bei den Investitionen privater Hausbesitzer. Damit ist niemandem gedient. Wir selbst investieren Landesmittel in die Gebäudesanierung. Für zusätzliche Anstrengungen brauchen die Länderhaushalte eine Kompensation.

Bei der energetischen Sanierung dürfen wir Hausbesitzer nicht überfordern. Wir sollten daher auch diejenigen unterstützen, die ihre Immobilien in mehreren Schritten modernisieren wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deshalb starten wir ein Sofortprogramm für Sanierungsfahrpläne und ergänzen die vom Bund angebotenen Förderangebote.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gleichzeitig gilt es, Lösungen zu finden, die für die Mieterinnen und Mieter ebenfalls tragfähig sind. Die Energiewende darf auch an dieser Stelle keine soziale Schieflage bekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Unser Programm zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, das wir gemeinsam mit der L-Bank zur weiteren Verbilligung der Mittel der KfW aufgelegt haben, läuft im Übrigen sehr gut an. Insgesamt steht somit ein Kreditvolumen von 500 Millionen € zu äußerst attraktiven Zinsen, nämlich zu einem Zinssatz von unter 1 %, zur Verfügung.

Mit diesen Maßnahmen streben wir an, die Sanierungsquote im Gebäudebestand auf mindestens 2 % zu steigern und gegenüber dem heutigen Stand zu verdoppeln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude hat für uns einen hohen Stellenwert. Deswegen werden wir die Anstrengungen in diesem Bereich im Rahmen des finanziell Möglichen verstärken.

Auch wenn viele Unternehmen in Baden-Württemberg in puncto Energieeffizienz schon heute vorbildlich sind, gibt es in Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen nach wie vor erhebliche Einsparpotenziale. Diese schlummernden Potenziale wollen wir durch gezielte Energieberatung erschließen.

Dasselbe gilt für private Haushalte. Hier werden wir die Zusammenarbeit der regionalen Energieagenturen mit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg weiter verstärken und dadurch eine flächendeckende, kundennahe Beratung zu haushaltsrelevanten Energieeffizienzmaßnahmen aufbauen.

Wie Sie wissen, sind es vor allem die energiebedingten CO₂-Emissionen, die für bereits eingetretene und prognostizierte Klimaveränderungen verantwortlich gemacht werden. Daher gehört die Vermeidung von CO₂-Emissionen der Energieerzeugung zu den wichtigsten Zielen der Klimaschutzpolitik.

Erneuerbare Energieträger wie Wasser, Sonne und Wind leisten hierzu schon jetzt einen großen Beitrag: Sie haben allein in Baden-Württemberg im Jahr 2010 rund 13 Millionen t CO₂ eingespart, in Deutschland etwa 120 Millionen t. Das entspricht einer CO₂-Minderung um 15 %. Dadurch mussten wir weniger Energie aus fossilen Energieträgern importieren – in Baden-Württemberg immerhin in einer Höhe von 10 % des Primärenergieverbrauchs.

Wir sind sehr optimistisch, dass wir unser Ziel eines Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung von 38 % bis 2020 erreichen werden. Eine wichtige Voraussetzung haben wir geschaffen: Die Novelle des Landesplanungsgesetzes ist beschlossen, und sie wird bald Früchte tragen.

Sicher wird auch das Jahr 2012 nicht mit Rekordzahlen von neu gebauten Windkraftanlagen aufwarten, weil mit dem Landtagsbeschluss zum Landesplanungsgesetz am 9. Mai erst der notwendige Rahmen geschaffen wurde, der jetzt planerisch ausgefüllt wird. Wir haben bewusst eine längere Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2012 geschaffen, um den Regionalverbänden und Kommunen ausreichend Planungszeit zu geben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zu kurz!)

um Vorranggebiete und kommunale Konzentrationsgebiete auszuweisen und den Windkraftausbau damit auf ein solides Fundament zu stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber ich bin überzeugt, dass die kommenden Jahre den Aufschwung in Sachen Windkraft bringen werden. Die Signale, die wir aus einer Vielzahl von Kommunen und auch aus den Regionalverbänden bekommen, sind vielversprechend.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Damit komme ich zu dem Punkt, der für den Erhalt unseres Wohlstands entscheidend ist. Wie gesagt: Wir haben uns mit der Energiewende entschieden, nicht mehr die Energie der Vergangenheit zu importieren, sondern die Energie der Zukunft zu exportieren. Das ist für Handwerk und Wirtschaft eine ungeheure Chance.

Weil wir aufgrund der erneuerbaren Energien weniger fossile Brennstoffe importieren müssen, bleiben bereits heute jährlich rund 500 Millionen € weitgehend vor Ort in Baden-Württemberg – Tendenz steigend. Hinzu kommen weitere Wertschöpfungsstufen wie die Produktion von Anlagen und Anlagenkomponenten sowie Planung, Installation, Wartung, Instandhaltung und Betriebsführung.

Insgesamt wurden in Baden-Württemberg im Jahr 2010 rund 3,4 Milliarden € in die Errichtung von Erneuerbare-Energie-Anlagen investiert und etwa 1,5 Milliarden € für den Anlagenbetrieb aufgewendet. Sicher bleibt davon nicht jeder Euro im Land, wesentliche Anteile aber schon.

Im Jahr 2006 wurden vom Statistischen Landesamt erstmals „Güter und Dienstleistungen für den Klimaschutz“ erfasst. Seitdem sind die umweltbezogenen Umsätze um sage und schreibe 133 % gestiegen. Auch für die kommenden Jahre prognostiziert die Unternehmensberatung Roland Berger Umsatzsteigerungen im Greentech-Bereich um jährlich rund 20 %. Dies führt nach einer weiteren Berger-Prognose dazu, dass die Umwelttechnologie spätestens im Jahr 2030 die wichtigste und umsatzstärkste Branche in Deutschland sein wird.

Resultat derartiger Umsatzsteigerungen sind neue Jobs. Allein den erneuerbaren Energien, die nur einen Teil der Umwelttechnologien darstellen, können nach neuesten Schätzungen mehr als 350 000 Vollzeit Arbeitsplätze in Deutschland zugerechnet werden, und zwar mit seit Jahren steigender Tendenz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Für Baden-Württemberg weisen konservative Schätzungen mehr als 20 000 Vollzeit Arbeitsplätze aus, die mit erneuerbaren Energien verbunden sind. Sehr wahrscheinlich sind es eher mehr; denn allein im Bereich der Fotovoltaik sind mehr als 60 Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Land tätig. Die steigende Tendenz bei den Arbeitsplätzen hat sich übrigens auch in der Wirtschaftskrise als stabil erwiesen.

Dies alles zeigt: Die Energiewende rechnet sich. Der staatlich beschleunigte Strukturwandel kriert Leitmärkte für Effizienz und Zukunftsenergien. Dies hat erhebliche Arbeitsplatzeffekte zur Folge. Viele Unternehmen haben das erkannt und nutzen die damit verbundenen Chancen. Wir, die Landesregierung, werden diese Entwicklung stützen, fördern und weiter beschleunigen, damit Baden-Württemberg auch zukünftig die Nase vorn hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, der Umbau der Energieversorgung ist eine Chance für die gesamte Gesellschaft. Die Befassung mit solchen Themen an der Schnittstelle von Ökologie und Ökonomie setzt Kräfte frei. Die Energiewende ist eine Aufgabe, deren epochale Bedeutung auch eine große Faszination ausübt.

(Zuruf: Richtig!)

Die „Wirtschaftswoche“ ist sicherlich unverdächtig, der grün-roten Regierung nach dem Mund zu reden. Daher zitiere ich ihren Chefredakteur, der Ende 2010 schrieb:

So, wie sich in den Sechzigerjahren die Menschen für das Raumfahrtprogramm Apollo begeistert haben und später für das Internet, so sind heute nachhaltige Themen der Stoff, aus dem die Träume sind. ... Aus den Unternehmen wissen wir, dass nachhaltige Projekte zu freiwilliger Mehrarbeit führen. ... Junge Menschen entdecken den Ingenieursberuf neu, weil sie darin einen Weg sehen, die Welt zu verbessern.

Mitmachen bei der Energiewende können aber nicht nur Ingenieurinnen und Ingenieure. Mitmachen können alle. Denn das Neue an den erneuerbaren Energien ist auch ihr Demokratisierungspotenzial.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Entscheidungen über die Energieerzeugung werden in Zukunft wesentlich stärker als bisher „von unten“ getroffen, also von allen, die daran teilhaben wollen. Dies sind u. a. die Bürgerinnen und Bürger selbst, dies sind Energiegenossenschaften – allein im vergangenen Jahr sind in Baden-Württemberg 40 neue Energiegenossenschaften entstanden –,

(Zuruf: Aber ohne Ihr Zutun!)

und dies sind die Städte und Gemeinden.

Die notwendigen Entwicklungen können nicht von oben herab verordnet werden. Sie müssen vielmehr von unten wachsen. Dafür sind ein gemeinsames Verständnis der vor uns liegenden Aufgaben und Zielsetzungen sowie Akzeptanz erforderlich. Vor Ort müssen Bürgerinnen und Bürger entscheiden, welchen Beitrag sie zur Energiewende leisten wollen.

Sie können in effiziente Geräte, neue Heizungspumpen oder die Energieerzeugung selbst investieren und davon auch finanziell profitieren. Sie müssen z. B. entscheiden, ob sie Windräder oder eine Biogasanlage bauen wollen. Das kann die Bürgergesellschaft natürlich bisweilen auch polarisieren. Umfragen und Bürgerentscheide zeigen aber, dass die Mehrheit der Menschen die Energiewende positiv sieht und Anlagen auch im eigenen Umfeld akzeptiert.

Bei all dem werden wir die Bürgerinnen und Bürger mit einer Informations- und Dialoginitiative unterstützen. Wir wollen auch in dieser Frage den von der Landesregierung formulierten Anspruch einer Politik des Gehörtwerdens ganz konkret einlösen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist aber schön!)

Dazu zählt, alle Akteure umfassend an den anstehenden Beratungen zu beteiligen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dabei geht es neben der finanziellen Teilhabe an der Wertschöpfung der Energiewende auch um die Teilhabe an Planungs- und Entscheidungsprozessen.

Wir suchen und pflegen den Kontakt mit den Kommunen und Landkreisen. Daher haben wir mit den kommunalen Landesverbänden das gemeinsame „Forum Energiewende“ einge-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

richtet. In regelmäßigen Gesprächen wird über die zu lösenden Aufgaben diskutiert und werden Lösungsansätze erarbeitet.

Die Landesregierung ist ebenso auf die Energiewirtschaft als Partnerin zur Umsetzung der Energiewende angewiesen. Hierzu gehört, wie ich bereits ausgeführt habe, natürlich auch die EnBW. Gleichmaßen sind aber auch die Stadtwerke unverzichtbare Partner.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Für den Ausbau zusätzlicher dezentraler Erzeugungskapazitäten und für die Neuausrichtung von Klimaschutz und Energiewirtschaft haben die lokal verankerten Stadtwerke die allerbesten Voraussetzungen.

Mithilfe all dieser Maßnahmen machen wir – das ist, finde ich, ganz entscheidend und trifft den Kern des Ganzen – aus Betroffenen Beteiligte. Je mehr Menschen sich dafür begeistern und sich an dieser großen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen, desto besser. Deswegen werden wir diese Herausforderung gemeinsam meistern. Wir laden alle zum Mitmachen ein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, was ich Ihnen vorgestellt habe, sind die zentralen Leitlinien der grün-roten Energie- und Klimaschutzpolitik für unser Land. Baden-Württemberg ist die treibende Kraft der Energiewende. Wir haben ehrgeizige Pläne, aber wir sind überzeugt, dass sie richtig sind. Wir sind zuversichtlich, dass wir unsere Ziele erreichen.

Wir setzen dabei auf die Menschen in unserem Land und ihr Engagement. Wir setzen auf die Unternehmen, welche die Chancen ergreifen, die ihnen dieser Umbau bietet. Wir setzen auf Forschung für Innovationen, die unseren Planeten letztlich schützen. Wir setzen auf die Energiewende. Lassen Sie uns alle gemeinsam dieses große Generationenprojekt gestalten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Wort zur Wasserkraft!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Aussprache über die Regierungserklärung, für die das Präsidium freie Redezeit festgelegt hat.

Nach Regierungserklärungen erhalten die Oppositionsfraktionen im wechselnden Turnus das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ist das auch neu?)

Heute beginnen wir mit der FDP/DVP-Fraktion.

Nach § 83 a Absatz 3 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Kollegen Dr. Rülke von der Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich, Herr Ministerpräsident, mit dem Konsens beginnen. Diesen gibt es ja zu-

mindest in Ansätzen, denn wir sind nicht erst seit den Ereignissen um Fukushima, nicht erst seit den Ereignissen des Jahres 2011 mit Ihnen der Meinung, dass es unser langfristiges gemeinsames Ziel sein muss, von Erdöl, Kohle und auch Uran in der Energieerzeugung wegzukommen.

Strittig war der Zeithorizont. Wenn man sich jetzt die Entwicklung der letzten zwölf bis 15 Monate anschaut und wenn man sich Ihre heutige Regierungserklärung anhört, Herr Ministerpräsident, dann wird auch deutlich, warum der Zeithorizont stets umstritten gewesen ist. Es ist kein Selbstzweck, und es reicht nicht aus, einfach für erneuerbare Energien zu sein und einfach den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fordern und zu fördern.

Denn es gibt weitere Aspekte, die wir berücksichtigen müssen. Da ist zum einen der Klimaschutz, da ist zum anderen die Versorgungssicherheit, und da ist zum Dritten auch die Bezahlbarkeit der Energieversorgung. All das ist in einem Industrieland wie Baden-Württemberg von erheblicher Relevanz.

Es zeigt sich eben doch, dass die Zeitachse wichtig ist bei der Frage: Wie schnell oder langsam oder auf welchem Weg und zu welchen Kosten kommen wir ins Zeitalter der erneuerbaren Energien?

Wir haben auch Konsens, wenn es darum geht, uns darauf zu verständigen, dass Energieeinsparung und Energieeffizienz wichtig sind. Aber, Herr Ministerpräsident, bereits hier beginnt bei Ihnen das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit. Einerseits erklären Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg: „Wir sind für Energieeffizienz“, und andererseits blockieren Sie und Ihre Regierung im Bundesrat das Gesetz zur steuerlichen Abzugsfähigkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen. Hier gibt es einen deutlichen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf: So ist es!)

Worum es geht, ist Ihnen vorhin bei Ihrer Regierungserklärung herausgerutscht, als Sie gesagt haben: „Wir wollen dafür vom Bund eine Gegenleistung.“ Das ist Ihnen vorhin herausgerutscht.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, hören Sie auf, im Landtag scheinheilig das eine zu fordern und im Bundesrat das Gegenteil zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Der Kollege Haußmann hat es Ihnen schon in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit dem Filderdialog zugerufen: Man muss vorsichtig sein, dass man nicht als „Häuptling Gespaltene Zunge“ in die Landesgeschichte eingeht.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen)

Deshalb: Geben Sie diese Blockade im Bundesrat auf, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es auch nicht glaubwürdig, wenn Sie stets den Bund zum Sündenbock machen. Richtig ist, dass der Bund

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

noch nicht weit gekommen ist. Richtig ist aber auch, dass Sie mit einigen anderen zusammen stets zur Stelle sind, wenn es darum geht, dem Bund beim ersten Schritt in Richtung Energiewende die Beine wegzuschlagen. Das Beispiel mit dem Gesetz zur steuerlichen Abzugsfähigkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen habe ich schon genannt. Das andere betrifft die vernünftige und zukunftsfähige Umgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Auch da sind Sie stets zur Stelle, wenn es darum geht, Veränderungen und Verbesserungen zu verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Verbesserungen kennen Sie da? – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie konterkarieren es!)

Es ist notwendig, dieses EEG so umzuwandeln, dass es nicht unmöglich wird, in Deutschland beispielsweise Gaskraftwerke zu bauen. Diese brauchen wir dringend als Back-up-Kapazitäten.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

Da reicht es auch nicht, pseudoreligiös über Kapazitätsmärkte zu fabulieren, sondern da brauchen wir konkrete Politik. Diese verhindern Sie, meine Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

wenn Sie es durch die Blockade jeglicher Veränderung des EEG unwirtschaftlich machen, die Back-up-Kapazitäten in Deutschland zu schaffen. So sieht es aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich glaube, Sie sind ziemlich schlecht informiert, Herr Kollege!)

Herr Ministerpräsident, Sie behaupten, Sie hätten Ihre Hausaufgaben gemacht und der Bund habe geschlafen. Dabei sind Sie es, der die Energiewende auf Bundesebene blockiert.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist doch ein Treppwitz!)

Zwei Beispiele habe ich genannt. Auch hier ist es wieder so, dass Anspruch und Wirklichkeit beim Politiker Winfried Kretschmann meilenweit auseinanderklaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ohne Herrn Kretschmann wäre Frau Merkel nicht zur Energiewende gesprungen!)

Wie so oft, Herr Ministerpräsident, war in Ihrer Regierungserklärung mehr von der Vergangenheit als von der Zukunft die Rede. Wer Ihnen zuhört, Herr Ministerpräsident, stellt fest, dass das Land Baden-Württemberg schon seine besten Tage hinter sich hat –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da klatscht nicht mal die CDU!)

bei den Regierungserklärungen, die Sie hier halten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie haben in der Energiepolitik schon immer den Leuten Sand in die Augen gestreut.

(Zurufe von den Grünen – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Können Sie nicht einmal zuhören?)

Sie haben stets den Eindruck erweckt, die Energiewende sei zum Nulltarif zu erhalten; man müsse nur die Kernkraftwerke abschalten,

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

dann käme die Energiewende quasi von selbst und zum Nulltarif.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Genau diesen Eindruck haben Sie jahrelang vermittelt, und Sie verstärken diesen Eindruck immer weiter durch die Allgemeinplätze, die Sie auch hier verbreiten.

Ich will an dieser Stelle nur ein Zitat anführen – ich zitiere sinngemäß den Ministerpräsidenten –: „Die Technologie im Bereich der Umwelt und der erneuerbaren Energien ist eine Chance für unsere Wirtschaft.“ Da haben Sie recht, Herr Ministerpräsident – aber nur, wenn wir in diesem Energiebereich von der Planwirtschaft zu einer vernünftigen Marktwirtschaft kommen. Dafür tun Sie aber nichts.

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie bleiben bei Ihrer totalen Überschätzung der nicht grundlastfähigen Energiequellen Sonne und Wind. Zu Pfingsten konnten wir hören: „Das, was an Solarenergie in Deutschland produziert wird, ersetzt die Leistung von 20 Kernkraftwerken.“ Das mag ja durchaus sein. Aber, meine Damen und Herren, Sie bringen keinerlei vernünftige Lösungen; Sie machen keinerlei konkrete Vorschläge, wie wir etwa für Spitzenzeiten und jahreszeitlich bedingte Probleme Lösungen in unserem Land finden.

Sie haben keinerlei Konzepte dafür, wie die Bedürfnisse der Wirtschaft in unserem Land in der Energiepolitik zu befriedigen sind. Die Wirtschaft in unserem Land braucht eine zuverlässige Stromversorgung, und zwar in dem Moment, in dem der Strom benötigt wird. Wir brauchen Konzepte, um Einspeisungsschwankungen zu überwinden. Diese müssen ausgeglichen werden. Die baden-württembergische Wirtschaft braucht Versorgungssicherheit. Schon kurzzeitige Stromausfälle können in wesentlichen Bereichen unserer Wirtschaft zu gigantischen Schäden führen. Deshalb ist die Versorgungssicherheit so enorm wichtig, meine Damen und Herren.

Sie erwarten von den Unternehmen, dass sie Milliarden in den Umbau der Energieversorgung investieren. Dazu sind die baden-württembergischen Unternehmen auch bereit. Aber sie brauchen einen Weg, auf dem deutlich wird, dass sie auch zukünftig eine bezahlbare und sichere Energieversorgung haben werden. Denn sonst besteht die Gefahr, dass die energieintensiven Unternehmen massenhaft aus Baden-Württemberg abwandern.

Dann jedoch haben wir in unserem Land nur noch Dienstleistung. Wir haben dann noch die Finanzdienstleister – die Sie verteufeln. Es sollte in Ihrem eigenen Interesse sein, das pro-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

duzierende Gewerbe in Baden-Württemberg genauso zu halten wie das Handwerk; nehmen Sie etwa das Bäckereihandwerk, für das der Energiebereich bis zu 10 % der gesamten Kostenbelastung ausmacht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Wirtschaft und auch die Verbraucher brauchen mit der Perspektive 2020 eine klare Richtungsvorgabe für die Entwicklung. Es steht zu befürchten, dass wir durch das EEG eine Stromkostensteigerung um mindestens 30 % erhalten. Die EEG-Umlage wird – das zeichnet sich ab – sehr deutlich über die Marke von 3,5 Cent steigen. Es steht zu erwarten, dass die Preise pro Kilowattstunde demnächst deutlich über 25 Cent liegen werden und in einen Bereich von 35 bis 45 Cent kommen.

Meine Damen und Herren, daraus ergibt sich für unser Land Baden-Württemberg auch eine soziale Frage. Denn nicht jeder Verbraucher kann sich solche Preise leisten. Wir brauchen – dieses Petikum kann man nicht häufig genug wiederholen – Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen, höchste Priorität habe die Versorgungssicherheit. Gleichzeitig aber torpedieren Sie im Bund den Ausbau der Back-up-Kapazitäten. Jeder, ob das ein Stadtwerk oder ein Unternehmen wie die EnBW ist, wird Ihnen sagen, dass es sich in Baden-Württemberg nicht lohnt, Gaskraftwerke zu bauen. Das jedoch – Sie haben es in Ihrer Regierungserklärung ausgeführt – wäre dringend notwendig.

Warum tun Sie all dies? Weil Sie mit einigen Verbündeten aus verschiedenen Bundesländern und verschiedenen Interessengruppen eigene Interessen verfolgen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung anderen Interessen- und Lobbypolitik vorgeworfen. Sie betreiben sie selbst. Sie sind die Lobbyisten der Solarwirtschaft. Deshalb blockieren Sie Veränderungen im EEG, die zwingend notwendig sind.

Es macht keinen Sinn, mehr als die Hälfte der Subventionen für eine in Deutschland sterbende Branche auszugeben, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit, und das sollte man auch einmal in aller Deutlichkeit ansprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie verhindern dadurch flexible und grundlastfähige Alternativen. Die Solarwirtschaft in Deutschland hat einen Innovationsanteil von 2,5 %. Es macht keinen Sinn, aus struktur- oder regionalpolitischen Gründen mit Rücksicht auf ostdeutsche Bundesländer diese Solarwirtschaft auf Teufel komm raus zu halten. Das, meine Damen und Herren, sind die Ruhrgebiets-hütten unserer Tage, die Sie da verteidigen.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf: Junge, Junge!)

55 % der Subventionen für 3 % der Stromerzeugung, das ist weder Markt noch Wettbewerb. Sie machen das Gegenteil. Im Vergleich zu dieser Planwirtschaft waren die Fünfjahrespläne

von Erich Honecker geradezu ordnungspolitische Quantensprünge. Diese Politik muss ein Ende haben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Dezentralität in der Energieversorgung ist wichtig, aber wir brauchen auch Zentralität. Kein Mensch baut aufgrund dieser falschen Subventionspolitik die dringend notwendigen Gaskraftwerke. Sie haben dem Bund auf den ersten Schritten zur Energiewende die Beine weggeschlagen und beklagen jetzt, der Bund käme nicht voran.

Meine Damen und Herren, es geht nicht ohne Industriepolitik – das ist völlig richtig –, es geht auch nicht ohne Energiepolitik, und es wird, zumindest am Anfang, nicht ohne Subventionen gehen. Aber es ist doch falsch, mehr als die Hälfte dieser Subventionen nun in den Solarbereich hineinzupumpen. Wir brauchen mehr Markt und Wettbewerb in diesem Energiesektor, um die EEG-Umlage zu begrenzen und die notwendigen konventionellen Kraftwerke ans Netz zu bekommen. In diesem Sinn sage ich sehr deutlich: Da steht auch der Einspeisevorrang zur Diskussion. Auch darüber müssen wir diskutieren. Das darf kein Tabu sein, meine Damen und Herren.

Sie stellen einen Investitionsstau im Bereich der Stadtwerke fest. Das jüngste Beispiel ist Ihr grüner Parteifreund Palmer, der sich zur Verwunderung von manchen unter Ihnen entschlossen hatte, bei einem Kohlekraftwerk mitzumachen. Mittlerweile ist er dabei, auszusteigen –

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

wie viele andere auch, weil sie eben keine Planungssicherheit in diesem Bereich haben. Leider gilt das, was für diese Kohlekraftwerke gilt, auch für die Gaskraftwerke in unserem Land.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Das macht schon deutlich, wie verfehlt diese Subventionspolitik ist, und es macht deutlich, wie notwendig es ist, diese Subventionspolitik jetzt zu verändern. Denn Sie sorgen mit Ihrer Politik dafür, dass die Menschen und vor allem die Wirtschaft in Baden-Württemberg in der Zukunft entweder zu viel oder zu wenig Strom haben, dass aber niemals Bedarfsgerechtigkeit hergestellt wird. Die Antworten darauf haben wir in Ihrer Regierungserklärung völlig vermisst.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Herr Minister Untersteller, wir begrüßen, dass Sie sich für das Pumpspeicherkraftwerk in Atdorf einsetzen. Aber sonst ist vom Ministerpräsidenten recht wenig, zumindest nichts Konkretes, zum Thema Speicherung zu hören gewesen – außer Allgemeinplätzen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Ich darf Ihnen einen weiteren dieser unkonkreten Allgemeinplätze zitieren:

Wir unterstützen daher alle sinnvollen ... Maßnahmen, mit denen der Netzausbau vonseiten der Bundesregierung beschleunigt werden soll.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Was heißt das denn, Herr Ministerpräsident?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dass die Bundesregierung handeln soll!)

– Ja, die Bundesregierung soll handeln. Aber Sie helfen ja nicht da, wo Sie Möglichkeiten haben. Sie haben auch keinen Plan für einen Netzausbau.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Schmiedel, es reicht nicht, zu erklären, die Bundesregierung solle handeln,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wenn Sie gleichzeitig keinen Plan haben und Sie dann, wenn die Bundesregierung etwas vorlegt, dies im Bundesrat blockieren. Das ist Ihre Politik.

(Zurufe von den Grünen)

Sie haben keinerlei konkrete Planung für den Netzausbau.

Es fällt Ihnen auch nichts Konkretes zum Thema Wasserkraft ein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Wort hat er dazu gesagt!)

– Kein Wort. – Es fällt Ihnen nichts zum Thema Geothermie ein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Skandalös!)

Es fällt Ihnen nichts zum Thema Biomasse ein. Der Anteil der Biomasse wird in Baden-Württemberg zurückgefahren. Statt Innovation im Bereich Biomasse fällt Ihnen, meine Damen und Herren, nur ein Grünlandumbruchverbot ein. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl!)

Fehlanzeige melden Sie auf dem Wärmemarkt – auch wieder Allgemeinplätze, meine Damen und Herren.

Keine Antwort haben Sie auf die Frage, was Sie für die Entwicklung der Wärmepumpen tun.

Gleichzeitig verabschieden Sie sich klammheimlich vom Klimaschutz.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

Minister Untersteller hat in der letzten Woche beim Handwerk erklärt: „Das mit dem CO₂ ist kein großes Problem. Wir streben an, 2020 45 % der Energieversorgung aus fossilen Energieträgern zu bestreiten.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und 2050 schaffen wir es!)

Das Problem mit dem Klimawandel, das Zwei-Grad-Ziel, ist zwar schon wichtig, aber das lösen wir langfristig.“

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auch das hat er nicht verstanden!)

Da war vor wenigen Monaten noch anderes zu hören. Da war immer zu hören, wie vordringlich das Problem des Klimawandels sei,

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Schon einmal etwas von Emissionshandel gehört?)

wie vordringlich es sei, den Klimawandel zu bekämpfen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt plötzlich, da Sie nur die Energiewende im Auge haben und möglichst rasch aus der Nutzung der Kernkraft aussteigen wollen,

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

erklären Sie: „Das ist nicht so wichtig, das machen wir langfristig.“

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Bisher haben Sie erklärt, bei der Bekämpfung des Klimawandels hätten Sie keine Zeit zu verlieren. Sie haben Ihre Klimaschutzziele aufgegeben, meine Damen und Herren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig absurd!)

Wir wollten die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 30 % absenken. Eine Ihrer ersten Amtshandlungen war, dieses Ziel auf 25 % zu reduzieren. Das ist eine Tatsache.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das hat Minister Untersteller in diesem Landtag erklärt. Wenn Sie es nicht glauben, lesen Sie es im Protokoll nach, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Dann sind wir bei Ihrem Topthema: Windenergie. Das ist das Thema, das alles abdeckt und Ihnen sozusagen das Alibi dafür bietet, in anderen Bereichen Fehlanzeige zu melden.

Wir sind mit Ihnen in der Tendenz völlig einig. Der Windatlas wurde ja von der alten Landesregierung vorgelegt, und auch wir hatten das Landesplanungsgesetz verändert mit dem Ziel, dass in Baden-Württemberg mehr Windenergie zugelassen werden soll.

(Lachen der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ich räume durchaus ein: Es hätte noch mehr sein können. Das ist völlig richtig.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zuruf des Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Aber die Frage stellt sich, ob das, was Sie machen, der Weisheit letzter Schluss ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie haben einen Windenergieerlass herausgegeben, der bereits jetzt, in der Planungsphase, zu erbitterten Auseinandersetzungen in der Bevölkerung führt. Das ist eine Tatsache. Das wird Sie noch massiv einholen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das, was Sie, meine Damen und Herren, im Bereich der Windenergie bisher vorangetrieben haben, ist äußerst bescheiden. Sie erklären immer, Sie wollten 1 000 Windräder in acht Jahren bauen. Ich habe bei der Politik, die Sie machen, eher den Eindruck, Sie bauen acht Windräder in 1 000 Jahren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Das Ausschalten der Regionalverbände beim Thema Windenergie ist ein schwerer Fehler. Das Ausschalten der Regionalverbände ist der falsche Weg. Sie delegieren alles an die Kommunen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Ich kann mir schon vorstellen, welchen Hintergedanken Sie dabei hegen: „Das geben wir jetzt an die Kommunen weiter. Dann wird sich schon die eine oder andere Kommune finden, die ein Windrad bauen möchte.“ Sie baut es natürlich auf ihrer Gemarkung dort, wo es die eigenen Bürger am wenigsten stört. Aber möglicherweise stört es die Bürger auf der Gemarkung der Nachbarkommune. Genau daraus ergeben sich die Konflikte.

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Diese Konflikte werden dazu führen, dass in Baden-Württemberg weit weniger Windräder gebaut werden, als Sie jetzt in Ihren tollen Plänen angeben.

Das Ende vom Lied kann ich mir auch schon vorstellen: Da stellen sich dann der Ministerpräsident und der Umweltminister vor den Landtag, zeigen mit sämtlichen Fingern auf die Kommunen und sagen: „Die Kommunen sind schuld. Die kriegen es nicht gebacken, dass wir in Baden-Württemberg die Energiewende im Windbereich voranbringen.“ Das wird das Ergebnis Ihrer Energiepolitik sein.

Deshalb interessiert Sie auch nicht, dass der Nachhaltigkeitsbeirat ein Moratorium fordert.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Denn er sagt: „Zunächst einmal müssen wir uns anschauen, welche Folgen es hat, wenn in Baden-Württemberg Rotoren mit einer Höhe von 180 m entstehen.“

Ich sage nicht, dass ich dieses Moratorium befürworte. Ich sage nur, Sie unterschätzen die Schwierigkeiten dieses Weges. Deshalb ist es auch falsch, wenn Sie sich in Ihrer Politik in Baden-Württemberg alibimäßig auf die Windenergie fokussieren. Das wird scheitern.

Meine Damen und Herren, Sie kennen doch sicher die Geschichte von Don Quichotte,

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt das wieder!)

dem Ritter von der traurigen Gestalt, der gemeinsam mit seinem Schildknappen Sancho Pansa – der Ritter auf der Stute Rosinante und der Schildknappe auf dem Esel – CO₂-neutral skurrilen Abenteuerern entgegenreitet. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben sozusagen die Reinkarnation der beiden in Baden-Württemberg:

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Winfried Kretschmann und Franz Untersteller – „Don Kretschotte“ und „Sancho Franzza“.

(Zuruf von den Grünen: Oje!)

Wo reiten die beiden hin? Zu den Windmühlen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD schüttelt den Kopf. – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

weil sie nämlich wie dieses literarische Vorbild

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Windmühlen mit großen Monstern verwechseln, die in der Lage sind, die Energieversorgung in Baden-Württemberg allein zu schultern. Das Ergebnis wird das Gleiche sein.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Verwundert wird „Don Kretschotte“ in einem Rotor hängen, sich mitdrehen und anschließend erklären: „Das wundert mich aber, dass das kein Monster war, sondern nur eine harmlose Windmühle.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Nicht besser ist das Trauerspiel, das Sie zur EnBW abliefern, meine Damen und Herren.

(Zurufe von den Grünen und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Herr Ministerpräsident hat zum Thema EnBW drei Theisen in den Raum gestellt. Ich zitiere: Erstens: „Wir stehen zur EnBW.“ Zweitens: „Wir brauchen die EnBW für die Energiewende.“ Drittens: „Die EnBW hat gute Perspektiven.“

Meine Damen und Herren, in den Ohren der 20 000 Mitarbeiter der EnBW wird diese Äußerung wie Hohn klingen. Was haben Sie denn mit diesem wertvollen und wichtigen Instrument EnBW gemacht, das ideal ist, um die Energiewende in Baden-Württemberg voranzutreiben?

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Sie waren es doch!)

– Dieser Ministerpräsident war es doch, der den Vorstandsvorsitzenden aus dem Amt gemobbt hat. Das waren doch nicht wir.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von den Grünen: Verfassungsbruch! – Zuruf von der SPD: Wer hat den Verfassungsbruch beschlossen?)

Wer äußert sich öffentlich zu der Frage,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Zum Verfassungsbruch!)

wogegen jetzt die EnBW klagen darf oder nicht? Einerseits erklären Sie scheinheilig, das sei operatives Geschäft, das müsse der Vorstand entscheiden, andererseits gibt einer der Eigner, nämlich der Ministerpräsident, öffentlich Ratschläge, ob man klagen darf oder nicht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wenn Sie ständig den Versuch unternehmen, das Thema EnBW-Deal aus parteitaktischen Gründen in die Öffentlichkeit zu bringen, leisten Sie auch keinen Beitrag zur Energiewende.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das riecht nach Löschwasser!)

Dasselbe gilt für Ihre Schiedsklage, mit der Sie versuchen, den Wert der EnBW in den Keller zu reden.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es ist bemerkenswert, welche Haken Sie da schlagen, auch der Finanzminister.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, wo ist er denn?)

Da wird zunächst einmal eine Schiedsklage mit einer Rückzahlungsforderung in Höhe von 2 Milliarden € eingereicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das macht man so!)

– „Das macht man so!“, ruft der Kollege Drexler. Bitte festhalten für das Protokoll.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Gleichzeitig gibt es einen Hilfsantrag, der alternativ die Rückabwicklung des Geschäfts beinhaltet, während Sie behaupten, Sie wollten die EnBW behalten.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sind doch Lehrer von Beruf!)

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Drexler, zurück.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sind doch Lehrer!)

Sie sagen: „Das macht man so.“ Sie haben behauptet, aus taktischen Gründen veranschlage man eine möglichst hohe Summe, damit man anschließend ein bisschen was bekommt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dann frage ich Sie, Herr Kollege Drexler: Warum ändern Sie denn plötzlich die Strategie und fordern genau 824,9 Millionen €?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Weil es feststeht!)

Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Entweder agieren Sie taktisch, oder Sie erheben eine präzise Forderung. Auf irgendetwas müssen Sie sich verständigen, sonst sind Sie völlig unglaubwürdig.

(Unruhe)

Diese Schiedsklage schadet der EnBW, und die Haken, die Sie schlagen, schaden ihr in entscheidendem Maß auch.

(Zurufe, u. a.: Entschuldigen Sie sich einmal für den Verfassungsbruch!)

Sie haben den Konsens mit dem Partner OEW aufgekündigt. Sie haben einen Anschlag auf das Rating, einen Anschlag auf die Investitionsfähigkeit dieses Unternehmens vorgenommen, einen Anschlag auf über 20 000 Arbeitsplätze, einen Anschlag auf die Energiewende.

(Zurufe von den Grünen)

Das Einzige, was Sie in den letzten 15 Monaten mit diesem Unternehmen angerichtet haben, ist ein Scherbenhaufen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Im Ergebnis, meine Damen und Herren, haben Sie beim Thema Energiewende nichts Substanzielles zum Thema „Erneuerbare Energien“ beizutragen.

(Zuruf von den Grünen: Das sagt der Richtige!)

Sie haben nichts Substanzielles zum Thema Energieeffizienz beizutragen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, getroffene Hunde bellen. Es ist durchaus angenehm, das hier zu erleben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie haben auch nichts Substanzielles zum Thema Speicherung beizutragen, Sie haben nichts Substanzielles zum Thema Leitungsausbau beizutragen, und Sie haben nichts Substanzielles zum Thema EnBW beizutragen. Meine Damen und Herren, wenn Sie mit Ihrer Energiepolitik im Land Baden-Württemberg so weitermachen, dann werden Sie das erleben, was Sie sich und auch wir uns nicht wünschen: dass irgendwann einmal wieder über die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke diskutiert wird.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Das wird das Ergebnis Ihrer Energiepolitik sein, meine Damen und Herren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt ist die Katze aus dem Sack! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Das ist etwas, was wir uns nicht wünschen und Sie sich auch nicht wünschen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: An Scheinheiligkeit nicht zu überbieten!)

Wir sehen fünf Handlungsfelder, auf denen wir vorankommen müssen.

(Zuruf von den Grünen)

Das erste Handlungsfeld ist das Thema Netzausbau. Hier brauchen wir wie bei den Bundesfernstraßen eine einheitliche Planungskompetenz beim Bund.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer ist dafür zuständig?)

Die Frage ist: Sind Sie damit einverstanden, dem Bund diese Planungskompetenz wie bei den Bundesfernstraßen zuzumessen? Das wäre eine Frage an Sie. Darauf hätte ich gern eine Antwort.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das zweite Handlungsfeld ist das Thema „Erneuerbare Energien“. Da brauchen wir Wettbewerb statt Planwirtschaft. Das heißt, wir brauchen eine vernünftige Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, sodass die Back-up-Kapazitäten in Deutschland auch entstehen können.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das gilt deckungsgleich für das dritte Handlungsfeld, nämlich den Kraftwerksbau. Wir brauchen uns nicht einzubilden, allein mit Wind und Sonne unseren Strombedarf decken zu können, schon gar nicht, wenn es um Versorgungssicherheit und um bezahlbare Energiequellen geht. Deshalb brauchen wir diese Kraftwerke, meine Damen und Herren.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Steinzeit!)

Wir brauchen auch – das ist das vierte Thema – Energieeffizienz. Deshalb, meine Damen und Herren: Hören Sie auf, dieses Gesetz im Bundesrat zu blockieren!

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Hören Sie auf, irgendwelchen Kuhhandel vorzuschlagen, sondern stimmen Sie der steuerlichen Abzugsfähigkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen zu, sonst kommen wir an dieser Stelle nicht weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das fünfte Feld ist die Energieforschung. Auch diese wird durch eine solche Politik, die nur bestimmte Energieträger privilegiert, erstickt, meine Damen und Herren. Das muss aufhören.

Zusammenfassend: Herr Ministerpräsident, wenn man sich diese Regierungserklärung in ihrer Rückwärtsgewandtheit und mit ihren Allgemeinplätzen angehört hat,

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das ist ja unglaublich! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

kann man nur sagen: Dieses Parlament sollte Ihnen den Auftrag geben, in einem Jahr noch einmal eine Regierungserklärung zum Thema „Erneuerbare Energien“ und zum Thema Energiewende zu halten.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Der Ministerpräsident kann erklären, wann er will! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dann stellen Sie uns vor, was bis dahin erreicht worden ist. Bisher wurde nämlich nichts erreicht. Eine neue Regierungserklärung in einem Jahr wäre mit Sicherheit besser als die heu-

tige; denn es kann in Baden-Württemberg nur besser werden als unter Ihrer Regierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oi!)

Präsident Guido Wolf: Auch inmitten einer noch so hitzigen Debatte wollen wir es an Gastfreundschaft nicht fehlen lassen. Ich darf drei Kommunalpolitiker aus dem Senegal, die auf Einladung von Herrn Kollegen Sakellariou heute in Baden-Württemberg sind, herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich für die Fraktion der CDU Herrn Kollegen Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor ziemlich genau einem Jahr waren wir uns hier in diesem Landtag noch weitestgehend einig in der Frage des Ausstiegs aus der Kernkraft,

(Abg. Sascha Binder SPD: Bei Herrn Rülke hat sich das ganz anders angehört!)

in der Frage der Energiewende. Wir haben damals dem Ministerpräsidenten einen Brief geschrieben und ihm angeboten, bei der Energiewende aktiv und konstruktiv mitzuarbeiten. Er hat damals – noch vor seiner Vereidigung – auch signalisiert, dass er dieses Angebot gern aufgreifen würde. Aber geschehen ist seit dieser Zeit nichts, weder in der Frage der interfraktionellen Zusammenarbeit noch in der Frage des Ausbaus erneuerbarer Energien, noch in der Frage der Gestaltung der Energiewende.

Zweifelsohne, Herr Ministerpräsident, haben Sie recht: Die Energiewende selbst ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und vermutlich auch ein Generationenprojekt. Den entscheidenden Fragen – wie bleibt Energie bezahlbar, wie bleibt die Energieversorgung verlässlich, und wie können wir unseren Kindern eine gesunde Umwelt hinterlassen? –, diesen entscheidenden Herausforderungen müssen wir uns stellen.

Ich begrüße es, dass die Regierung die Energiewende in einer eigenen Regierungserklärung thematisiert.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist zunächst einmal wirklich sehr zu begrüßen.

(Zuruf von der SPD: Überhaupt zu begrüßen!)

Zur Substanz dieser Regierungserklärung werde ich nachher noch einige Bemerkungen machen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Da sind wir gespannt!)

Meine Damen und Herren, worauf kommt es bei der Energiewende an? Erstens: Energie einsparen – das ist das Thema Energieeffizienz –, zweitens: sichere Stromversorgung, und drittens: bezahlbarer Strom. Es geht aber nicht nur um die Energieerzeugung, es geht nicht nur um den Ersatz der wegfallenden Kernkraftwerkskapazitäten durch erneuerbare Energien, sondern es geht auch um das gesamte Begleitinstrumen-

(Peter Hauk)

tarium und darum, dies erst einmal einzuführen und entsprechend zu nutzen, damit der Einsatz erneuerbarer Energien am Ende überhaupt gelingen kann. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben in vielen Dingen gern auf andere politische Ebenen verwiesen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung zimal den Bund erwähnt und gesagt,

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

was der Bund alles machen muss und wofür Sie auf Bundesebene die Initiative ergriffen haben. Aber Sie haben nirgendwo, nicht ein einziges Mal, konkret erwähnt, wo das Land selbst aktiv werden kann. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Nicht zugehört, oder was? – Zuruf von den Grünen: Zuhören!)

Ich kann Sie nur auf Ihr eigenes Positionspapier, das Positionspapier des Umweltministeriums vom Mai 2011, verweisen. Darin sind als Leitlinien der Energiepolitik sieben Positionen formuliert, und alle sieben Positionen sind Forderungen an andere. Doch es hilft uns nicht weiter, wenn wir jetzt nur mit dem Finger auf andere zeigen. Baden-Württemberg muss vorangehen. Sie haben das selbst erwähnt und postuliert. Wir haben in der Tat im Land die besten Voraussetzungen dafür, und deshalb müssen wir – am besten gemeinsam, aber ich glaube, die Ideologie wird uns in der Gestaltung der Energiewende zunehmend trennen; auch dazu nachher noch einige Takte mehr – diese Energiewende gestalten.

Jeder in diesem Land hat seine Aufgabe. Der Bund hat seine Aufgaben, die Länder haben ihre Aufgaben, die Kommunen haben ihre Aufgaben. Aber, meine Damen und Herren, es nützt nichts, zu sagen, was andere tun sollen, wenn man das Heft des Handelns dort, wo man Gestaltungsmöglichkeiten hat – und Sie haben seit eineinhalb oder eineinviertel Jahren Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Land –,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Seit 14 Monaten!)

nicht selbst in die Hand nimmt. Nutzen Sie diese Gestaltungsmöglichkeiten!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Sehr gut!)

Die erste der Voraussetzungen, damit die Energiewende überhaupt gelingen kann, ist: Wir brauchen intelligente Netze und intelligente Stromzähler. Das ist keine Begleiterscheinung, sondern die Voraussetzung überhaupt, damit sich die Kräfte des Marktes und die Kräfte des Wettbewerbs entfalten können. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

Deshalb: Wer auf Wettbewerb, wer auf Markt und damit ein Stück weit auf Preisstabilität setzt, kommt nicht umhin, intelligente Netze, intelligente Messen des Stroms zu implementieren, zu fördern, hier einen Anreiz zu schaffen, damit Marktkräfte überhaupt erst wirksam werden können.

Wir schlagen deshalb ganz konkret vor, Herr Ministerpräsident: Richten Sie in Baden-Württemberg vier Modellregio-

nen ein – in kleinen Zentren, in Unterzentren; es reicht nicht, dies in einigen Bioenergiedörfern zu tun, sondern es muss auch dort sein, wo Wirtschaft und Unternehmen vorhanden sind –, um einfach Erfahrungen mit Smart Grid und Smart Metering zu gewinnen. Das ist ein konkreter Vorschlag.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wären auch bereit, auch für diese Fragen – wenn es sein muss, sogar gesetzlich – einen Anschluss- und Benutzungszwang mitzutragen, weil wir der festen Überzeugung sind, dass nur durch Smart Grid und Smart Metering die Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Energieversorgung mit erneuerbaren Energien in der Zukunft überhaupt gestaltet werden können. Machen Sie das. Sie haben diese Möglichkeit; Sie haben die Mehrheiten dazu. Hier hätten Sie sogar eine überwiegende Mehrheit, wenn Sie einen solchen Vorschlag unterstützen würden.

Ich sage Ihnen auch: Das ist die Möglichkeit, die Stadtwerke mit ins Boot zu holen. Sie sprechen immer von der Integration der Stadtwerke und der EnBW, aber Sie tun nichts dafür. Das ist eine konkrete Möglichkeit, Stadtwerke in ein solches Projekt mit hineinzuholen. Machen Sie das einfach, und setzen Sie es um.

Zweitens: Wir brauchen, damit die Ausschläge, die Amplituden angesichts nicht berechenbarer Energieleistungen nicht zu hoch werden – – Denn der Wind in Deutschland weht halt relativ gleich. Es gleicht sich eben nicht aus, ob er in Süddeutschland weht – –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Weht er gleich, oder weht er nicht gleich?)

– Es gleicht sich eben nicht aus. Wenn Flaute herrscht, herrscht weitestgehend – etwas mehr oder etwas weniger – im Norden wie auch im Süden Flaute. Das ist halt so. Das heißt, wir brauchen zwingend – für die Fotovoltaik gilt dasselbe – –

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– Frau Sitzmann, ich kann Ihnen nur empfehlen, sich einmal etwas in die Thematik einzuarbeiten.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Physikalische Grundsätze können durch politische Ideologien nicht außer Kraft gesetzt werden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dies gilt auch, Frau Sitzmann, für die Meteorologie. Auch dort gibt es ein paar eherne naturwissenschaftliche Grundsätze, die halt vorhanden sind.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Da würde alle politische Ideologie nicht ausreichen, um sie außer Kraft zu setzen.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir als zweite dringende Voraussetzung Speicherkonzepte. Herr Umweltminister, so ehrenwert Ihr Einsatz gegen Ihre eigenen Parteigänger im Süden des Landes zum Thema Atdorf

(Peter Hauk)

ist: Uns fehlt die Konzeption. Wie wollen Sie den weiteren Zubau von Windkraft und insbesondere Fotovoltaik so steuern, dass diese Anlagen in der Summe auch noch einigermaßen wirtschaftlich eingesetzt werden können?

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wettbewerb!)

Dazu brauchen Sie zwingend Speicherkonzepte – Speicherkonzepte für Kleinspeicher und Speicherkonzepte für Großspeicher. Das ist der Fall.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Es soll doch niemand sagen, diese Technologien wären nicht schon auf dem Markt. Mittlerweile gibt es Hersteller, die für Privathaushalte über einen Abschreibungszeitraum von über 20 Jahren gerechnet im Prinzip für 20 Cent pro Kilowattstunde einen vernünftigen Kleinspeicher anbieten. Kollege Locherer weiß, wovon ich spreche.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch dummes Zeug! Eine Batterie hält doch nicht 20 Jahre!)

– Entschuldigung, das ist billiger als der Strom, der heute am Markt vom Privatkunden, vom Tarifkunden bei der EnBW bezogen werden muss. Ich kann nur sagen: Setzen Sie solche Anreize.

Zur Frage der Großspeicher: Aktuell fehlen für Baden-Württemberg eigentlich bereits 4 GW. Das heißt, wir brauchen einen deutlichen Zubau, und zwar entweder, indem wir nachbarschaftliche Lösungen anstreben – Herr Ministerpräsident, Sie besuchen demnächst das Land Vorarlberg; ich kann Ihnen nur empfehlen, weiter auf die Partnerschaft mit Vorarlberg zu setzen, weil wir diese Kapazitäten für die Zukunft auch nutzen müssen –, indem wir auf großtechnische Lösungen setzen und sagen: „Speicher in Norwegen“, oder indem wir auch auf eigene Lösungen setzen. Dabei haben wir gegenüber dem Norden deutliche und unbestreitbare Vorteile, weil wir über die entsprechende Topografie verfügen, dass auch tatsächlich das Wasser von der Höhe in die Tiefe fallen und Kräfte entwickeln kann. Das kann man oben in Mecklenburg-Vorpommern oder in Brandenburg nicht machen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das heißt, auch für die Wasserkraft erwarten wir, Herr Umweltminister, von Ihnen ein Speicherkonzept für Baden-Württemberg. Wir erwarten eine schnelle Vorlage, weil das Speicherkonzept die zweite unabdingbare Voraussetzung dafür ist, dass die Energiewende mit erneuerbaren Energien, mit Wind und Fotovoltaik überhaupt gelingt.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, der von uns gemeinsam angestrebt wird, brauchen wir auch den Ausbau der Stromnetze. Dabei geht es nicht nur um den Ausbau im Hochspannungsbereich, für den der Bund zuständig ist. Ob allerdings die Maßnahmen des Bundes ausreichen, wage ich, ehrlich gesagt, im Augenblick noch zu bezweifeln. Das sage ich ganz offen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das liegt jedoch im Zuständigkeitsbereich des Bundes. Wir brauchen einen Ausbau auch im Mittel- und Niederspannungsbereich, und damit kommen wir zum Zuständigkeitsbereich des Landes. Wir müssen die Stromtrassen im Land ausbauen, weil in Zukunft viele dezentrale Erzeuger hinzukommen werden, die auf Fotovoltaik, Windräder, Biogas usw. setzen. Die Zahl dieser Erzeuger wird quantitativ und qualitativ zunehmen. Mit dem fortschreitenden Ausbau werden es immer mehr werden. Diese müssen besser ans Netz angebunden werden.

Deshalb, Herr Minister Untersteller, erwarten wir, dass schleunigst ein Netzausbaukonzept des Landes Baden-Württemberg für den Mittel- und Niederspannungsbereich vorgelegt wird. Bisher: Fehlanzeige; große Töne, aber nichts dahinter.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Herr Ministerpräsident, ich bin ja schon froh, dass Ihr Umweltminister in einem Punkt Einsicht bewiesen hat: Früher war er immer für die Zerschlagung der EnBW und insbesondere für die Zerschlagung des Stromnetzes sowie für einen Verkauf der Netzgesellschaft. Heute ist er immerhin zu der Einsicht gelangt, dass eine einheitliche Betriebsführung notwendig ist. Dazu kann ich nur sagen: Weiter so, Herr Minister. Sie sind auf dem rechten Weg der Erkenntnis. Das ist vollkommen in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich kann die Kommunen, die rekommunalisieren wollen, eigentlich nur warnen. Ich warne dabei nicht vor der Übernahme des Eigentums. Das ist vollkommen legitim. Wenn sie rekommunalisieren und das Eigentum an den Netzen zurückerlangen wollen, ist das vollkommen in Ordnung. Die Betriebsführung der Netze muss aber in einer Hand liegen, damit die Steuerbarkeit in der Zukunft überhaupt noch gegeben sein kann. Das ist der entscheidende Punkt.

Wenn es nicht anders geht – das wird man in zwei bis drei Jahren sehen –, muss man die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Stromversorgungssicherheit gewährleistet ist und die Netzspannung stabil bleibt. Denn das ist für die Wirtschaft und für die Tarifkunden unabdingbar.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das steht doch im Energiekonzept!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viertens brauchen wir eine Novelle des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes. Das noch unter der CDU-geführten Landesregierung eingeführte Gesetz hat sich bewährt. Damit wurden wir zum bundesweiten Vorreiter in Sachen Klimaschutz und Energieeinsparung. Andere Länder und auch der Bund sind diesem Beispiel mittlerweile gefolgt.

Sie haben jetzt die Gelegenheit und auch die Mehrheit dazu, dieses erfolgreiche Gesetz weiterzuentwickeln. Nutzen Sie die Chance! Erhöhen Sie dabei den Anteil erneuerbarer Energien bei Gebäudesanierungen von bisher 10 % auf zukünftig 15 %, und beziehen Sie die Potenziale der Energieeffizienz gleichberechtigt mit der Frage der erneuerbaren Energien mit ein. Das wäre eine für alle vernünftige gesetzliche Vorgabe, weil wir damit das Thema Energieeffizienz gesetzgeberisch „anlif-

(Peter Hauk)

ten“ und weil damit klar wird, dass der Ausbau erneuerbarer Energien einerseits und Energieeffizienz andererseits zusammengehören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Ich kann Sie nur ermuntern, dabei auch die öffentlichen Gebäude mit einzubeziehen. Wir haben uns damals, vor der Zeit der Energiewende, aus anderen Gründen – –

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was sagen Sie?)

– Konstruktiv zu sein heißt, festzustellen, in welchen Bereichen sich Veränderungen ergeben haben. Fukushima und die Energiewende bedeuten Veränderungen, denen man sich stellen muss. Ich sage Ihnen ganz klar: Damals haben wir uns gegen die Einbeziehung der öffentlichen Gebäude und auch der Landesgebäude gestemmt. Heute sind wir dafür, weil nach der Energiewende alle Potenziale zwingend ausgenutzt werden müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Fünftens: Wir brauchen dringend den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Herr Ministerpräsident, Sie haben bereits darauf hingewiesen, dass in der Kraft-Wärme-Kopplung große Potenziale liegen. Das ist wahr. Diese Analyse ist wohlfeil und wunderbar. Wo aber bleiben die konkreten Taten? Wir erwarten konkrete Taten mit dem Ziel des Ausbaus der Kraft-Wärme-Kopplung. Denn noch immer wird entstandene Wärme bei Produktionsprozessen über teure Anlagen gekühlt oder einfach an die Umluft abgegeben. Über die Kraft-Wärme-Kopplung lässt sich eben auch die Wärme für Heizzwecke, für Fernwärme, aber auch für Kälte im Sommer entsprechend nutzen.

Wir wollen damit auch klarmachen: Kraft-Wärme-Kopplung ist auch ein Teil der ökonomischen Entwicklung im Bereich der Energiewende. Sie ist Teil eines funktionierenden Wettbewerbs hin zur Energiewende. Denn es ist in der Tat richtig: Wenn Wärme nicht genutzt wird, dann geht ein großer Teil des Inputs verloren. Aber es fehlt auch wirtschaftlich gesehen ein großer Teil, nämlich das, was hier für den Bau von neuen Kraftwerken oder den Weiterbetrieb von alten Kraftwerken eingesetzt werden muss.

Deshalb ist es unabdingbar, die Voraussetzungen für die Nutzung der Wärme zu schaffen. Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen konkret vorgeschlagen, das Fern- und Nahwärmekonzept weiter auszubauen. Den Bioenergiedörfern geben wir schon heute 20 % der Investitionskosten für den Ausbau des Netzes. Das sind Investitionsförderungen, die einmalig anfallen. Wir brauchen dieses Netz, um die Kraft-Wärme-Kopplung überhaupt nutzen zu können.

Das heißt, mit der Anschubfinanzierung, mit der Investitionsförderung der Netze schaffen Sie eine Triebfeder für neue Wirtschaftlichkeiten, für neue ökonomische Anreize zur Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung, die auch dafür unabdingbar ist, dass neue Kraftwerke gebaut werden – kleine wie große. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Sechstens: Wir brauchen mehr Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien. Das KIT in Karlsruhe ist eine der ersten Adressen in Europa, wenn es um die Frage der Forschung zu erneuerbaren Energien und zukunftsweisenden Speichertechnologien geht. Das kostet auch Geld.

Wir fordern daher den Erhalt des weiteren Ausbaus der Finanzierung für Universitäten, die im Bereich der erneuerbaren Energien forschen. Wir fordern Sie im konkreten Fall auch dazu auf, das KIT so auszustatten, dass es diese Forschungen weiter vorantreiben kann – unabhängig vom formalen Status einer Eliteuniversität.

Der Bund nimmt aktuell zusätzlich 50 Millionen € für die Forschung in die Hand. Nun können wir nicht so einfach Mittel aus dem Haushalt „herausleiern“; die Zwänge sind uns allen bekannt. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, warum Sie sich weigern, innerhalb der Baden-Württemberg Stiftung zusätzliche Forschungsmittel für die Bewältigung der unbestreitbaren Herausforderung Energiewende loszueisen, warum Sie dort keinen Schwerpunkt setzen, das bleibt schleierhaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben gefordert, einen Studiengang Kapazitätsmärkte zu schaffen. Das haben Sie gleichfalls abgelehnt. Jetzt wollen Sie ein Kapazitätsmarktmodell. Der Umweltminister doktert mit Trittin und anderen daran herum. Das ist eine planwirtschaftliche Subventionsmaßnahme sondergleichen, die die Steinkohlesubventionierung weit in den Schatten stellen wird – wenn es denn so kommt.

(Lachen des Staatssekretärs Jürgen Walter)

– Genau so ist es. Herr Kollege Walter, Sie mögen für Kunst und Kultur hier zuständig sein, aber in den Fragen der Ökonomie haben Sie doch noch erheblichen Nachholbedarf.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Auch bei anderen Themen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bei anderen Themen auch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen – siebentens – im Haushalt insgesamt mehr Geld für die Energiewende. Die Kollegin Sitzmann wird uns wie immer – beim letzten Mal traf es den Kollegen Nemeth – vorwerfen: „Am Abend für mehr Geld, am nächsten Tag für Haushaltskonsolidierung.“

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist Ihre Disziplin!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen doch, dass wir in diesem Jahrzehnt zwei große Herausforderungen gemeinsam bewältigen müssen. Die erste ist die Nullneuerschuldung und die Konsolidierung des Haushalts. Das ist eine Herausforderung dieses Jahrzehnts. Die zweite große Herausforderung in diesem Jahrzehnt ist in der Tat die Energiewende. Dort muss man Prioritäten setzen, auch wenn dann in anderen Bereichen Posterioritäten gesetzt werden müssen. Das ist, glaube ich, die Kunst.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wie ist das beim Straßenbau, Herr Kollege?)

Für die Energiewende müssen Prioritäten gesetzt werden.

(Peter Hauk)

Der Umweltminister rühmt sich, dass man die Mittel dafür im Haushalt verdoppelt habe. Es ist wahr: Der Gesetzgeber hat mehrheitlich die Mittel von 10 auf 20 Millionen € erhöht. Aber das bleibt hinter den Notwendigkeiten in diesem Sektor zurück. Dabei sollte man doch alles tun, damit die Energiewende tatsächlich gelingt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann war neben dem Landesplanungsgesetz ein Zweites gerühmt: Es wird auf das Thema Gebäudesanierung verwiesen und gesagt: Da sind wir dabei. Im Bund haben Sie bislang jedoch bei der Gebäudesanierung nicht einmal vermittelnd etwas hinbekommen. Das wäre aber dringend notwendig. Wir wissen, dass es nicht nur rot-grün oder grün-rot regierte Länder sind, die blockieren, sondern dass es auch schwarz regierte Länder gibt, die blockieren. Aber ich sage ganz offen: Es kann nicht die Auffassung der Länder sein, dass der Bund alles zu finanzieren hat, was mit Energiewende zu tun hat.

(Abg. Norbert Beck CDU: So ist es! Genau!)

Das ist ein Gemeinschaftsprojekt, und für dieses Gemeinschaftsprojekt muss man sich auch gemeinschaftlich engagieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb fordern wir Sie auf: Brechen Sie die Blockadehaltung in der Ablehnungsfront der Länder auf. Sie sind Regierende, und Sie haben diese Aufgaben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Doppelhaushalt beantragt, weitere Mittel für die Energiewende frei zu machen, allerdings nicht für Programme mit Mitnahmeeffekten. Ich kann mich an die letzte Debatte hier erinnern, als sich der Umweltminister für ein Darlehensprogramm gerühmt hat: „Wunderbar, wir haben die Förderangebote des Bundes noch einmal verstärkt und die KfW-Mittel um immerhin sage und schreibe 0,3 Prozentpunkte weiter verbilligt.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind Mitnahmeeffekte, nichts anderes. Denn bei den derzeit niedrigsten Zinssätzen in der Historie der Bundesrepublik überhaupt ist die Reduzierung um noch einmal 0,3 Prozentpunkte etwas, was man mitnimmt – und dafür geben wir derzeit jährlich 5 Millionen € aus! Dieses Geld wäre für Netze, für Nah- und Fernwärmenetze, und bei der Kraft-Wärme-Kopplung deutlich besser eingesetzt als für solche Maßnahmen, die zu Mitnahmeeffekten führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat als Abgeordneter in der Plenarsitzung am 15. März 2007 Folgendes gefordert – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –:

Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg erfordern klare Werthaltungen, Nachhaltigkeit als Fundament, ambitionierte Ziele und Vorgaben. Die richtigen Mittel, Wege und Instrumente müssen genannt werden. Schließlich muss das Ganze auf allen Ebenen auch in die Tat umgesetzt werden – durch den Staat, in Europa, im Bund, im Land, durch die Kommunen, die Zivilgesellschaft, die Haushalte und jeden Einzelnen.

Jetzt haben Sie, Herr Ministerpräsident, die Gestaltungsmöglichkeiten, aber gestalten tun Sie nicht.

(Widerspruch bei den Grünen)

Ganz im Gegenteil, Sie dozieren hier über die Historie der Anti-Kernkraft-Bewegung, einen die grünen Gemüter, aber Sie gestalten nicht die Zukunft. Sie haben angekündigt: Chance für die Zukunft. Aber es gibt nicht eine einzige konkrete Maßnahme, die Sie in den nächsten Jahren auch tatsächlich umzusetzen gedenken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann sagten Sie vor einem Jahr in Ihrer Regierungserklärung:

Wir werden endlich die Energiewende in Baden-Württemberg voranbringen.

Heute, über ein Jahr später: nahezu dieselben Worte, wiederum nur Ankündigungen. Ehrlich gesagt, Herr Ministerpräsident, wir sind enttäuscht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Von einem grünen Ministerpräsidenten und einem grünen Umweltminister hätten wir nach über einem Jahr wahrlich mehr erwartet. Sie sind nicht mehr in der Opposition,

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Gott sei Dank!)

wo man nur Forderungen an andere stellt.

Ihr Handeln ist hier und heute gefragt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gott sei Dank! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann macht endlich etwas!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch einmal darlegen: Was ist denn eigentlich im vergangenen Jahr zum Thema Energiewende passiert? Da gab es eine Mitwirkung an einem EEG-Kompromiss; ich komme dazu später noch einmal. Da gibt es ein paar Fantastereien über Kapazitätsmärkte, die einen Marsch in eine gigantische neue Dauer-subsvention darstellen.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Und ansonsten gab es noch ein Landesplanungsgesetz, das – ich erinnere mich noch genau – für Juli letzten Jahres angekündigt war. Dann wurde es verschoben auf Herbst letzten Jahres. Im Herbst hat man dann gesagt: Wir kommen im Winter dazu. Aus dem Winter wurde Frühling, und im Mai wurde das Gesetz dann endgültig verabschiedet. Wenn Sie überall so lange brauchen, Herr Ministerpräsident und Herr Umweltminister,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie haben es doch in 58 Jahren nicht hingekriegt!)

dann werden wir – jedenfalls wir, die wir heute debattieren – die Energiewende nicht mehr erleben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Peter Hauk)

Dann werden wir in die Abhängigkeit von Dritten geraten, nämlich von Stromimporten. Was den Zubau von Kraftwerken angeht, sind andere Länder nämlich deutlich schneller. Ich denke etwa an Tschechien, Österreich oder Frankreich oder auch an die Slowakei.

(Zuruf: Bratislava!)

– Was Bratislava angeht, werden Sie sich noch freuen, dass Sie noch schneller dorthin kommen können,

(Vereinzel Beifall – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Unruhe)

um dort die Produktionsanlagen für Energie für Baden-Württemberg zu besichtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war das Einzige.

Kollege Dr. Rülke hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie bei dieser Veränderung des Landesplanungsgesetzes alles getan haben, was man eigentlich nicht tun soll. Sie haben die Bürgerbeteiligung ausgehebelt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? Das stimmt doch nicht! – Weitere Zurufe von den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Sie haben sie ausgehebelt, weil Sie das Baugesetzbuch als Grundlage genommen haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das Baugesetzbuch enthält Bürgerbeteiligung!)

– Nein, Herr Schwarz. Machen Sie sich einmal kundig. Das Baugesetzbuch spricht von privilegierten Bauvorhaben im Außenbereich.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das Baugesetzbuch gilt aber! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber nicht für Windkraftanlagen!)

Damit haben Sie faktisch jegliche Bürgerbeteiligung zunächst einmal außer Kraft gesetzt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zum Zweiten – das will ich nur noch einmal kurz ansprechen; Kollege Rülke hat dabei vollkommen recht –: Sie haben die Verantwortung auf die Kommunen abgeschoben und haben damit einen permanenten Zwist zwischen Bürgern heraufbeschworen. Denn die Kommunen verlegen solche „Maschinen“, wie Sie Windkraftanlagen immer wieder nennen, im Zweifelsfall mit Sicherheit eher in die Grenzregionen ihrer Gemarkung, damit man selbst diese Anlagen nicht sieht.

(Zuruf von der CDU: Logisch!)

Der Nachbar kümmert einen dann wenig.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sankt-Florians-Prinzip!)

Wo bleibt denn die Zusammenarbeit, die Sie immer angemahnt haben? Diese Zusammenarbeit haben Sie durch die Änderung des Landesplanungsgesetzes komplett außer Kraft gesetzt.

Drittens, Herr Ministerpräsident, fordern wir ein Bürgerbeteiligungskonzept auch in Bezug auf die Standorte neuer Kraftwerke – für Windkraftwerke, für Biogas-, für Biomassekraftwerke, egal, in welcher Form. Das fehlt vollkommen. Sie haben überhaupt kein Konzept dafür erarbeitet, wie die neuen Anlagen, die mit den älteren Anlagen nicht mehr vergleichbar sind, was die Eingriffe in die Landschaft angeht, was den Artenschutz angeht, was den Schutz der Menschen angeht, sinnvoll von den Bürgern akzeptiert werden sollen. Theoretisch – das haben Sie zum Ergebnis der Umfrage, die Sie vor 14 Tagen veröffentlicht haben, gesagt – ist die Akzeptanz groß. Aber wie immer braucht es auch die Akzeptanz der Betroffenen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Für diese Akzeptanz muss eine Regierung, um einen Dauerzwist zu vermeiden und nicht Unfrieden in die Bürgerschaft hineinzubringen, werben. Dies vernachlässigen Sie sträflich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Klimaschutzgesetz hatten Sie bereits angekündigt. Der Gesetzentwurf sollte eigentlich noch vor der Sommerpause vorgestellt werden. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vorhin bemerkt, dass die Eckpunkte hierzu auch schon beschlossen seien. Anscheinend sind diese Eckpunkte so geheim, dass sie das Licht der Öffentlichkeit noch nicht erblickt haben. Vielleicht haben Sie mit diesen Eckpunkten auch etwas zu verbergen. Dann nennen Sie aber doch wenigstens die Eckpunkte dieses Klimaschutzkonzepts, damit wir darüber auch diskutieren können, damit wir um den besten Weg ringen können und damit eine Debatte überhaupt möglich ist.

Nur zu sagen, die Eckpunkte seien beschlossen, reicht nicht. Legen Sie sie endlich vor! Sie haben noch einen Tag Zeit. Morgen ist die letzte Sitzung des Landtags vor der Sommerpause. Sie haben also noch einen Tag Zeit, um den Entwurf des Gesetzes vorzulegen. Tun Sie es endlich! Tun Sie wenigstens das, was Sie angekündigt haben, wenn Sie schon nicht das tun, was sinnvoll ist. Aber tun Sie es!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dieses Klimaschutzgesetz soll ja erst die Grundlage für das umfassende integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept insgesamt sein. Wie lange wird das jetzt noch dauern? Der Kollege Rülke hat es vorhin zu Recht gesagt: Sie glauben ja selbst nicht, was Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben. Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie die Abhängigkeit von Uran, aber auch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vermindern wollen. Aber, Herr Ministerpräsident, wenn Sie selbst und Ihr Umweltminister das CO₂-Einsparziel von 30 %, das bis 2020 angedacht war, auf 25 % zurückfahren,

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

dann gestehen Sie doch selbst ein, dass Sie Ihre Zielsetzung deshalb nicht erreichen können, weil wir zunächst einmal einen größeren Einsatz fossiler Energieträger brauchen, um die Energiewende überhaupt gestalten zu können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Peter Hauk)

Dann sagen Sie es doch, und streuen Sie den Menschen keinen Sand und kein Salz in die Augen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Was, Salz? – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die alte Landesregierung – ich habe es vorhin erwähnt – hat noch einen Windatlas vorgestellt. Jetzt hat der Minister angekündigt, es gebe einen Potenzialatlas. Das ist immerhin einmal eine konstruktive Maßnahme. Es gibt auch schon manche Kommunen und Landkreise, die bereits solche Potenzialatlanten erstellt haben. Ich kann Sie nur ermuntern: Nutzen Sie auch deren Erfahrung – das ist ein wirklich sinnvolles Instrument –, damit die Ansiedlung neuer Kraftwerke nicht nur der Ideologie folgt, sondern auch den ökonomischen Grundsätzen, und dort vorgenommen wird, wo die Produktivität am höchsten ist. Es wäre höchste Zeit, dass Sie sich an der Ökonomie und an der Produktivität orientieren und nicht nur an der Ideologie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Peter Hauk CDU: Aber gern. Wenn es der Sache dient, immer.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Herr Hauk. – Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie den beschleunigten Ausbau der Windenergie befürworten. Meine Frage ist, wer die Verantwortung dafür trägt, dass wir in Baden-Württemberg in dieser Sache nicht vorangekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Zuruf von der CDU: Setzen, Sechs!)

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Lehmann, Sie dürfen sich setzen und müssen nicht stehen bleiben. Die Frage ist ziemlich alt. Es gibt einen einzigen, einfachen Grund dafür,

(Abg. Walter Heiler SPD: Erwin Teufel!)

nämlich die Energiewende im letzten Jahr.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das muss man klar sagen. Mit der Energiewende und dem Ausstieg aus der Kernkraft ist auch innerhalb der Union klar geworden: Wir brauchen mehr erneuerbare Energien. Die Windkraft kann einen Teil dazu leisten – wenn auch nicht im Umfang von 10 % –, aber sie ist nicht imstande, alles zu leisten. Sie haben sich bisher an Monoenergien orientiert und haben immer nur auf den Ausbau der erneuerbaren Energien gesetzt, und Sie setzen ausschließlich auf das Thema Windkraft und damit auf das falsche Pferd.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Den falschen Esel!)

Wir brauchen einen Mix. Ein Anteil von 10 %, 1 000 neue Windtürme, sind schlichtweg Fantasien, die Sie nicht realisiert werden, erst recht nicht mit diesem Landesplanungsgesetz, das der Sache nicht dient, sondern dies verhindert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Denn wer die Biomasse, die Wasserkraft, die Geothermie und damit verlässliche Energiequellen, die grundlast- und mittelastfähig sind, nicht berücksichtigt, der wird bei der Energiewende am Ende versagen.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir für die Großkraftwerke im fossilen Bereich, deren Ausbau Sie fordern, auch die EnBW. Sie haben bisher keinerlei Strategien erkennen lassen, wie Sie als Miteigentümer das operative Geschäft für die Energiewende aufstellen wollen. Jetzt kann man sagen, das sei Sache des Unternehmens. Für das operative Geschäft ist das richtig. Aber welches strategische Konzept steckt bei Ihnen dahinter? Sie haben immer sehr allgemein gesagt: Wir müssen die Stadtwerke stärker mit dem Regionalversorger vernetzen. Wunderbar! Aber was tun Sie konkret dazu? Wie ist Ihre Strategie? Wie gehen Sie bei dem Unternehmen diesbezüglich vor?

Sie haben im Koalitionsvertrag angekündigt:

Wir möchten die Stadtwerke in Baden-Württemberg in den für die Energiewende notwendigen Ausbau der Kapazitäten und in die Neuausrichtung von Klimaschutz und Energiewirtschaft partnerschaftlich einbinden.

Das kündigten Sie jedenfalls an. Ich kann Ihnen nur raten: Machen Sie das. Die Stadtwerke sind ein hervorragender Partner und können Ihnen auch bei der Energiewende unter die Arme greifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein grundlegender Unterschied in der Herangehensweise – das offenbart sich immer mehr – ist offensichtlich Ihre in der Tat ideologische Ausrichtung. Das muss man am Thema Preise festmachen. Sie haben durch den Umweltminister flugs eine Preisprognose erstellen lassen, die in den nächsten Jahren eine Preissteigerung von etwa 20 % vorsieht. Es heißt, damit müssten wir rechnen. Das KIT in Karlsruhe berechnet für die deutsche Wirtschaft Preissteigerungen von 80 %. Dazwischen gibt es erhebliche Lücken. Meine Damen und Herren, wenn man einmal genau schaut, woher diese Preissteigerungen kommen, wird einem schon klar, dass die 80 % nicht so weit hergeholt sind.

Das Erste ist das EEG. Sie haben bei den Verhandlungen den Weg verhindert, von der Dauersubventionierung wegzukommen. Das EEG war immer zur Anschubfinanzierung, aber nicht zur Dauersubventionierung gedacht. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Alexander Salomon GRÜNE und Johannes Stober SPD)

Heute ist die Fotovoltaik bei Gestehungskosten von 10 bis 15 Cent pro Kilowattstunde, je nach Standort, marktreif. Das ignorieren Sie. Sie subventionieren damit die Ruhrgebietshütten der Gegenwart, um eine Formulierung des Kollegen Rülke zu zitieren, und bauen, wenn man so will, eine neue Industriebranche auf. Aber das Entscheidende dabei ist: Damit ist eine gigantische soziale Umverteilung verbunden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja!)

(Peter Hauk)

Es wird Sie wundern, dass wir von der Union das kritisieren. Aber es sind die Eigentümer, es sind die Flächeneigentümer, die Dacheigentümer, die davon profitieren, und der Hartz-IV-Empfänger bezahlt es. Es kann doch nicht im Sinne des EEG sein, dass wir damit auch eine gigantische soziale Umverteilung verbinden, weil das Ganze am Ende am Verbraucher hängen bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren von der SPD, Herr Steinmeier vergießt Krokodilstränen. Er sagt – ich zitiere Herrn Steinmeier –: „Es gibt keine Konzepte gegen soziale Verwerfungen durch steigende Energiepreise.“ Aber Sie verhindern gleichzeitig im Bundesrat, dass die Fotovoltaik endlich in Richtung Marktwirtschaft orientiert wird und von der Dauersubvention loskommt. Das passt nicht zusammen. Da fehlt Ihnen die Einsicht.

Warten wir einmal ab, was am Ende des Jahres passiert. Die EEG-Umlage beträgt derzeit 3,6 Cent pro Kilowattstunde. Wahrscheinlich werden wir bei 5 Cent plus 19 % Mehrwertsteuer landen. Das heißt, wir haben Ende des Jahres allein durch das EEG 6 Cent zu bezahlen. Wir wollen einmal schauen, ob die Freude über die Dauersubventionierung gerade für Fotovoltaik dann noch so groß ist, wenn das Ganze die Kleinhäushalte erreicht.

Zweitens: Der Ausbau der Netze kostet Geld; das ist unbestritten. Das heißt, die Netzentgelte werden in den nächsten Jahren steigen. Aber ich sage ganz offen, dass wir als Verbraucher in Zukunft auch noch die Anbindung von Offshorewindparks, die kilometerweit entfernt draußen im Meer liegen –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Hauk, ich darf Sie kurz unterbrechen. – Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren: Wenn Sie während der Debatte Gespräche führen müssen, dann tun Sie das bitte außerhalb des Plenarsaals, aber nicht mitten im Saal. Damit stören Sie den Redner.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bitte, Herr Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Es ist immerhin erfreulich, dass von den zwei Dritteln der Mitglieder der Regierungsfractionen, die vorhin bei der Rede des Kollegen Rülke den Saal verlassen haben, ein Teil wieder da ist. So kann man mit der Opposition natürlich auch umgehen, indem man nicht bereit ist, zuzuhören, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist die Politik des Gehörtwerdens! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– Ich habe jetzt nicht die aktuelle Präsenz kritisiert, sondern ich habe die Präsenz kritisiert, die zu Beginn der Rede des Kollegen Rülke gegeben war.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir hören zu, auch wenn es manchmal schwerfällt!)

Das ist kein Stil, um auch das einmal klar zu sagen. Auch das ist kein Stil.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Zweite, was erhebliche Kosten verursachen wird, sind die Netzentgelte. Die Netzentgelte werden steigen. Dass wir – unabhängig davon, ob das durch die schwarz-gelbe Bundesregierung oder durch die Länder zustande gekommen ist; das weiß ich gar nicht – jetzt auch noch das Risiko tragen und Entgelte dafür zahlen, dass die Netzanschlüsse kilometerweit entfernt draußen im Meer vorgenommen werden, ist natürlich unmöglich. Das ist keine Technik, die die Welt revolutioniert – offshore schon, aber nicht kilometerweit entfernt, bei allen Risiken. Das wird sich kein Land der Welt in Zukunft leisten können – kein Land der Welt!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dafür sind allein von einem Netzbetreiber 13 Milliarden € avisiert.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Da muss ich ganz offen sagen: Da wird Geld verbrannt.

Drittens: Die Produktionskosten der herkömmlichen Kraftwerke werden weiter steigen. Denn deren Produktivität und Auslastung werden durch die verstärkte Einspeisung aus volatilen Energieträgern – Windräder und Fotovoltaik – kontinuierlich weiter zurückgehen. Das heißt, die Kilowattstunde Strom aus einem Gaskraftwerk, aus einem Kohlkraftwerk etc. wird, weil die Produktivität ständig nachlässt, immer teurer werden. Da kommt Herr Untersteller dann mit dem tollen Begriff „Kapazitätsmärkte“ und sagt: „Jetzt gehen wir einmal so vor, dass wir für bestimmte Kapazitäten garantieren.“ Ja was wollen Sie eigentlich garantieren, Herr Untersteller? Wollen Sie die Abnahme garantieren? Wollen Sie eine Dauersubvention garantieren? Das wollen Sie nämlich. Meine Damen und Herren, das kann nicht das Ziel sein. Mittel- und langfristig muss das Ziel sein – die entsprechenden Schritte hierzu müssen wir jetzt bereits machen –, die erneuerbaren Energien in den Wettbewerb einzuordnen, damit die Kinder aus den Kinderschuhen herauswachsen und selbstständig im Wettbewerb auf dem Energiemarkt das Laufen lernen. Das muss das Ziel sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dazu gehört nicht nur, die Subvention für die Einspeisung zurückzunehmen, sondern dazu gehört auch, dass Schritt für Schritt auch der Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien zurückgenommen wird und am besten durch Speicher abgelöst wird. Für beides fehlt aber jegliche Konzeption, sowohl für die Zurücknahme des Einspeisevorrangs als auch für die Ablösung durch Speicher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb kommen wir zu der zentralen Forderung bei der Energiewende und bei den erneuerbaren Energien: Diese müssen zwingend in das System der sozialen Marktwirtschaft eingebunden und eingegliedert werden. Sie müssen zwingend Schritt für Schritt an den harten Wind des Wettbewerbs herangeführt werden, weil nur so am Ende Preisstabilität gewährleistet ist.

(Peter Hauk)

Meine Damen und Herren, das ist der ideologische Unterschied: Sie fordern Kapazitätswerke, die subventioniert sind. Da erhalten Betreiber auf Jahre und Jahrzehnte Subventionen dafür, dass sie ein Kraftwerk vorhalten. Das ist der falsche Weg. Sie sollen Geld dafür erhalten, dass sie Strom liefern. Aber der Strom muss letztendlich auch in intelligenter Weise zu den Verbrauchern kommen.

Jetzt kommen wir zu all den anderen Forderungen zurück, die ich vorhin genannt habe: Wir brauchen all die Themen – Speicher, Smart Grid, Smart Metering etc. –, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser neuen Technologien zu erhöhen. Diese dürfen wir nicht behindern; vielmehr müssen sie in diesen Wettbewerb hineingestellt werden. Der Wettbewerb entfesselt die Kräfte, der Wettbewerb ist die Triebfeder auch für die Innovation, der Wettbewerb beflügelt die Investitionen, und der Wettbewerb ist es, der am Ende die Preisstabilität garantieren kann, sonst niemand.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Sie nur ermuntern, Herr Ministerpräsident: Geben Sie den Menschen und den Unternehmen die nötige Sicherheit. Das erreichen Sie mit klaren Vorstellungen und nachvollziehbaren Maßnahmen. Ich sage Ihnen noch einmal: Nehmen Sie den Auftrag des Wählers an Sie vom vergangenen Jahr ernst. Tun Sie etwas.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Tun Sie das Richtige; vor allem aber: Tun Sie etwas! Sie haben das Heft des Handelns in der Hand. Wir müssen den Menschen machbare, sichere und bezahlbare Lösungen anbieten, keine ideologischen Träumereien. Denn am Ende muss die Energie, die wir benötigen, auch verfügbar sein. Am Ende muss der Strom, den wir für die Menschen und die Unternehmen im Land produzieren, auch bezahlbar sein. Ansonsten drohen die Strompreise zur neuen sozialen Frage des 21. Jahrhunderts zu werden.

Wir haben Ihnen einige konkrete Vorschläge gemacht. Jetzt ist es an Ihnen, diese auch umzusetzen. Ich appelliere noch einmal an Sie: Nutzen Sie auch die Kräfte des Marktes und des Wettbewerbs, um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung der Zukunft für Baden-Württemberg zu erreichen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat zu Recht davon gesprochen, dass die Energiewende ein Generationenprojekt ist. Er hat beschrieben, welche Dimension an Veränderung wir auf den Weg bringen müssen.

Es ist eine Veränderung, die weit über technische Fragen hinausreicht. Es geht in einer industrialisierten Gesellschaft bei der Struktur der Energieversorgung um so etwas wie den energetischen Code. Es geht darum, wie wir regional, national und global in Zukunft die Energieversorgung unter veränderten Rahmenbedingungen sicherstellen können.

Die dezentralen und regenerativen Technologien, die mit der Energiewende bei uns endlich in den Mittelpunkt rücken, meine Damen und Herren, passen zu Baden-Württemberg. Sie passen zur Vielfalt, zu einem föderalen und kommunalen Politikstil, sie passen zur Verantwortung und zur Entscheidung vor Ort. Deshalb gilt ganz besonders für Baden-Württemberg, das Land des Mittelstands, des Erfindergeistes und des bürgerschaftlichen Engagements: Die Zukunft ist dezentral.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Zukunft ist dezentral. Dieses Motto gilt schon sehr lange. Der Atomausstieg der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung und jetzt endlich in einem zweiten Anlauf ein Atomausstieg in einem Allparteienkonsens waren überfällig. Selbstverständlich schaut die Welt und schauen andere Länder nun zu Recht auf uns, wie wir mit den Fragen der Energieversorgung in Zukunft in Deutschland, einem hoch industrialisierten Land, umgehen, wie wir diese Herausforderungen bewältigen, wie wir im Land der Erfinder, der hoch innovativen Unternehmen die Energiewende vorantreiben. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt: Wenn irgendjemand die Energiewende auf den richtigen Weg bringen kann, dann sind es wir in Baden-Württemberg und wir in Deutschland.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Ministerpräsident hat die Dimension beschrieben, indem er die Energiewende mit der industriellen Revolution verglichen hat. Die Energiewende wird einen Wandel mit sich bringen, und die Energiewende und der Atomausstieg werden die Welt sicherer, nachhaltiger und am Ende auch demokratischer machen.

Für uns Grüne bedeutet diese Wende gar keine richtige Wende, sondern jetzt wird das vorangebracht, was wir seit 30 Jahren, seit unserer Gründung, fordern.

(Beifall bei den Grünen)

Ich kann also sagen: Wir mussten nicht wenden. Diejenigen, die mit quietschenden Reifen eine Vollbremsung und eine volle Kehrtwendung hinlegen mussten, sind die Bundesregierung, sind CDU und FDP, meine Damen und Herren. Grüne und SPD setzen ihren erfolgreichen Kurs der Vergangenheit fort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Hauk, Ihre Ausführungen waren zum Teil interessant, amüsant, aber vor allem abenteuerlich, z. B. in Bezug darauf, wann wo Wind weht und wann kein Wind weht. Flaute auf der Nordsee heißt auch Flaute auf dem Rosskopf, so hatte ich Sie verstanden. Ich würde sagen: Es gibt jeden Abend im öffentlich-rechtlichen Fernsehen die „Tagesthemen“, und da gibt es immer einen „Tagesthemen“-Strömungsfilm. Vielleicht schauen Sie sich den einmal an. Das könnte für Ihre Weiterbildung in Sachen Wind und in Sachen Meteorologie einen guten Beitrag leisten.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Haben Sie Kachelmann geschaut? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kachelmann war gestern! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie so viel Zeit zum Fernsehen?)

(Edith Sitzmann)

Wir stellen fest, Herr Kollege, dass Sie derzeit selbst verschuldet ziemlich viel Gegenwind haben und dass Ihre Ausführungen heute zeigen, dass Sie auch im Nebel mit geringer Sichtweite stehen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das haben Sie sich aber schön aufschreiben lassen!)

Anders kann man sich die Vorwürfe, die Sie hier in den Raum stellen, nicht erklären.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben z. B. gesagt, die Eckpunkte zum Klimaschutzgesetz seien sozusagen Geheimeckpunkte. Ich empfehle Ihnen: Gehen Sie einmal auf die Homepage des Umweltministeriums. Am 7. Februar 2012 wurden diese Eckpunkte für das Klimaschutzgesetz dort online gestellt und veröffentlicht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Von wegen geheim! – Abg. Peter Hauk CDU: Das scheint eine große nationale Bedeutung zu haben, wenn das so im Verborgenen geblieben ist!)

Also: Informieren Sie sich, und dann reden wir einmal auf einer gemeinsamen fachlichen Grundlage weiter.

Meine Damen und Herren, die Energiewende in Baden-Württemberg ist das eine, aber die Energiewende ist natürlich eine europäische Angelegenheit. Die EU-Kommission hat am 6. Juni ihre Strategie für erneuerbare Energien vorgelegt. Sie sieht in der Förderung der erneuerbaren Energien und der Netzinfrastruktur einen Schlüsselfaktor für eine europäische Energiepolitik. Die ohnehin nicht besonders ambitionierten Ziele der Erneuerbare-Energien-Richtlinie aus dem Jahr 2009 sind nur zu erreichen, wenn der Stellenwert der erneuerbaren Energien in Europa deutlich wächst und wenn sich die Mitgliedsländer selbst sehr ehrgeizige Ziele setzen, wie wir das tun, meine Damen und Herren.

Da hat mich die Einlassung des EU-Kommissars für Energie Oettinger gewundert. Er hat nämlich interessanterweise plötzlich bei der Energiewende das getan, was er beim Thema „Autoverkehr, Mobilität“ nie getan hat: Er hat eine Geschwindigkeitsbegrenzung bei der Energiewende gefordert. Das ist doch absurd. Wir brauchen das Gegenteil davon: Wir brauchen mehr Gas bei der Energiewende und keine Geschwindigkeitsbegrenzung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, mehr Gas! Das ist richtig! – Abg. Winfried Mack CDU: Mehr Gas! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Mehr Gas, das stimmt!)

Das ist einfach die verkehrte CDU-Welt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt ging es um die Frage: Wer ist denn jetzt zuständig? Was macht der Bund und was das Land? Ich kann nur sagen: Selbst die Bundeskanzlerin, Herr Kollege Rülke, ist mit dem Auftritt des FDP-Wirtschaftsministers nicht zufrieden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht nur die! – Zuruf: Die FDP auch nicht!)

Sie selbst hat ihn vor Kurzem öffentlich gerüffelt. Sie hat unter Hinweis auf Herrn Rösler selbst gesagt, dass die Energiepolitik in Deutschland nicht immer eine gute Figur mache.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

Ich kann sagen: Wer so einen Wirtschaftsminister auf Bundesebene hat, der sich gegen die erneuerbaren Energien, gegen einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor stellt, der sollte hier keine großen Töne spucken, sondern erst einmal schauen, dass er selbst eine konsequente Politik in Sachen Energie macht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch Herr Altmaier, der neue Bundesumweltminister, sagt, es habe in der Vergangenheit einige Fehler gegeben. Ich finde, da hat er recht. Auch er ist nicht mit dem Bundeswirtschaftsminister zufrieden, weil sich zeigt: Das eigentliche Problem ist, dass Herr Rösler ein Profilierungsfeld sucht, und anscheinend ist die Energiepolitik das Profilierungsfeld, das er sich ausgesucht hat. Das ist im Interesse der Sache höchst bedauerlich und schädlich, meine Damen und Herren. Das ist die Blockade der FDP.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir hoffen, dass die Küchengespräche des neuen Bundesumweltministers – für diese ist er ja bekannt – nicht nur durch den Magen gehen, sondern auch neue Impulse für die Energiewende auf Bundesebene bringen, die wir so dringend brauchen. Machtspiele innerhalb von CDU/CSU und FDP können wir nicht mehr brauchen, meine Damen und Herren. Ich kann Ihnen versichern: Die grün-rote Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen ziehen in der Energiewende nicht nur an einem Strang,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so: Nur in der Energiewende!)

sondern sie ziehen auch in die gleiche Richtung. Da könnten Sie auf Bundesebene und hier in der Opposition viel von uns lernen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Baden-Württemberg spielt eine wichtige und führende Rolle im Konzert der Bundesländer.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Noch! Noch!)

Wir sind froh, dass das endlich wieder so ist, dass es seit einem Jahr endlich wieder so ist,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! So ist es!)

dass diese Landesregierung auf Bundesebene ein starkes Wort mitzureden hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das hat sich in vielen Punkten bereits gelohnt. Es hat sich bei den Verhandlungen über den Atomausstieg gelohnt. Endlich gibt es einen verlässlichen Ausstiegspfad, und alle Fraktionen, alle Parteien sind sich einig. Das hat die starke Stimme Baden-Württembergs und des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann auf Bundesebene gleich zu Beginn seiner Amtszeit geschafft.

(Edith Sitzmann)

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist aber sehr im Geheimen geschehen!)

Es ist gut, dass es endlich wieder eine starke Stimme aus Baden-Württemberg gibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vielleicht gibt es die starke Stimme auch einmal beim Länderfinanzausgleich!)

Die starke Stimme Baden-Württembergs hat dafür gesorgt, dass sich bei der Einspeisevergütung für Fotovoltaik Ihr verbohrtter Wirtschaftsminister von der FDP, Herr Rülke, nicht durchgesetzt hat.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das Wort „verbohrt“ würde ich mir noch einmal überlegen!)

Viele baden-württembergische Unternehmen, das baden-württembergische Handwerk profitieren davon, dass nicht abrupt gestoppt wurde und das Ganze in einem Fiasko endet. Unser Umweltminister hat dafür gesorgt, dass im Vermittlungsausschuss zumindest noch eine Verbesserung erreicht worden ist. Davon werden die Unternehmen und Handwerker in unserem Land in Zukunft profitieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Klar ist doch, dass die Energiewende für Baden-Württemberg eine Win-win-Situation ist. Sowohl große Unternehmen in Baden-Württemberg wie Bosch als auch viele mittelständische Unternehmen wie etwa Liebherr sind schon lange auf dem Weg und entwickeln energiesparende Produkte, ressourcenschonende Verfahren, regenerative Energieerzeugung. Sie bringen die Energiewende im Land voran. Die Unternehmen bringen also die Energiewende voran, und die Energiewende bringt die Unternehmen voran. Meine Damen und Herren, das ist die Win-win-Situation, die wir hier bei uns im Land haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung bleiben mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, mit der dezentralen Energieversorgung vor Ort. Das ist gut so, meine Damen und Herren. Das ist das, was auch den ländlichen Raum stärkt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oh! Haben Sie das auch schon entdeckt?)

Das unterstützt den ländlichen Raum mehr als die Verdichtungsräume. Für das regionale Handwerk ergeben sich gute Chancen beim Ausbau der lokalen Infrastruktur, bei der energetischen Gebäudesanierung.

Wie gesagt: Wir wollen die energetische Sanierung von Gebäuden weiter voranbringen und die Sanierungsquote auf 2 % jährlich erhöhen – nicht 1 %, wie wir es in der Vergangenheit hatten, sondern 2 %. Das bringt glänzende Aussichten für das Handwerk.

Meine Damen und Herren, der Ausbau der erneuerbaren Energien ist die „Ölquelle“ des ländlichen Raums. Wir werden sie stärken, fördern und schützen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir wissen, dass viele Bürgerinnen und Bürger der Energiewende offen und positiv gegenüberstehen und diesbezüglich aufgeschlossen sind. Das betrifft nicht nur die Frage: „Sind Sie für Windkraft allgemein?“ Auch bei Befragungen, ob die Bürgerschaft für Windkraftanlagen ist, wenn sie in ihrer eigenen Gemeinde, vor Ort, gebaut werden, gibt es extrem hohe Zustimmungsqoten. Das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir wollen die Bürgerschaft auf dem Weg in die „erneuerbare Zukunft“ als Akteure dabei haben. Denn so wird auch ein Leitspruch, den wir Grünen schon seit Jahren haben, nämlich „Global denken und lokal handeln“, konkret.

(Beifall bei den Grünen)

Klar ist, dass zur Energiewende auch der Netzausbau gehört. Das ist keine Frage. Die Bundesnetzagentur hat erst vor wenigen Wochen den Netzentwicklungsplan zum Ausbau der Übertragungsnetze vorgestellt. Das zeigt nun endlich eine Perspektive für den Bedarf des Netzausbaus auf, den es unbestritten gibt. Beim Leitszenario in diesem Netzentwicklungsplan stehen 3 800 km neue Leitungskorridore im Raum, 330 km davon in Baden-Württemberg. Investitionssummen werden mit 20 Milliarden € angegeben. Wir betreiben diesen Netzausbau nicht zum ersten Mal in der Geschichte. Auch in den Achtzigerjahren hat es schon einen Netzausbau gegeben. Entscheidend ist, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Was häufig vergessen wird: Es geht nicht nur um Ausbau, um neue Leitungen, sondern es geht auch um Optimierung. Man kann mit dem Austausch, mit dem Einbau von neuen, modernen Leitungen auf bereits vorhandenen Strommasten die Kapazität deutlich erhöhen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber Nord-Süd haben wir nicht!)

Damit kann man die Investitionskosten reduzieren, und man kann auf neue Trassen verzichten.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn man das Ganze noch dezentral organisiert, wird sich die Anzahl neuer Trassen, die wir brauchen, ein Stück weit reduzieren lassen, meine Damen und Herren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Woher wissen Sie das? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie knicken ja jetzt schon ein! Das ist die falsche Botschaft!)

Auch beim Netzausbau gilt es, die Bürgerschaft mitzunehmen, wenn es um die Planung neuer Trassen geht, meine Damen und Herren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Woher wissen Sie das? Sie kennen ja nicht einmal die Kapazitätsengpässe!)

Neben den Übertragungsnetzen geht es auch um die Verstärkung der Regionalnetze und der Verteilnetze. Wir brauchen

(Edith Sitzmann)

heute keine Einbahnstraßen mehr, wie wir sie in der Vergangenheit hatten. Vielmehr gibt es Hunderttausende von Energieerzeugern und -verbrauchern. Es ist eine Herausforderung, das miteinander zu kombinieren und zusammenzuschalten. Wir in Baden-Württemberg haben mit den kommunalen Partnern, mit den kommunalen Energieversorgern und mit der EnBW die richtigen Partner, um den Netzausbau bewältigen zu können, sofern dies in einer vernünftigen Arbeitsteilung geschieht.

Ich bin sicher und zuversichtlich, dass diese Zusammenarbeit von Kommunen, kommunalen Energieversorgern und EnBW in Baden-Württemberg gut vorankommen wird und damit die Herausforderungen, die sich hier im Land stellen, bewältigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU meldet sich.)

Klar ist aber auch, dass es Investitionshemmnisse bei den regionalen Netzen gibt, Herr Kollege. Dies betrifft aber wiederum die Bundesebene. Es ist nicht so, dass wir hier im Land alles regeln können, was zu regeln ist.

(Glocke des Präsidenten)

Die Regulierungsbehörden ...

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: ... streichen munter an den Netznutzungsentgelten – nicht mitten im Satz, Herr Wolf –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben weitergeredet, obwohl er geklingelt hat!)

der regionalen Betreiber, und die Bundesregierung schaut tatenlos zu, Herr Kollege Hauk.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Es gibt keine ausreichende Refinanzierungskomponente für Investitionen in Netze. Der ökonomische Rahmen stimmt nicht. Diesen Rahmen muss die Bundesregierung zunächst einmal schaffen. Dabei ist auch der neue Bundesumweltminister gefragt. Herr Hauk, falls Sie auf Bundesebene noch etwas zu sagen haben, dann machen Sie ihn doch einmal in dieser Richtung flott.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, Sie haben jetzt erkennbar den Satz beendet. Deswegen nochmals die Frage, ob Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk zulassen möchten.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Jetzt gern.

(Unruhe)

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Kollegin Sitzmann, erstens: Kennen Sie überhaupt den Ausbaubedarf, die derzeit notwendigen zusätzlichen Kapazitäten im Bereich der Mittel- und Niederspannungsnetze?

Zweitens: Welche Strategie verfolgen Sie im Land beim Ausbau von Mittel- und Niederspannungsnetzen?

Drittens: Halten Sie Netzentgelte mit einer neunprozentigen Rendite etwa nicht für ausreichend?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Kollege Hauk, ich habe gerade auf den Plan der Bundesnetzagentur verwiesen. Daraus geht hervor, dass 3 800 neue Trassenkilometer erforderlich sind,

(Abg. Peter Hauk CDU: Hochspannung! Ich habe nach Mittel- und Niederspannung gefragt!)

330 km davon in Baden-Württemberg. Ich habe außerdem gesagt, dass die Bundesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen muss, um den Netzausbau voranzubringen. Im Land geht es darum, in Bezug auf die Regionalnetze und die Verteilnetze das Know-how, das wir bei den Kommunen und bei der EnBW haben, sinnvoll zusammenzubringen, um diese Herausforderungen zu bewältigen, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Frage ist noch nicht beantwortet!)

Entscheidend ist aber auch, dass wir in Stabilität investieren. Wir haben über das Thema Wirtschaftlichkeit diskutiert. Natürlich geht es auch darum, die Preise möglichst stabil zu halten.

Sie haben vorhin eine Studie des KIT zitiert, Herr Kollege Hauk, und gesagt, die Strompreissteigerung werde 80 % betragen. Das stimmt nicht. Eine Steigerung von 70 % stand im Raum; dabei ging es aber nicht um Strompreissteigerungen für private Haushalte. Es gibt dazu eine andere Studie, die Umweltminister Untersteller in Auftrag gegeben hat. Diese hat deutlich gemacht, dass die Strompreise in den vergangenen zehn Jahren, von 2002 bis 2012, um 45 % gestiegen sind.

Selbst ohne die Energiewende gab es Strompreissteigerungen, meine Damen und Herren. Die Prognose für die kommenden zehn Jahre liegt bei einer Steigerung um 20 %. Es gibt also überhaupt keinen Grund, hier Horrormärchen zu erzählen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Euphemismus! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Also rechnen Sie in den nächsten Jahren weiter mit 45 %! – Unruhe)

Es geht darum, die Energiewende entschlossen anzupacken. Wenn es um Preise geht, geht es auch darum, Herr Kollege Hauk, die Ausnahmeregelungen, die es für energieintensive Unternehmen gibt, auf den Prüfstand zu stellen, weil für diese Unternehmen durch die Einspeisung der erneuerbaren Energien die Preise für Strom an der Leipziger Strombörse gefallen sind. Wenn es dann deutliche Reduktionen bzw. Ausnahmen bei der EEG-Umlage und den Netzentgelten für energieintensive Unternehmen gibt, dann bedeutet das natürlich, dass die Kosten auf den Endverbraucher, auf die privaten Haushalte, auf kleine und mittlere Unternehmen umgelegt werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Eiern Sie nicht herum!)

(Edith Sitzmann)

Das müssen wir korrigieren. Hier muss es eine Abschmelzung geben, damit wir eine gleiche Lastenverteilung bei allen Unternehmen und den privaten Verbrauchern haben, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, es gibt eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Glück.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wo ist Herr Glück?

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ich bin hier. – Frau Sitzmann, vielen Dank, dass Sie meine Frage zulassen.

Sie hatten gerade erwähnt, dass über die vergangenen Jahre hinweg eine Strompreiserhöhung von 45 % zu beobachten war. Ich habe jetzt aber vonseiten der Regierung immer wieder die Aussage gehört, es habe in der Vergangenheit keine Strompreissteigerungen gegeben; ganz im Gegenteil, Strom sei billiger geworden. Können Sie mich aufklären, welche Aussage stimmt?

(Zurufe: Börse! – Zuhören!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Der Strompreis an der Börse ist gesunken. Aber der Preis, den die Endverbraucher zahlen, der ist gestiegen. Das gilt jedoch nicht für energieintensive Unternehmen, die von Netzentgelten und von der EEG-Umlage ausgenommen sind; das macht den Unterschied bei den Preisen aus. Damit ist es eine falsche Lastenverteilung, Herr Kollege Glück.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wissen Sie, wie viel Strom an der Börse gehandelt wird?)

Meine Damen und Herren, es geht auch um Stabilität. Im Zusammenhang mit der Krise der Finanzmärkte hat Stabilität noch einmal eine deutlich größere und wichtigere Dimension bekommen. Es ist ein wirtschaftlicher Wert, in Stabilität zu investieren.

Man kann das auf zweierlei Weise tun. Zum einen kann man verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die das Verhalten der Marktteilnehmer steuern und begrenzen. Das ist bei den Finanzmärkten bekanntermaßen viel zu spät und in nicht ausreichendem Maß passiert. Zum anderen kann man Auffangbecken schaffen oder Feuerwehr spielen. Diese Rolle kommt bei den Finanzmärkten jetzt der Europäischen Zentralbank, den Notenbanken und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM zu. Bei den Stromnetzen sind die Instrumente der Stabilität die Speicher und die Reserven bei den Erzeugungskapazitäten.

Klar ist – jetzt komme ich zum Thema Kapazitätsmärkte –, dass mit den Atomkraftwerken grundlastorientierte und unflexible Kraftwerke zur Verfügung standen, die das Verfeuern von billigem Strom auch noch angeheizt haben.

(Lachen des Abg. Peter Hauk CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja unglaublich!)

Jetzt ist es umgekehrt: Jetzt geht es darum, dass wir Speicher- und Reservekapazitäten zur Verfügung stellen müssen, um die Stabilität der Netze zu gewährleisten.

Herr Kollege Hauk, der Vorschlag von Umweltminister Untersteller, Kapazitätsmärkte als Instrument einzuführen, um die Stabilität bei den Netzen zu garantieren, ist hervorragend. Er wurde auch auf Bundesebene durchaus positiv aufgenommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das wundert mich aber! Das ist trotzdem ein Irrweg!)

Es geht also um die Frage: Wie können wir Stabilität in den Netzen schaffen? Von Ihnen habe ich keinen Vorschlag gehört, wie das funktionieren soll.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie doch ein paar!)

Ich kann nur sagen: Wir brauchen die Stabilität, und wenn wir diese Stabilität erreichen, ist manches Geld auch gut investiert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, dass wir in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg die Weichen für die Energiewende seit dem Regierungswechsel gut und richtig gestellt haben. Wir haben das Landesplanungsgesetz endlich novelliert, nachdem Sie jahrelang blockiert haben, Herr Kollege Hauk, und im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie z. B. Rheinland-Pfalz der Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung bei uns unter 1 % lag. Wir haben uns das Ziel gesetzt, den Anteil der Windkraft auf 10 % auszubauen. Dass Sie jetzt, wie Sie heute gesagt haben, seit Fukushima Ihren Widerstand gegen den Ausbau der Windkraft aufgeben haben, das finden wir begrüßenswert. Allerdings waren Ihre Ausführungen zur Windkraft, die Sie heute hier vorgetragen haben,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Realistisch! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dürftig!)

wenig ausgereift. Das muss ich sagen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mehr als dürftig! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ganz dünn!)

Ich frage mich, ob Sie Offshoreanlagen am Strand bauen wollen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt fabulieren Sie doch nicht!)

Ich weiß es nicht. So hat es sich angehört. Sie haben in Ihrem eigenen Energiekonzept zwar auch den Ausbau der Windkraft auf einen Anteil von 10 % gefordert, haben allerdings gesagt: 5 % im Land und 5 % offshore.

(Abg. Peter Hauk CDU: An der Küste oder offshore? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das steht in unserem Konzept!)

Dann wären es nur 5 % in Baden-Württemberg, und die anderen 5 % wären dann in Schleswig-Holstein.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass Ihr Energiekonzept, das Sie in diesem Jahr vorgestellt haben, im Vergleich zu der Ener-

(Edith Sitzmann)

giepolitik, die Sie über Jahrzehnte im Land gemacht haben, durchaus einen Fortschritt darstellt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ein kleiner!)

Allerdings gibt es an der einen oder anderen Stelle, wie Ihre Ausführungen heute gezeigt haben, Nachbesserungsbedarf.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihre Ausführungen waren ohne Inhalt!)

Aber zu Diskussionen, wenn sie konstruktiv und zukunftsweisend sind, sind wir immer gern bereit. Zum Bremsen in Sachen Energiewende ist keine Zeit. Wir sollten alle zusammen die Energiewende mutig und rasch angehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Ende noch den Baden-Württembergischen Handwerkstag zitieren – Pressemitteilung vom 11. Juli 2012 –:

Die schwäbische Kombination aus Aufbruch und Geschäftssinn befeuert den Umbau, und das Handwerk ist mit Blaumann und gepacktem Werkzeugkoffer bereit für neue Aufgaben oder längst mit der Umsetzung beschäftigt.

So der Präsident des Baden-Württembergischen Handwerks, Herr Möhrle.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das würde ich auch sagen, Koffer hin, Koffer her!)

Meine Damen und Herren, ich finde, das sind gute Perspektiven für die Zukunft, gute Perspektiven für die Energiewende. Packen wir es an!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wird es ein bisschen schwierig, denn die Mittagszeit ist da.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sollen wir helfen?)

Der Umweltminister ist auch schon hibbelig. Ihn drängt es nach all dem, was er da gehört hat, in die Arena. Das ist auch verständlich. Das kann man ja nicht so stehen lassen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann lassen Sie ihn doch reden! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Auch bei ihm lässt die Energie nach!)

Deshalb habe ich mir gedacht: Lyrik weg! Ich beschränke mich auf vier Themen, die sich durch alles hindurchgezogen haben: Versorgungssicherheit, die Frage der Preise, die Frage der Netze und die Potenziale bei den Innovationen.

Versorgungssicherheit: Diejenigen, die damals den Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig gemacht haben, haben immer argumentiert, Deutschland als Industrieland könne nicht auf Atomkraft verzichten. Das war das Argument. Jetzt sind etliche Atomkraftwerke abgeschaltet. Allein im Süden sind

5 000 MW vom Netz. Und siehe da: Unter dem Strich haben wir nicht importiert; unter dem Strich ist unser Land noch immer ein Nettoexportland geblieben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und das ist der Grundfehler in Ihrer Denkweise! – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist durchgeleiteter Strom, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Wo er recht hat, hat er recht! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Schmiedel hat das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Rechnung ist ganz einfach, Herr Kollege Zimmermann: Man darf nicht brutto und netto verwechseln. Deswegen rede ich vom Netto.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Unruhe)

Der Herr Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir im vergangenen Februar – es war exakt am 13. Februar – eine heikle Situation hatten. Damals herrschte klirrende Kälte in Norditalien, in Spanien, in Osteuropa, in Frankreich. Dort liefen alle Elektroheizungen, der Stromverbrauch war höher als in der Bundesrepublik. Das hat dazu geführt, dass es eine angespannte Situation gab und man kurz davor stand, einen Großverbraucher abschalten zu müssen. Es wäre aber natürlich das verheerendste Signal für die Energiewende, wenn man gezwungen wäre, in solchen Situationen Industrie vom Netz zu nehmen, damit das Netz nicht zusammenbricht.

Was war der Grund? Der Grund war nicht die mangelnde Kapazität, die mangelnde Erzeugungskapazität. Der Grund war vielmehr, dass kein Gas zur Verfügung stand, um das Gaskraftwerk in Karlsruhe anwerfen zu können. Wenn dies möglich gewesen wäre, dann hätte es gereicht.

Weshalb stand kein Gas zur Verfügung? Weil wir zwar im Nordwesten der Republik große Gasspeicher haben, nicht aber im Süden. Für uns leitet sich daraus, Herr Minister für Infrastruktur, Folgendes ab: Das Thema Gas ist wichtig. Natürlich muss man über Gaspipelines nachdenken. Wir können aber nicht warten, bis eine neue Gaspipeline vom Norden in den Süden den Gastransport technisch überhaupt erst möglich macht.

Bis in die Neunzigerjahre hinein hatten wir in Baden-Württemberg Gasspeicher. Diese Speicher sind alle aufgegeben worden, weil sie sich nicht mehr gerechnet haben. Wenn wir jetzt aber darauf angewiesen sind, Gas verfügbar zu halten, um in solchen Situationen die Kapazitäten nutzen zu können, dann müssen wir uns dem Thema Gasspeicher in Baden-Württemberg vordringlich zuwenden. Denn wir wollen nicht, dass die Industrie irgendwann einmal gezwungen ist, den Schlüssel herumzudrehen und den Betrieb einzustellen. Das wäre ein verheerendes Signal.

Deshalb ist unsere Bitte, Herr Minister, dass Sie sich dem Thema Gas verstärkt zuwenden, damit wir bereits im nächsten Winter damit rechnen können, dass in Baden-Württemberg in jeder Situation genügend Gas zur Verfügung steht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU meldet sich.)

(Claus Schmiedel)

Nun zur Frage nach dem Preis. Momentan bezahlt man für das Barrel Öl knapp 100 Dollar. Vor Kurzem lag der Preis bei 60 Dollar, und er betrug auch schon einmal 40 Dollar. Wissen Sie, was ein Preisunterschied von 10 Dollar pro Barrel Öl ausmacht? Dieser Preisunterschied aufgrund der Volatilität macht mehr aus als die gesamte Umlage im Rahmen des EEG.

Wir müssen die Herausforderung doch sehen: Wir haben im letzten Jahr, statistisch gesehen, den siebenmilliardsten Erdenbürger begrüßt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich nicht!)

– Doch, in den Zeitungen; nicht persönlich.

(Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Zimmermann hat es nicht gemacht!)

Wir haben uns ja gefreut. Jeder Mensch, der auf die Welt kommt, ist ein Geschenk. Für das Jahr 2050 – da werden meine Zwillinge 50 Jahre alt, stehen also mittendrin – ist damit zu rechnen, dass der neuneinhalbmilliardste Erdenbürger begrüßt wird. Dann gibt es auf dieser Welt noch einmal zweieinhalb Milliarden Menschen mehr. Diese werden voraussichtlich nicht bei uns leben und auch nicht in Nordamerika oder in China – dort ist der Höhepunkt des Bevölkerungswachstums schon überschritten –, sondern auf dem indischen Subkontinent und in Afrika, also in den ärmsten Regionen.

Wenn diese Menschen eine Chance auf Wohlstand haben wollen, dann brauchen sie Energie. Bei dieser Preisentwicklung auf dem traditionellen Energiemarkt ist es doch völlig ausgeschlossen, dass diese Menschen auch nur den Hauch einer Chance haben, mithilfe von Energie Wohlstand zu begründen. Es gibt in Anbetracht dieser globalen Herausforderung also gar keinen anderen Weg, als die erneuerbaren Energien voranzubringen. Denn die Sonne steht kostenlos zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zimmermann?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, er ist schon aufgestanden. Aber ich erinnere daran: Es ist schon Mittagszeit.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege Schmiedel, nachdem Sie selbst den 13. Februar 2012 als energiepolitisch problematischen Tag erwähnt haben, möchte ich an Sie die Frage stellen: Wie bewerten Sie, nachdem Sie auch noch für diesen Tag von Import oder Export geredet haben, folgende Zahlen?

Es war tatsächlich so, dass am 13. Februar 2012 um Punkt 13:30 Uhr – da ist die Höchstzeit gewesen – die Regelzonenlast in Baden-Württemberg 10 732 MW betrug. Übrigens: Die Stromeinspeisung von unseren rund 380 Windrädern mit einer installierten Leistung von 486 MW war zu diesem Zeitpunkt 14 MW; bundesweit waren es 685 MW.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Das ist schlecht!)

Der Verbrauch lag also bei 10 732 MW, der Import nach Baden-Württemberg betrug 5 310 MW, also 50 %, und gleich-

zeitig verzeichneten wir für diesen Zeitpunkt einen Export – auf den legen Sie immer Wert – von 1 485 MW.

Nun würden Sie sagen: Solange wir exportieren, wieso importieren wir dann? Jetzt erkläre ich Ihnen – auch in Richtung Umweltminister, weil immer die falschen Zahlen genannt werden –:

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo ist denn die Frage? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Frage! – Glocke des Präsidenten)

Das war, Herr Kollege, rein durchgeleiteter Strom, den man als Export von Baden-Württemberg betrachtet.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo ist die Frage?)

Der wurde durchgeleitet, z. B. in andere Länder von –

(Glocke des Präsidenten)

Wie bewerten Sie diese Zahl?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genauso wie vorher!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie müssen es noch einmal im Protokoll nachlesen, wenn Sie es mir nicht glauben: Ich habe nie davon gesprochen, dass Baden-Württemberg das Exportland ist. Ich habe davon gesprochen, dass die Bundesrepublik das Exportland ist, nicht Baden-Württemberg. Das ist doch völlig klar.

An diesem Tag sind aber zwei Fakten interessant: Das Atomland Frankreich hat mehr Strom verbraucht als Deutschland, obwohl es wesentlich weniger Einwohner hat. Wegen der dortigen Elektroheizungen ging ganz viel Strom aus Deutschland, aber auch aus anderen Ländern nach Frankreich.

Jetzt kommt noch eines dazu: Sie haben vom Wind gesprochen, haben jedoch vergessen zu erwähnen, dass die Fotovoltaik diese Situation über die Mittagszeit – es war ein klirrend kalter Tag mit blauem Himmel – ausgeglichen und dabei geholfen hat, den Bedarf zu befriedigen. Mein Gott!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Fotovoltaik war an diesem Tag in Baden-Württemberg 445 MW! Nichts! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, erklären Sie ihm einmal, wie das funktioniert! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Schmiedel hat das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Vielleicht können wir uns darauf einigen, dass, wenn man den ganzen Tag mit 24 Stunden betrachtet, nachts vergleichsweise wenig Strom aus Fotovoltaik in die Netze kommt, dass zur Mittagszeit aber dadurch Bedarfsspitzen geglättet werden; das ist doch völlig klar.

Jetzt sind wir uns einig: Mit Blick auf die globalen Entwicklungen – ich habe auf die wachsende Weltbevölkerung hingewiesen – brauchen wir mehr erneuerbare Energien und müssen erneuerbare Energien voranbringen. Einig sind wir uns jedoch auch darin, dass wir in den nächsten Jahrzehnten noch konventionelle Energie brauchen, um die Versorgung sicherzustellen. Jetzt müssen wir doch eine Frage beantworten: Wir

(Claus Schmiedel)

bekommt man es hin, dass neben den erneuerbaren auch die konventionellen Energien wirtschaftlich tragfähig sind? Diese Frage ist nicht geklärt.

Wir können es doch heute nachlesen: In Brunsbüttel wollten sich viele Stadtwerke mit „Energiescheiben“ beteiligen. Abgesagt! Ein Dreimilliardenprojekt rechnet sich nicht mehr, weil keine schwarzen Zahlen zu schreiben sind. Wenn aber schon direkt an der Küste mit einem neuen Kohlekraftwerk keine schwarzen Zahlen zu schreiben sind, hat dann jemand die Hoffnung, dass das in Karlsruhe geht?

(Zuruf: Oder Mannheim?)

Ich habe diese Hoffnung nicht. Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Frage beantwortet wird, wie wir die konventionelle Energie im Zusammenspiel mit den erneuerbaren Energien auf wirtschaftlich tragfähige Fundamente stellen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Absolut richtig!)

Sonst können wir die Versorgungssicherheit auf Dauer nicht gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben schon vor einigen Jahren in einem Antrag das Thema Kapazitätsmärkte aufgebracht. Die Landesregierung treibt dies auf der Bundesebene voran. Das ist kein einfaches Thema – das ist klar –, weil man ja keine Übersubventionierung will, sondern nur eine wirtschaftliche Tragfähigkeit, um das Zusammenspiel auszuloten. Aber man kann nicht nur gering-schätzig sagen: „Kapazitätsmarkt, Kapazitätsmarkt“. Natürlich brauchen wir so etwas wie Bereitstellungskapazitäten, die belohnt werden müssen; sonst kommen die nicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! Energieträger!)

Also lassen Sie uns bei dem Thema zusammenarbeiten und nicht künstlich einen Konflikt erzeugen. Bisher haben Sie jedenfalls kein besseres Argument auf den Tisch gelegt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist ein wichtiger Energieträger!)

Dann zur Preisentwicklung. Wir haben gedacht, es ist schwierig zu verstehen, dass die Einspeisung erneuerbarer Energien zu niedrigeren Preisen an der Börse führt. Deshalb habe ich das einmal schematisch dargestellt.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch. – Zuruf von der CDU: Folie!)

Sie sehen zwei Kurven.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wo ist der Taschenrechner?)

– Den brauchen wir nicht.

(Zurufe von der CDU)

Man kann die Entwicklung ganz einfach verfolgen. Die rote Kurve stellt die Strompreisentwicklung bei den Privatleuten

dar. Die Entwicklung geht nach oben. Das sind übrigens die letzten drei Jahre.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die Grünen gehen nach unten!)

Die blaue Kurve stellt die Entwicklung bei den Großverbrauchern dar. Bei ihnen geht die Entwicklung nach unten. Es ist bekannt: Sie sind von der EEG-Umlage befreit und zahlen keine Transportkosten. Es ist verrückt: Die Großverbraucher stellen sich besser und können jeden Tag noch eine Sektflasche aufmachen, weil sie für ihren Strom weniger zahlen.

Jetzt sage ich: Das ist doch das völlig falsche Signal. Dürr hat jetzt eine Lackieranlage – neues Format –, die nur noch halb so viel Strom verbraucht. Die Anlage kostet jedoch mehr. Glaubt denn aber jemand, dass die Großverbraucher bei dieser für sie günstigen Strompreisentwicklung irgendeinen Anlass haben, ihre Lackieranlagen zu erneuern? Dies gilt doch für alle.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Deshalb muss man das korrigieren. Man muss denjenigen, die viel Strom verbrauchen, durch den Preis auch ein Signal geben, dass es sich lohnt, zu investieren, weniger zu verbrauchen. Wie sonst soll man denn in der Industrie Effizienz voranbringen?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte noch etwas zu den Verteilnetzen sagen, weil wir da einer Meinung sind – auch der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen –: Angesichts der Komplexität, die sich im Verteilnetz zunehmend findet – differenzierte Einspeisungen, Speicherungen, Zu- und Abschaltungen, Verbrauchsanpassung an die Erzeugung und, und, und –, kann ich nur jedem empfehlen – vor allem, weil Sie gesagt haben: „Jetzt machen wir gleich große Feldversuche mit Smart Grid“ –, einmal bei der EnBW in Karlsruhe vorbeizuschauen, um zu sehen, wie dort viele Dutzende von Ingenieuren im Labor noch daran arbeiten, diesen Bereich so zu optimieren,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben schon 50 Modellhäuser im Land!)

dass das Ganze tatsächlich einmal regional in der Praxis getestet werden kann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das wird doch schon getestet!)

– Das ist noch nicht so weit.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch!)

Man kann natürlich einfache Modelle machen. Aber es ist ein Unterschied, ob ich auch Großverbraucher dabei habe, ob ich den Mittelstand dabei habe oder ob ich in einem Energiedorf bin.

(Abg. Peter Hauk CDU: Alle!)

Darauf haben auch Sie zu Recht hingewiesen. Das heißt aber, die Anforderungen an das Verteilnetz werden riesengroß. Ich habe wirklich Zweifel, ob dies der richtige Weg ist, das in 180,

(Claus Schmiedel)

200 oder 220 isoliert betriebenen Netzen vernünftig und auch ökonomisch vertretbar zu bewältigen.

Deshalb: Senden wir aus dem Landtag, von allen Fraktionen aus, ein gemeinsames Signal an die Städte und Gemeinden, an die Stadtwerke: Tut euch zusammen, führt die Potenziale der EnBW und die Potenziale der Stadtwerke in der Erzeugung zusammen, damit es gelingt, im Verteilnetz in Baden-Württemberg einen einheitlichen Netzbetrieb zu organisieren. Denn ich glaube, das ist ökonomisch, aber auch technisch die beste Möglichkeit, mit der Energiewende im Verteilnetz umzugehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Wir stellen Prognosen immer ausgehend vom jeweiligen technischen Stand an. Es geschieht aber unglaublich viel. Das, was Sie gesagt haben, verstehe ich gar nicht – eine Abschreibungsfrist von 20 Jahren für eine Hausbatterie zur Stromerzeugung. Die Batterie, die 20 Jahre hält, möchte ich einmal sehen. Deshalb unterstützen wir die weitere Entwicklung von Redox-Flow-Batterien beim Fraunhofer-Institut in Pfnztal. Denn das ist eine Technologie, die tausendfache Be- und Entladungen ermöglicht, ohne dass die Batterie in die Knie geht. Diese Batterie hat tatsächlich eine Chance auf eine lange Lebensdauer. Der Versuch, den wir dort unterstützen – 2 MW Windrad, eine Batterie daneben, den kompletten Strom aufgenommen –, ist wirklich etwas Zukunftweisendes, was wir uns als dezentrale Speicherkapazität vorstellen können.

Warum machen wir das? Damit die Technik weiter vorankommt, aber auch damit man, wenn das funktioniert, zusammen mit den Zulieferern aus der Region Ausgründungen vornehmen kann.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir wollen, dass diese Technologie hier entwickelt wird, damit im Zusammenhang mit der Energiewende auch ein neuer Schwerpunkt für die Industrie in Baden-Württemberg entstehen kann und das Ganze nicht, wie es versucht wurde, weggekauft wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Unsere Bitte an die Landesregierung ist, das, was wir mit dieser Batteriespeichertechnologie jetzt im großtechnischen Maßstab machen – heraus aus dem Labor –, genauso beim Thema Power-to-Gas zu machen. Das ZSW ist jetzt mit den Arbeiten im Labor fertig; da wird sich nicht mehr so viel tun. Wir müssen jetzt einmal herauskommen und in die Praxis gehen, um das weiterzuentwickeln – mit der EnBW, mit dem ZSW, mit der chemischen Industrie in Baden-Württemberg, mit Zulieferern. Wir müssen sagen: Jetzt gehen wir einmal heraus und machen dies großtechnisch, damit wir weiterkommen, damit wir zu einer ökonomischen Tragfähigkeit kommen.

Deshalb, unter dem Strich: Bei dem, was wir mit eigenen Bordmitteln im Land machen können, haben wir in diesem Jahr wirklich viel vorangebracht. Wenn man Windenergie zehn Jahre lang ausgebremst hat, dauert es eben schon ein Jahr, bis man diese Fesseln löst, damit sich diese Investitionstätigkeit entwickeln kann.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

All Ihre Sorgen, Herr Rülke, Ihr ganzes „Herumtrüben“ und die Art und Weise, wie Sie mit der EnBW umgehen, zeigen doch nur eines: Sie wollen davon ablenken, dass Sie beim Verfassungsbruch dabei waren. Uns immer Vorwürfe zu machen, das ist doch unglaublich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU)

Sie haben gerade selbst an die gemeinsame Ansage erinnert. Nachdem CDU und FDP auf Bundesebene in Richtung Energiewende umgeschwenkt sind, sollte man dies nicht leichtfertig kaputtreden. Wir haben viele, bei dem wir Innovationen voranbringen, und zwar gemeinsam mit der EnBW und den Stadtwerken: Verteilnetze, Windenergie. Der Kollege Rülke hat gesagt, es komme nichts.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nichts kommt!)

Lesen Sie die Zeitung? Hundert Vorschläge vom Verband Region Stuttgart, hundert Vorschläge für konkrete Standorte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber von Ihnen kommt nichts!)

Schon in der Erwartung des neuen Landesplanungsgesetzes sind sie losmarschiert, weil sie sich befreit fühlten. Vorher waren das ein Dutzend, jetzt sind es hundert, nur in der Region Stuttgart. Das Thema kommt also, und deshalb sind wir zuversichtlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie sollten die Energiewende auch innerlich nachvollziehen.

(Zuruf von der SPD: Als Chance!)

Dann wäre es leichter hier im Landtag, und es wäre auch leichter im Land Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Umweltminister Untersteller das Wort.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl Zimmermann: Herr Minister, die Lampen leuchten heute eine Stunde länger! Das ist verdammt viel Energie!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf einige Punkte eingehen, die heute in der Debatte angesprochen wurden. Ich denke, es ist dringend notwendig, diese Punkte anzusprechen.

Fangen wir einmal mit dem Thema „Neugestaltung der EnBW“ und dem Einspeisevorrang an. Was Sie dazu gesagt haben, Herr Kollege Hauk, halte ich persönlich für hochgefährlich – um es einmal so deutlich zu sagen.

(Zuruf von der CDU: So, so!)

Sie wollen den Einspeisevorrang streichen. Das haben Sie vorhin deutlich gemacht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Für die Zukunft!)

(Minister Franz Untersteller)

Dann sagen Sie auch, was für Konsequenzen das hätte.

(Abg. Peter Hauk CDU: Speicher!)

Das wäre nämlich das Ende dessen, was wir vor einem Jahr mit der Energiewende auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich will versuchen, deutlich zu machen, warum das so ist. Die erneuerbaren Energien sind in den letzten Jahren vorangekommen. Wir sind bundesweit mittlerweile bei einem Anteil an der Stromerzeugung von plus/minus 20 % angekommen. Große Teile sind abgedeckt durch Windkraft onshore, in wachsendem Ausmaß auch durch Solarenergie und Biomasse, in Zukunft hoffentlich auch Offshorewindkraft. In all diesen Bereichen sind die Vergütungssätze über die Jahre immer weiter heruntergegangen. Im Bereich der Solarenergie haben sich die Vergütungssätze innerhalb der letzten drei Jahre mehr als halbiert. Wir sind heute für die normalen Dachanlagen auf einem Niveau von ca. 19 Cent pro Kilowattstunde. Das heißt, die Vergütungssätze sind schon heute erheblich unter dem, was Sie und ich an Stromkosten unseres Versorgers zahlen.

(Abg. Paul Nemeth CDU meldet sich.)

– Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Intervention!)

Das ist die Situation, vor der wir heute stehen. Es gibt etliche dieser erneuerbaren Energien, z. B. den von der CDU – vor allem von der CDU auf Bundesebene – insbesondere in den letzten Jahren massiv geforderten Ausbau von Offshoreanlagen. Ich finde es okay, dass man das macht. Aber schauen Sie sich einmal an, von welchen Vergütungssätzen wir da reden: 19 Cent plus den notwendigen Ausbau der Netze von der See aus an Land plus den Ausbau der Netze von Nord nach Süd. Wenn man, wie von Ihnen vorgeschlagen, den Einspeisevorrang kappt, dann kommen Sie in Dimensionen, wo es heißt: Dann war es das! Dann wird nicht eine einzige Anlage auf See gebaut.

(Abg. Paul Nemeth CDU: 10 % ist der Vorschlag!)

Dann brauchen Sie auch den Ausbau der Netze von Nord nach Süd nicht mehr, sondern dann ist es vorbei mit der Energiewende.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Ein Zweites: Vor etwa drei Wochen gab es an einem Montagabend im Bundesumweltministerium eine Runde unter Leitung von Bundesumweltminister Altmaier, bestehend aus Vertretern von vier A-Ländern und vier B-Ländern; dabei war auch der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums. Man hat dort bis in die Nacht hinein um einen Kompromiss in Sachen Solarförderung gerungen und hat diesen auch gefunden. Ich finde, es ist ein guter Kompromiss, und ich trage ihn mit.

Im Rahmen dieser Debatte ging es auch um die Frage: Einspeisevorrang beibehalten, ja oder nein? Von Ihrem Landesvorsitzenden der CDU, der da dabei war, habe ich da nichts gehört, null. Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsminis-

terium hat den Einspeisevorrang auch mitgetragen. Zwei Tage später lese ich dann in der „Financial Times Deutschland“, dass Minister Rösler den Einspeisevorrang infrage stellt. Da frage ich mich schon: Auf was kann ich mich denn bei Ihnen noch verlassen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vielleicht haben Sie nicht zugehört!)

Kommen wir einmal zur Frage nach den Gaskraftwerken. Herr Rülke, zum Teil dachte ich wirklich, da fehlt sogar ein Grundkurs in Sachen Energiepolitik. Denn Sie bringen da Sachen durcheinander, die nichts miteinander zu tun haben.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das ist oberlehrerhaft!)

Was ist denn die Situation, vor der wir heute stehen? Wir haben in den letzten Jahren, wie eben bereits erwähnt, die erneuerbaren Energien Stück für Stück ausgebaut und sind heute schon wesentlich weiter, als wir alle – ich inklusive – gedacht haben. Sie hatten einmal vor, bis zum Jahr 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien von 20 % zu erreichen. An dem Punkt sind wir heute, acht Jahre früher. Acht Jahre früher haben wir dieses Ziel schon erreicht. Da muss man doch einmal fragen: Wie geht man jetzt mit der Erfordernis um, die Backup-Kapazitäten, die wir brauchen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Brauchen wir die jetzt, oder brauchen wir sie nicht?)

– die wir brauchen –, in den Markt zu bekommen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also!)

Dann höre ich hier von dem Fraktionsvorsitzenden einer Partei, bei der ich immer gedacht habe, sie nehme Wirtschaftskompetenz für sich in Anspruch, dass man die Idee des Kapazitätsmarkts niedermacht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja! Das ist Planwirtschaft!)

Ich höre aber nicht, was Sie wollen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sie lassen ja keine Kurzintervention zu! Da könnte man es Ihnen sagen!)

Jetzt kommen wir einmal zu dem, was Sie Planwirtschaft nennen. Bei der 78. Umweltministerkonferenz, die vor 14 Tagen in Schleswig stattgefunden hat,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das soll sehr bedeutsam gewesen sein! Da gab es Beschlüsse, die nie das Licht der Öffentlichkeit erblickt haben!)

gab es, Herr Kollege Hauk, einen von A-Ländern und B-Ländern einstimmig gefassten Beschluss

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

zum Thema Kapazitätsmechanismen, angestoßen aus Baden-Württemberg. Dabei haben sich alle Ländervertreter, alle Ministerinnen und Minister und Senatoren, darauf verständigt, dass wir solche Mechanismen brauchen, um zu den Kapazitäten zu kommen. Das ist doch auch logisch.

(Minister Franz Untersteller)

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist doch nicht Ihr Vorschlag!)

– Entschuldigen Sie, Herr Kollege: Baden-Württemberg hat den Antrag eingebracht, und er ist im Verfahren dort noch modifiziert worden. Schauen Sie sich ihn an; ich gebe ihn Ihnen auch gern; kein Problem. Lesen müssen Sie ihn halt selbst noch.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie müssen halt lesen können!)

Jedenfalls sind wir uns auf Länderebene einig, dass wir ohne Kapazitätsmechanismen solche neuen Kapazitäten, die wir brauchen – die wir als Back-up brauchen –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gut, dass Sie das einsehen!)

nicht in den Markt bekommen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Herr Kollege Hauk, Sie können den Kopf schütteln, wie Sie wollen. An den Fakten – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Einstimmigkeit verhindert nicht Dummheit! – Lachen bei den Grünen – Vereinzelt Beifall – Lebhaftige Unruhe)

– Sagen Sie das bitte den Vertretern in den von Ihren Parteien regierten Ländern.

(Fortgesetzte Unruhe)

Ich werde das gern so an die Kollegin Puttrich aus Hessen, CDU-Umweltministerin, oder auch den CSU-Kollegen Huber in Bayern weitergeben – Ihre Wahl.

Aber zum Schluss vielleicht noch einmal zu der Frage: Warum ist es notwendig? Es gibt zwei Faktoren, an denen auch Sie nicht vorbeikommen. Der eine Faktor ist die Entwicklung an der Strombörse in Leipzig. Diese Entwicklung gibt es nicht her, dass heute Energieversorger – seien es die EnBW oder die Stadtwerke – in konventionelle Kraftwerke investieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das hat doch einen Grund! – Gegenrufe von der SPD und den Grünen: Ja, das sagt er gleich! – Nicht so ungeduldig!)

– Darauf komme ich noch. – Um es einmal ganz hart zu sagen: Bei so mancher Investition, die heute im Bau ist, kann man froh sein, dass sie im Bau ist. Denn heute würde der Beschluss nicht mehr gefällt werden, solche Anlagen, wie sie derzeit im Bau sind, zu errichten, weil sie sich nämlich schlicht und ergreifend wohl nicht rechnen werden.

Ein zweiter Punkt: Dadurch, dass der Anteil der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren ständig gestiegen ist, gehen die Stundenzahlen der konventionellen Anlagen Stück für Stück herunter.

(Abg. Peter Hauk CDU: Klar! Habe ich doch alles gesagt!)

Vor diesem Hintergrund sage ich: Wenn wir die Energiewende wollen, müssen wir die erneuerbaren Energien wollen. Ich

will sie, ich will in Richtung 100 % gehen. Der Bundesumweltminister will das auch – die Bundeskanzlerin übrigens auch.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Das ist doch das Ziel vor dem Hintergrund des Klimawandels. Wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie das. Heute haben Sie es hier jedenfalls schon einmal angekündigt: Mit dem Aufkündigen des Einspeisevorrangs betreiben Sie den Ausstieg aus der Energiewende,

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Im Gegenteil!)

und Sie kündigen auch den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland auf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie brauchen den Grundkurs! – Abg. Peter Hauk CDU: Ein Grundkurs in Ökonomie täte Ihnen gut!)

Jetzt kommen wir noch einmal zu der Aussage: „Die EEG-Umlage wird steigen.“ Ja, die EEG-Umlage wird im Herbst steigen. Aber aus welchem Grund denn? Sie behaupten: Schuld sind allein die Solarenergie, der Ausbau der erneuerbaren Energien usw. Deshalb gehen dann die Vergütungen im Herbst hoch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Um 55 %!)

Jetzt kommen wir einmal zu der Frage, warum sie im Herbst steigen werden. Es gibt drei Gründe. Der eine Grund ist der Ausbau der erneuerbaren Energien, auch der weitere Ausbau der Solarenergie – noch einmal: gemeinsam beschlossen im Bundesrat von CDU-regierten Ländern und von Ländern, die von Grün-Rot bzw. Rot-Grün regiert werden – bis zu einem Stand von 52 GW. Im Moment sind wir bei 28 GW.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Der zweite Grund, Herr Kollege Rülke, sind die ganzen Ausnahmetatbestände,

(Zuruf von den Grünen: Ja! Wer war denn das?)

die das Bundeswirtschaftsministerium vor einem Jahr in die EEG-Novelle hineingebracht hat und die mittlerweile dazu führen, dass sich manche bei uns aus der EEG-Mitfinanzierung verabschiedet haben. Das kann man durchaus auch in einzelnen Fällen begründen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, sind Sie dafür oder dagegen?)

– Wogegen ich bin, ist, dass man diese Tatbestände immer weiter ausweitet. Mittlerweile – wenn Sie es einmal nachrechnen – kommen Sie auf einen Anteil, der etwa bei 0,6 bis 0,7 Cent für diese Ausnahmetatbestände liegt. Das heißt, wir wären heute nicht bei 3,5 Cent, sondern wir wären heute unter 3 Cent.

Der dritte Grund ist die Situation, dass wir heute an der Strombörse sinkende Preise haben, während die Vergütungssätze im

(Minister Franz Untersteller)

EEG steigen. Das heißt, die Spreizung geht immer weiter auseinander, und der Erfolg der erneuerbaren Energien wird ihnen sogar noch als Problem angehängt.

Das sind die drei Gründe, die es gibt.

Ich kann nur an Sie appellieren – das haben wir auch in dieser Runde in Berlin verabredet –, dass im Herbst, wenn die EEG-Vergütungsanhebung kommt, alle auch weiterhin beim EEG zusammenstehen. Denn es kann nicht sein, dass man jetzt in Berlin in dieser Runde sagt: „Wir halten daran fest, wir bauen aus auf 52 GW“, und dann geht im Herbst das Theater wieder los. Dann müssen wir überlegen, ob man nicht den einen oder anderen Tatbestand streichen muss, um die EEG-Kosten auch im Griff zu behalten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie dazu Vorschläge?)

Was die Kosten der erneuerbaren Energien betrifft, Herr Kollege Rülke, muss man doch Folgendes sehen: Wir haben uns darauf verständigt, die EEG-Vergütungen für die Solaranlagen drastisch abzusenken. In Zukunft wird die Absenkung monatlich weiter erfolgen; monatlich wird noch einmal weiter abgesenkt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist auch richtig! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Höchste Zeit!)

– Ich habe ja nicht dagegen gesprochen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich habe auch nicht dagegen gesprochen!)

Daneben haben wir uns darauf verständigt, dass wir einen Förderkorridor von 2 500 MW bis 3 500 MW haben. Ich finde, das ist eine vernünftige Lösung. Der Branche wird damit wieder Verlässlichkeit signalisiert. Ich bitte die Parteien, die in Berlin in der Regierungsverantwortung sind und mit denen wir einen solchen Kompromiss ausgehandelt haben, daran festzuhalten.

Sie haben vorhin gesagt, Herr Kollege Rülke, die Solarwirtschaft sei ein ostdeutsches Thema und – ich zitiere – sie gleiche den „Ruhrgebietsstätten unserer Tage“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Jetzt will ich Ihnen einmal eines sagen: Neben den Modulherstellern in Ostdeutschland gibt es beispielsweise hier in Baden-Württemberg Unternehmen im Maschinenbau, die die Maschinen und die Anlagen für die Herstellung der Module bauen. Das sind Unternehmen wie Manz, es sind Unternehmen wie RENA, es sind Unternehmen wie centrotherm photovoltaics, wie Gebrüder Schmid usw. Das sind 10 000 Arbeitsplätze. Sagen Sie denen einmal, dass sie die Ruhrgebietsstätten des 21. Jahrhunderts sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben wir nicht gesagt!)

Ich halte es für eine Unverschämtheit, diese Zukunftstechnologien in dieser Art und Weise herunterzumachen –

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

und das von dem Fraktionsvorsitzenden einer Partei, die für sich in Anspruch nimmt, Wirtschaftskompetenz zu haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht Subventionskompetenz! Sie mit Ihrer Subventionspolitik brauchen mir von Wirtschaft nichts zu erklären!)

Hinzu kommt, Herr Kollege Rülke: Die Nummer 2 der Wechselrichterhersteller weltweit sitzt in diesem Bundesland. Hinzu kommt, dass – wenn Sie sich einmal die Wertschöpfung im Zusammenhang damit, wie die Module auf die Dächer kommen, anschauen – mehr als die Hälfte der Wertschöpfung bei der Solarenergie hier im Land bleibt, selbst wenn es chinesische Module sind. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Jetzt kommen wir noch zu einem weiteren Punkt: Beide, sowohl Kollege Hauk als auch Kollege Rülke, haben gesagt, wir würden uns – ich zitiere sinngemäß – „von den Klimaschutzziele verabschieden“ wollen.

(Abg. Peter Hauk CDU und Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie schon!)

Ich finde das schon einen Hammer. Ich sage Ihnen einmal, warum: Die Vorgängerlandesregierung hatte ein Energiekonzept – jedenfalls vor Fukushima –, das lautete: „50 : 30 : 20“. Sie wollten 50 % Kernenergie, auch nach dem Jahr 2020. Sie wollten 30 % fossile Energien

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da wollen Sie 45 %!)

und 20 % erneuerbare Energien. Das war Ihr Energiekonzept vor Fukushima.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Konzeptle!)

Das heißt, 70 % sollten CO₂-frei sein. Dann konnte man beschließen: 30 % Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020. Wir haben gemeinsam beschlossen, in Deutschland aus der Kernenergie auszusteigen – vier Parteien, darunter auch die FDP und die CDU in Berlin.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Ich sage: Gott sei Dank haben wir diesen Beschluss gefasst. Darauf muss man aber reagieren in einem Land, das bislang einen Kernenergieanteil von 50 % hatte. Wir reagieren darauf. Wie? Wir bauen die erneuerbaren Energien wesentlich stärker aus, als Sie das vorhatten. Unser Ziel sind nämlich nicht 20 %, sondern 38 % bis zum Jahr 2020. Letztendlich geht der Anteil der Kernenergie bis zum Jahr 2020 von 50 % auf 17 % herunter. Dann ist es logisch, dass der fossile Anteil zunächst einmal bei 45 % liegt. Denn Versorgungssicherheit – da können Sie sicher sein – ist uns wichtig. Wir sorgen dafür, dass Versorgungssicherheit hier im Land auch zukünftig ein hohes Gut bleibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dann aber zu behaupten, wir würden uns vom Klimaschutz verabschieden, ist schon ein dicker Hund.

(Minister Franz Untersteller)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben erklärt, es wäre nicht so wichtig!)

– Ach, das ist doch einfach Unsinn. – Wir müssen mehr machen, als Sie im Klimaschutzkonzept 2020PLUS meiner Vorgängerin machen mussten. Wir müssen mehr Maßnahmen ergreifen, um 25 % CO₂-Minderung zu erreichen, als Sie unternehmen mussten, um 30 % zu erreichen. Das ist einfach Fakt. Es kann doch nicht so schwer sein, zur Kenntnis zu nehmen, dass man auf den gemeinsam beschlossenen Atomausstieg reagieren muss, statt hier unredlich zu sagen, wir würden uns vom Klimaschutz verabschieden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Noch ein weiterer Punkt, die Windenergie: Herr Kollege Rülke, Sie sagten, wir würden die Regionalverbände ausschalten, und Herr Kollege Hauk meinte, wir würden die Bürgerbeteiligung außer Acht lassen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aushebeln!)

Beides stimmt nicht; es stimmt nicht einmal ansatzweise.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Die Regionalverbände werden auch zukünftig für die Ausweisung von Vorranggebieten zuständig sein, und zwar im ganzen Land. Sie machen dies auch; überall im Land sind die Regionalverbände derzeit dabei,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

neue Vorranggebiete ausfindig zu machen und dann auch auszuweisen.

Ergänzend dazu haben wir im Landesplanungsgesetz verankert, dass die Kommunen außerhalb der Vorranggebiete noch die Möglichkeit haben, sich auf der dann verbleibenden grauen Fläche im Rahmen von Flächennutzungsplänen Standorte zu erschließen. Das ist die Herangehensweise. Mittlerweile höre ich von anderen Ländern, die schon wesentlich weiter sind als wir, dass sie überlegen, dieses rechtliche Konstrukt bei sich zu übernehmen.

Kollege Schmiedel hat es bereits angesprochen: Die Tatsache, dass die Region Stuttgart 100 mögliche Standorte ausweist, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Um es auch einmal klar zu sagen: Zum Schluss wird es nicht bei diesen 100 möglichen Standorten bleiben; denn es wird sehr wohl eine Abwägung mit anderen Interessen geben. Schauen Sie aber einmal, was die Region Stuttgart unter den rechtlichen Rahmenbedingungen der Vorgängerregierung zu realisieren in der Lage war, und vergleichen Sie das mit dem, was sie jetzt unter den veränderten Rahmenbedingungen plötzlich zur Diskussion zu stellen in der Lage ist.

Herr Kollege Hauk, was Sie zur Öffentlichkeitsbeteiligung sagen, ist einfach falsch. Wenn ein Flächennutzungsplan geändert wird, wird ein formelles Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren durchgeführt. Gleiches gilt für die Ausweisung von Vorranggebieten.

Sie hätten recht, wenn unsere rechtliche Konstruktion dazu führen würde, dass im ganzen Land nun plötzlich Anlagen auf

der Grundlage von § 35 des Baugesetzbuchs des Bundes geplant würden. Das ist aber gar nicht der Fall. Das könnte man zwar meinen, aber das ist gar nicht der Fall. Das ist vollkommen an den Haaren herbeigezogen. Selbst in Regionen, in denen wir bisher keinen Teilplan Wind hatten – Neckar-Alb hatte keinen Teilplan Wind und war bislang, planerisch gesehen, eine graue Fläche, sodass jeder hätte kommen und sagen können: „Ich berufe mich auf § 35 des Baugesetzbuchs und baue Anlagen“ –, war das nicht der Fall.

Daher hören Sie doch bitte auf mit solchen Horrormärchen. Versuchen Sie doch zumindest einmal ansatzweise, dieses von Ihnen über Jahre hinweg vernachlässigte Thema Windenergie gemeinsam mit uns voranzubringen.

Dass wir auch in Sachen Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich etwas tun, sehen Sie daran, dass wir im Land, angesiedelt bei den Regierungspräsidien, vier Kompetenzzentren ausgewiesen haben, die sich mit erneuerbaren Energien und vorrangig mit Windenergie befassen. Diese sind auch Ansprechpartner für Investoren, für die Kommunen und für Bürgerinitiativen. Auch das ist ein Beitrag, um die Akzeptanz und die Öffentlichkeitsbeteiligung noch weiter zu verbessern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch zum Thema „Smart Grid“ könnte ich noch vieles sagen. Zunächst aber zu den Speichern. Ich muss schon an mich halten, wenn Sie sagen, wir müssten eine Landeskonzeption Speicher für Baden-Württemberg erarbeiten. Ich will Ihnen einmal ein paar Zahlen nennen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das haben Sie versprochen!)

Wenn wir bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Last von 70 GW annehmen, dass wir in Baden-Württemberg zukünftig zwei Drittel davon aus volatiler erneuerbarer Energie bereitstellen – wenn man weiß, dass wir im Jahr 2020 in Richtung 40 % gehen, sind zwei Drittel nicht mehr so weit entfernt –, dann benötigt man dafür eine Speicherkapazität von 15,6 TWh. Heute haben wir in Baden-Württemberg Pumpspeicherkapazitäten von – man höre und staune – 0,04 bis 0,06 TWh. Was heißt das? Mit dem Bau von Atdorf oder dem Bau eines zweiten oder dritten Speichers bekommen Sie das Problem nicht in den Griff.

Vielmehr geht es – das hat der Kollege Schmiedel vorhin völlig richtig gesagt – letztendlich darum, dass man nicht nur hier in diesem Land, sondern auch im europäischen Kontext die Möglichkeiten nutzt und nicht rein landesbezogen vorgeht. Es geht auch darum, dass man beispielsweise Kapazitäten in der Schweiz und in Österreich für uns zugänglich macht. Es geht auch darum, dass man vielleicht Kapazitäten in den skandinavischen Ländern für uns zugänglich macht.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Es geht natürlich auch darum, in den kommenden Jahren die technologischen Möglichkeiten voranzubringen, die am hiesigen Standort verfügbar sind – Stichwort Redox Flow, aber auch Power-to-Gas –; denn letztlich liegt darin die große Chance. Im Übrigen bietet Power-to-Gas die einzige Chance, zu Speicherkapazitäten in relevantem Umfang zu kommen.

(Minister Franz Untersteller)

Wir haben jedoch zwei Probleme. Das eine Problem ist der Wirkungsgrad; derzeit sind wir bei einem Wirkungsgrad von 30 %. Bei Pumpspeichern haben wir dagegen einen Wirkungsgrad von 80 %. Das andere Problem stellen die Kosten dar. Beides gilt es zu verbessern. Dafür stellen wir Forschungsmittel zur Verfügung.

Noch eines, Herr Kollege Hauk: Vielleicht unterhalten Sie sich in 14 Tagen einmal mit Ihrem Parteikollegen, Bundesumweltminister Altmaier. Herr Altmaier findet das, was wir am ZSW machen, so gut, dass er in der nächsten Woche nach Stuttgart kommt, um sich gemeinsam mit mir beim ZSW über die Möglichkeiten der Speichertechnologien in Baden-Württemberg zu informieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Schluss meine Bitte an Sie: Stimmen Sie nicht in den Chor derjenigen ein, die bei der Energiewende, wie in den letzten Wochen und Monaten geschehen, nur noch Probleme sehen. Probleme gibt es; man kann sie nicht wegdiskutieren. Aber ich finde, dass diese Probleme beherrschbar sind. Die Probleme betreffen oft Punkte, die man beispielsweise in einer Zusammenarbeit der Bundesländer oder in Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern korrigieren kann. Man kann auch Korrekturen beim Thema Back-up-Kraftwerke vornehmen. Aber ich bitte Sie eindringlich, sich an den im letzten Jahr im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Kernenergie gemeinsam gefassten Beschluss zu erinnern

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das gilt auch für Sie!)

und nicht heute solche Vorschläge zu machen, mit denen man den Vorrang der erneuerbaren Energien, die ganze Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland und damit auch ganze Industriebranchen infrage stellt.

(Abg. Paul Nemeth CDU: 10%! Haben Sie nicht zugehört? – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf das Energieeinspeisegesetz eingehen.

Herr Umweltminister, Sie haben mir eine Steilvorlage gegeben, weil man wieder einmal merkt: Alle, deren Meinung Ihrer Ideologie zuwiderläuft, sind gleich die Verhinderer der Energiewende.

Natürlich müssen wir in den nächsten Jahren zwei Dinge erreichen. Erstens: Wir müssen zu einer Degression bei der Einspeisevergütung kommen. Das ist doch sonnenklar.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Johannes Stober SPD: Die haben wir doch! – Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Das ist doch falsch!)

– Die haben wir. Ich sage Ihnen offen: Das geht mir nicht weit genug. Die Degression hätte stärker ausfallen müssen. Aber es ist ein Kompromiss; den tragen wir mit, okay.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Eigenes Denken wird aber nicht ausgeschaltet, nur weil andere etwas anderes entscheiden. Auch diese Aussage gilt.

Zweitens: Wir müssen Schritt für Schritt – nicht in einem Zug – vom Vorrang der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien wegkommen, um diese in den Wettbewerb zu stellen. Das ist der ganz entscheidende Punkt. Sonst werden Sie genau das brauchen, was Sie jetzt andenken. Dann wird es keinen weiteren Ausweg geben: Sie werden Bereitstellungssubventionen für konventionelle Kraftwerke leisten müssen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Dazu kommen wir nicht!)

damit wir bei den erneuerbaren Energien weiter die Einspeisevergütung subventionieren können.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Johannes Stober SPD)

Damit wird ein gigantisches Subventionsmonster konstruiert. Das hat mit Marktwirtschaft, mit Preisstabilität und mit sozialer Ausgewogenheit nichts mehr zu tun – um das noch einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich kann Ihnen, Herr Umweltminister, nur sagen: Nehmen Sie Abschied von Ihrer Ideologie, dann wird es besser. Aber wenn Sie dabei bleiben, wird es für die Verbraucher und für die Unternehmen schlechter. Davor muss man warnen. Das ist das falsche Modell.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Kollege Hauk, ich wundere mich über Ihre Ausführungen, nachdem deutlich geworden ist: Wenn wir die Energiewende wollen, dann brauchen wir ein EEG und einen Vorrang der Einspeisung der erneuerbaren Energien. Sonst bekommen wir die Energiewende nicht hin. Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie wollten das Gegenteil, nämlich den Vorrang bei der Einspeisung abschaffen, dann müssen wir daraus schließen, dass Sie sich erstens im Widerspruch und im Dissens mit sämtlichen Umweltministern der Länder und dem Umweltminister des Bundes befinden

(Abg. Peter Hauk CDU: Damit lebe ich gut!)

und dass Sie zweitens mit der Energiewende nichts am Hut haben, dass Sie diese nicht wollen

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

und zu ausschließlich konventioneller Energieversorgung zurückwollen.

(Unruhe)

(Edith Sitzmann)

Das kann nicht die Konsequenz aus einem interfraktionell beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie sein. Damit stellen Sie sich endgültig ins Abseits. Das müssen Sie öffentlich verantworten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich habe eigentlich gedacht, wir sind uns einig, dass man erneuerbare Energien braucht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich! Ja!)

Dann muss man auch die Voraussetzungen dafür schaffen.

Das, was Sie sagen – vom Vorrang wegkommen –, zeigt nur eines: Sie sind wieder rückfallgefährdet.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und zwar erheblich!)

Deshalb ist es gut, dass wir eine grün-rote Landesregierung haben, die sich klar zur Energiewende bekennt und auch die notwendigen Schritte macht, und das ist ein notwendiger Schritt.

Ansonsten sind Sie die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie das funktionieren soll. Wenn man jetzt sagt: „Das überlässt man dem Markt“, dann wäre das das Ende – da hat der Umweltminister völlig recht –, und das wäre wieder eine Rolle rückwärts. Wir stehen zur Energiewende, wir treiben sie voran. Sie sollten noch einmal in sich gehen und überprüfen, ob das, was Sie jetzt nach außen sagen – den Markt loslassen –, wirklich vereinbar ist mit Ihrer Aussage, Sie wollten erneuerbare Energien voranbringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, gebe ich bekannt, dass Punkt 2 erst am Nachmittag beraten wird.

Ich weise darauf hin, dass im Eingangsbereich die Ausstellung „60 Jahre Schulkunst in Baden-Württemberg“ stattfindet. Ich möchte Sie dazu herzlich einladen.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Sie dauert bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:26 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe nun als Erstes **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Laut der Geschäftsordnung des Landtags in der Fassung vom 27. Juni 2012 gibt die Regierung nun nicht mehr eine einlei-

tende Erklärung zu einem Thema der letzten Kabinettsitzung ab. Alle vier Fraktionen können Themen benennen. Heute beginnt die Fraktion der CDU.

Ich habe die Bitte, dass die Fragesteller ihre Frage vorn am Rednerpult stellen und eventuelle Nachfragen von einem der Saalmikrofone aus tätigen, weil die Vertreter der Regierung dann vom Rednerpult aus antworten.

Die Zeit für die Fragen einschließlich der vorangestellten Bemerkungen darf nicht mehr als drei Minuten betragen, und die Fragen müssen kurze Antworten von höchstens fünf Minuten ermöglichen.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Herrmann das Wort.

L ä n d e r f i n a n z a u s g l e i c h

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bayern hat vor, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich zu klagen. Wir haben im Landtag von Baden-Württemberg am 1. März letzten Jahres mit sehr großer Mehrheit beschlossen, dass Verhandlungen mit den Nehmerländern mit dem Ziel zu führen sind, den Länderfinanzausgleich neu zu regeln, und zwar vor 2019. In diesem Beschluss heißt es weiter:

Der Landtag von Baden-Württemberg erwartet, dass die Landesregierung im Falle erfolgloser Verhandlungen ... unverzüglich den Klageweg zum Bundesverfassungsgericht beschreitet.

In Bayern wird nun der Versuch, über Gespräche mit den Nehmerländern zu einer einvernehmlichen Regelung zu kommen, als gescheitert angesehen. Aus diesem Grund erachtet die Bayerische Staatsregierung eine Klage als notwendig.

Wir sind der Auffassung, dass Baden-Württemberg als finanzstarkes Land auch weiterhin finanzschwächeren Ländern helfen sollte. Allerdings muss das Ziel sein, dass leistungsempfangende Länder Schritt für Schritt aus ihrem Status als Nehmerländer herauskommen, so, wie das in der Vergangenheit beispielsweise Bayern gelungen ist.

Baden-Württemberg zahlt in diesem Jahr 2,4 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich ein. Im letzten Jahr waren es noch 1,8 Milliarden €. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das seit Bestehen der Bundesrepublik stets Zahlerland war. Wenn man die Zahlen genau anschaut, stellt man fest, dass die von der Landesregierung für den nächsten Haushalt prognostizierte Deckungslücke mit diesem Betrag locker geschlossen werden könnte.

Ich habe es bereits gesagt: Wir sind der Auffassung, dass Baden-Württemberg als finanzstarkes Land durchaus auch weiterhin schwächere Länder unterstützen kann, wenn der Finanzausgleich fair und gerecht ausgestaltet ist.

Wir meinen, dass sich in der Vergangenheit die Südschiene – die Länder Bayern, Baden-Württemberg und in diesem Fall auch Hessen – bewährt hat. Wenn sich diese drei Länder einig waren, konnte man in Berlin auch vieles zum Wohle Baden-Württembergs und der Bürgerinnen und Bürger im Land durchsetzen.

(Klaus Herrmann)

Was den Länderfinanzausgleich betrifft, sehen wir weitere Verhandlungen nicht mehr als zielführend an. Denn diese Verhandlungen sind außerordentlich langwierig. Die Zeit für eine Klage ist jetzt reif.

Ich frage daher die Landesregierung, wann sich die Landesregierung der Klage des Freistaats Bayern gegen den Länderfinanzausgleich anschließt bzw. welche Gründe gegen eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich sprechen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung setzt auf Verhandlungen. Das hat die Landesregierung von vornherein getan, und sie hat dazu die Initiative in der Ministerpräsidentenkonferenz ergriffen. Ich habe das durchaus in Abstimmung mit den anderen Geberländern Bayern und Hessen gemacht, und wir haben verschiedene Vorstöße unternommen, um zu einer Verhandlungslösung zu kommen.

Bei der letzten Bundesratssitzung haben wir, nachdem es zuvor auf einer Ministerpräsidentenkonferenz besprochen worden war, noch einmal den Vorschlag eingebracht, entweder an einer kleinen Lösung, die den Länderfinanzausgleich im engeren Sinn behandelt, oder an einer großen Lösung, die die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern untereinander behandelt, zu arbeiten. Wir haben allerdings darum gebeten, dass zumindest eine Deckelung der Beiträge der Geberländer geprüft wird. Das wurde von den Nehmerländern abgelehnt. Vor allem Ministerpräsident Seehofer war nicht bereit, länger zu verhandeln, und möchte nun den Klageweg beschreiten.

Es ist allerdings von dieser Arbeitsgruppe, an der fast alle Ministerpräsidenten beteiligt waren, noch einmal Herrn Kollegen Scholz, dem Regierungschef von Hamburg, der Auftrag erteilt worden, einen ambitionierten Zeit- und Arbeitsplan vorzulegen, um zu schauen, ob man nicht doch noch zu einer Verhandlungslösung kommt. Diesen Plan wird Herr Kollege Scholz in Bälde vorlegen. Das ist jetzt sozusagen der Versuch Hamburgs als Geberland – die Summen, die Hamburg bezahlt, sind natürlich wesentlich geringer, aber Herr Scholz ist Regierungschef einer mit absoluter Mehrheit geführten Regierung und besitzt großes Ansehen unter den SPD-regierten Ländern –, vermittelnd zu wirken, was uns, den starken Geberländern, nach einem Jahr nicht gelungen ist. Dieser Versuch wird jetzt gestartet. Nun wollen Hessen und wir einmal abwarten, ob es noch zu einer Verhandlungslösung kommt. Das ist der eine Teil.

Zweitens: Nach Lage der Dinge, Herr Abg. Herrmann, müssen wir immer verhandeln. Wir gehen davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht das Ganze, wie auch bei der letzten Klage, an den Gesetzgeber zurückgeben wird, der über die Gestaltung verhandeln muss – selbst wenn eine Klage Erfolg hätte. Nach Lage der Dinge müssten wir auf jeden Fall verhandeln. Darum ist meine Ansicht: Verhandeln wir doch bitte gleich, sonst verlieren wir Jahre. Denn es wird Jahre dauern, bis das Bundesverfassungsgericht eine solche Klage scheidet. Dann müssen wir diesen schwierigen Verhandlungs-

weg ohnehin gehen. Um Verhandlungen kommen wir also ohnehin nicht herum. Das ist das Zweite.

Deswegen weiß ich nicht, warum Sie vom Klagen so begeistert sind, zumal die Politik damit nicht gerade zeigt, dass sie einen eigenen Gestaltungswillen hat. Man muss sich nicht wundern, wenn das Bundesverfassungsgericht sehr hohe Zustimmungswerte bei der Bevölkerung hat, was die Politik von sich leider nicht sagen kann.

Drittens: Wenn man klagt, muss man Aussicht auf Erfolg haben. Man muss wirklich einmal gründlich untersuchen, ob das überhaupt der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Konrad Epple CDU)

Ich weiß nicht, woher Sie die Sicherheit nehmen, dass das Bundesverfassungsgericht eine Klage so scheidet, dass sie zugunsten der Geberländer ausgeht. Wo steht so etwas? Wir sind gerade dabei, das intern zu prüfen. Ich kann jedenfalls nur sagen: Ich weiß nicht, wie Sie zu der Meinung kommen, dass das Bundesverfassungsgericht sozusagen die Auffassung der Geberländer übernimmt.

Jetzt kann man fragen: Was hat sich seit der letzten Klage verändert? Seit der letzten Klage hat sich verändert, dass die Zahl der Geberländer noch einmal geschrumpft ist – im Kern auf drei Länder. Von diesen Ländern zahlt Bayern heute über die Hälfte in den Länderfinanzausgleich ein, während Berlin 40 % aus dem Länderfinanzausgleich entnimmt. Wir können davon ausgehen, dass dies das Bundesverfassungsgericht vielleicht nicht unbeeindruckt lassen wird.

Aber ich nenne Ihnen nur einmal einen Punkt: Wenn das Bundesverfassungsgericht z. B. die Finanzkraft der Kommunen stärker einbezieht, haben wir ganz schlechte Karten. Denn unsere Kommunen stehen besser da als die Kommunen in irgendeinem anderen Land.

(Zuruf des Abg. Konrad Epple CDU)

Das müssen Sie einfach einmal sehen. Das sind Punkte, die man berücksichtigen muss. Wir müssen nach Lage der Dinge davon ausgehen, dass das Bundesverfassungsgericht jedenfalls an einem Länderfinanzausgleich festhält.

Wir führen eine Prüfung durch, und wir schließen ja eine Klage nicht aus.

Wir sind eher dabei, zu überlegen, ob wir die Erfolgsaussichten einer solchen Klage nicht noch einmal von einem renommierten Verfassungsrechtler von außen überprüfen lassen müssen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das würde ich empfehlen!)

Aber dass man das sorgfältig macht, bevor man klagt, ist doch selbstverständlich.

Auch der Kollege Seehofer, der da jetzt ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Ministerpräsident – –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: ... etwas unerwartet einfach auf den Klageweg gegangen ist, braucht offensichtlich bis zum Jahresende, um die Klageschrift auszuarbeiten. Das sieht mir doch etwas nach Schnellschuss aus. Diesen Weg gehen wir nicht. Wir wollen erst einmal verhandeln. Wenn die Verhandlungen scheitern, erwägen wir – das tun wir parallel –, ob eine Klage Aussicht auf Erfolg hat. Dann wird sie, Herr Kollege Herrmann, auch nicht ausgeschlossen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Ministerpräsident, ich wollte Sie nur darauf hinweisen: Die Antwort darf immer höchstens fünf Minuten dauern. Ich unterbreche sehr ungern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt üben wir doch erst einmal! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Entschuldigung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Ministerpräsident, Sie legen jetzt hier gegenüber der Presse und dem Parlament dar, warum Ihrer Meinung nach eine Klage vielleicht sogar zum Scheitern verurteilt wäre. Meinen Sie nicht, dass Sie dadurch Ihre Verhandlungsposition in der Ministerpräsidentenkonferenz und gegenüber den anderen Ländern schwächen? Denn warum sollen die anderen Länder Zugeständnisse machen, wenn Sie von vornherein sagen, eine Klage habe wenig Aussicht auf Erfolg?

(Abg. Ingo Rust SPD: Das hat er nicht gesagt!)

– Doch.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Kollege Mack, das wissen wir noch nicht. Wir lassen prüfen, welche Erfolgsaussicht eine Klage hat. Aber damit haben sich außer uns schon mehrere andere beschäftigt. Das ist jedenfalls nicht so eindeutig, wie Sie das gern hinstellen. Das lassen wir überprüfen.

Ich habe ja z. B. einen gewichtigen Grund genannt, weshalb ich glaube, dass das beim Bundesverfassungsgericht schon wirken wird. Ich will aber noch einmal betonen: Das Bundesverfassungsgericht kann immer nur den bestehenden Länderfinanzausgleich korrigieren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Genau!)

Gestalten können wir ihn nur selbst. Von dem bestehenden Länderfinanzausgleich halte ich nichts. Er ist ein anreizfeindliches System und rein einnahmeorientiert. Das heißt, es bestehen keine Anreize. Wenn die Länder, die heute in den Länderfinanzausgleich einzahlen, mehr für ihre Steuerkraft tun, geben sie das meiste davon ab. Ein Nehmerland, das dasselbe macht, bekommt dann weniger aus dem Länderfinanzausgleich. Das ist überhaupt kein Anreiz für das betreffende Land.

Ein solches anreizfeindliches System muss man ändern.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Zudem ist es sinnvoll, andere Dinge wie die Bundesergänzungszuweisungen und den Umsatzsteuerausgleich mit einzubeziehen, die ganzen Finanzströme neu zu ordnen und ein neues, transparentes, faires, anreizfreundliches System zu schaffen. Darüber besteht im Kern Einigkeit.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der eine erhebt Gebühren, der andere nicht!)

Aber die Interessen liegen weit auseinander. Jetzt nehmen Sie einfach einmal zur Kenntnis: Die Geberländer sind zu dritt, mit Hamburg zu viert. Der Rest sind Nehmerländer. Damit sind die Mehrheitsverhältnisse doch einigermaßen klar.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Winfried Mack: Ja, eben!)

– Ja, deswegen muss man verhandeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Herrmann.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das geht aus wie das Hornberger Schießen!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Wir müssen ohnehin verhandeln, Herr Kollege Mack.

(Zurufe von der CDU)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Ministerpräsident, zunächst bin ich Ihnen sehr dankbar für Ihre Feststellung, dass nach 58 Jahren CDU-Regierung in Baden-Württemberg die Kommunen so gut dastehen wie in keinem anderen Bundesland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber nun zum Länderfinanzausgleich: Das Grundgesetz schreibt vor, dass wir einen Länderfinanzausgleich haben sollen, der gleichwertige Lebensbedingungen im Land ermöglicht. Jetzt führt, wie Sie selbst gesagt haben, dieses außerordentlich komplizierte System dazu, dass wir derzeit extrem große Verwerfungen und nur noch drei Einzahlerländer und zwölf bzw. 13 – das schwankt ganz knapp hin und her – Nehmerländer haben.

Es ist auch richtig, dass zunächst Verhandlungen geführt werden sollten. Aber Sie haben selbst gesagt: „Bei einem solchen Verhältnis ist klar, dass die Verhandlungen kaum zu einem Erfolg führen.“ Sie verhandeln schon eine ganze Zeit – das wird von uns ausdrücklich anerkannt –, und Sie kommen nicht weiter, weil die anderen Länder eben sagen: „Wir sind der Meinung, der Finanzausgleich ist für uns positiv, und wir wollen deshalb keine Änderung.“

Deshalb sind wir der Auffassung, dass eine Klage durchaus erfolgreich sein kann, wobei man vor Gericht und auf hoher See immer in Gottes Hand ist. Der Weg kann aber durchaus erfolgreich sein, und wenn das der Fall ist, dann ist doch eine

(Klaus Herrmann)

Verhandlung aufgrund eines Auftrags des Bundesverfassungsgerichts für die Geberländer deutlich aussichtsreicher als eine Verhandlung, ohne dass ein Gericht dazu beauftragt hat.

Deshalb meine Frage: Wie lange wollen Sie denn noch verhandeln – man kann auch sagen, im Jahr 2019 läuft der Länderfinanzausgleich ohnehin aus –, wenn die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen? Wann ist für Sie der Zeitpunkt gekommen, dass man sich der Klage anschließt, damit wir wieder eine Einheit in der Südschiene haben, um eine starke Verhandlungsposition gegen die anderen aufzubauen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich habe schon gesagt: Der Kollege Scholz hat noch einmal den Auftrag, der Ministerpräsidentenkonferenz einen Vorschlag vorzulegen. Das wird er nach der Sommerpause machen. Zweitens habe ich auch schon gesagt: Wir überprüfen parallel dazu die Aussichten einer Klage unter den besonderen Bedingungen Baden-Württembergs. Die unterscheiden sich in mancher Hinsicht von denen in den anderen Geberländern. Das ist nun einmal so, und deswegen müssen wir das selbst untersuchen.

Der Zustand der bayerischen Kommunen ist natürlich völlig anders als der unserer Kommunen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gut, dass Sie das einmal sagen!)

Die bayerischen Kommunen sind viel höher verschuldet als die Kommunen in Baden-Württemberg, von der innerföderalen Gestaltung einmal ganz abgesehen.

Das sind also die zwei Bedingungen, die jetzt anstehen. Dann entscheiden wir: Klagen wir selbst, schließen wir uns einer Klage an, machen wir sie gemeinsam mit anderen? Aber es besteht im Moment kein Trend in diesem Sinn, weil auch Bayern die Klage erst im Jahr 2013 einreichen wird. Hessen hat das Gleiche angekündigt, und so lange wird auf jeden Fall gewartet.

Ich war immer der Ansicht, dass die drei Geberländer an einem Strang ziehen sollen. Das haben wir auch bisher gemacht. Wir haben ein gemeinsames Papier in die Ministerpräsidentenkonferenz eingebracht. Sie können also ganz beruhigt sein. Aber wir wahren auch unsere eigenen Interessen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie mir, dass ich meine Verwunderung in eine Frage kleide. Sie sind durchaus schon einige Tage hier in diesem Landtag und haben auch die Vorgänge um den Abschluss des derzeit geltenden Länderfinanzausgleichs mitbekommen. Teilen Sie meine Verwunderung darüber, dass ausgerechnet diejenigen, die den Länderfinanzausgleich ausgehandelt und beschlossen haben – *Pacta sunt servanda* –, im Rahmen etwa anstehender Wahlkämpfe immer am lautesten nach einer Klage schreien, dass einige derjenigen, die selbst immer die Hand gehoben haben, sich auch an der heutigen Debatte mit Fragen beteiligen? Teilen Sie meine Verwunderung, dass ausgerechnet diejenigen, die diesen Pakt ausgehandelt und abgeschlossen ha-

ben, sich heute in dieser Weise von diesem distanzieren möchten?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Claqueure!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich teile natürlich die Verwunderung insbesondere deswegen, weil Ministerpräsident Teufel und Ministerpräsident Stoiber – der hat das ja früher verhandelt – das Ergebnis auch noch gelobt hatten.

Ich sage Ihnen noch einmal – das ist natürlich auch ein Punkt –: Das sind Verhandlungen, die man erst einmal bis zum Jahr 2019 abgeschlossen hat. Das ist mit dem Solidarpakt und vielem anderen verbunden, auch mit dem Altschuldenfonds und anderen Problemen. Das werden schon gewichtige Argumente sein. Wenn man das zwischendrin ändert, greift man in die ganze Struktur ein, die im Maßstäbengesetz aufgebaut worden ist. Das ist also nicht so einfach.

Deshalb gehe ich davon aus: Wenn ernsthaft verhandelt wird, wird das ohnehin der Zeitraum bis 2019 sein.

(Abg. Winfried Mack CDU: So lange?)

Ob vorher – selbst wenn wir erfolgreich klagen – etwas möglich ist, möchte ich einmal in Zweifel stellen.

Ich könnte mir allerdings vorstellen – in diese Richtung sind wir gegangen –, dass wenigstens eine Deckelung vorgesehen wird. Das wäre vielleicht eine Möglichkeit, die wir natürlich auch in Betracht ziehen werden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Professor Dr. Goll.

(Abg. Walter Heiler SPD: Der war auch dabei! – Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Ich darf aber trotzdem eine Frage stellen. – Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin den bestehenden Finanzausgleich u. a. deswegen kritisiert, weil er einnahmeorientiert ist. Teilen Sie meine Auffassung, dass wir bei einem ausgabenorientierten Finanzausgleich, der Ihnen und Ihrer Partei offenbar vorschwebt, unter Umständen vom Regen in die Traufe geraten?

(Heiterkeit des Abg. Manfred Hollenbach CDU)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Wir werden natürlich immer versuchen, bei Vorschlägen, die wir machen, die Interessen des eigenen Landes zu berücksichtigen. Aber Sie müssen sehen: Wenn man ein Globalmodell für eine vernünftige und gute politische Ordnung der Dinge im Finanzausgleich seriös entwickeln will, dann überlegt man, was ein vernünftiges System ist, und geht nicht einfach von den Interessen, die jeder hat, aus. Wenn verschiedene Gruppen so etwas einbringen, ist das der Sache dienlich. Denn das erhöht die Verhandlungsbereitschaft.

Ich will Ihnen noch einmal sagen: Wir müssen in jedem Fall verhandeln, auch wenn das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat. Es gibt keinen Grund, dass es anders verfahren sollte, als die Entscheidung an den Gesetzgeber zurückzugeben. Auch dann müssen wir als Minderheit von Geberländern mit Nehmerländern verhandeln. Das müssen wir immer.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Meine Überlegung, Herr Kollege Goll, ging vielmehr in eine andere Richtung, nämlich die, ob man überhaupt grundsätzlich einen vertikalen Ausgleich macht, der dann allerdings ausgabenorientiert ist, wie es andere föderale Staaten ebenfalls machen. Denn der Umfang der Bundesergänzungszuweisungen ist ohnehin schon fast doppelt so hoch wie der des Länderfinanzausgleichs. Das wäre also auch noch eine Überlegung. Natürlich müssten in diesem Fall die Länder mit Sicherheit Umsatzsteuerpunkte an den Bund abgeben. Sonst wird er das nicht einfach machen.

Das alles sind Vorschläge, die wir einbringen können, wenn wir ein großes Rad drehen wollen – dafür plädiere ich –, um die Finanzbeziehungen transparent, fair und anreizfreundlich zu gestalten, damit es keine Dauersubventionen sind, sondern eine Hilfe darstellt, damit man auf die eigenen Beine kommt.

Dabei müssen viele Dinge berücksichtigt werden. Wir, die Geberländer, haben z. B. das Angebot gemacht, über ein intelligentes Schuldenmanagement zu sprechen, mit dem die hoch verschuldeten Länder in die Lage versetzt werden können, aus den Schulden herauszukommen. Das wären Möglichkeiten für solche Verhandlungen. Ich sage noch einmal: Verhandeln müssen wir sowieso.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Klein.

Abg. Karl Klein CDU: Herr Ministerpräsident, es ehrt Sie, dass Sie zunächst auf den Verhandlungsweg setzen. Sie haben jedoch bereits vor einem Jahr, aber auch heute erklärt, dass Sie im Endeffekt eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich nicht ausschließen.

Welche Gründe sind es, was macht Sie zuversichtlich, auf dem Verhandlungsweg ein kurzfristiges Ergebnis erzielen zu können?

Die zweite Frage ist: Macht es nicht Sinn, wenn die Geberländer eine Klage bestreiten, dass man möglichst nach einer gemeinsamen Linie sucht und hier versucht, das Bundesverfassungsgericht zu überzeugen?

Und geben Sie mir recht – dies als dritte Frage –, dass sich seit dem letzten Abschluss zum Länderfinanzausgleich bis heute einige wesentliche Dinge getan haben, die für die Geberländer nachteilig wirken?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich habe schon gesagt, Herr Abg. Klein: Es hat sich geändert, dass sich die Zahl der Geberländer noch einmal verringert hat, sodass drei der vier Geberländer fast alle Lasten tragen. Ich habe auch gesagt, dass diese Tatsache das Bundesverfassungsgericht sicherlich beeindruckt wird. Sie ist sozusagen das gewichtigste Anzeichen dafür, dass da etwas aus dem Gleichgewicht geraten ist. Da sind wir uns völlig einig. Sonst brauchte ich ja nicht verhandeln zu wollen.

Zweitens noch einmal: Wir müssen in jedem Fall verhandeln. Ich bin der Ansicht, wenn wir jetzt verhandeln und der Zeitpunkt, zu dem das Ergebnis in Kraft tritt, noch etwas weiter weg ist, kann man viel besser verhandeln, als wenn man das zum Schluss machen muss und jeder dann nur noch seine nackten Interessen einbringt. Das führt erfahrungsgemäß zu

einem Kuhhandel. Dann bekommt man wieder ein System, das höchst kompliziert ist, damit jeder noch irgendwie zustimmen kann. Wenn ein bestimmter Zeitpunkt etwas weiter weg ist und man nicht genau weiß, welcher Zustand in sieben Jahren besteht, ist etwas offener zu verhandeln. Das zeigen alle Erfahrungen. Wir haben Erfahrungen aus anderen Ländern wie der Schweiz, die sehr lange gebraucht haben, um einen vernünftigen Ausgleich hinzubekommen.

Deswegen ist mein Plädoyer, jetzt zu verhandeln. Die Chancen sind nicht so gering, wie Sie denken. Wir haben noch einmal den Wunsch nach einem Deckel vorgebracht, und das hat eher etwas kontraproduktiv gewirkt, muss ich im Nachhinein sagen. Allerdings müssen wir unsere Interessen auch einmal klar formulieren und Ansprüche an die Nehmerländer stellen.

Die Bayern haben noch einmal gesagt, sie brauchten mit Sicherheit bis zum nächsten Jahr. Hessen hat das Gleiche erklärt, und wir sehen das auch so. Wir werden das jetzt prüfen lassen. Wir sind intern schon seit vielen Wochen bei der Prüfung, werden unter Umständen einen Verfassungsrechtler hinzuziehen, um dann zu erwägen: Reichen wir eine gemeinsame Klage ein, eine eigene, oder lassen wir das? Das wird das Ergebnis dieser Prüfung sein.

Ich biete noch einmal an, dass wir da möglichst auch im Landtag an einem Strang ziehen.

Ich will noch einmal zusammenfassen. Ich setze auf eine Verhandlungslösung, weil wir sowieso verhandeln müssen. Aber eine Klage wird, wenn alles scheitert, auch nicht ausgeschlossen, so sie denn Erfolg verspricht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Noch eine Zusatzfrage der Frau Abg. Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Wir, die Regierungsfraktionen, werden Ihre Position auf jeden Fall weiterhin unterstützen. Für uns geht auf jeden Fall auch die Prüfung vor Schnellschüssen und wahlkampfaktischen Aspekten.

Jetzt zwei konkrete Fragen. Zum einen: Was wäre eigentlich mit einer Klage gewonnen? Das ist die eine Frage.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Geld! – Abg. Winfried Mack CDU: Zuhören! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das sagen Sie als Rechtsanwältin!)

– Ich bin keine Rechtsanwältin, aber bitte.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie Frau Aras bitte ihre Fragen formulieren. – Bitte.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Zweitens: Welches sind die Risiken, die für das Land mit einer Klage möglicherweise verbunden wären? Gibt es die?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Abg. Aras, ich kann zusammenfassen, was damit verloren oder gewon-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

nen wäre: Das hängt davon ab, was das Bundesverfassungsgericht entscheidet.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Es wird wahrscheinlich einige Rahmenplanken einziehen, innerhalb derer sich der Gesetzgeber bewegen wird,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das kann auch besser sein!)

und je nachdem, wie sie aussehen, ist man dann in einer besseren oder in einer schlechteren Situation, wenn man verhandelt. So einfach ist das.

Das weiß ich aber nicht. Denn ich gehöre dem Bundesverfassungsgericht nicht an.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch nicht!
– Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn ich ihm angehören würde, wüsste ich es auch nicht, weil es noch gar nicht entschieden hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Eine halbe Stunde Befragung ist vorbei.

Wir kommen jetzt zum zweiten Thema, benannt von der Fraktion GRÜNE:

M a ß n a h m e n z u r B e w ä l t i g u n g d e s
d o p p e l t e n A b i t u r j a h r g a n g s

Ich darf Herrn Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr das Wort erteilen.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal das Thema „Studienplatznachfrage in Baden-Württemberg“ auf die Agenda heben. Wir hatten im Jahr 2011 erfreulicherweise die größte Anzahl an Studierenden, die es jemals in Baden-Württemberg gab, und haben in diesem Jahr über 77 000 Studienanfänger. Daher möchte ich zu diesem Themenkomplex einige Fragen an die Landesregierung, an die Ministerin stellen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass jetzt mit dem Doppeljahrgang besondere Herausforderungen bevorstehen, die von den Hochschulen gemeistert werden müssen.

Wir müssen damit rechnen, dass 2012 nahezu 80 000 Studienanfänger an unsere Hochschulen kommen werden. Insofern würde ich zuerst einmal fragen und wissen wollen, wie Sie mit dieser Nachfragespitze umgehen werden und welche vorbereitenden Maßnahmen getroffen werden, um das zu bewältigen, was da Ende des Jahres und im nächsten Jahr auf uns zukommt.

Das Zweite ist eine Frage zu der Dualen Hochschule, die im Moment in Baden-Württemberg eine sehr große Nachfrage erlebt, insbesondere aus der Industrie, und die deswegen an dieser Stelle einen sehr großen Leidensdruck hat. Da gab es auch schon Maßnahmen. Ich denke, es wäre wichtig, noch einmal darzustellen, wie die Duale Hochschule an dieser flexiblen Ausbaureserve partizipieren wird und wie groß diese Reserve ist. Vielleicht können Sie dazu einfach noch einmal ein paar Dinge sagen. Das wäre sicherlich interessant.

Drittens wissen wir, dass die Nachfrage mittel- und langfristig auf einem hohen Niveau bleiben wird. Dazu haben wir von Ministerin Bauer schon gehört – das wurde vom Vorgänger leider nie so deutlich gesagt –, dass wir nicht davon ausgehen können, dass sie irgendwann wieder sinkt, sondern sie wird mittel- und langfristig auf einem sehr hohen Niveau bleiben. Zum einen: Was müssen wir da erwarten? Zum anderen: Was gedenkt die Landesregierung da zu tun? Wie möchte man insbesondere in Bezug auf den Ausbau der Masterstudienplätze reagieren? Es geht eben nicht nur um die Bachelorstudienplätze, die wir an dieser Stelle brauchen, sondern eben auch um die Masterstudienplätze.

Diese drei Themenkomplexe einmal vorweg.

Danke schön.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Bauer das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Präsident, Herr Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr, liebe Damen und Herren! In der Tat, der doppelte Abiturjahrgang steht sozusagen vor der Tür; der Bewerbungsschluss ist an den meisten Hochschulen am 15. Juli gewesen. Die Hochschulen arbeiten in diesen Tagen mit Hochdruck daran, die Bewilligungsbescheide auszustellen und schnell Rückmeldung zu geben, damit es gelingt, alle vorhandenen Kapazitäten auszuschöpfen und allen jungen Menschen eine faire Chance auf einen Studienplatz zu geben.

In der Tat – Sie sagten es – erwarten wir in diesem Jahr noch einmal mehr Studienanfänger als im vorangegangenen Jahr, eben weil der doppelte Abiturjahrgang in die Hochschulen drängt. Wir haben das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ ursprünglich einmal auf 16 000 Anfängerplätze dimensioniert, dann auf 20 000 Anfängerplätze aufgestockt und unter der neuen Landesregierung noch einmal um weitere über 2 500 Anfängerplätze aufgestockt.

Wir haben im letzten Jahr eine flexible Ausbaureserve beschlossen und sie jetzt auch vergeben, sodass wir zum Wintersemester 2012/2013 nochmals ganz kurzfristig für eine Kohorte, für diese Spitzenbelastung zielgenau 3 200 Studienplätze anbieten können, zusätzlich zu dem, was ursprünglich geplant war. Das kommt insbesondere den besonders stark ausgelasteten Bereichen zugute. Wir haben also geschaut: Wo ist das Interesse? Wo war die Enge schon im letzten Jahr besonders groß? In diese überlasteten Bereiche haben wir noch einmal zusätzliche Kapazitäten gesteckt. Das kommt im Übrigen auch dem Bereich Humanmedizin mit einem nochmaligen Aufwuchs um 10 % zugute.

Darüber hinaus haben wir einen Sonderfonds zur Verfügung gestellt, an den sich Hochschulen wenden können, wenn sie noch einmal kurzfristig eine Extrahilfe für besondere Bedarfe brauchen. In diesem Topf sind 5,3 Millionen €. Sie sind inzwischen zum Teil ausgeschöpft, aber es gibt nach wie vor ein wenig Geld für die besonderen Bedarfe, die im Wintersemester auf uns zukommen können.

Nun zur zweiten Frage, die Sie gestellt haben. Die Duale Hochschule Baden-Württemberg ist von diesem Wachstum in

(Ministerin Theresia Bauer)

der Tat in besonderer Weise betroffen. Dort hat sich in den vergangenen Jahren die Studienanfängerzahl quasi verdoppelt. Deswegen haben wir im vergangenen Jahr beschlossen, dafür Sorge zu tragen, dass sie im kommenden Wintersemester 47 zusätzliche Kurse anbieten kann. Dies sind etwas mehr als 1 400 zusätzliche Plätze, über ganz Baden-Württemberg verteilt. Damit wird ein wichtiges Signal ausgesendet, dass wir uns um den doppelten Abiturjahrgang kümmern.

Ich möchte noch einmal betonen: Diese flexiblen Ausbaumaßnahmen, die wir in diesem Jahr ergreifen, sind Zusatzmaßnahmen für eine Kohorte. Im nächsten Jahr stehen diese Maßnahmen nicht mehr zur Verfügung.

Es ist klar, dass wir darüber hinaus hart daran arbeiten, die zusätzlichen Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die im Bereich der Infrastruktur, im Bereich des Personals und im Bereich des Baus notwendig sind. Insbesondere bei der Dualen Hochschule Baden-Württemberg herrscht großer Handlungsbedarf hinsichtlich eines Baus in Stuttgart. Im Moment ist dort die Duale Hochschule über 23 Gebäude verteilt. Baumaßnahmen sind dringend notwendig, damit sich die Duale Hochschule ein wenig konzentrieren kann. Wir befinden uns dabei in enger Abstimmung mit dem Finanzministerium und der Stadt Stuttgart. Ich glaube, wir können sehr bald mit einer Lösung an die Öffentlichkeit treten.

Die dritte Frage bezog sich darauf, wie sich der Ausbau der Bachelorstudienplätze zum Ausbau der Masterstudienplätze verhält. Wir haben in Baden-Württemberg ungefähr 9 500 Masterstudienplätze. In Überlast werden aber sehr viel mehr Studienplätze in Anspruch genommen, sodass wir bei insgesamt knapp 14 000 Masterstudienplätzen sind. Daher können wir sagen, dass die in diesem Bereich vorhandenen Kapazitäten in vollem Umfang belegt sind. Fast alle Masterstudiengänge sind inzwischen mit einem Numerus clausus belegt. Dies ist der härteste Indikator dafür, dass die Nachfrage größer ist als das Angebot.

Deshalb können wir sagen: Bislang gab es in diesem Bereich noch kein Problem. Es gibt aber auch keinen Spielraum mehr. Die starken ersten Absolventenjahrgänge der Masterstudiengänge drängen erst jetzt auf den Markt. Deswegen werden wir in den nächsten Jahren in diesem Bereich dringend nachsteuern müssen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Frau Ministerin, vielen Dank für den Sachstandsbericht, den Sie uns gegeben haben. Es gibt aber noch einige Fragen, auf die wir gern nähere Auskunft hätten.

Zunächst zum Ausbau der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Es ist sehr gut, wenn 1 400 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Ist damit aber garantiert, dass es zu jedem Ausbildungsplatz, der von einem Unternehmen geschaffen wird, auch einen Studienplatz gibt, wie es in der Vergangenheit der Fall war? Wenn nicht, würden wir Sie dringend darum ersuchen, dafür Sorge zu tragen, dass für jeden Ausbildungsplatz, den ein Ausbildungsbetrieb anbietet und besetzen kann, ein Studienplatz bereitsteht, sodass keine und keiner der Studienbewerberinnen und -bewerber abgewiesen werden

muss. Ich glaube, dies ist angesichts des Fachkräftebedarfs, den wir in Baden-Württemberg haben, wichtig.

Eine weitere Frage: Sie haben schon vor einiger Zeit zum Ausbauprogramm „Master 2016“ eine Expertengruppe mit Vertretern des Wissenschaftsrats, des Centrums für Hochschulentwicklung und des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie eingesetzt.

Wir wurden mehrfach seitens der Regierung darüber informiert, dass die Ergebnisse der Arbeit dieser Expertengruppe demnächst bekannt gegeben würden. Dies war zunächst für das vergangene Jahr angekündigt. Dann hieß es, die Ergebnisse würden in der ersten Hälfte des Jahres 2012 vorgelegt. Die erste Hälfte des Jahres 2012 ist mittlerweile auch verstrichen.

Deshalb bitte ich Sie darum, uns diese Informationen zur Verfügung zu stellen; denn dies ist überfällig. Ich glaube, wir können erwarten, dass die Auswirkungen bis zur Sommerpause dargestellt werden. Außerdem bitte ich Sie, jetzt Stellung dazu zu nehmen, inwieweit wir in den nächsten Jahren zusätzliche Masterstudienplätze anbieten müssen.

Letzte Frage: Das Ganze ist auch haushaltsrelevant. Außerdem wissen wir, dass wir einen neuen Solidarpakt ab 2014 verhandeln müssen und dass mehr Zeit für die Ausbauprogramme im Bereich des Bachelors und perspektivisch auch im Bereich des Masters benötigt wird. Wie weit sind Sie denn in den Verhandlungen mit dem Finanzministerium im Hinblick auf die haushaltsrelevanten Auswirkungen für den kommenden Haushalt? Uns würde da schon interessieren, ob Vorsorge getroffen ist, dass sowohl im Bachelorbereich als auch im Masterbereich diejenigen, die hier in Baden-Württemberg studieren wollen, auch wirklich damit rechnen können, hier einen Studienplatz zu bekommen.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Birk, Sie haben zunächst danach gefragt, ob man an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg das Prinzip, jedem Studienbewerber mit einem Ausbildungsvertrag einen Platz anbieten zu können, umsetzen kann. Dieses Prinzip ist das richtige. Wir bemühen uns gemeinsam mit der Dualen Hochschule nach Kräften, genau dieses Prinzip umzusetzen. Das kann man aber nicht zu 100 % erfüllen; denn die Duale Hochschule bietet Kurse an. Wir müssen daher schon schauen, dass wir nicht einen Kurs anbieten, für den es nur einen Teilnehmer gibt. Deswegen versuchen wir im Gespräch

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– genau, die Betreuung wäre dann etwas intensiv; Herr Kollege Bullinger kann es sich vorstellen –, einzelne Lösungen zu erarbeiten, die jeweils passen. Wir müssen den Bewerbern dann durchaus zumuten, dass sie das Studium zum Teil nicht an dem Studienort aufnehmen können, an dem sie dies gern tun würden. Teilweise müssen sie dann auf einen anderen Standort verwiesen werden. Deswegen gelingt die 100-%-Garantie im Einzelfall nicht immer.

(Ministerin Theresia Bauer)

Aber unser Begehren und unsere Arbeitsweise ist: Wir versuchen, für jeden Studienbewerber mit einem Ausbildungsvertrag in der Hand eine solche Lösung zu schaffen. Da muss man flexibel sein. Daran scheitert es dann manchmal auch.

Wir müssen aber zusehen – auch das ist sicher verständlich –, dass wir Kurse anbieten, die auch einigermaßen ausgelastet sind. Wir können keine Kurse für nur eine Person oder drei Personen anbieten. Das sind die Spielräume. Aber im Rahmen dessen gilt in der Tat das Prinzip: Wir wollen den Ausbildungswilligen, die einen Ausbildungsvertrag haben, eine solche Möglichkeit bieten. Mir sind auch keine Fälle bekannt, in denen wir in einem relevanten Umfang Bewerber abweisen mussten.

Sie fragten darüber hinaus nach dem Ausbauprogramm für Masterstudienplätze. In der Tat haben wir Experten befragt, wie man den künftigen Bedarf berechnen kann. Ich sagte es vorhin schon einmal allgemein, jetzt sage ich es noch etwas genauer: Wir haben bislang 9 500 Masterstudienplätze im Land eingerichtet. Auf diesen Plätzen werden zurzeit – zum Teil in Überlast – knapp 14 000 Studierende mit einem Angebot versehen.

Die Experten haben Rechenmodelle zugrunde gelegt, und sie haben uns verschiedene Szenarien vorgelegt. Wir müssen in der politischen Umsetzung die Belegung der Studienplätze daran ausrichten, welche Szenarien wir für realistisch und umsetzbar halten.

Wenn man ein sehr vorsichtiges Szenario, das uns vorgestellt wurde, zugrunde legt, wonach über alle Hochschulen und über alle Fächergruppen hinweg – diese sind sehr verschieden – 50 % der Absolventen weitermachen wollen – das ist eine sehr grobe Berechnung, aber so ist es halt bei Modellen –, dann fehlen uns in Baden-Württemberg bis 2016 etwa 6 000 bis 7 000 Masterstudienplätze, die wir in den kommenden Jahren aufbauen müssen.

Über den sukzessiven Aufbau dieser Masterstudienplätze verhandeln wir gerade im Rahmen der Aufstellung des Haushalts. Wir werden dann, wenn wir die Rahmengrößen haben, zusammen darüber nachdenken, in welchen Fächergruppen und in welcher Hochschulart besonderer Handlungsbedarf besteht. Wir werden die Debatte darüber, in welchem Umfang an welcher Stelle wie schnell vorgegangen werden muss, in einer Reihe von Dialogen auch mit den Hochschulen selbst, mit der Wirtschaft und mit der Fachöffentlichkeit führen.

Deswegen wird es im zweiten Halbjahr Möglichkeiten geben, anhand dieser Rechenbeispiele zu versuchen, regional die richtigen Strategien zu präzisieren. Ich lade Sie gern dazu ein, an diesen regionalen Dialogveranstaltungen, die auch für die Öffentlichkeit bestimmt sind, teilzunehmen.

Zur dritten Frage, der Frage zum Thema Haushalt: Sie wissen, wir sind mitten in den Verhandlungen und Gesprächen darüber, wie der nächste Haushalt aussehen wird. Ich bin mir sicher, dass jedes Ressort seinen Teil zur Haushaltskonsolidierung beiträgt und schaut, wie man mit demselben Geld effektiver wirtschaftet oder wie man vielleicht auch einmal etwas weglassen kann. Bei aller Notwendigkeit, auch aus dem Einzelplan 14 etwas beizutragen, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir die notwendigen Kapazitäten sowohl im Bachelor-

als auch im Masterbereich für den nächsten Doppelhaushalt in vollem Umfang zur Verfügung stellen können.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Weitere Fragen? – Herr Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Frau Ministerin, vielen Dank für die Gelegenheit, dass wir zu dem Ausbauprogramm für Masterstudienplätze dann auch wirklich ins Gespräch kommen und uns dort beteiligen können. Das werden wir auch gern tun.

Ich habe noch eine Nachfrage zum Thema „Bausituation und Anmietung bei der Dualen Hochschule“. Wir sind uns einig, dass in Stuttgart eine Lösung erreicht werden muss. Vielleicht können Sie das noch etwas präziser formulieren, als Sie es heute getan haben. Eine ähnliche Aussage haben Sie vor einigen Wochen hier getroffen, als Sie gesagt haben, dass man dazu in Gesprächen ist. Bis wann können wir denn damit rechnen, dass wir in Stuttgart eine Entlastung der räumlichen Situation bekommen, und welche Perspektive können wir da von Ihrem Haus und vom Finanzministerium erwarten? Sie sind ja dazu in Gesprächen.

Zweite Frage: Wie sieht es denn mit den anderen Standorten aus? Wir haben ja schon unter der Vorgängerregierung auf den Weg gebracht, dass verstärkt Anmietungen, räumliche Entlastungen möglich sind. Das wurde durch die jetzige Regierung verstärkt. Das ist auch sinnvoll. Gibt es denn aus Ihrer Sicht weitere Standorte, an denen wir derzeit Engpässe haben oder an denen schon perspektivisch absehbar ist, dass es Engpässe geben wird? Können Sie dazu weitere Standorte benennen?

Letzte Frage: Auch bei den Fachhochschulen stellen zumindest wir in Gesprächen fest, dass es durchaus auch dort Standortprobleme gibt, dass sie auch schon erhebliche Überlasten fahren. Gedenken Sie denn auch die Fachhochschulen verstärkt im Hinblick auf Anmietungen, auf bauliche Erweiterung in dieses Programm, das derzeit für die Duale Hochschule geplant ist, einzubeziehen?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, natürlich!
Selbstverständlich!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ja, in der Tat, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften tragen einen erheblichen Anteil dazu bei und tragen in erheblichem Umfang Überlasten beim Ausbau der Studienplätze mit. Daher gibt es an vielen Hochschulen für angewandte Wissenschaften auch eine dringende Enge. Wir haben in der Tat ein Programm für Infrastrukturmaßnahmen, zur Ertüchtigung von Lehrgebäuden und für die Unterbringung aufgelegt und auch noch einmal verstärkt, das inzwischen angelaufen ist. Die ersten Projekte werden jetzt realisiert. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften partizipieren in einem relevanten Umfang an diesem Ausbauprogramm, das insgesamt über 100 Millionen € umfasst, um in den nächsten Jahren ein wenig Abhilfe zu schaffen.

Zur Dualen Hochschule noch einmal: In Stuttgart haben wir zurzeit in der Tat einen Zustand, der nicht in Ordnung ist. Die Duale Hochschule ist in Stuttgart verteilt über 23 Standorte mit verschiedenen Anmietungen. Man kann, glaube ich, so

(Ministerin Theresia Bauer)

nicht wirklich einen Ansatz von Campusgefühl als Studierender dieser Dualen Hochschule entwickeln. Deswegen brauchen wir eine Konzentration, einen Standort, an dem man zumindest einen großen Teil, vielleicht sukzessive auch alle Studierenden unterbringen kann.

Wir, das Wissenschaftsministerium, haben mit der Stadt Stuttgart, die daran beteiligt sein muss, wenn es um Grundstücksfragen geht, und dem Finanzministerium Gespräche geführt und konzentrieren uns im Moment eigentlich auf eine Lösung – es sind zwei Lösungen noch in der engeren Auswahl –, die, glaube ich, sehr attraktiv wäre, die innenstadtnah ist, die auch eine enge Verbindung zum universitären Campus und zur Hochschule für angewandte Wissenschaften herstellen würde, die eine Möglichkeit bieten würde, die Mensa und die Bibliothek gemeinsam zu nutzen, und auch für die Zukunft, wenn die Studierendenströme einmal anders aussehen, möglicherweise Synergien ermöglichen würde. Wir arbeiten wirklich konzentriert an der Lösung. Wenn wir die drei Beteiligten zueinandergebracht haben – der Gemeinderat der Stadt Stuttgart muss da auch mitmachen –, dann hoffen wir sehr, dass wir diese Lösung noch im Hinblick auf den kommenden Doppelhaushalt anschieben können und dann ein erstes Gebäude bis 2015 realisieren könnten. Wir halten das für machbar, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir demnächst genauer werden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Birk.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sie fragten nach weiteren Standorten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ach so. Die Frage nach den weiteren Standorten müssen Sie noch beantworten. Entschuldigung.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Der zweitwichtigste Standort, an dem wirklich Handlungsbedarf besteht, ist Mannheim. Die Duale Hochschule in Mannheim braucht eine neue Lösung. Sie hat zwar zwischenzeitlich hinsichtlich der Unterbringung eine Interimslösung an einem anderen Standort außerhalb Mannheims gefunden. Das ist allerdings eine reine Notmaßnahme, die sicher nicht zur Zufriedenheit der Studierenden und des Lehrpersonals sein kann. Auch da arbeiten wir, zusammen mit der Stadt Mannheim, an der Präzisierung bei der Frage, welches Grundstück nun geeignet ist. Da sind immer viele Faktoren zusammenzubringen. Eine Lösung ist teurer als die andere; eine Lösung bringt höhere Synergien als eine andere. Wir werden jedoch alles dafür tun, dass die Lösung, die Klärung dieser Standortfrage, im Laufe des nächsten Jahres erfolgen wird und wir nachfolgend über einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren die nötigen Schritte unternehmen können.

Mit Interimslösungen lässt sich auch besser leben, wenn man Licht am Ende des Tunnels sieht und wenn eine bauliche Lösung greifbar ist.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Birk für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Vielen Dank. – Frau Ministerin, ich möchte noch einmal auf das Ausbauprogramm „Master 2016“ zurückkommen. In der Stellungnahme zum Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 15/531, haben Sie angekündigt, dass Sie noch im Laufe des ersten Halbjahrs dem Kabinettsrat, aber auch dem Landtag ein Konzept der Expertengruppe vorlegen wollten.

Darf ich Sie nochmals fragen, bis wann wir damit rechnen können, dass dieses Konzept hier beraten wird? Dabei erwarten wir Vorschläge zum Ausbau der Masterstudienplätze, differenziert nach Fächergruppen. Offenbar gibt es schon erste Szenarien. Wir halten ein solches Konzept nun aber für überfällig und hoffen auch sehr, dass die entsprechende Diskussion hier möglichst rasch fortgesetzt werden kann, damit die Studierenden – zumindest diejenigen, die nach Abschluss eines Bachelorstudiums einen Masterstudiengang absolvieren wollen – eine gewisse Planungssicherheit haben.

Die zweite Frage: Das Thema „Ausbau der Masterstudienplätze“ ist nicht nur ein Thema für Baden-Württemberg, sondern auch für die anderen Bundesländer sowie für den Bund. Jetzt haben wir seitens des Bundes im Bachelorbereich ein Studienprogramm unter dem Titel „Hochschulpakt 2020“. Ist denn etwas Entsprechendes auch für den Masterbereich angedacht?

Damit verbunden ist natürlich auch die Frage: Wie ist es denn in den anderen Bundesländern? Werden dort auch zusätzliche Masterstudienplätze geschaffen? Vielleicht können Sie hier eine Information zum aktuellen Stand geben, etwa auch bezüglich der Beratungen in der Wissenschaftsministerkonferenz, und uns sagen, wie dieses Thema in den anderen Bundesländern gesehen wird. Denn es kann ja nicht sein, dass Baden-Württemberg überproportional starke Belastungen trägt, während sich andere Länder bei diesem Thema zurückhalten, möglicherweise auch deshalb, weil sie bei der Bachelorausbildung sehr stark gebunden sind. Wir vertreten die Forderung, dass auch die anderen Bundesländer hierbei entsprechend mitmachen. Wie schätzen Sie dies ein, und wie sehen Sie dies?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Dr. Birk, noch einmal zur Frage nach dem Ausbau des Masterbereichs hier in Baden-Württemberg und zur Forderung nach Vorlage eines Konzepts: Wir sind im Moment in der Abstimmungsphase auf Kabinettsratsebene. Wir werden diese Diskussion im nächsten Halbjahr intensiv führen.

Lassen Sie mich einfach einmal ein paar Eckpunkte nennen:

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir mit der nötigen Gründlichkeit darüber reden, wie es gelingen kann, die unterschiedlichen Fächerkulturen unterschiedlich zu behandeln. Deswegen wird es nicht so sein, dass wir im Herbst sagen: „Wir haben den fertigen Plan über alle Hochschularten und Fächergruppen hinweg.“

Nach allem, was wir bislang diskutiert haben, haben wir den Eindruck, dass es sich lohnt, die Debatte auch noch eine Weile lang zu führen. Es gibt nach wie vor Menschen, die die Vorstellung haben, dass jedem Absolventen eines Bachelorstudiums ein Masterstudienplatz angeboten werden soll. Ver-

(Ministerin Theresia Bauer)

treter mancher Hochschularten meinen, eine Hochschule sei nur dann eine richtige Hochschule, wenn dort auch Masterstudiengänge angeboten werden.

Wir haben noch großen Diskussionsbedarf bei der Frage, wie viele Masterangebote eigentlich konsekutiv, direkt im Anschluss an den Bachelor gemacht werden sollten und wie viele Masterangebote als weiterführendes Studium verstanden werden sollten, entsprechend der Bologna-Idee, dass man nach dem Bachelor zunächst einmal ins Berufsleben geht und dort Erfahrungen sammelt, um später gegebenenfalls an die Hochschule zurückzukehren.

Wir werden die Fragen nach der Gewichtung, die Fragen nach den Fächern und den Hochschularten und dazu, ob das Masterangebot konsekutiv oder weiterbildend sein soll, gründlich diskutieren.

Wir werden gleichzeitig dafür sorgen, dass wir da, wo der Bedarf besonders groß ist – bestimmte Überlasten können wir schon jetzt erkennen –, rasch Abhilfe schaffen können, damit wir nicht in die Situation geraten, dass Studierende vor verschlossenen Türen stehen.

Man kann in einem ersten Schritt, meine ich, sehr pragmatisch an den Stellen zubauen, an denen die höchste Überlast vorhanden ist. Dann können wir die Zeit im zweiten Halbjahr bis zum Jahresende und im nächsten Jahr dazu nutzen, ein gut durchdachtes, gemeinsam diskutiertes und gemeinsam getragenes Ausbauprogramm zu entwickeln, das differenziert. Dabei werden wir alles tun, um zu verhindern, dass man durch den Ausbau des Masterbereichs den Bachelor diskreditiert.

Wir sind fest davon überzeugt, dass der Bachelor ein guter Abschluss ist und dass Absolventen damit eine gute Chance haben, erfolgreich ins Berufsleben zu starten.

Wir werden nicht die Kritik am Bachelor durch Maßnahmen im Masterbereich ausgleichen, sondern Defizite am Bachelor werden durch Verbesserungen des Bachelors behoben. Der Master ist ein eigenständiges Angebot. Deswegen werden wir sehr sorgsam darauf achten, dass das Masterangebot Sinn macht und nicht eine Korrekturmaßnahme für einen womöglich nach wie vor korrekturbedürftigen Bachelor ist.

Deswegen ist es, glaube ich, gut, dass wir im Herbst kein fertiges Konzept, sondern ein Rahmenkonzept vorlegen, dass gemeinsam eine Debatte darüber geführt wird, an welcher Stelle wie viel nachgebaut wird. Ich bin mir sicher, wir werden es schaffen, in den nächsten beiden Jahren die notwendigen Reserven und Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, damit Studierende in Baden-Württemberg eine gute Chance auf einen Studienplatz haben.

Zur bundesweiten Debatte: Es hängt viel davon ab, ob es uns gelingt, die Bundesregierung davon zu überzeugen, den „Hochschulpakt 2020“ bald fertig auszufinanzieren. Bei der derzeitigen Finanzierungssituation reichen die Mittel nach unserer Rechnung nur bis 2014 aus. Eigentlich war die Finanzierung bis 2015 gedacht, aber die Studierendenzahlen sind nun einmal höher als erwartet. Die hierfür bereitgestellten Gelder des Bundes sind 2014 ausgeschöpft. Wir brauchen dringend die Zusage des Bundes, dass wir diesen Pakt, der „Hochschulpakt 2020“ heißt, auch bis 2020 finanziert bekom-

men. Sowohl die Bachelorstudienplätze als auch die möglichen Masterangebote hängen an dieser Verlängerung des Pakts. Wir fordern das in aller Dringlichkeit gegenüber dem Bund ein. Im Moment sind die Türen noch zu. Wir werden im Moment noch hingehalten mit der Aussage: „Bis 2013 ist noch Geld da. Schauen wir einmal, wie lange es reicht.“ Zudem ist demnächst Bundestagswahl.

Wir brauchen, damit die Hochschulen Planungssicherheit haben und die Studierenden nicht in Unsicherheit gelassen werden, dringend die Bereitschaft des Bundes, mit uns über diese Zahlungsmodalitäten bis 2020 zu reden. Dann können wir darauf aufbauend sowohl Bachelor- als auch Masterangebote machen. Denn man kann Pro-Kopf-Größen verabreden, die durchaus eine Marge für den Master beinhalten.

Die anderen Bundesländer diskutieren dieselben Fragen wie wir. Sie sind zum Teil in ihrer Entwicklung nicht ganz so weit – Baden-Württemberg ist ein wenig schneller –, aber das Interesse, sehr genau zu beobachten, wie weit die vorhandenen Bachelorangebote laufen und wann Handlungsbedarf ist, haben die anderen Bundesländer auch. Wir haben inzwischen in der Kultusministerkonferenz ein Verfahren aufgesetzt, mit dem sehr eng beobachtet wird, wie sich die Nachfrage und das Angebot im Masterbereich entwickeln, sodass dann schnell die nötigen Ausbauschritte gegangen werden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber nicht finanziell!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Frau Ministerin, eine kurze Nachfrage: Das Thema „Ausstattung der HAWs“ kam zur Sprache. Wir wissen, dass dadurch, dass der Bachelor der Hauptabschluss an den HAWs ist, diese Hochschulen in den letzten Jahren natürlich einen überproportionalen Ausbau erfahren und einen großen Teil der Überlast aufgenommen haben. Wir wissen, dass die HAWs von der Kompensation des Wegfalls der Studiengebühren besonders profitiert haben. Wir wissen, dass wir im letzten Haushalt besonders viel Geld für die Forschung der HAWs bereitgestellt haben. Das heißt, die HAWs haben in der letzten Zeit eine große Aufwertung erfahren.

Wie schätzen Sie die Gesamtrolle der HAWs in der Hochschullandschaft in Baden-Württemberg ein? Denn sie spielen in der Region eine besondere Rolle. Vielleicht können Sie dazu ein paar Ausführungen machen, weil die HAWs an dieser Stelle schon eine besondere Position im Bildungsangebot haben.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Vielen Dank für die Nachfrage. Ich glaube, es ist richtig, auf die Bedeutung der HAWs hinzuweisen. Es ist nach wie vor nicht so, dass die finanzielle Ausstattung in vollem Umfang damit korrespondiert, welche Ausbaupflichtungen die HAWs übernommen haben. Es herrscht nach wie vor Nachbesserungsbedarf, und wir arbeiten daran.

Sie haben darauf verwiesen, dass wir im letzten Jahr in einem ersten Schritt mehr Geld in den Ausbau der Forschungsmöglichkeiten gesteckt haben. Die HAWs sind durch ihre Veran-

(Ministerin Theresia Bauer)

kerung in der Fläche, durch ihre Nähe zu kleinen und mittleren Unternehmen, durch ihre besondere Anwendungsbezogenheit wirklich wichtige Säulen unserer Hochschullandschaft, und sie können Studierende forschungsnah und sehr praxisbezogen ausbilden. Deswegen müssen wir diese Stätten, sozusagen die Problemlöser der Zukunft, weiterhin stärken.

Ich möchte auf einen Bereich verweisen, der nach wie vor dringend der Korrektur bedarf. Wir arbeiten auch daran. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben zu wenig Personal im Bereich der Forschungsausstattung und der Mittelbaustellen und insbesondere zu wenig Infrastrukturpersonal, um die Aufwüchse der vergangenen Jahre organisatorisch und verwaltungstechnisch vernünftig bewältigen zu können.

Wir arbeiten mit Nachdruck daran, die vielen befristeten Arbeitsverhältnisse und Konstrukte, die es in den Hochschulen, insbesondere in den HAWs, gibt, durch geregelte, ordentliche, auch unbefristete Arbeitsverhältnisse abzulösen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die Regierungsbefragung ist damit beendet. – Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt können Sie durchatmen, Frau Ministerin!)

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Debatte – Der zunehmende Fachkräftebedarf als Wachstumshemmnis und politische Aufgabe – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtdauer von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich noch einmal auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung hinweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Storz.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegt erst kurze Zeit zurück, dass zwei Bundesminister und der Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit im Bund den Startschuss für eine Kampagne zur Fachkräftesicherung gegeben haben. Diese Kampagne besteht aus zwei Internetseiten und richtet sich an alle: an potenzielle Fachkräfte, an Unternehmen, an die breite Öffentlichkeit.

Damit hat das Thema Fachkräfte die Bundesregierung erreicht. Das ist gut, aber es ist auch reichlich spät. Man kann sich fragen: Warum hat das so lange gedauert? Die Statistiker haben uns doch schon lange in übersichtlichen Kurven die Datenlage präsentiert. Sie haben schon lange deutlich gemacht, wann die heute aktiven Jahrgänge aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Sie haben auch deutlich gemacht, dass weniger junge Menschen nachrücken.

Aber die Wahrnehmung der Politik war von der Zukunftsprognose geprägt, dass die Arbeit irgendwann wahrscheinlich ausgehen wird. Dies war vermischt mit der Aussage: Vollbeschäftigung können wir ohnehin nicht erreichen, und deshalb brauchen wir uns auch keine Mühe zu geben, um diese zu erreichen.

Gekommen, meine Damen und Herren, ist es ganz anders. Unserer Gesellschaft geht nicht die Arbeit, sondern gehen die Arbeitskräfte aus. Die fatalen Wirkungen wurden schon oft beschrieben. Unternehmen könnten mehr produzieren und mehr verkaufen. Die fehlenden Arbeitskräfte begrenzen das Wachstum.

Auf der anderen Seite sehen wir, dass zusätzliche und von der Gesellschaft gefragte soziale Dienste wie mehr Kinderbetreuung oder mehr Pflege nicht geleistet werden konnten, weil die Fachkräfte fehlen.

Wir erleben dabei absurde Situationen. Absurd ist, was ich bei mir vor Ort dazu erlebt habe, wie in Bereichen des Handwerks um Arbeitnehmer, um Fachkräfte geworben wird. So hat mir ein Elektrohandwerker erzählt, dass der Chef eines anderen Unternehmens auf seine Baustelle gekommen ist und den Arbeitern gesagt hat: „Wer zu mir in den Betrieb kommt, erhält sofort 1 € mehr Stundenlohn auf die Hand.“ Man merkt, der Mangel und das Ringen um Arbeitskräfte haben begonnen.

Absurd ist auch, wie Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen versucht, dem Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen und Erziehern zu begegnen. Denn sie sieht gerade 14 000 Arbeitnehmerinnen von Schlecker auf der Straße und denkt, ihnen könnte man doch ein paar Kurse anbieten und somit den Mangel bei der Kinderbetreuung beheben. Aber genau so geht es eben nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Dieser Vorschlag ist nicht nur zynisch gegenüber den ehemaligen Mitarbeiterinnen von Schlecker, deren Wünsche, Fähigkeiten und Qualifikationen einfach ignoriert werden, sondern diese Idee ist auch ein Schlag ins Gesicht jeder Erzieherin und jedes Erziehers. Denn deutlicher kann man nicht ausdrücken: „Eure Fähigkeiten, eure Ausbildung und eure Arbeit sind nichts wert und werden von mir relativ wenig geschätzt“ – so nach dem Motto: Es braucht nur ein paar Schnellkurse, und dann kann man das für einen Erzieher Notwendige erlernen.

Vor allem war das, was hier abgelaufen ist, aber ein Bären-dienst für die Werbung für den künftigen Mangelberuf des Erziehers, und viele werden sich überlegen, ob sie in diesen Beruf einsteigen wollen, wenn er so eine Wertschätzung in unserer Gesellschaft hat.

Tatsache ist: Aktuell fehlen in Baden-Württemberg 200 000 Fachkräfte – etwa 3,5 % aller Arbeitnehmer –, und in wenigen Jahren werden es 350 000 sein. Dann könnte jeder zehnte qualifizierte Arbeitsplatz nicht mehr besetzt werden. Nicht nur in technischen Berufen, z. B. bei den Ingenieuren, fehlt es, auch im sozialen Bereich, in der Pflege, in der frühkindlichen Bildung – das habe ich schon deutlich gemacht – zeichnen sich große Lücken ab. Wenn wir ins Hotel- oder Gaststättengewerbe blicken – ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land –, sehen wir, dass dort schon seit Langem nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden können.

(Hans-Peter Storz)

Wer diese Situation beheben oder vermeiden will, muss heute handeln. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die mit ihrer Kampagne in der Öffentlichkeit erst ein Problembewusstsein schaffen will, macht unsere Landesregierung genau dies: Sie handelt und hat schon einiges auf den Weg gebracht. Dabei ist sich die Regierung bewusst: Kein Akteur kann für sich allein wirksam etwas gegen Fachkräftemangel tun. Wir brauchen ein abgestimmtes und koordiniertes Handeln. Arbeitgeber und Gewerkschaften sind wichtig; Bund, Länder und Kommunen, die Agentur für Arbeit, die Kammern – alle müssen zusammenarbeiten.

Mit der Allianz für Fachkräfte haben wir ein geeignetes Forum dafür ins Leben gerufen. Das Arbeitsprogramm der Allianz ist ambitioniert. Es handelt sich nicht um einen Debattierclub, sondern die regionalen Allianzen greifen die Themen auf und suchen nach Lösungen, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts vor Ort und der lokalen Wirtschaft entsprechen.

Auch in meinem Landkreis, dem Landkreis Konstanz, ist kürzlich solch eine Allianz für Fachkräfte ins Leben gerufen worden. Das ist ein wichtiger Schritt für die regionale Wirtschaft, denn gerade bei uns im Süden hat sich durch die Nähe zur Schweiz, wohin viele Fachkräfte abwandern, weil sie dort besser bezahlt werden, der Bedarf noch einmal potenziert. Auch in anderen Regionen haben sich schon solche Allianzen für Fachkräfte gebildet.

Das zeigt: Die Initiative des Landes fällt auf fruchtbaren Boden und wird gern aufgegriffen. Auch der Bund könnte sich daran ein Beispiel nehmen. Baden-Württemberg kann eben nicht nur Maschinen, sondern auch Ideen wie die Fachkräfteallianz exportieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wo wollen wir nun weitere Schwerpunkte setzen? Ich möchte ein paar Beispiele nennen, wo wir Fachkräftepotenziale nicht oder nur unzureichend nutzen. Richten wir unseren Blick zuerst auf die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch bei guter Qualifikation haben ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer meist schlechte Karten auf dem Arbeitsmarkt. Schon bald können es sich die Unternehmen aber nicht mehr leisten, auf diese Mitarbeiter zu verzichten. Regelmäßige Weiterbildung ist da eine Chance für alle Beteiligten; sie ist eine Zukunftsinvestition für die Unternehmen und die einzelnen Arbeitnehmer. Bislang wird dieses Instrument viel zu wenig genutzt. Hier setzt die Weiterbildungsinitiative des Landes „Lernen bedeutet Leben“ oder das „Bündnis für lebenslanges Lernen“ des Landes ein.

Auch die Kleinkindbetreuung ist ein wichtiger Beitrag. Wir geben den Kommunen viel Geld in die Hand, um den Ausbau der Kinderbetreuung voranzubringen. Wir diskutieren dies hauptsächlich unter dem Aspekt der Bildung und der Chancengleichheit. Dies ist auch wichtig, weil wir es uns nicht leisten können, dass ein Mensch ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung ins Leben startet. Kinderbetreuung sichert aber auch, dass Familie und Beruf vereinbar bleiben oder vereinbar werden, und ist somit eine wichtige Stütze für die Politik für Fachkräfte.

Wer will, dass vor allem qualifizierte Frauen schnell wieder in den Beruf einsteigen, und wer dazu beitragen will, dass der

Kontakt zum Beruf während der Familienphase nicht abreißt, muss weiter in Kinderbetreuung investieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dabei zeigen wir vom Land den Unternehmen auch auf, wie sie den Weg in eine familienfreundliche Personalpolitik beschreiten und so ihren Beitrag für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familiären Verpflichtungen leisten können, sei es in der Kinderbetreuung oder – was immer mehr zunimmt – in der Pflege von Angehörigen. Dazu gehören die beiden Programme „FamilyNET“ oder „kmu4family“, die sich an Unternehmen richten und zur Einführung familienfreundlicher Maßnahmen in den Unternehmen motivieren.

Eines der größten ungenutzten Potenziale bei den Fachkräften liegt bei den Menschen mit Migrationshintergrund. Wir haben bei uns in Baden-Württemberg einen Anteil von 25 % von Menschen mit Migrationshintergrund, und die Statistik zeigt, dass sie im Durchschnitt niedrigere Bildungsabschlüsse und seltener eine Berufsausbildung haben. Junge Menschen mit Migrationshintergrund finden nur schwer den Weg an die Hochschulen. An der Intelligenz kann es nicht liegen, sondern eben an dieser Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Bildung, die bei uns im Land regiert.

Auch an diesem Punkt setzen zahlreiche Initiativen an, z. B. die Werbung für berufliche Ausbildung, die sich an junge Menschen richtet. Ferner haben aber auch viele Menschen im Ausland Berufsabschlüsse erworben, die in Deutschland nicht oder nur schwer anerkannt werden. Das Integrationsministerium arbeitet daran, dass diese leichter anerkannt werden können. Dies wurde jahrelang versäumt. Gut, dass wir das nachholen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, Fachkräfte gewinnt man nicht einfach mit Internetseiten, sondern durch eine langfristig angelegte Politik. Gemeinsam mit den Partnern der Allianz für Fachkräfte schafft die von den Grünen und der SPD getragene Landesregierung heute die Grundlage dafür, dass der Fachkräftebedarf und der drohende Fachkräftemangel in Baden-Württemberg morgen nicht zum Problem werden. Wir sorgen dafür, dass unserem Land nicht die Arbeit und der Arbeit nicht die Fachkräfte ausgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit viel „Pomp and Circumstances“ haben Sie diese Allianz für Fachkräfte ins Leben gerufen. Ich frage mich: Ist das jetzt der Stein der Weisen, oder ist das alter Wein in neuen Schläuchen? Viel spricht für Letzteres; denn in diesem Zehnpunkteprogramm, das Sie vorgestellt haben, sehe ich eigentlich nur eine Umetikettierung dessen, was die alte Landesregierung mit der Fachkräfteinitiative bereits ins Leben gerufen hat. Elemente wie die Wiedereingliederung von Frauen, die Beschäftigung von Migrantinnen und älteren Men-

(Dr. Reinhard Löffler)

schen in Betrieben, Qualifikation und Weiterbildung, MINT-Programme für junge Frauen – all das ist nichts wesentlich Neues, und flankiert wurde es von uns mit Coaching-Programmen für den Mittelstand, die tatsächlich die Ertüchtigung der Unternehmen vorangetrieben haben.

Wir haben es nicht beim Coaching bewenden lassen, sondern es gibt tatsächlich auch ESF-Förderprogramme, die die Umsetzung dieses Coachings ermöglicht haben. Das galt für alle mittelständischen Unternehmen; das galt auch für Existenzgründer.

Was mir bei Ihrem Programm aber auffällt, ist diese diffuse Kleinteiligkeit, die Sie hier an den Tag legen. Es ist nicht so, dass hier das Rad völlig neu erfunden würde, sondern Sie verästeln sich in Kleinigkeiten. Sie bringen viele Miniinitiativen, viele „Programme“, aber ich vermisse so etwas wie eine klare Strategie, die ordnende Hand und ein ordentliches Konzept dafür.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Nur ein paar Beispiele aus Ihrem Programm: Nehmen Sie die bürokratische Belastung. Künftig sollen mittelständische Unternehmen altersgerechte Arbeitsplätze schaffen. Was heißt denn das? Muss ich mir als Unternehmer irgendwelche geriatrischen Accessoires beschaffen, und, wenn ja, welche?

Was mir auch auffällt und was ich gar nicht nachvollziehen kann, ist: Künftig sollen im privaten Bereich und im ehrenamtlichen Bereich erworbene Kenntnisse bei der Berufsausbildung berücksichtigt werden. Was sind das für Standards? Heißt das, wenn ich ein Freischwimmerzeugnis habe, werde ich automatisch auch Bademeister?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Nein, unsere Industrie ist deshalb erfolgreich, weil wir klare Standards bei der Berufsausbildung haben. Wir sind nur deshalb die beste und die erfolgreichste Region in Europa, weil wir klare Regelungen haben, wie wir unsere Berufsausbildung aufstellen. Ein Aufweichen dieser Regelungen halte ich für äußerst kritisch.

Wenn man sich tatsächlich dem Problem des Fachkräftemangels widmen will und auch kurzfristig Erfolge erzielen will, darf man nicht an Symptomen herumkurieren, sondern muss an die eigentlichen Ursachen gehen. Die eigentlichen Ursachen liegen doch in unserem überbordenden, überregulierten Arbeitsrecht. Da gibt es gewerkschaftliche Ikonen, die Sie wie den Gesslerhut grüßen.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Nehmen Sie die Tarifverträge. Die sind so starr, so unflexibel. In Zeiten von konjunktureller Baisse können Sie keine Lohnminderung durchsetzen, aber im konjunkturellen Hoch geht keine Lohnerhöhung. Da können Sie auch keine Zuschläge geben.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Wie wollen Sie da eingreifen?)

– Man muss doch tatsächlich darüber nachdenken, wie man das ändert. Da beschreibe ich Ihnen einfach das Problem, Frau

Kollegin. So muss man bei der Gewinnung von jungen Menschen, die gut, die erfolgreich sind, heute andere Gehälter zahlen. Das passt aber nicht in das System, weil die Betriebsräte bei der Einstufung mitbestimmen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Gott sei Dank!)

Sie haben es gesagt, Herr Kollege: Ältere Menschen finden schwerer einen Arbeitsplatz. Das liegt nicht daran, dass sie schlechter sind. Im Gegenteil, sie haben tolle Erfahrungen. Aber sie haben ein Problem: das Kündigungsschutzgesetz. Das ist wie ein Mühlstein. Warum können wir nicht regeln, dass wir künftig statt des Kündigungsschutzes eine Abfindungsvereinbarung treffen? Dann kann künftig statt des Kündigungsschutzes bei einer Kündigung die Abfindung gelten. Das macht es allen Unternehmen wesentlich leichter. Sie wissen klar, was passiert, wenn der Arbeitsvertrag aufgelöst wird.

Man muss auch darüber nachdenken, ob man befristete Arbeitsverhältnisse nicht auch bei älteren Menschen deutlich erleichtert.

Ältere Menschen müssen hier mit 65 oder 67 aus ihrem Arbeitsleben ausscheiden. Warum eigentlich? Warum können sie nicht so lange arbeiten, solange sie sich fit fühlen? Stattdessen werden sie hier mit 65 oder mit 67 in eine Beratertätigkeit gedrängt und werden scheinselfständig. Das bringt doch auch nichts. Darüber muss man eigentlich kurzfristig nachdenken. Denn diese starren Regelungen, die wir haben, sind nicht unbedingt ein Naturgesetz.

Wir haben in unseren Betrieben viel zu viele freigestellte Betriebsräte. Die sind doch auch hoch qualifiziert. Warum brauchen wir eigentlich diese hohe Zahl? Warum brauchen wir so viele freigestellte Betriebsräte? Das sind doch Fachkräfte, die eigentlich brachliegen.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Die machen ihre Arbeit!)

– Aber sie üben keine produktive Tätigkeit aus.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

Wenn Sie nur diese Maßnahmen umsetzen würden – das kann man ja kurzfristig machen –, dann hätten Sie schon einen schnellen, nachhaltigen Erfolg.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, das passt nicht. Das passt natürlich nicht in Ihre ideologische Welt, weil Sie nicht bereit sind, gewerkschaftliche Ikonen zu schleifen, und weil Sie nach wie vor alle Gesslerhüte grüßen. Das ist für mich einfach das Hauptproblem.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Sie wollen die jetzt schleifen? – Unruhe)

Sehen Sie: Sie setzen hier große Hoffnungen auf die Zuwanderung, vielleicht nicht ganz zu Unrecht. Aber bei uns verlassen viel mehr gut ausgebildete, hervorragend ausgebildete junge Menschen unsere Hochschulen und gehen ins Ausland, als tatsächlich junge Menschen, die Hochschulamina haben, aus dem Ausland zu uns kommen. Warum ist das so? Ärzte

(Dr. Reinhard Löffler)

gehen in die Schweiz, nach Skandinavien, sie gehen in die USA. Warum? Weil sie dort besser bezahlt werden, weil sie dort bessere Arbeitsbedingungen haben. Warum ändern wir das nicht bei uns?

Wir haben junge Ingenieure, junge Informatiker; die gehen nach Kanada und gehen in die USA. Warum? Weil sie dort besser bezahlt werden, weil es dort leichter ist, ein Unternehmen zu gründen, weil sie leichter an Venture-Capital kommen, weil sie einfach andere Voraussetzungen haben, die zu schaffen wir offenbar nicht bereit sind.

Ich habe auch Verständnis dafür, dass man auch unterhalb des Hochschulniveaus etwas tut, und bin einfach einmal gespannt darauf, wie das Integrationsministerium das Problem der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen – die nicht unbedingt Hochschulabschlüsse sein müssen – in den Griff bekommen will. Bei Hochschulabschlüssen haben wir diese Anerkennung bereits gesetzlich neu strukturiert; die Vorrangregelung fällt weg. Wir haben eine Regelung bei der Qualifikation. Jungen Menschen, die aus einem Nicht-EU-Land kommen, muss noch immer ein Anfangsgehalt von mindestens 44 000 € bezahlt werden; das ist eine ganze Menge, das passt bei unseren Unternehmen in kein Schema hinein.

Wenn künftig das Integrationsministerium Ausbildungen von nicht akademischen Berufsfeldern kontrollieren will, macht mir das eigentlich fast Sorge. Ich weiß gar nicht, welche Standards Sie anlegen, ich weiß nicht, nach welchen Kriterien Sie das machen, und ich weiß auch nicht, mit welchen Menschen Sie das machen wollen. Das ist mutig, das ist herausfordernd. Ich will es einmal gar nicht negativ kommentieren. Ich bin nur gespannt darauf, Frau Öney, wie Sie das umsetzen. Ich wünsche Ihnen aber viel Erfolg dabei, weil ich glaube, dass wir das auch brauchen.

Wichtig wäre mir, dass wir nicht irgendwelche Kriterien suchen, die nach Gutsherrenart eine Vergleichbarkeit schaffen, sondern dass wir auch bereit sind, die duale Ausbildung, die Erfolgsgeschichte des deutschen Mittelstands, ins Ausland zu transportieren. Gerade im Rahmen der Donaoraumstrategie, im Rahmen der „Vier Motoren“ können wir doch zusammen mit den Unternehmen unserer Automobilindustrie, unserer Werkzeugindustrie, unseres Anlagenbaus im Donaoraum und im Raum der „Vier Motoren“ tatsächlich die duale Ausbildung schaffen. Das hätte zwei Vorteile: Deutsche Unternehmen hätten einen Brückenkopf. Sie könnten nach unseren Qualifikationen ausbilden. Zudem könnten die Menschen leichter nach Deutschland wechseln oder in ihrem eigenen Land bleiben.

(Beifall des Abg. Wolfgang Reuther CDU)

Warum auch nicht einmal eine internationale Duale Hochschule gründen? Warum sollten wir unser Erfolgsprojekt nicht tatsächlich ins Ausland transportieren? Die EU gibt doch dafür Zuschüsse. Haben Sie doch einfach einmal den Mut dazu.

Wenn Sie davon sprechen, dass allein schon die Beratung eine Willkommenskultur sei: Das ist doch weniger als ein Blumenstrauß. Eine Willkommenskultur ist für mich, wenn wir es schaffen, für Zuwanderer einen einheitlichen Ansprechpartner zu etablieren, der von der Visumsfrage über die Aufenthaltsfrage bis zu Arbeit, Schule, Führerschein, Wohnung al-

les regelt, alles aus einer Hand. Bisher ist es doch so, dass der Ausländer, der zu uns kommt, einen Behördenmarathon durchläuft, dann ein „Wanninger-Syndrom“ bekommt und am Ende frustriert wieder nach Hause geht. Dieser einheitliche Ansprechpartner – Kollege Prewo und ich haben das im Bereich Niederlassungen gemacht – ist eine Erfolgsgeschichte. Das kann man doch auch bei Zuwanderungen machen. Wir würden unglaublich viel Belastung von den Menschen nehmen, und wir hätten auch kurzfristigere und schnellere Erfolge.

Wichtig für die Gewinnung von Arbeitskräften ist der Bürokratieabbau. Was diese Regierung unserem Mittelstand an Bürokratie zumutet, jetzt etwa durch dieses neue Tariftruegegesetz: Da wird der verfettete Amtsschimmel noch mit Lebertran gefüttert, damit er ja eine Fettleber bekommt.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Steuererhöhungsfantasien und die Vermögensteuererhöhungsfantasien, die Sie verbreiten, Herr Minister, sind eigentlich unerträglich.

(Zuruf des Abg. Hans-Peter Storz SPD)

– Nein, nein, die Vermögensteuer. Sie wirkt sich auch auf das Betriebsvermögen aus, auch wenn der Minister sagt: „Die Betriebe spare ich aus.“ Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geht das gar nicht; das weiß er.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ach, ach, ach!)

– Das weiß er; davon gehe ich einmal aus. – Solche Steuererhöhungsfantasien wirken sich negativ für unsere Unternehmen aus.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Dr. Kollege Löffler, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Jetzt bin ich gerade in Fahrt, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das mag sein, aber Sie sind zu spät in Fahrt gekommen. Das hätte vielleicht drei Minuten früher geschehen müssen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sie verlangen von Unternehmen, dass sie nach Best Practice arbeiten. Sie haben landeseigene Unternehmen. Machen Sie doch die landeseigenen Unternehmen zu Best-Practice-Unternehmen. Zeigen Sie doch da, wie es geht. Dort können Sie Musterunternehmen gründen mit Modellen, die andere Firmen dann einfach übernehmen können, aber überlassen Sie die Best Practice doch nicht anderen.

Ihr Vorschlag einer Fachkräfteallianz ist so, wie wenn der Bürgermeister von Schiltach erklärt, was draußen die Welt zusammenhält. Das ist einfach ein bisschen wenig.

(Dr. Reinhard Löffler)

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nichts gegen Schiltach! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

– Nichts gegen Schiltach, nein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass der Fachkräftemangel in den wirtschaftspolitischen Debatten immer mehr Raum einnimmt, merken wir alle, wenn wir uns mit Wirtschaftsverbänden treffen und vor Ort Unternehmen besuchen. Ihnen wird es sicherlich nicht anders gehen. Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch Belegschaftsvertreter fordern die Politik auf, etwas gegen den Fachkräftemangel zu unternehmen.

Der zunehmende Fachkräftebedarf ist sehr vielfältig. Wir kennen die Zahlen bezüglich der Ingenieure, die natürlich sehr oft in den Medien auftauchen. Laut Ingenieurmonitor des VDI fehlen derzeit allein in Baden-Württemberg 23 000 Ingenieure.

Problematisch ist aber auch der Mangel an gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern; er erschwert aktuell den Ausbau der Kinderbetreuung. Kollege Storz hat darauf hingewiesen, was das, beispielsweise für Südbaden, bedeutet. Unsere Grenzregionen haben das schon erlebt.

Wenn Fachkräfte knapp sind, heißt das auch, dass sich der Wettbewerb um Fachkräfte intensiviert. Eigentlich handelt es sich also auch um einen Wettbewerb um gute Arbeit. So schlecht ist das gar nicht. Dann muss man als Arbeitgeber richtig etwas tun. Die Kommunen in Südbaden können wir fragen, was sie alles tun müssen, damit sie bei den öffentlichen Dienstleistungen überhaupt noch arbeitsfähig sind.

Nun hat Kollege Löffler ein Kaleidoskop an finanz- und wirtschaftspolitischen Themen angesprochen, die zum Teil mit dem Thema Fachkräfte zu tun haben. Ich fand einige Ihrer Vorschläge wie den zur Internationalisierung der dualen Ausbildung durchaus interessant.

Aber, lieber Kollege Löffler, Sie suchten erstaunlicherweise Ihr Heil allzu oft beim Bundesgesetzgeber. Der Kündigungsschutz wird von uns in keiner Weise beeinflusst. Dabei teilen wir Ihre Auffassung in der Sache nicht. Es nützt uns hier aber auch nichts bei der Frage, was wir vonseiten der Landespolitik für unsere Unternehmen und unsere Belegschaften hinsichtlich des Fachkräftebedarfs tun können.

Ganz erstaunlich finde ich, dass Sie auch noch einen Generalangriff auf das Betriebsverfassungsgesetz gestartet haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie führen den Fachkräftemangel auf zu viele freigestellte Betriebsräte zurück. Darauf muss man erst einmal kommen. Lieber Kollege Löffler, das ist originell, geht aber fehl.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wer nach der vergangenen Wirtschaftskrise nicht gelernt hat, dass gute Betriebsräte, die sich in ihrem Laden richtig auskennen und die konstruktive Vorschläge machen, wie man mit verlängerter Kurzarbeit und mit Maßnahmen zur Qualifizierung während der Kurzarbeit, die dem Betrieb konkret nutzen, durch die Krise kommt, mit dazu beigetragen haben, dass wir jetzt wieder so gut dastehen, der hat nicht gelernt, wie Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg funktioniert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Ursachen des Fachkräftemangels sind uns bekannt. Demografischer Wandel bedeutet, dass viele gerade im beruflichen Bereich Qualifizierte aus den Belegschaften herauswachsen und in Rente gehen. Das hätte man längst wissen können. Hinzu kommt der technologische Wandel, der große Anforderungen stellt. Es gibt aber auch einen Bedarf an neuen Dienstleistungen. Die Erzieherinnen und Erzieher spielen hierbei eine ganz besondere Rolle.

Das Fachkräftemonitoring des baden-württembergischen Industrie- und Handelskammertags prognostiziert den Wendepunkt beim Fachkräftebedarf für das nächste Jahr. Laut seiner Schätzung wird sich das höchste Fachkräfteangebot in Baden-Württemberg im nächsten Jahr einstellen. Bis zum Jahr 2025 wird das Fachkräfteangebot allein aufgrund der demografischen Entwicklung um 10 % sinken. Vielleicht wird das Angebot auch noch weiter sinken.

Herr Kollege Löffler, das heißt auch, dass die Belegschaften altern. Zahlreiche wissenschaftliche Studien, die es dazu schon seit über 15 Jahren gibt, zeigen, dass es nicht um altersgerechte Arbeitsplätze, sondern um alternsgerechte Arbeitsplätze geht. Es geht darum, qualifizierte Menschen im Job zu halten, damit sie ihre Arbeit noch machen können. Viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben eben mehr Erfahrung, können die Aufgaben aber möglicherweise nicht in der gleichen Geschwindigkeit erfüllen wie jüngere. Sie arbeiten aber in guter Qualität. Hierüber liegen viele Erkenntnisse aus einzelnen Betrieben vor.

Dies führt zu der Frage, wie Arbeitsplätze umgestaltet werden können und welche anderen Tätigkeiten älteren Menschen zugeordnet werden können, damit sie auf einem alternsgerechten Arbeitsplatz ihr Fachwissen weiter in ihren Betrieb und damit in unsere Wirtschaftsleistung einbringen können. Es ist sehr gut, dass dies in der Fachkräfteallianz aufgeführt ist, und so werden wir es angehen.

Fachkräfte sind ohne Zweifel für uns hier in Baden-Württemberg auf Dauer ein Innovationsfaktor, gerade im hoch qualifizierten Bereich, bei Themen, die wir heute schon angesprochen haben: Wer wird am leistungsfähigen Energiespeicher der Zukunft forschen? Wer entwickelt z. B. widerstandsfähige Oberflächen? Wo finden wir die Menschen, die unsere Kinder, unsere Enkel und viele andere betreuen?

Wir alle hier im Haus wissen, dass die guten Antworten auf diese Fragen für Baden-Württemberg als Hochtechnologie-land entscheidend sind: Ohne Fachkräfte gibt es keine Innovation auf Spitzenniveau, keine Weltmarktführerschaft und all die Dinge, die uns lieb und teuer sind und die uns hier auch unsere Steuereinnahmen sichern.

(Andrea Lindlohr)

Wir müssen uns gemeinsam mit den Sozialpartnern strategisch in der Frage aufstellen, wie wir die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs noch qualifizierter und besser bilden. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine positive und eine gute Aufgabe für uns. Es ist gut, dass sich die Landespolitik und die grün-rote Koalition – wie durchaus schon ihre Vorgänger – diesem Thema widmen.

Ich bin also den SPD-Kollegen dankbar, dass im Titel der Aktuellen Debatte nicht „Fachkräftemangel“ steht, sondern dass es um den zunehmenden Fachkräftebedarf geht. Das zeigt, dass nicht alles nur Mangelverwaltung und negativ ist, sondern dass mehr Qualifizierung und mehr Bildung eine gute Aufgabe sind. Deswegen, liebe SPD-Kollegen, vielen Dank für den Titel dieser Aktuellen Debatte. Ich nehme mir vor, das Wort „Fachkräftemangel“ bei meinen weiteren wirtschaftspolitischen Aktivitäten möglichst wenig zu verwenden

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und den zunehmenden Fachkräftebedarf und die Qualifizierung unserer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt zu rücken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir arbeiten also für mehr Fachkräfte im Land. Es ist sehr gut, dass der Finanz- und Wirtschaftsminister bereits im letzten Jahr in einem breiten Bündnis mit der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände, dem DGB, der Bundesagentur für Arbeit, der IHK, dem Städtetag und vielen anderen die Allianz für Fachkräfte gegründet hat.

Selbstverständlich könnte es so sein: Man bildet ein großes Bündnis, und am Ende wird nur gesprochen. Das kann passieren, wenn die Politik solche Bündnisse anregt. Aber wir sehen schon jetzt daran, dass das Arbeitsprogramm bereits im Juli vorgelegt wurde, dass das hier nicht der Fall ist. Vielmehr ist es eine Stärke, dass ein breites Bündnis die Maßnahmen tragen wird.

Diese Maßnahmen gehen über das, was wir bisher im Land gesehen haben, hinaus, denn es geht auch um ein Weiterdenken. Dazu kurz noch einige Beispiele: Zur Stärkung des Anteils von Frauen in MINT-Berufen – also im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – gibt es jetzt auch ein Bündnis von Ministerin Bauer und Minister Schmid. Allmählich steigt der Anteil der weiblichen Studierenden in diesen Fächern. Die Mädchen werden angesprochen, und das zeigt allmählich Wirkung. Das finde ich sehr gut.

Ich habe gestern noch etwas Neues gelernt. Gestern hat der Maschinenbaudialog des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft stattgefunden. Dort hat Herr Professor Bauernhansl gesprochen. Er ist der neue Chef des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung in Stuttgart. Er hat gesagt, im Moment betrage der Anteil von Frauen im Maschinenbau nur 8 %. Wenn man bedauere, dass sich so wenige Frauen dieser Fächer annehmen, dann müsste man sich auch als Hochschule einmal etwas Neues einfallen lassen. Seine Analyse war: Frauen wollen etwas machen, das Sinn macht.

Wenn man einen neuen Studiengang zu Dingen anbietet, die Sinn machen – ein Beispiel war ein Studium im Bereich der erneuerbaren Energien –, dann gibt es viel mehr Frauen, die in Thermodynamik ausgebildet werden, als zuvor. Daran se-

hen Sie: Weiterdenken bringt etwas, gerade beim Zukunftsthema Energiewende.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir wollen und wir sollten die Potenziale ausländischer Arbeitskräfte tatsächlich stärker nutzen. Wir haben hier im Landtag in der vergangenen Legislaturperiode öfter darüber gesprochen, wie viel Potenzial hier verloren geht. Wir sind froh, dass sich der Bund bewegt hat. Bundesministerin Schavan hat hierzu nach langen Jahren des Zögerns etwas auf den Weg gebracht: Seit dem 1. April gilt das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz. Dieses beinhaltet – Herr Kollege Löffler hat es angesprochen –, dass diejenigen, die hier sind, ein Recht darauf haben, ihre Qualifikation daraufhin überprüfen zu lassen, ob ihre Qualifikationen mit den hiesigen kodifizierten Qualifikationen gleichwertig sind.

Ich bin sehr froh, dass sich Frau Ministerin Öney – die gerade noch hier saß – diesem Thema widmet.

Sie sehen: Die Landesregierung arbeitet hier breit für dieses Thema mit dem Ziel, dass wir nun eine Anrechnung der Schul- und Ausbildungszeiten auf die Einbürgerungsfrist haben. Wir werden nach der Sommerpause sehen, dass die Landesregierung hierzu einen Gesetzentwurf vorlegt. Denn die Landesebene hat die Verantwortung für die Anerkennung von rund 260 Berufen. Wir werden unseren Beitrag leisten, um die Potenziale derer, die zu uns gekommen sind, tatsächlich besser zu nutzen.

Schließlich verbessern wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Kindern und Karriere für Frauen und für Männer. Der Pakt mit den Kommunen war ein Meilenstein. Ich bin froh, dass wir jetzt das Bundesland im Westen sind, wo der Ausbau der Kinderbetreuung für die Kommunen wohl am besten gesichert ist. Auch hier wissen wir: Das kann Fachkräftepotenziale heben und ist für gut qualifizierte Frauen ein wichtiges Moment, um sich gut im Arbeitsleben einzubringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Wir sind auf einem guten Stand. Die grün-rote Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen arbeiten am Thema Fachkräfte. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft dadurch stärken und ausbauen. Wir nehmen unsere Aufgaben wahr. Die Regierung arbeitet daran. Der Finanz- und Wirtschaftsminister wird sicherlich dazu gleich Ausführungen machen.

Unser Motto ist: Wir wollen sie alle. Wir wollen die Schülerinnen und Schüler, die schon erfolgreich sind, und die, die noch nicht so erfolgreich sind. Wir wollen die Un- und Angelernten, damit sie Fachkräfte werden. Wir wollen die Frauen. Wir wollen die Generation „55 plus“. Wir wollen die Migranten, die da sind, und die Qualifizierten aus dem Ausland, die wir anwerben können, damit wir die Wettbewerbsfähigkeit hier steigern und mehr Fachkräfte in Baden-Württemberg generieren. Grün-Rot arbeitet daran.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Grimm das Wort.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Sie fälschen Statistiken? – Zuruf von der SPD: Das macht man nicht!)

Auf der einen Seite spricht die SPD von einem zunehmenden Fachkräftemangel als Wachstumshemmnis; auf der anderen Seite werden in Deutschland bis 2025 über sechs Millionen Erwerbspersonen weniger zur Verfügung stehen. Da beißt sich doch die Katze in den Schwanz. Oder macht die SPD einen ganz speziellen Fachkräftemangel dafür verantwortlich, dass weniger Menschen in Deutschland geboren werden? Wenn Sie von der SPD schon heute wissen, wer in den nächsten zehn Monaten oder in den nächsten Jahren geboren wird, dann wissen Sie mehr als andere hier im Saal.

(Zuruf von der SPD: Nichts Neues!)

Wenn Sie wissen, wer in den nächsten Jahren nach Deutschland zuwandert oder nicht, dann wissen Sie ebenfalls mehr als die meisten unter uns. Weniger Einwohner bedeutet weniger Erwerbstätige. Wenn ich die Aussage der SPD richtig verstehe, dann will sie offenbar trotzdem mehr Wachstum. Wie verträgt sich dies mit den von der Regierung propagierten Zielen von mehr Nachhaltigkeit und Ökologie, um deren Schlagworte zu verwenden?

Wenn ich mir anschau, was die Regierung tut, dann stelle ich fest, dass die Regierung eine Menge tut, damit unsere Wirtschaft auch weiterhin Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt findet. Ich stelle fest: Die Regierung will durch verschiedene Maßnahmen die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen. Ich stelle fest, dass die Regierung die berufliche Weiterbildung durch mehrere Initiativen stärken will. Ich stelle fest, dass die Regierung etwas für die Qualifizierung von Ungelernten und Angelernten tun will. Ich stelle fest, dass sich die Regierung auch für die Anerkennung zusätzlich erworbener Kompetenzen von Arbeitnehmern einsetzt. Ich stelle fest, dass sich die Regierung darum kümmert, dass wir auch im Handwerk Fachkräfte bekommen. Ich stelle fest: Die Regierung will eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Ich stelle fest: Die Regierung möchte, dass ältere Menschen länger im Arbeitsleben bleiben können. Ich stelle fest: Die Regierung setzt auch auf den Zuzug von Fachkräften aus dem Aus- und Inland.

Das ist wirklich eine ganze Menge, was die Regierung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Baden-Württemberg tut. Dafür möchte ich die Regierung auch loben. Ich lobe die Regierung für all die genannten Maßnahmen, auch wenn diese größtenteils bereits von ihrer Vorgängerregierung, also von CDU und FDP/DVP, stammen. Nur der Name ist anders: Heute heißt es „Allianz“, früher war von einer „Initiative“ die Rede. Sonst hat sich nichts geändert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dass Sie dies übernommen haben, zeigt doch, dass Baden-Württemberg zuvor schon auf dem richtigen Weg war und

dass Sie von Grün-Rot diesen Weg nur weitergehen. Warum haben Sie dies den Wählern zuvor eigentlich nicht verraten? Dann hätten die Wähler sicher in noch größerer Zahl das „Original“ gewählt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist auch eine Erklärung! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Vielleicht gibt es noch andere Erklärungen für das Wählerverhalten? – Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Wenn von einem angeblichen Fachkräftemangel gesprochen wird, müssen wir uns zuerst darüber einig werden, von welchen Fachkräften wir sprechen. Meinen wir die Fachkräfte im produzierenden Gewerbe, meinen wir die Fachkräfte im Dienstleistungsbereich, oder meinen wir die Fachkräfte in Handwerk, Gewerbe und Industrie? Könnte es sein, dass es Bereiche gibt, die überversorgt sind – zulasten anderer Bereiche? Woher kommt beispielsweise der Boom bei den Sozialarbeitern? Braucht wirklich noch die kleinste Dorfschule, wenn sie etwas auf sich hält, einen Sozialarbeiter?

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, sich für Senioren im Arbeitsmarkt starkmachen, wie wollen Sie dies den älteren Menschen hier plausibel machen, wenn in unserem westlichen Nachbarland eine sozialistische Regierung vor Kurzem erst wieder die Rente mit 60 eingeführt hat?

Wenn Sie ausländische Zuwanderer wollen, warum setzen Sie dabei nicht auf Qualifikation statt auf das Jahreseinkommen in Euro? Es kommt nicht auf das Gehalt an, sondern auf die Qualifikation.

Das Thema Fachkräftemangel ist ein alter Hut, den sich die SPD hier aufgesetzt hat. Denn Fachkräftemangel hat es in kleinerem oder größerem Umfang schon immer gegeben. Wirtschaft ist auch gewissen Zyklen unterworfen, und ich denke, Angebot und Nachfrage sind nicht immer im Gleichgewicht zu halten. Aber Gott sei Dank sind wir in Baden-Württemberg hierzu aufgrund unserer guten und soliden Wirtschaftslage fähig.

Den echten Fachkräftemangel, meine Damen und Herren, werden wir aber erst noch bekommen. Wir werden diesen Mangel bekommen, wenn die Kinder den von der grün-roten Landesregierung eingeführten Schulsystemen entronnen sind und eine Aus- und Weiterbildung beginnen wollen. Dann wird diesen Jugendlichen nämlich das fehlen, wofür Baden-Württemberg bislang bekannt ist: eine Spitzen-Schulbildung, die die Grundlage für jede gute Fachkraft ist.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Schwacher Beifall, oder? – Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden in der heutigen Aktuellen Debatte über eine zentrale wirtschaftliche Frage für die nächsten Jahre: Wie gelingt es,

(Minister Dr. Nils Schmid)

den Fachkräftebedarf unserer Betriebe zu decken? Das ist keine kleine Herausforderung.

Ich verlasse mich jetzt nicht auf Statistiken, die ich selbst gefälscht habe, sondern ich verlasse mich auf den Fachkräftemonitor der IHK, der die ganze Dramatik aufzeigt: Schon heute fehlen rund 100 000 Techniker in der Industrie, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Es fehlen 20 000 Ingenieure und 4 000 Informatiker. Hinzu kommt, dass 20 000 Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich fehlen.

Aufgrund der demografischen Trends zeichnet sich eines schon jetzt ab: Dieser Mangel wird sich in den kommenden Jahrzehnten massiv verschärfen. Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl erwerbsfähiger Personen um 870 000 zurückgehen.

Ich bedanke mich daher ganz ausdrücklich bei der SPD-Fraktion, dass dieses Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Denn hier entscheidet sich: Bleiben wir wirtschaftlich stark, oder fallen wir zurück? Überwinden wir die Spaltung im Arbeitsmarkt? Bleibt der Mittelstand Rückgrat unserer Wirtschaft?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Fragen stellen sich für ganz Deutschland. Von der Bundesregierung kommt jedoch nur heiße Luft. Eine wachsweiße Erklärung im Juni 2011 und kürzlich zwei Internetplattformen – das war es.

Wir im Land haben die Probleme angepackt, und natürlich haben wir auf Vorbereitungen der Vorgängerregierung aufgebaut. Aber das Entscheidende ist, dass wir erstmals in Baden-Württemberg alle verantwortlichen Akteure zusammengeführt haben, um gemeinsam ein Ziel zu erreichen. Wir haben konkrete Maßnahmen vereinbart, und der große Unterschied, lieber Herr Löffler, ist: Wir machen Wirtschaftspolitik nicht gegen die Gewerkschaften.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Denn diesen Frontalangriff auf Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft, den Sie bei der Frage gebracht haben, wie die Tarifverträge zu verändern seien, und vor allem die Unterstellung, frei gewählte Betriebsräte seien unproduktiv, will ich für die Landesregierung entschieden zurückweisen. Wir wissen ganz genau, dass es auch den engagierten Betriebsrätinnen und Betriebsräten zu verdanken ist, dass wir in Baden-Württemberg, in Deutschland eine lange Phase sozialen Friedens haben. Es ist gerade dem guten Zusammenwirken der Sozialpartner, der Verbände in den einzelnen Betrieben zu verdanken, dass wir diese schwere Wirtschaftskrise mit Unterstützung der Politik – ich erinnere an die Kurzarbeit – bewältigt haben.

Deshalb sage ich ganz deutlich: Gerade, damit Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort und für Fachkräfte attraktiv bleibt, brauchen wir weiterhin starke Betriebsräte, starke Gewerkschaften, selbstbewusste Unternehmensführungen, die in der Tarifautonomie die Fragen aushandeln und klären, die in ihr Ressort fallen. Wir brauchen auch selbstbewusste Belegschaften, selbstbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich für die Interessen ihrer Betriebe einsetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben es geschafft, die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, die kommunalen Landesverbände, die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften, den Landesfrauenrat einzubeziehen. Wir wollen besonders die mittelständische Wirtschaft ansprechen – denn dort kommt der Fachkräftemangel zuerst an –, und wir wollen unter der Federführung des Sozialministeriums den Pflege- und Gesundheitssektor angehen.

Die Hebel sind klar. Es geht als Erstes um die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Ich will noch einmal, auch angesichts der Zahlen, die ich vorgebracht habe, unterstreichen, wie wichtig die duale Ausbildung ist. Denn wenn wir über den Fachkräftemangel reden, dann reden wir auch über den einen oder anderen akademischen Beruf, über Ingenieure und andere. Aber rein von den Zahlen her geht es um die Facharbeiter. Es geht darum, dass wir die traditionelle Stärke der deutschen Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb, nämlich die gut ausgebildete Facharbeiterschaft, auch in Zukunft brauchen. Das gelingt uns nur, wenn wir die duale Ausbildung stärken und dafür sorgen, dass sich ausreichend viele junge Menschen für die duale Ausbildung entscheiden. Dafür werben wir ganz intensiv zusammen mit unseren Partnern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werben auch um eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, von älteren Menschen und von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir wollen Langzeitarbeitslose zurück in Arbeit bringen. Wir wollen insbesondere in den technischen Berufen, den Ingenieurberufen mehr Beschäftigte und mehr Frauen in die Arbeit bringen, und als Ergänzung, nachdem wir das einheimische Fachkräftepotenzial ausgeschöpft haben, geht es um Zuwanderung. Wir haben dazu konkrete Maßnahmen vereinbart, die wir regelmäßig gemeinsam evaluieren werden.

Ich will einmal ein paar konkrete Beispiele herausgreifen, die ich für besonders wichtig erachte und bei denen ich der Meinung bin, dass man das nicht ins Lächerliche ziehen soll.

Beispiel: informell erworbene Qualifikation. Gerade, wenn wir über Fachkräfte reden, wenn wir darüber reden, dass die Betriebe darauf angewiesen sind, auch in Zukunft ausreichend viele Fachkräfte für ihre verschiedenen Positionen zu haben, sollten wir das Potenzial der an- und ungelerten Arbeiter und Angestellten in den Produktionsbetrieben nicht unterschätzen. Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine hohe Industriedichte aus – zu Recht; wir sind stolz darauf. Das hilft uns bei Wirtschaft und Beschäftigung. Aber gleichzeitig ist dieser hohe Anteil der An- und Ungelernten auch ein nicht genutztes Reservoir an Fachkräften.

Wenn sich jemand im Betrieb oder außerhalb des Betriebs informell Qualifikationen erarbeitet, dann ist es doch verständlich und auch im Sinne der Beschäftigten und der Betriebe, dass wir versuchen, diese informell erworbenen Qualifikationen zu standardisieren, zu erfassen, um das dann in die Arbeitszeugnisse, in die Möglichkeit der Bewerbung auf bestimmte Fachkräftepositionen in einem Unternehmen einfließen zu lassen. Genau das haben Südwestmetall und IG Metall vereinbart.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Dazu gibt es jetzt ein Projekt bei der AgenturQ, das vom Land unterstützt wird. Die wollen das herausarbeiten, damit wir eine Chance haben, das, was sie so nebenbei erfahren haben – Learning by Doing – oder was sie in ihrem ehrenamtlichen Engagement erfahren haben, zu erfassen und dann in den Qualifikationsrahmen einzupassen. Das soll nicht willkürlich, sondern nach Vorgaben geschehen, die mit formal erworbenen Qualifikationen vergleichbar sind, damit dieses wertvolle Erfahrungswissen nicht nur diffus vorhanden ist, sondern den An- und Ungelernten hilft, als Fachkräfte schrittweise Anerkennung zu finden und in ihrem Unternehmen oder in anderen Unternehmen die Lücken schließen zu können, die dort in dieser Zeit bei den Fachkräften entstehen. Das ist eine Initiative, die natürlich nur begrenzten Einfluss hat, die aber im Hinblick auf die Beschäftigten und die Unternehmen sinnvoll ist.

Das Zweite, was ich auch ungern ins Lächerliche ziehen wollte, ist die Frage der altersgerechten Arbeitsplätze. Natürlich wird das Land nicht altersgerechte Arbeitsplätze schaffen können. Aber der Bedarf, altersgerechte Arbeitsplätze zu schaffen – und zwar nicht nur für Leute, die vielleicht schon 65 Jahre alt sind und bis 67 oder noch länger arbeiten wollen, sondern auch schon für ältere Erwerbstätige unter 65 Jahren –, ist unabweisbar. Wir sollten alles daransetzen, dass es uns gelingt, die erwerbsfähigen älteren Menschen länger im Erwerbsleben zu halten – auch unter realistischer Einschätzung der Arbeitsbedingungen.

Denn dieses Elend der Debatte um die Rente mit 67 bestand ja nicht etwa in der Frage: „Was ist für die gesetzliche Rentenversicherung finanzierbar?“ Das kann man relativ klar ableiten. Das Elend der Debatte war vielmehr, dass wir vielen Beschäftigten in den produzierenden Betrieben nicht nachweisen konnten, wo die Arbeitsplätze sind, wo sie auch mit 64, mit 63 oder irgendwann einmal mit 67 noch arbeiten können.

Dies müssen wir aufgreifen. Das ist zunächst einmal eine Angelegenheit der Unternehmen. Aber wir wollen das begleiten, weil wir Überzeugungsarbeit leisten wollen, dass die Erfahrungen und Kompetenzen dieser älteren Erwerbstätigen im Betrieb bis zum Schluss Anerkennung finden und genutzt werden können.

Wir haben für all diese Bereiche eine Reihe von Elementen zusammengeführt. Die duale Ausbildung wird im Netz auf YouTube und Facebook beworben. Wir haben eine Informationskampagne für Un- und Angelernte gemacht. Zusammen mit den Partnern sind wir also schon unterwegs.

Wir haben zur Stärkung der beruflichen Ausbildung die ÜBAS mit 5,5 Millionen € zusätzlich im Jahr 2012 gefördert. Es ist schon angesprochen worden: Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Kleinkindbetreuung ausgebaut worden.

Man sieht also: Diese Landesregierung hat es geschafft, Einzelmaßnahmen, die alle der Sicherung des Fachkräftebedarfs gelten, zu bündeln, im Dialog mit Partnern Maßnahmen zusätzlich zu verabreden. Damit haben wir es geschafft, dass dieses wichtige Zukunftsthema die diesem Thema gebührende Aufmerksamkeit gefunden hat. Ich freue mich, dass das auch im Landtag der Fall ist. Wir werden den Weg weitergehen – kraftvoll, entschlossen, im Dialog mit allen Beteiligten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Aktuelle Debatte – Massive Streichungen und Umschichtungen von Lehrerstellen angekündigt – was plant die Landesregierung? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Die Gesamtdauer der Aktuellen Debatte ist auf 40 Minuten festgelegt. Es gilt wiederum: Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Ich darf noch einmal, weil ich vorhin darauf hingewiesen wurde, auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Bestimmung steht nicht nur:

Die Aussprache ist in freier Rede zu führen.

Vielmehr heißt es weiter:

Das Vorlesen von Reden darf nicht genehmigt werden.

Das heißt, ich werde dann, wenn am Rednerpult jemand vorliest, einfach nicht nach vorn schauen. Andernfalls müsste ich die Rede unterbrechen. § 60 Absatz 4 Satz 2 lautet:

Das Vorlesen von Reden darf nicht genehmigt werden.

Das heißt, wenn der Präsident das Vorlesen sieht, ist Schluss. Ich wollte nur sagen: Dieser Satz ist auch mir gerade erst geläufig geworden. Ich habe auch nicht gewusst, dass das so in der Geschäftsordnung steht.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Jetzt sind Sie so lange im Landtag und kennen die Geschäftsordnung nicht!)

– Ja. Es wird immer vorgelesen. Ich habe gedacht, das gehöre zur Regel. Dem ist aber nicht so.

Ich mache es dann so, dass ich mich zurücklehne. Aber meine Bitte ist noch einmal, um die Lebendigkeit der Debatte zu erhalten, im Sinne unserer Geschäftsordnung möglichst viel in freier Rede zu sprechen.

Für die FDP/DVP-Fraktion erhält jetzt Herr Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, ich bin Ihnen ob Ihrer Großzügigkeit außerordentlich dankbar.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es ein bisschen bedauerlich, dass der Ministerpräsident bei diesem wichtigen Punkt nicht anwesend ist. Er hat sich gestern sehr deutlich zu dem Schulthema geäußert, und ich hätte es als gut empfunden, wenn er die Wichtigkeit dieses Themas heute durch seine Anwesenheit begründet hätte.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich wende mich aber trotzdem an den Ministerpräsidenten, weil die Hauptverantwortung für die Situation bei ihm liegt.

(Dr. Timm Kern)

Deshalb, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sage ich: Besser spät als nie. Endlich scheinen Sie erkannt zu haben, dass Sie und Ihre Koalition in der Bildungspolitik nicht so weitermachen können wie bisher.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Viel zu lange haben SPD und Grüne den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck vermittelt, mit ihrem Regierungsantritt sei der bildungspolitische Frühling ausgebrochen, und alles Wünschenswerte, was vorher nicht möglich war, sei nun auf einmal machbar. Allmählich bereiten Sie Ihre Anhängerschaft darauf vor, dass auch ein grüner Ministerpräsident keine wundersame Vermehrung der knappen Ressourcen im Bildungsbereich bewirken kann. Diese Einsicht begrüßen wir vonseiten der FDP/DVP ausdrücklich.

Wir begrüßen ebenso, dass Sie, Herr Ministerpräsident, den Versuch unternehmen, die Problematik des demografischen Wandels einmal anzugehen. Immerhin sind Sie in einem ersten Schritt zu der Überzeugung gelangt, dass die Kultusministerin mit der sicherlich nicht einfachen Aufgabe viel zu lange gewartet hat. Ich begrüße deshalb, dass Sie gestern das Heft des Handelns selbst in die Hand genommen haben.

Aber die Art und Weise, wie Sie den besagten Versuch angegangen sind, gleicht eher einer bildungspolitischen Geisterfahrt. Ihr Vorgehen kann man nun wirklich nicht als Ausdruck einer sorgsam durchdachten und auf Qualitätssicherung bedachten Bildungspolitik bezeichnen. Noch in der aktuellen Debatte zum Unterrichtsausfall vor zwei Monaten konnten die Ministerin und die Koalitionsfraktionen nicht auf die Monstranz verzichten, die Sie seit Beginn Ihrer Amtszeit als Beweis dafür herumtragen, dass Grün-Rot mit dem Sparkurs der ach so schlimmen Vorgängerregierung ein für alle Mal Schluss gemacht habe. Es wurden gebetsmühlenartig 711 Lehrerstellen angeführt. Diese 711 Lehrerstellen hätten CDU und FDP/DVP gesperrt, und diese Sperrung sei nun rückgängig gemacht worden.

Was hat es nun aber mit diesen 711 Stellen in Wirklichkeit auf sich? Sie wären nur dann weggefallen, wenn nicht auf freiwilliger Basis eines Lebensarbeitszeitkontos eine bestimmte Zahl von Mehrarbeitsstunden erbracht worden wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Beantworten Sie von Grün-Rot bitte doch einmal folgende Frage: Was ist schlimmer: Eine Mehrarbeitsstunde auf freiwilliger Basis oder Kürzungen bei der Beamtenversorgung, eine Stellenstreichungsorgie, die bei Weitem das in den Schatten stellt, was die CDU-FDP/DVP-Landesregierung an k.w.-Vermerken – übrigens mit der ausdrücklichen Zustimmung von SPD und Grünen – für die Jahre 2014 bis 2018 ausgebracht hätte?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Denn Grün-Rot will nicht nur die 8 055 Lehrerstellen wegfallen lassen, sondern auch die Qualitätsoffensive Bildung der Vorgängerregierung im Umfang von rund 3 500 Stellen rückgängig machen. Grün-Rot hat ganz offensichtlich etwas Entscheidendes nicht begriffen: Gerade die Klassenteilersenkung ist ein Instrument, um sicherzustellen, dass die frei werden-

den Ressourcen im Bildungswesen verbleiben, um an allen Schularten übergroße Klassen gleichermaßen zu verhindern und mehr individuelle Förderung an allen Schularten zu ermöglichen.

Der Ministerpräsident hat – wie gesagt – zu Recht eine Debatte über den demografischen Wandel im Bildungswesen angestoßen. Um hier aber nicht im Nebel herumzustochern und nicht ebenso einfalls- wie orientierungslos Stellenstreichungen und Schulschließungen vorzunehmen, bedarf es zunächst einmal doch einer seriösen Erhebung der Schülerzahlen, der Klassengrößen und der Lehrerversorgung.

Die Ministerin klagt öffentlich darüber, keinen Überblick über die Lehrerversorgung zu haben. Dass sie hierfür aber die Schuld bei der Vorgängerregierung sucht,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo denn sonst?)

ist schon bemerkenswert; denn es dürfte ihr nicht entgangen sein, dass der Landtag im Februar 2011 auf Antrag von CDU und FDP/DVP einstimmig eine umfassende Erhebung dieser Daten im Schulbereich beschlossen hat. Damit war der Auftrag an die Landesregierung – egal, welcher Couleur – klar. Sie haben das Anliegen jedoch über ein Jahr verschleppt und sind darauf dann höchstens allgemein, auf drei Seiten und mit ganzen zwei Tabellen eingegangen.

Aber vielleicht, Herr Ministerpräsident, meiden Sie in diesem Zusammenhang Transparenz ja ganz bewusst; denn schließlich würde dann offenbar, was der Preis des ganz großen Umgrabens hin zur Gemeinschaftsschule ist, nämlich die Unterrichtsversorgung und Personalausstattung, das heißt die Qualität aller anderen Schularten.

Ihre gestrige Ankündigung, dass zahlreiche kleine Schulstandorte geschlossen werden müssten, ist vor dem Hintergrund Ihrer bisherigen Bildungspolitik an Scheinheiligkeit doch kaum noch zu überbieten.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Na, na, na! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gegen den ländlichen Raum!)

Sie sind es doch, der durch eine übereilte und die Folgen nicht bedenkende Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung alle Schularten unter zusätzlichen Druck gesetzt und dadurch die Kommunen vielerorts in eine äußerst schwierige Lage gebracht hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie von Grün-Rot sind es doch, die mit dem vorgefertigten und pädagogisch einseitigen Paket Gemeinschaftsschule und dem goldenen Zügel den Kommunen die Wahlmöglichkeiten und jede Form von Entscheidungsfreiheit rauben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Mit Verlaub, das kommt mir so vor, als ob jemand vorgibt, einen Brand löschen zu wollen, in Wahrheit aber Benzin im „Löschkanister“ hat.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zündler!)

(Dr. Timm Kern)

Ihre Politik verschärft doch die Probleme, die der demografische Wandel für die Schulen bedeutet. Wären Sie von Grün-Rot in der Bildungspolitik dagegen planvoll vorgegangen, dann hätten Sie zuerst das Gespräch mit den Kommunen gesucht und gemeinsam mit ihnen verlässliche Rahmenbedingungen erarbeitet, unter denen dann jeweils vor Ort ein passendes Schulangebot entwickelt werden kann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ihre erst jetzt angestoßene regionale Schulentwicklung kommt doch zu spät. Denn die Verantwortlichen vor Ort stehen vielfach vor längst vollendeten Tatsachen.

Meine Damen und Herren, noch vor zwei Monaten hat die Kultusministerin vehement bestritten, dass die Gemeinschaftsschule erhebliche Mehrkosten verursachen würde. Aber der Verdacht, dass in großem Stil Umschichtungen zugunsten dieses grün-roten Lieblingskinds geplant sind, hat sich erschreckend schnell bestätigt. Nach unseren Informationen ist geplant, dass allein in den Jahren 2012, 2013 und 2014 insgesamt 1 650 Lehrerstellen von anderen Schularten weg hin zu den Gemeinschaftsschulen umgeschichtet werden sollen, und dies ohne die Sonderschullehrer, die ja speziell im Bereich der Inklusion eingesetzt werden. Skandalös ist dabei, wie Grün-Rot mit Hinweis auf die Sparzwänge den übrigen Schularten die Stellen entziehen will und einseitig der Gemeinschaftsschule zuschustert.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Im Namen der Fraktion der FDP/DVP fordere ich Sie auf – auch im Bildungsbereich kann man jeden Euro nur einmal ausgeben –: Schenken Sie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes endlich reinen Wein ein! Sagen Sie ihnen, was Sie vorhaben. Denn Bildungspolitik von unten setzen Sie schon lange nicht mehr um.

Streben Sie z. B. ein zweigliedriges Schulsystem an, weil Sie aufgebrachte Eltern fürchten wie seinerzeit beim Volksentscheid in Hamburg über die schwarz-grüne Schulreform, oder ist Ihr Ziel ein Einheitsschulsystem wie bei Herrn Zeller, der das gegliederte Schulsystem in seinen öffentlichen Vorträgen als nicht mit der Verfassung vereinbar diffamiert,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

oder Herrn Bosch von derselben Stabsstelle, der bei einer Versammlung am 12. Juni dieses Jahres in Tübingen unverhohlen sagte, wenn es nach ihm ginge, würde das Gymnasium abgeschafft?

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Wie stehen Sie von Grün-Rot zu der zurzeit diskutierten These, die Gemeinschaftsschule könne nur ohne die Konkurrenz durch das Gymnasium und die Realschule ein Erfolg werden?

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über die Inhalte von Bildungspolitik lässt sich trefflich streiten. Aber Wahrheit und

Klarheit sind Sie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes schuldig.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mich auch gern an den Herrn Ministerpräsidenten gewandt. Wir hatten nämlich neulich eine durchaus sympathische Begegnung in Ludwigsburg. Aber die Freundlichkeiten, die wir dort ausgetauscht haben, können mich nicht hindern, einige Sätze zu zitieren, die er dort gesagt hat. Es ging um das 50-jährige Bestehen der Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg. Dieses Jubiläum haben wir im Schlosstheater in Ludwigsburg gefeiert, sehr würdig, sehr schön. Es war ein richtiges Theater, ein schöner Rahmen für pathetische Sätze. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt: „Wir machen Politik nicht im Elfenbeinturm.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aha!)

Das ist ein schöner, lobenswerter Satz, den ich unterstreichen kann. Ich habe jedoch, ehrlich gesagt, allmählich den Eindruck: Sie machen mittlerweile Politik im Rechnungshof.

(Beifall bei der CDU)

Ich will die Autorität des Rechnungshofs überhaupt nicht infrage stellen. Der Rechnungshof kann rechnen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Aber ob im Rechnungshof auch die gesammelte bildungspolitische Kompetenz angesiedelt ist, das will ich doch, ehrlich gesagt, bezweifeln. Ich kann überhaupt nicht verstehen, Frau Ministerin, dass Sie sich Ihre gesamte bisherige Politik von einem Rechnungshofbericht so schnell infrage stellen lassen. Es ist mir ein Rätsel, mit welchem Tempo Sie hier die Pferde wechseln.

Ich darf Sie an Ihren Koalitionsvertrag erinnern und zwei Teile daraus zitieren:

Zur Verwirklichung unserer Ziele brauchen wir mehr Investitionen im Bildungsbereich – nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern zielgenau eingesetzt. Wir werden die Qualität im Bildungswesen spürbar verbessern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine Rede mehr davon!)

Außerdem haben Sie versprochen:

Unser Ziel ist es, den Bedarf an Lehrkräften für das kommende Schuljahr so früh wie möglich verlässlich zu ermitteln und die Lehrkräfte wegen der Planungssicherheit für die Schulen frühzeitig einzustellen.

Ich frage mich jetzt: War das Elfenbeinturm? Das war der viel versprochene Bildungsaufbruch. Und wo stehen wir jetzt?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Elend!)

(Sabine Kurtz)

Ich habe den Eindruck, wir sind beim Bildungsabbruch gelandet. Wir kommen vom Bildungsaufbruch zum Bildungsabbruch. Da frage ich mich: Haben Sie sich verrechnet? Hat der Rechnungshof Ihnen jetzt die richtigen Zahlen vorgelegt? Sind Sie jetzt erschrocken? Müssen Sie plötzlich umsteuern? Schieben Sie den Rechnungshof jetzt nur vor, weil Sie sich verrechnet haben?

Mir ist unklar, wie Sie aus dem Stegreif heraus jetzt plötzlich die Bildungspolitik derart verändern wollen. Sie werfen hier mit Zahlen um sich, die kein Mensch nachvollziehen kann. Da ist die Rede von 12 600 oder von 14 100 oder jetzt von 11 600 Stellen. Der Ministerpräsident hat jetzt 11 600 Stellen zum Abschluss freigegeben. Da frage ich mich: Hat er die Zahl gewürfelt? Oder wie ist er darauf gekommen?

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Vor Kurzem haben wir uns hier alle noch gefreut, und die Regierung wurde beklatscht, weil sie diese 711 Stellen beibehalten hat.

Um das ganz deutlich zu sagen: Wir in der CDU haben schon immer gewusst, dass sich dieser demografische Wandel so auswirken wird, dass wir nicht alle Lehrerstellen beibehalten können.

(Zuruf: Und was haben Sie gemacht?)

Uns müssen Sie nicht erklären, dass Sie sparen müssen, im Gegenteil. Das haben wir in den letzten vier, fünf Jahren immer wieder zu erklären versucht. Aber im Gegensatz zu Ihnen hatten wir ein ziemlich klares Konzept.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Welches?)

Da gab es Planungen, da gab es wirklich Daten als Grundlagen. Ich darf Sie vielleicht daran erinnern, dass wir im Februar 2011 gemeinsam einen Antrag verabschiedet haben – das war ein Auftrag an das Kultusministerium –, in dem gesagt wurde: Legen Sie bitte zum Ende des Schuljahrs die Daten, Zahlen und Fakten vor, anhand derer wir dann festlegen können, in welcher Reihenfolge wo und wie Lehrerstellen eingespart werden sollen.

Diese Untersuchung ist nicht angestellt worden; jedenfalls ist das hier nicht angekommen. Dieser Beschluss liegt wohl irgendwo in der Ecke und schlummert vor sich hin. Jetzt muss alles plötzlich ganz schnell und kurzfristig gehen, und das ganze Land wundert sich, was ihm da plötzlich geschieht. Ich muss Ihnen die Reaktionen eigentlich nicht vorlesen. Das hören Sie ja alles. Aber ich darf hier vielleicht noch einmal zu Gehör bringen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unbedingt!)

was der Philologenverband sagt. Er sagt, dass die Übergangsquoten – –

(Unruhe bei der SPD)

– Haben Sie das alles gelesen und gehört? Dann spare ich mir das jetzt, um Zeit zu sparen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, nein! Auch das, was die GEW gesagt hat, ist interessant!)

Aber ich muss ehrlich sagen: Wir finden diese Stellungnahmen ziemlich qualifiziert und nehmen sie sehr ernst. Das sind Menschen aus der Praxis, das sind die Lehrer an den Schulen, das sind Eltern, denen die Bildung ihrer Kinder am Herzen liegt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was schlagen Sie denn jetzt vor? Was ist denn Ihr Konzept?)

Ich muss sagen: Das, was wir von Ihnen, Frau Ministerin, hören, sind weiterhin Sprechblasen, Textbausteine und Worthüllen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! So ist es! Jawohl! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Ministerin wird doch gar nicht mehr gefragt! Das macht der Ministerpräsident! Er hat es ihr weggenommen!)

Wir sind es wirklich leid – ich glaube, nicht nur wir hier in diesem Haus –, immer nur diese abstrakten, vagen Allgemeinheiten zu hören.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Von oben her-ab!)

Es wundert mich eigentlich nicht, dass der Ministerpräsident das Thema jetzt zur Chefsache gemacht hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Er hat sich die unangenehme Aufgabe ans Bein gebunden, jetzt zu verkünden, dass Schulen geschlossen werden müssen. Das trifft vor allem die kleinen Grundschulen im ländlichen Raum.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Grundschulen vor allem? Meine Güte! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat denn von Grundschulen gesprochen?)

Der ländliche Raum ist Ihnen ja sowieso nicht so wichtig. Das betrifft die beruflichen Schulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Besonders schlimm!)

All die Schüler machen Sie zu „Fahrschülern“.

Was mich jetzt aber wirklich irritiert, ist,

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Das irritiert mich jetzt auch!)

dass sich jetzt scheinbar das ganze Kabinett der Bildungspolitik annimmt. Ich bin mir nicht sicher, ob der Umweltminister und der Verkehrsminister unbedingt die bildungspolitische Kompetenz haben, um hier wirklich sinnvoll mitzureden.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Da mache ich mir schon Sorgen. Viele Köche verderben den Brei. Das alles macht es nicht besser.

Ich muss Ihnen wirklich sagen: Es gibt so viele Fragen, die wir gern beantwortet hätten, die ich aber jetzt auf den zweiten Teil vertage.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Kollegin, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Frau Abg. Boser?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Wenn sie nicht von der Zeit abgeht, gern, ja.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein, sie geht nicht von der Zeit ab.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja, Frau Boser.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt verwendet sie den Begriff des früheren Ministerpräsidenten! Das garantiere ich Ihnen!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ich danke Ihnen, Frau Kurtz, dass Sie mir die Zwischenfrage erlauben. – Sie haben ja vorhin schon Zeitungsartikel zitieren wollen. Meine Frage: Wo haben Sie gelesen, dass der Ministerpräsident davon gesprochen hat, dass Grundschulen im ländlichen Raum geschlossen werden sollen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Kleine Schulen“, hat sie gesagt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kleine Schulen!)

Können Sie mir bitte Auskunft darüber geben, wo das öffentlich gesagt wurde?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Südwest Presse“: Kleine Schulen!)

– Grundschulen wurden gerade angesprochen.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich habe jetzt die Zitate, die Zeitungsartikel nicht vorliegen. Er hat gesagt: Wir müssen hohe Standards setzen, wenn wir Schulen aufrechterhalten wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kleine Schulen! – Weitere Zurufe)

Er hat gesagt: „Wir müssen kleine Schulen schließen.“ Er hat – das stimmt – das Prinzip der CDU „Kurze Beine, kurze Wege“ zitiert.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: „Prinzip der CDU“! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie hat den Satz vermieden! – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Ich habe das früher nie von ihm gehört. Ich glaube nicht, dass Sie an diesem Prinzip festhalten wollen. Aus meinem Wahlkreis – das muss ich Ihnen sagen – höre ich mittlerweile anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! So ist es! Jawohl! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nachfrage! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie soll sich setzen! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gestatten Sie noch eine Nachfrage der Abg. Boser?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja, gern.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nur noch einmal zum Verständnis. Meine Frage: Sie können nicht bestätigen, dass der Ministerpräsident dies gesagt hat. Sagen Sie dies Ihrer eigenen Erfahrung, dass dies für Sie die Konsequenz wäre?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er sprach von kleinen Schulen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das kam im Radio gestern den ganzen Tag!)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich bin eine Bürgerin, die Zeitung liest. Ich höre, Schulen müssen geschlossen werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, völlig richtig! Kleine Schulen! – Zuruf: Grundschulen!)

– Kleine Schulen müssen geschlossen werden. Ich weiß, dass das im ländlichen Raum ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kleine Schulen und berufliche! Bravo, Frau Kurtz! – Abg. Andreas Deuschle CDU: Fragen Sie doch nachher die Ministerin!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Besteht die Fraktion nur aus der Frau Sitzmann?)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ist ja jetzt bei den Beiträgen der Vorrednerin und des Vorredners einiges durcheinandergeraten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nein!)

Das können wir in dieser Debatte gern klären.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich bin sehr gespannt!)

Frau Kollegin Kurtz, als Erstes: Der Ministerpräsident hat explizit in der Presse gesagt, dass Grundschulen im Dorf bleiben sollen und nicht geschlossen werden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kleine Schulen aber schon! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stand nirgends!)

Das hat er explizit gesagt – damit hier kein Missverständnis im Raum stehen bleibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stand nirgends! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Keine falschen Sachen verbreiten hier!)

Auch bei Ihnen, Herr Kollege Kern, habe ich einiges vernommen, was nicht zusammenpasst

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihnen vielleicht nicht! – Vereinzelt Heiterkeit)

und auch nicht den Tatsachen entspricht. Ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört. Ihre Frage war: Wo kommt denn die

(Edith Sitzmann)

se Zahl von 11 600 Lehrerstellen eigentlich her? Es gibt bekanntermaßen eine mittelfristige Finanzplanung. Es gibt eine mittelfristige Finanzplanung der ehemaligen CDU-FDP/DVP-Landesregierung. Über mittelfristige Finanzplanungen wird im Landtag nicht abgestimmt, Herr Kern, sondern sie werden nur zur Kenntnis gegeben. In dieser mittelfristigen Finanzplanung sind 8 055 Deputate als wegfallend in den Jahren 2014 bis 2018 enthalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt schreiben wir das Jahr 2012!)

Bereits Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben also vorgehabt, diese Deputate, diese Stellen zu streichen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber Sie waren doch dagegen!)

Der Grund dafür ist – Sie haben es gesagt –, dass wir eine demografische Entwicklung haben. Von 2003 bis 2020 geht die Zahl der Schülerinnen und Schüler ungefähr um 300 000, also um 25 %, zurück. Bislang ist allerdings die Zahl der Lehrerstellen nicht zurückgegangen, sondern sie ist in dem Zeitraum von 2003 bis heute um 6 000 Stellen angewachsen. Das heißt, wir haben eine Entwicklung, die geht so:

(Die Rednerin macht eine demonstrierende Handbewegung.)

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler sinkt

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war zum Segen aller Beteiligten! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Ist das eine Vorlesung? – Abg. Volker Schebesta CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

– nein, jetzt nicht, weil ich noch nicht einmal drei Sätze ausführen konnte –, die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer steigt. Das, was dazwischen ist, ist die sogenannte demografische Rendite, meine Damen und Herren.

Es gibt nicht nur das Problem, dass Sie in der Mifri über 8 000 Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen haben, sondern die ehemalige Landesregierung hat, wie Ihnen bekannt ist, eine Qualitätsoffensive Bildung auf den Weg gebracht. Diese Qualitätsoffensive Bildung

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die war segensreich!)

ist bis zum Jahr 2012 finanziert, aber nicht länger. Wie in vielen anderen Bereichen haben Sie auch in diesem Fall nach dem Motto gehandelt: Schauen wir einmal, dann sehen wir schon.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was ist denn inhaltlich geschehen?)

Sie haben kein Konzept und keine Planung gehabt, wie Sie in Zukunft diese Qualitätsoffensive Bildung finanzieren wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Heute müssen wir die Probleme lösen, die Sie uns aus Ihrer Regierungszeit hinterlassen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hätten wir den Klassenteiler nicht senken sollen? – Zurufe von der CDU)

Wenn Sie 8 055 und 3 500 zusammenzählen, kommen Sie auf diese ca. 11 600 Stellen.

(Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie mich noch einmal darauf hinweisen, dass wir mit unserer Politik klare Ziele verfolgen und unsere Politik einer klaren Konzeption folgt.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nämlich?)

Wir wollen, dass kein Kind verloren geht, dass jedes Kind die bestmögliche individuelle Förderung erhält,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wow!)

dass jedes Kind ausbildungsfähig und mit einem Schulabschluss die Schule verlässt und damit gut gerüstet für das Leben ist. Außerdem wollen wir endlich einen Fehler des Bildungssystems in Baden-Württemberg korrigieren, nämlich dass Bildungschancen von der sozialen Herkunft abhängen. Damit wollen wir Schluss machen, meine Damen und Herren. Dafür ist es höchste Zeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sind doch olle Kamellen!)

Wir wollen eine Bildungspolitik des Wandels. Es reicht nicht aus, immer mehr vom Gleichen zu tun, sondern wir setzen neue Schwerpunkte.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Welche?)

Wir haben die Gemeinschaftsschule eingeführt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Als neue Form der Hauptschule!)

Wir haben sie so eingeführt, dass die Schulen und die Schulträger, die Kommunen, selbst entscheiden können,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kannibalismus ist das inzwischen!)

ob sie den Weg des längeren gemeinsamen Lernens gehen wollen. Wenn sie das tun wollen und wenn sie ein pädagogisches Konzept haben, dann unterstützen wir sie auf diesem Weg.

Ich möchte Ihnen sagen, dass auch schon zu Ihrer Regierungszeit eine Vielzahl von Bürgermeistern mit CDU-Parteibuch diese Schulform gefordert haben und jetzt diese Schule in ihrer Gemeinde im Interesse der Schülerinnen und Schüler auf den Weg bringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die wollten Verbundschulen!)

Das ist Tatsache. Ich weiß nicht, wann Sie endlich bereit sind, die Realität zur Kenntnis zu nehmen.

(Edith Sitzmann)

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Solange sie schlecht ist, werden wir es auch ansprechen!)

Nicht nur die Bürgermeister in den Gemeinden und wir, die grün-rote Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, sagen, dass ein längeres gemeinsames Lernen der bessere Weg ist. Auch die Wirtschaft und insbesondere der Handwerkstag hat dieses Konzept mit auf den Weg gebracht, weil nämlich die Wirtschaft die gleichen bildungspolitischen Ziele verfolgt, die auch wir verfolgen und die ich Ihnen gerade dargestellt habe. Denn diese sind richtig.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Woher haben Sie Ihre Erfahrungen?)

Jetzt haben Sie wieder sonderbare Zahlen zitiert, die belegen sollen, woher das alles kommt. Für das Schuljahr 2012/2013 sind für die Gemeinschaftsschulen 40 Deputate und für das Schuljahr 2013/2014 63 Deputate vorgesehen. Insofern ist es vollkommen abwegig, von den Größenordnungen zu sprechen, von denen Sie gesprochen haben, Herr Kern. Die Probleme liegen anderswo, meine Damen und Herren.

Im Gegenteil, mit der Gemeinschaftsschule und mit individuellem Lernen und mehr sozialer Gerechtigkeit im Bildungssystem sind wir auf einem guten Weg. Ich wäre froh, wenn Sie endlich bereit wären, das zu unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Mit einem Notendurchschnitt von 4,2 kommt man auf das Gymnasium! Das ist der neue Weg!)

Tatsache ist auch, dass aufgrund des demografischen Wandels das Lehrer-Schüler-Verhältnis besser ist als jemals zuvor.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie freuen sich gar nicht darüber!)

Heute kommen 14,2 Schülerinnen und Schüler auf einen Lehrer. Selbst dann, wenn wir bis zum Jahr 2020 11 600 Stellen abbauen müssten, würde sich das Lehrer-Schüler-Verhältnis weiter verbessern,

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

weil ein Teil der demografischen Rendite im System bleibt. Allein im Schuljahr 2012 bleiben über 3 000 Deputate im System, meine Damen und Herren.

Nun zu dem, was wir tun werden: Sie haben freundlicherweise aus unserem Koalitionsvertrag vorgelesen.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE zu CDU und FDP/DVP: Das könntet ihr öfter machen!)

Ja, es gibt die Frage, wie wir es in Zukunft besser steuern können, dass alle Schulen eine gleich gute Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern und eine gleich gute Unterrichtsversorgung haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gleich schlechte! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie haben doch gesagt, die Gemeinden sollten das selbst entscheiden!)

Wir haben heute Disparitäten. An manchen Schulen gibt es sehr kleine Klassen. An anderen Schulen gibt es sehr große Klassen. Wir müssen da ein Gleichgewicht finden. Für uns wäre ein Weg, zu sagen:

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie haben gesagt, das sollten die Gemeinden selbst machen!)

Schulen werden je nach Schulart budgetiert und bekommen je nach Anzahl der Schülerinnen und Schüler ein Budget zugewiesen, das sie dann selbst bewirtschaften können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir schon heute!)

Das ist ein Beitrag für einen besseren Einsatz der vorhandenen Bildungsressourcen.

Lassen Sie mich zum Schluss in der ersten Runde einen letzten Punkt nennen, nämlich das Thema „Regionale Schulentwicklung“. In fast allen Bundesländern gibt es eine regionale Schulentwicklung. In Baden-Württemberg hat die ehemalige Landesregierung keine regionalen Schulentwicklungskonzepte auf den Weg gebracht.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie auch nicht! Das ist es ja!)

Wir werden das tun, meine Damen und Herren.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja, neuerdings!)

Regionale Schulentwicklung ist gut für eine bessere Bildungsqualität, für ein gutes Schulangebot in den einzelnen Regionen des Landes. Das werden wir zügig angehen, und auch das wird dazu beitragen, dass wir die Ressourcen im Bildungsbereich im Interesse der Kinder gut und effizient einsetzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ein ausgewiesener Bildungspolitiker!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade war die Rede von dem CDU-Prinzip „Kurze Beine ...“. Man möchte das Sprichwort anführen: Lügen haben kurze Beine.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Sabine Kurtz CDU: Das fällt auf Sie zurück!)

Die Finanzierungslücke ist im Kassensturz offenbar geworden: 711 Lehrer sind nicht finanziert. Diese mussten wir hier als Erstes finanzieren. Nicht finanziert sind auch die Bildungsoffensive und die Pädagogischen Assistenten. Das alles ist nicht finanziert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihr Klassenteiler von 25 ist auch nicht finanziert!)

– Von wegen. Wir haben ein Konzept und eine Planung. Sie hatten weder eine Planung noch ein Konzept.

(Claus Schmiedel)

Zu dem, was Sie gemacht haben, hat uns der Rechnungshof Folgendes unterbreitet: Seit 2003 gehen die Schülerzahlen zurück.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und ihr wollt noch mehr Lehrer!)

Sie haben munter mehr Lehrer eingestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben laufend mehr gefordert! Klassenteiler auf 25 senken! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihr wolltet immer mehr! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So viel Scheinheiligkeit! – Unruhe)

– Moment. Die Aufregung ist erst später angebracht, jetzt noch nicht.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die SPD kritisiert Lehrereinstellungen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat mit Aufregung nichts zu tun!)

– Moment. Sie müssen sich jetzt noch nicht aufregen, sondern erst, wenn die Argumentation zu Ende geführt ist.

Trotzdem gab es einen Rekord beim Unterrichtsausfall.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Hoi!)

Baden-Württemberg hat mit 1,5 % die geringste Krankheitsreserve unter allen Bundesländern; im bundesweiten Durchschnitt sind es 2,5 %.

(Zuruf: Ui! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt ist der Ergänzungsbereich weggefallen!)

Woher kommt denn das? Das kann doch eigentlich gar nicht sein, wenn man die beste Lehrer-Schüler-Relation hat. Bei Ihnen lag die Relation bei 1 : 15.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir hatten auch die besten Schüler!)

Da müsste man doch meinen, es gäbe paradiesische Zustände. Die Zustände sind aber nicht paradiesisch. Sie haben die Lehrerressource, Sie haben die teure, die rare, die wertvolle Qualität einfach versaubert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist jetzt aber eine sachliche Darstellung, oder?)

– Das ist ganz sachlich. – Jetzt sage ich Ihnen, wofür das z. B. gilt: Seit mehreren Jahren haben wir an den beruflichen Schulen eine riesige Bewegung. Sie brauchen nur einmal nach Tettang zu schauen. Dort gibt es die Landesberufsschule für Hotel- und Gaststättenberufe. Dort ist die Schülerzahl von 1 000 auf 600 gesunken. In einer anderen Schule ist die Zahl von 1 300 auf 600 gesunken. Das heißt, allein bei diesen beiden Schulen haben Sie ca. 1 000 Schüler weniger.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was wurde abgebaut? Lehrer oder Schüler?)

– Moment. Ich sage es Ihnen doch. – Die Zahl der Schüler in den einzelnen Fächern ist gesunken, und Sie haben nicht reagiert. Sie haben nicht auf die zurückgehenden Schülerzahlen, nicht auf die Änderungen bei den Schülerzahlen reagiert.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Weil wir nicht nur zählen!)

Das führt dazu, dass wir an den beruflichen Schulen noch immer eine strukturelle Unterversorgung haben. Die Krankheitsreserve ist nicht geregelt; das ist doch Fakt. Da ist es doch völlig richtig – das werden wir auch machen –, genauer hinzuschauen. Es war ja schmerzlich, aber unvermeidlich, gerade bei den beruflichen Schulen zu sagen: Wir warten erst einmal ab bis zum nächsten Schuljahr, bis wir genau wissen, wie viele Schüler in welchen Fächern an welchen Schulen unterwegs sind, bevor wir die Lehrer zuteilen, und gehen nicht einfach mit der Gießkanne übers Land und sagen: Jetzt streuen wir einfach Lehrer aus und hoffen, dass es irgendwie passt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Goll?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber gern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der will fragen, ob die Berufsschullehrer kompatibel sind!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Lieber Herr Schmiedel, Sie übernehmen ein Auto. Sie können nicht fahren. Sie fahren das Auto in den Graben, und jetzt sagen Sie ständig, der Vorbesitzer hätte es auch in den Graben gefahren. Finden Sie das nicht allmählich witzig?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Zunächst einmal: Nicht von jedem würde ich ein gebrauchtes Auto übernehmen.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr und Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie können es ja wieder hergeben!)

Ein Auto ist ein etwas schräges Bild.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schon lange nicht mehr an der Schule gewesen, mein Lieber!)

Wir haben eigentlich, im Gesamten gesehen – das muss man jetzt so sagen; das hat der Rechnungshof offenbart –, eine sehr gute Lehrer-Schüler-Relation.

(Zurufe von der CDU: Aha! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein, die besten Schüler!)

Nur die Verteilung im Einzelnen ist katastrophal. Das ist doch der Punkt. Darum haben Sie sich nie gekümmert, weil Sie sich nicht um Schulentwicklung gekümmert haben.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Und wie machen Sie es jetzt?)

(Claus Schmiedel)

Man stellt jetzt auch erst so langsam fest, wie viele Deputate mit Zusagen über mehrere Jahre hinausgegangen sind – vom Kultusministerium, vom Regierungspräsidium, vom Schulamt, Ad-hoc-Arbeitsgruppe hier, Ad-hoc-Arbeitsgruppe da. Jeder hat irgendwo eine Entlastung. In der Summe sind 9 000 Lehrer weg. Da gibt es natürlich Freistellungen, die notwendig sind, etwa für Schulleiter; keine Frage. Aber ich gehe jede Wette ein: Wenn wir diese 9 000 Stellen durchforstet haben, die nicht in der Schule angekommen sind – das ist ja fast ein Zehntel – dann wird sich zeigen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihre Kommissionen tagen bereits wieder!)

dass dort in unglaublicher Weise verfahren worden ist. Man hat beispielsweise gesagt: Wir machen das Projekt „Schulreifes Kind“ – Lehrerstellen weg. Wir machen noch eine andere Sache – Lehrerstellen weg.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Was streichen Sie denn jetzt?)

Wir machen Kommissionen hier, Kommissionen da – Lehrerstellen weg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und jetzt machen Sie noch mehr Lehrerstellen weg!)

Was wir jetzt machen – wir nehmen natürlich ernst, was uns der Rechnungshof vorgegeben hat – und was wir zusagen, ist Folgendes: Jede Schule bekommt die Lehrer, die sie braucht. Punkt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber nur für die Pflicht, nicht für die Kür!)

Dazu muss man dann aber auch genauer hinschauen.

Was wir weiter zusagen, ist: Wir müssen sparen – logisch, strukturelles Haushaltsdefizit –, aber an dieser Lehrer-Schüler-Relation sparen wir nicht. Die halten wir. Da haben Sie vorhin gelacht. Ich verstehe gar nicht, warum. Die halten wir.

Wir machen auch Folgendes: Weil der Karren halt noch nicht richtig rund läuft, Herr Goll, lassen wir alle Lehrer im System. Denn man muss zunächst einmal tatsächlich z. B. die Lehrerreserve aufstocken, bevor man an anderer Stelle dann besser organisieren kann. 3 000 Lehrerstellen, die nicht mit k.w.-Vermerken versehen sind, die rechnerisch durch die zurückgehenden Schülerzahlen ab dem Schuljahr 2012/2013 frei würden, bleiben alle voll im System und stehen den Schulen zur Verfügung. Das ist doch ein Wort.

Wenn wir dann durch bessere Organisation, natürlich auch durch aktive Schulentwicklung, dazu kommen, die Lehrer-Schüler-Relation auch in den einzelnen Schulen anzugleichen, dann haben wir noch mehr Luft für weitere pädagogische Verbesserungen, die wir brauchen. Ganztagschulen beispielsweise sind eine Riesenherausforderung. Es gilt, nach dem Vorschulbereich, bei dem es erweiterte Öffnungszeiten gibt, in den Grundschulen verbindliche, gebundene Ganztagsangebote im ganzen Land zu machen. Dazu brauchen wir Ressourcen. Aber weil das Geld knapp ist, kann man doch nicht unentwegt weiter einstellen, einstellen, einstellen, sondern man muss doch, wenn man schon die beste Lehrer-Schüler-Relation unter allen Bundesländern hat – und zwar mit Abstand –,

bei der Organisation mindestens so gut sein wie die anderen auch. Da gibt es einen Nachholbedarf. Da versuchen wir, den Karren flottzukriegen – im Interesse der Kinder, im Interesse der Eltern und im Interesse der Zukunft des Landes.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Kultusministerin Warminski-Leitheußer das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagt sie jetzt, dass wir mehr Lehrerstellen bekommen? – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt kommt das Paradies auf Erden! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es passt ganz gut – Herr Munding ist soeben in den Plenarsaal gekommen –, wenn ich eingangs sage: An allem ist der Rechnungshof auch nicht schuld. Der Rechnungshof kann mit Sicherheit sehr kompetent rechnen. Aber rechnen kann auch das Kultusministerium. Ich darf noch einmal deutlich machen, an welchem Punkt wir im Augenblick rein verwaltungstechnisch stehen.

(Zurufe)

Wir sind gerade dabei, einen Haushalt neu aufzustellen, nämlich den Doppelhaushalt 2013/2014. Die Fakten sind relativ klar: Wir, die gesamte Landesregierung, müssen zusehen, dass wir ab 2020 die Schuldenbremse einhalten. Das heißt, ab 2020 dürfen wir nur noch das ausgeben – das gilt übrigens für ganz Deutschland –, was tatsächlich an Einnahmen da ist.

Es ist vollkommen klar, dass man sich im Zusammenhang mit einem solchen Haushalt genau anschauen muss, welche Probleme denn tatsächlich zu lösen sind.

Nehmen wir den Bildungsbereich, der heute zur Diskussion steht. Was ist Fakt? Wir haben im Bildungsbereich 8 055 Deputate, die mit sogenannten „künftig wegfallend“-Vermerken versehen sind. Die alte Landesregierung – die jetzige Opposition – hat im Laufe der letzten zehn Jahre Geld ausgegeben und hat in der mittelfristigen Finanzplanung gleichzeitig immer versprochen: Irgendwann wird dieses Geld wieder zurückgeführt, indem Lehrerstellen abgebaut werden. Das haben Sie aber nie getan; Sie haben das Problem immer weiter vor sich hergeschoben. Und jetzt haben wir den Salat: 8 055 Deputate müssen wir nun tatsächlich bearbeiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten damals noch viel mehr!)

Wir haben die Qualitätsoffensive Bildung. Was steckt dahinter? Um es noch einmal deutlich zu machen: Darin enthalten sind etwa die Klassenteilersenkung

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie machen es aber ein Jahr früher!)

und die Führungsfreistellung für die Schulleitungen. Das sind die dicksten Brocken. Gut 3 500 Deputate sind nicht ausfinanziert. In der mittelfristigen Finanzplanung klafft da ein Loch.

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Das bedeutet – daher kommt die Zahl von 11 600 Deputaten –, wir müssen jetzt im Haushaltsaufstellungsverfahren schlicht darüber reden, ob wir die Deckungslücke von zweieinhalb Milliarden Euro um den entsprechenden Betrag vergrößern. Überschlagsmäßig gerechnet wären das eine Dreiviertelmilliarde Euro zusätzlich. Können wir das überhaupt hinbekommen, oder müssen wir da nicht andere Wege beschreiten?

Noch einmal zu den Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist doch überhaupt kein Geheimnis: Das Land gibt für Personal jährlich 15,2 Milliarden € aus. 8 Milliarden € davon entfallen auf den Bildungshaushalt. Diesen Betrag geben wir für Lehrerinnen und Lehrer aus. Damit ist auch klar – das ist nichts, was der Rechnungshof uns sagen musste –, dass sich auch der Bildungsbereich Gedanken über Einsparmaßnahmen machen muss. Das ist Fakt.

Jetzt steht die Kultusministerin vor Ihnen. Ich sage Ihnen: Bevor ich nach dem Kassensturz die Zahlen in ihrer Vollständigkeit durchdrungen hatte, hatte ich selbstverständlich die Hoffnung, wir könnten mehr von der sogenannten demografischen Rendite im System behalten. Wir sehen jetzt aber, dass wir einen anderen Weg gehen müssen.

Ich sage es noch einmal: Wir bauen nicht unsere Schulden ab, wir bauen Ihre Schulden ab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten doch immer noch mehr Lehrer einstellen! Das haben Sie damals gefordert!)

11 600 Deputate sind Ihre Schulden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten den Klassenteiler auf 25 senken! Sie haben immer nur gefordert! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir beschreiten jetzt einen Weg, den man sinnvollerweise beschreitet, wenn man verantwortungsvoll – die Betonung liegt auf „verantwortungsvoll“ – einen Haushalt aufstellt, der tatsächlich einer Überprüfung standhält.

Es ist klar, dass die Regierung insgesamt dafür eine Verantwortung trägt. Deshalb ist es völlig selbstverständlich, dass auch dieser Punkt umfassend diskutiert wird.

Ich habe gerade schon etwas zu den Altlasten gesagt. Im Übrigen sind das, worauf ich verwiesen habe, nur die größten Brocken. Wenn Sie die Bugwelle dahin – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Wort „Altlasten“ ist völlig daneben! Das sollten Sie mal streichen! – Zuruf: Erblasten! – Unruhe)

– Erblasten. Was auch immer. Das ist schlicht Geld, das Sie ausgegeben haben

(Glocke des Präsidenten)

und das Sie nicht auf dem Sparbuch angelegt haben. So einfach ist das.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hätte der Unterricht ausfallen sollen? Ihre Genossen haben immer mehr gefordert!)

Worum geht es jetzt konkret, meine sehr verehrten Damen und Herren? Wir haben ja heute keine allgemeine Haushaltsdebatte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie führen sie doch!)

Es geht jetzt darum: Wie gehen wir damit um, dass wir auf der einen Seite rechnerisch zurückgehende Schülerzahlen haben? Das bedeutet, dass wir rechnerisch weniger Lehrer brauchen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Rechnerisch schon!)

Es ist vollkommen klar – Herr Kern, das ist keine Monstranz, die wir vor uns hertragen –:

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Doch!)

Die Unterrichtsversorgung ist das absolut Wichtigste. Das ist das Rückgrat einer jeden guten Bildungspolitik. Unsere Aufgabe ist es, die Unterrichtsversorgung nicht nur sicherzustellen, sondern auch endlich in den Grundfesten zu konsolidieren. Denn das ist sehr deutlich geworden:

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir haben nicht nur ein Steuerungsproblem in den Reserven, sondern wir haben auch systematische Fehler. Ich denke nur an die feste Krankheitsreserve, die wir deutlich erhöhen müssen. Das ist die wichtigste Aufgabe und ist überhaupt keine Monstranz.

Wie das hinzubekommen ist, ist doch auch klar: Wenn wir einen Abbaupfad beschreiten müssen – darum werden wir wohl nicht herumkommen –, der die k.w.-Stellen, die Sie in die mittelfristige Finanzplanung als Gegenrechnung eingestellt haben, tatsächlich abbildet, dann müssen wir auch für den Bildungsbereich ein Haushaltskonsolidierungskonzept auflegen – wie es übrigens auch alle anderen Ressorts entsprechend werden tun müssen. Das werden wir sehr sorgfältig abwägen und sehr ausgewogen tun, und zwar immer mit dem ganz klaren Ziel: Die Unterrichtsversorgung muss konsolidiert werden.

Gleichzeitig werden wir innovative Pädagogik in Baden-Württemberg weiter voranbringen, und wir werden das angehen, was in diesem Land dringend erforderlich ist

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Diese Worthülsen! Das müssen Sie uns nicht sagen!)

– ja natürlich –, nämlich die regionale Schulentwicklungsplanung. Das hat doch noch nie jemand bestritten.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Doch, Sie! „Das sollen die Kommunen selbst regeln“, haben Sie auch gesagt!)

– Nein, ich habe immer gesagt, ich möchte kommunales Sonderwissen – denn das ist vorhanden – mit der Verantwortung des Landes zusammenbringen. Nur dann werden wir eine Schulentwicklung bekommen, mit der die Schulen tatsächlich für die Zukunft gut aufgestellt und gerüstet sind.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das höre ich heute zum ersten Mal!)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Wir müssen selbstverständlich die Frage beantworten: Wie gehen wir mit den kleinen Schulstandorten um? Es ist doch vollkommen klar, dass wir das beantworten müssen. Das hätten Sie vorher auch schon tun können.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Die hungern Sie doch aus!)

Wir werden das jetzt tun. Es ist vollkommen klar: Die Grundschulen sind natürlich die Schulen, die auf jeden Fall die nächste Anbindung an die Wohnbevölkerung brauchen. Das ist völlig unbestritten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist wichtig, das immer wieder zu formulieren, damit hier kein falscher Eindruck entsteht.

Übrigens, bevor ich das vergesse, Herr Dr. Kern: Sie haben gerade behauptet – ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen haben –, dass für den kommenden Doppelhaushalt 2013/2014 für die Gemeinschaftsschulen über 1 000 Deputate eingesetzt würden. Woher haben Sie das?

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Ich kann Ihnen nur sagen, wie ich kalkuliere: Ich habe einmal 240 und dann 360 Deputate für den kommenden Doppelhaushalt eingeplant.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich denke, es sind nur 60 Deputate! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das hat etwas damit zu tun, welchen Zuwachs es für Gemeinschaftsschulen geben wird. Welchen Zuwachs es für Gemeinschaftsschulen geben wird, hängt davon ab, wie gut die pädagogische Qualität dieser Schulen ist.

(Abg. Walter Heiler SPD: Genau so!)

Denn da haben wir einen sehr hohen Maßstab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich habe gerade darauf hingewiesen, dass es selbstverständlich nicht einfach werden wird, diesen Doppelhaushalt gerade für den Bildungsbereich so ausgewogen zu gestalten, dass die bildungspolitischen Ziele und die Haushaltskonsolidierung, die Haushaltssanierung in Übereinstimmung gebracht werden können. Es ist aber möglich. Wir sind gerade dabei, im Kultusressort ein Haushaltsstrukturprogramm zu erarbeiten, und es gibt in der Tat keine Denkverbote. Wir werden alles auf den Prüfstand stellen, was uns in diesem Zusammenhang auffällt. Oberstes Ziel ist, die Unterrichtsversorgung zu sichern.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Ja. Das ist auch klar. Denn bei Ihnen klingt immer wieder an: „Ihr habt euer Lieblingskind.“

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und Stiefkinder!)

– „Stiefkinder.“ – „Ihr habt eure Lieblingskinder.“ Ich als Kultusministerin trage Verantwortung für das ganze Schulsystem, für alle Schulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der sollten Sie aber auch gerecht werden! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Ich sage nur: 111,8 %.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, da haben Sie Pech gehabt!)

– 111,8 % Ausstattung, Herr Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie bekommen die neuesten Zahlen! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Und dann noch jammern! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, ja! Sie bekommen die Zahlen von mir serviert!)

Als Stiefkind können Sie sich nun wirklich nicht bezeichnen. Das stelle ich hier noch einmal fest.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber von Ihnen habe ich noch nie eine Stelle bekommen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich trage Verantwortung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss bei einer solchen Debatte doch möglich sein, jemanden auch argumentieren zu lassen, selbst wenn er oder sie Mitglied der Regierung ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie hat mich doch angesprochen! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Ja, deswegen lassen Sie sie doch einfach einmal argumentieren. Sie können nachher wieder darauf eingehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir sollen doch das Ganze lebendig gestalten!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Vielen Dank, Herr Präsident. Ich habe mich schon daran gewöhnt. Gleichwohl würde ich meinen letzten Gedanken gern noch zu Ende führen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Klassenbucheintrag!)

Ich trage Verantwortung – nicht für das Klassenbuch – für alle Schulen in Baden-Württemberg. Es ist völlig klar, dass wir beim jetzigen Verfahren der Haushaltsaufstellung die Aufgabe haben, die Interessen aller Schulen zu würdigen, und sie werden auch gewürdigt. Das bedeutet, dass jede Schule die Lehrerinnen und Lehrer bekommen wird, die sie braucht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Pflichtbereich!)

– Ja, klar. Das ist doch völlig logisch.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich sage noch einmal: 111,8 % Ausstattung. Sie können sich nicht beschweren. Auch da muss man natürlich genau hinschauen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihre Statistik stimmt nicht!)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Es ist nämlich ein Systemfehler, dass ich auf der einen Seite Schulen habe, die überversorgt sind – entschuldigen Sie bitte –, und auf der anderen Seite Schulen, die nicht einmal die 100 % voll bekommen. Natürlich schaue ich mir das genau an.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist Planwirtschaft!)

Das werden wir verändern, weil sich das einfach so gehört.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben eine wichtige Aufgabe zu leisten. Es gibt dabei keine Lieblingskinder. Es gibt klare Ziele. Die Unterrichtsversorgung ist zu sichern. Wir wollen die Pädagogik in Baden-Württemberg weiterbringen und endlich eine Schulentwicklungsplanung etablieren, die die Zukunftsfragen beantwortet.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort. – Sie haben noch eine Redezeit von einer Minute und 40 Sekunden.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die entscheidenden Fragen, die ich Ihnen gestellt habe, sind Sie nicht eingegangen. Sie sagen nicht, wie nach Ihrer Ansicht die Schullandschaft in Baden-Württemberg in fünf oder in zehn Jahren aussehen soll.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Besser!)

Sie öffnen mit Ihrer Politik die Schleusen und beschwerten sich jetzt, dass das Wasser über Ihnen zusammenfällt und andere Bereiche austrocknen. Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung verschärft die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Bildungswesen im ländlichen Raum ganz massiv. Das kann ich Ihnen an x Beispielen deutlich machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Natürlich können Sie nichts für den demografischen Wandel. Wer behauptet denn das? Aber Sie verschärfen mit Ihrer Politik diese Situation. Mit der Gemeinschaftsschule und der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung verschärfen Sie die Situation. Jetzt, nach einem Jahr, sagen Sie: „Wir müssten eigentlich eine regionale Schulentwicklung machen.“

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das müssen Sie doch zuerst machen, und erst dann folgen die Reformen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann würde mich wirklich interessieren – darauf gehen Sie nicht ein –: Wie stehen Sie zu den Äußerungen von Herrn Zeller und Herrn Bosch? Dazu hört man nichts.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sind Sie der Meinung, dass das gegliederte Bildungswesen in Baden-Württemberg der Verfassung widerspricht, ja oder nein? Darauf möchte ich eine Antwort von Ihnen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Sie geben sie nicht. Ich werde Ihnen diese Frage so lange stellen, bis Sie irgendwann eine Antwort darauf geben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stattdessen hört man hier Wortblasen wie „Kein Schüler soll verloren gehen“, „Bildungspolitik des Wandels“,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Blabla!)

„längeres gemeinsames Lernen“, „mehr soziale Gerechtigkeit“, „Bitte unterstützen Sie unsere Bildungspolitik“.

Bei Ihrer Bildungspolitik, besonders was die Gemeinschaftsschule angeht, fällt mir immer das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ ein.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Da rennt einer nackt herum!)

Denn Sie stolzieren herum und sagen: „leistungsstark, sozial gerecht und toll“. Irgendwann wird jemand aufstehen und sagen: „Ihre Bildungspolitik ist nackt, und da steckt nichts dahinter.“

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Frau Kultusministerin, Sie stellen sich hier vorn hin und sagen: „Ich bin für alle Schulen da.“ Das haben die Schulen aber noch gar nicht gemerkt.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Lesen Sie doch einmal die Pressemitteilungen der GEW von dieser Woche. Lesen Sie doch einmal die Pressemitteilungen des Philologenverbands. Lesen Sie die Pressemitteilungen des BLV. Lesen Sie die Pressemitteilungen des VBE. Welcher Verband steht eigentlich hinter Ihnen, und welche Schulart fühlt sich von Ihnen vertreten? Vielleicht gibt es irgendwann einen Interessenverband der Gemeinschaftsschulen.

Sie haben kein Ziel.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie handeln munter drauflos, und im Nachhinein sagen Sie: „Wir brauchen eine regionale Schulentwicklung.“ Das hätte am Anfang stehen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es muss schon bitter sein, wenn man aus dem Elfenbeinturm vertrieben wird.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Das scheint mir wie die Vertreibung aus dem Paradies zu sein.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Das haben Sie am 27. März letzten Jahres gedacht!)

(Sabine Kurtz)

Sie tragen wirklich schwer an der Verantwortung und an allem, was wir Ihnen aufgeladen haben. Sie haben mein Mitgefühl.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie doch Frau Kurtz ihre Argumentation zu Ende bringen.

(Zuruf von der SPD: Sie fordert es ja heraus!)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Was mich aber wirklich ärgert, ist die Haltung: „Was interessiert mich mein dummes Geschwätz von gestern?“ Das alles gilt nicht mehr. Herr Ministerpräsident, ich habe schon von unserer Begegnung in Ludwigsburg gesprochen. Da haben Sie glattweg gesagt: „Debatten über Schulstrukturen sind unwichtig, und es ist völlig unnötig, über den Klassenteiler zu diskutieren.“ Entschuldigung, worüber haben Sie dann die letzten sechs Jahre geredet? Ich erinnere an den Murrelertag, den Volker Schebesta hier so genannt hat. Ich kann das alles vergessen und sagen: „Willkommen im Klub.“ Sie haben uns zugehört, Sie haben das offensichtlich auch verstanden.

Aber das, was ich wirklich nicht vergessen kann, ist, was Sie jetzt Lehrerinnen und Lehrern möglicherweise aufladen. Dafür müssen Sie die schwere Verantwortung schon übernehmen. Sie können die Zahl der Lehrer jetzt nicht einfach geschwind reduzieren – so aus dem Stegreif, ohne Plan und gründliche Vorbereitung. Sie wissen selbst ganz genau: Das Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1 : 14 ist eine schöne Relation, aber sie stimmt natürlich nicht, weil von den vielen Lehrerstellen ganz viele in der Fortbildung oder in der Evaluation stecken. Sie werden ganz viele Lehrerstellen auch für die Inklusion brauchen. Das sind alles Fragen, die hier überhaupt noch nicht beantwortet worden sind.

Sie sind leider wieder nicht über Sprechblasen hinausgekommen. Wir möchten gern wissen: Wie geht es in diesen Bereichen weiter, die bei den ganzen Neuerungen, die auf die Lehrerinnen und Lehrer zukommen, wichtig sind? Diese Gretchenfragen müssen Sie einfach beantworten. Wenn Sie hier sinnvoll und konstruktiv vorgehen, dann haben Sie uns auch an Ihrer Seite, wenn es darum geht, den Haushalt zu konsolidieren und im Hinblick darauf auch Lehrerstellen sinnvoll und intelligent einzusparen. Aber die Planung, die dazu notwendig ist, hätten wir schon gern, weil wir nicht wollen, dass es in diesem Land zu einem Bildungsabbruch kommt, nachdem uns ein Bildungsaufbruch versprochen wurde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Kurtz, es wird sicherlich nicht zu einem Bildungsabbruch in Baden-Württemberg kommen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er ist schon da!)

Wir werden bessere Bildung durch bessere Ressourcensteuerung erreichen. Wir werden es schaffen, eine strukturelle Rendite zu erzielen und damit die Bildungsqualität im Land zu verbessern. Ich möchte an dieser Stelle betonen: Wir haben in vielen Bereichen der Bildung längst überfällige Investitionen vorgenommen. Wir haben einen dreistelligen Millionenbetrag in die frühkindliche Bildung investiert. Wir haben in die Sprachförderung für alle Kinder im Kindergarten, in die längst fällige Beteiligung des Landes an der Schulsozialarbeit, in den Hochschulbereich und auch in den Bereich des lebenslangen Lernens investiert. Auch das gehört zum Bildungsaufbruch.

Weil wir jetzt über das Thema Schule gesprochen haben: Der Ministerpräsident ist mit dem, was er in dieser Woche gesagt hat, seinem Grundsatz treu geblieben, nämlich dem Grundsatz, Klarheit und Wahrheit zu schaffen. Das werden wir auch tun, meine Damen und Herren.

Bildung wird von uns und von vielen Interessengruppen, vielen engagierten Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern im Land neu gedacht. Diese unterstützen wir bei ihrer Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Worthülsen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Vielleicht antwortet er ja auf meine Fragen!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich beantworte grundsätzlich alle Fragen; das ist gar kein Problem.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Passt das dreigliedrige Schulsystem mit unserer Verfassung zusammen?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Wo gibt es denn das, ein dreigliedriges Schulsystem?)

– Ja, das haben Sie gefragt. – Wir haben das nicht herbeigeführt.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es entspricht der Verfassung!)

– Moment. – Passt das zusammen? Wir haben das nicht herbeigeführt, sondern immer beklagt. Sie haben immer ignoriert, dass Baden-Württemberg bei der Frage, in welchem Bundesland die soziale Herkunft am stärksten über den Bildungserfolg entscheidet, Schlusslicht ist. Baden-Württemberg!

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Unsere Verfassung gebietet aber, dass jedes Kind die Bildung bekommt, die ihm zusteht.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Jawohl!)

Deshalb gibt es da einen Widerspruch, den wir aufzulösen versuchen. Das geht nicht von heute auf morgen – völlig klar –, und deshalb ist da auch gar keine Panik angesagt. Im nächsten Schuljahr starten 40 oder 41 Gemeinschaftsschulen. 41! Da kann man nicht davon sprechen, da breche das ganze Bildungssystem zusammen.

(Claus Schmiedel)

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Zeller rechnet mit 100!)

Im Herbst werden dann andere, neue Schulen ihr Interesse bekunden. Dann wird man schauen: Haben sie sich gut vorbereitet? Sind sie weiterqualifiziert? Haben sie ein Konzept?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Haben Sie Ihren Regionalisierungsplan vorher schon bekannt gegeben?)

Dann bekommen sie eine Genehmigung, wenn es in das regionale Schulentwicklungskonzept hineinpasst.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Liegt das bis dahin vor? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Was Sie nicht verstehen, ist Folgendes: Sie kennen Politik nur als Politik par ordre du mufti. Da soll jemand festlegen –

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Stichwort Gemeinschaftsschule! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Ja, logisch! Ich muss ja jetzt nicht den Namen Mappus erwähnen, oder?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Stichwort Gemeinschaftsschule! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie sind Warminski-Leitheußer! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr gut, Herr Kern!)

– Ist ja gar nicht wahr. Ich bin doch gar nicht so hübsch.

Der Punkt ist: Dieser neue Schultyp, diese neue Pädagogik Gemeinschaftsschule lässt sich nicht par ordre du mufti verordnen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen Sie aber! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie wollen doch einen Plan machen! Das verstehe ich irgendwie nicht!)

– Moment! –, sondern sie erfordert die Bereitschaft des Kollegiums, diesen Weg zu gehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Jetzt stellen wir fest: Das geht an einem Ort schneller, am anderen langsamer.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist der einzige Weg, der gegangen werden kann!)

– Ja, richtig. Klar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist die Wahlmöglichkeit! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Politik des Gehörtwerdens! – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

– Entschuldigung, Herr Röhm: Sie haben das, was Sie machen, nämlich Lehramt, einmal studiert. Sie haben aber nie individuelles Fördern gelernt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doch! Habe ich gelernt! Habe ich! Wunderbar!)

Sie können Gemeinschaftsschule gar nicht. Sie können das nicht – wie auch ich nicht. Deshalb muss man sich dafür qualifizieren. Deshalb muss man das beantragen. Das ist ein schwieriger Weg, aber andere Länder haben das schon gemacht. Die CDU in Schleswig-Holstein hat das übrigens auch gemacht: Gemeinschaftsschule per Antrag. Der FDP-Bildungsminister war kürzlich da und hat gesagt: „Ein wunderbares Angebot. Habt doch nicht so viel Fracksausen hier in Baden-Württemberg!“ Das ist das, was passiert.

Deshalb war es auch richtig, zu sagen: „Jede Schule bekommt das, was sie braucht.“ Denn das haben Sie in der Vergangenheit nicht hergestellt.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Nein, das ist nicht wahr!)

Trotz der exzellenten Lehrer-Schüler-Relation gab es in vielen Fällen einen Mangel und Unterrichtsausfall, dass es die Haut anregt. Das muss man in Ordnung bringen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Haben Sie heute schon die Zeitung gelesen?)

Das ist handwerkliche Arbeit. Das geht aber auch nicht per Knopfdruck, sondern da muss man sich richtig hineinknien. Da muss man auch die Systeme ändern. Deshalb ist es richtig – ich hoffe, Sie stimmen dem zu –, dass die Ressourcenverteilung Stück um Stück dezentralisiert wird, weil man vor Ort am besten weiß, was man braucht. Bisher schickt ein Personalreferent im Regierungspräsidium eben die, die er hat. Dieses System umzustellen haben wir uns vorgenommen. Daran sollten Sie sich eigentlich beteiligen,

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke des Präsidenten)

denn wir verbessern jetzt das, was Sie liegen gelassen haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Frage noch!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Ende der Redezeit ist erreicht. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 5.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie lange machen wir noch?)

– Wir machen bis zum Ende der Tagesordnung, Herr Kollege Zimmermann. Um das zu ändern, müssten die Fraktionen übereinkommen, etwas abzusetzen. Ich habe gehört, dass die CDU-Fraktion dazu nicht bereit ist. Also ziehen wir die Tagesordnung durch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt sind wir schon da!)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Drucksache 15/1650

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2014

Berichterstatterin: Abg. Muhterem Aras

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Allgemeine Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Herrmann das Wort.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere lieber Kollege Zimmermann! Heute wird noch ein sehr wichtiger Punkt behandelt, nämlich die zweite Lesung dieses Gesetzentwurfs.

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

An der weltweiten Finanzkrise ist auch mit schuld, dass die Staaten zum Teil weit über ihre Verhältnisse leben und gelebt haben und Schulden machen. Das gilt für alle Staaten, in der Vergangenheit auch für uns in Baden-Württemberg. Interessant ist, dass die Neuverschuldung aller EU-Staaten vor zwei Jahren höher war als das Volumen der Bankenrettungsschirme, die damals beschlossen worden sind. Über sie fand zu Recht eine breite Diskussion statt, während man über die Verschuldung kaum spricht.

In Baden-Württemberg wurde bereits vor 20 Jahren unter der Regierung von Erwin Teufel ein Paradigmenwechsel eingeleitet und die jährliche Neuverschuldung schrittweise gesenkt. Es wurden massive Einsparungen vorgenommen. Es wurden auch strukturelle Einsparungen vorgenommen, auch wenn Sie von der Regierung und von den Regierungsfractionen immer das Gegenteil behaupten: Wir haben in den Regierungspräsidien vor der Verwaltungsreform die Zahl der Personalstellen um ein Drittel gesenkt, wir haben in den Ministerien die Zahl der Personalstellen um 15 % gesenkt, wir haben den Beamten das Urlaubsgeld gestrichen, das Weihnachtsgeld gekürzt, die 41-Stunden-Woche eingeführt, wir haben die Verwaltungsreform durchgeführt – alles strukturelle Maßnahmen, die den Landeshaushalt heute jährlich mit über einer halben Milliarde Euro entlasten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zusätzlich haben wir einen Versorgungsfonds eingeführt, um die Pensionsverpflichtungen der Zukunft besser bewältigen zu können.

Als der Doppelhaushalt 2007/2008 hier im Landtag beraten wurde, haben wir, obwohl damals eine Deckungslücke von 3 Milliarden € bestand, gesagt: Wir führen eine einzelgesetzliche Schuldenbremse ein, indem wir die Landeshaushaltsordnung in § 18 ergänzen.

Als dann im Dezember 2007 über den Ersten Nachtragshaushalt 2007/2008 im Landtag beraten wurde, hat sich gezeigt, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung und der Tatsache, dass die Einsparungen tatsächlich gewirkt haben, bereits 2008 ein Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden vorgelegt werden konnte. Man hat die Landeshaushaltsordnung restriktiver, also schärfer, und eingeschränkter gefasst und die Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung verschärft.

Dann kam die Föderalismuskommission II, an der auch Sie, Herr Ministerpräsident Kretschmann, und Sie, Herr Drexler, mitgewirkt haben. Der Grundsatz war: Es sollen keine neuen

Schulden aufgenommen werden. Die Ausnahme: Die Länder können bis zum Jahr 2020 davon abweichen.

Nun kam der Regierungswechsel 2011. Sie haben Milliarden Euro an Mehreinnahmen angetroffen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Oh, angetroffen!)

Wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2012 34 Milliarden € Einnahmen prognostiziert. Sie haben jetzt im Haushalt tatsächlich 39 Milliarden € stehen.

(Abg. Klaus Maier SPD: Brutto!)

5 Milliarden € mehr! 1 Milliarde € gehen auf den Überschuss aus dem Vorjahr zurück – das ist richtig –, aber 4 Milliarden € stellen Steuermehreinnahmen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung dar.

(Abg. Klaus Maier SPD: Brutto!)

Ein guter Teil der Deckungslücke, die Sie jetzt im nächsten und im übernächsten Jahr haben, rührt daher, dass Sie mit dem Haushalt 2012 und dem Vierten Nachtrag 2011 zahlreiche Wünsche erfüllt haben, die in den nächsten Jahren strukturell zu Buche schlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nur ein paar Beispiele: Mehr Geld für Altlasten, für Nachhaltigkeit, für die Energiepolitik, für die Schulsozialarbeit, für das Arbeitsmarktprogramm, für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Die Studiengebühren wurden abgeschafft, neue Stellen in Ministerien bewilligt usw. Manches davon mag auch sinnvoll sein. Wir haben dem einen oder anderen auch zugestimmt. Aber in dem Umfang, in dem Sie Mehrausgaben beschlossen haben, wirkt das in verstärktem Maß 2013 ff. fort.

Jetzt plötzlich merkt das auch der Ministerpräsident. Es leistete hier am 24. Mai einen Offenbarungseid und sagte, er sehe sich nicht in der Lage, in einem Jahr eine von ihm mit verantwortete Haushaltslücke von 2,5 Milliarden € zu schließen. Er sehe sich dazu nicht in der Lage – trotz der hohen Steuereinnahmen.

Dann gibt man ein Gutachten bei der Hertie School of Governance in Auftrag und legt diesem den von Ihnen aufgeblähten Haushalt 2012 und die daraus resultierende mittelfristige Finanzplanung zugrunde. Das Gutachten kommt zum Ergebnis: Schuldenbremse in der Landesverfassung Ja, aber erst ab dem Jahr 2020; bis dahin sind 6,6 Milliarden € neue Schulden zulässig, allein 6 Milliarden € in dieser Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, wer – und das auch noch gutachterlich bestätigt – bei bester Konjunkturlage in dieser Legislaturperiode 6 Milliarden € zusätzliche Schulden machen will, handelt unverantwortlich. Er handelt auf Kosten künftiger Generationen und trägt mit dazu bei, dass Baden-Württemberg vom finanzpolitischen Vorbild zum Träger der roten Laterne wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir sind zu Gesprächen bereit, die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen. Wir sind aber nicht dazu be-

(Klaus Herrmann)

reit, wenn die Schuldenbremse erst mit Wirkung ab dem Jahr 2020 aufgenommen werden soll. Denn dann gilt die Schuldenbremse des Grundgesetzes für die Länder ohnehin.

Ein möglicher Weg könnte sein, dass wir die Schuldenbremse mit Wirkung ab 1. Januar 2015 in der Verfassung verankern. Denn dann wird hier der letzte Haushalt in dieser Legislaturperiode verabschiedet. Der Bund muss bereits 2016 ohne neue Schulden auskommen. Das Jahr 2020 wurde für die Länder deshalb gewählt, weil man Rücksicht auf die besonders hoch verschuldeten Bundesländer genommen hat. Man hat aber nicht Rücksicht auf Länder genommen, die wie Baden-Württemberg gut dastehen.

Nun haben wir, was die Haushaltsaufstellung betrifft, einen ganz großen Unterschied zwischen dem Jahr 2007 und heute. Wir haben zunächst eine Gemeinsamkeit: Es ist eine Deckungslücke von 3 Milliarden € vorhanden. Der Unterschied ist: Wir wollten damals keine neuen Schulden. Wir haben die Landeshaushaltsordnung ergänzt, die Schuldenbremse aufgenommen. Wir haben massiv gespart. Wir haben nicht in großem Umfang mehr Ausgaben beschlossen, als Mehreinnahmen kamen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Uns ist es gelungen, die Neuverschuldung ab 1. Januar 2008 auf null zu senken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: In 58 Jahren!)

Das war ein harter Kampf, auch gegen oft berechtigte Wünsche aus unserer Fraktion. Aber gemeinsam mit der FDP/DVP haben wir es geschafft, auch 2009 ohne neue Schulden auszukommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Trotz vieler Wünsche aus der Opposition damals! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wahnsinn!)

Wo stehen wir heute? Sie haben nun in der Finanzplanung für die nächsten beiden Jahre ebenfalls eine Deckungslücke von 3 Milliarden €.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Sie aber wollen die einzelgesetzliche Schuldenbremse, die in der Landeshaushaltsordnung verankert ist, erneut missachten oder streichen. Die Landeshaushaltsordnung bindet Regierung und Verwaltung – leider nicht den Gesetzgeber. Die Mehrheit hier im Landtag beabsichtigt, im nächsten Jahr erneut gegen die Landeshaushaltsordnung zu verstoßen und einen Haushalt mit neuen Schulden vorzulegen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer hat denn das gesagt?)

Wir haben bisher kein Recht, dagegen zu klagen.

Ich zitiere eine Aussage des Präsidenten des Rechnungshofs bei der Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs im Finanz- und Wirtschaftsausschuss, die in dem betreffenden Bericht wie folgt wiedergegeben wird:

Die Regelungen zur Verschuldung bzw. zu einem Verbot der Verschuldung seien so elementar, dass ihre Einhal-

tung – unabhängig davon, ob in der Verfassung oder einzelgesetzlich – rechtlich nachprüfbar gestaltet werden sollte.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir ein Klage-recht des Parlaments vor dem Staatsgerichtshof einführen, damit § 18 der Landeshaushaltsordnung, wie wir ihn 2007 eingeführt haben, auch für das Parlament Verbindlichkeit hat. Deshalb bitten wir um Zustimmung des Hauses.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Rechtsanwältin!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme mir manchmal vor wie eine Schallplatte, die einen Sprung hat und deshalb immer wieder das Gleiche wiederholt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Uns auch! – Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt allerdings!)

– Nicht zu früh freuen, liebe Kollegen.

Sie haben dieses Land jahrzehntelang regiert.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie haben einen Berg von über 45 Milliarden € offenen Schulden angehäuft und einen riesengroßen Sanierungsstau hinterlassen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Auch durch Wiederholung wird das nicht besser!)

Jetzt inszenieren Sie sich hier als die Verfechter der Haushaltsdisziplin,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: 2007 war das!)

die Sie fast 60 Jahre lang mit Füßen getreten haben. Sie haben nicht nur in verfassungswidriger Weise das Haushaltsrecht des Parlaments missachtet. Sie haben auch noch mindestens 800 Millionen € beim EnBW-Deal in den Sand gesetzt.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU)

Jetzt sind Sie keine 15 Monate lang in der Opposition, und schon mutieren Sie zum Sparkommissar. Das ist unglaublich. Diese Rolle nimmt Ihnen niemand ab.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Wo bleibt der Applaus von der eigenen Fraktion?)

Meine Damen und Herren, Ziel der grün-roten Koalition ist es, das strukturelle Defizit abzubauen, also die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen und die Schuldenbremse einzuhalten. Das alles geht jedoch nicht von heute auf morgen.

Die einstimmige Verabschiedung der Änderung des § 18 LHO im Jahr 2007, also die Einführung eines Schuldendeckels und

(Muhterem Aras)

einer Schuldenbremse, war ein richtiger und wichtiger Schritt. Das Land verpflichtete sich mit dieser Regelung einer nachhaltigen Haushaltspolitik. Diese Regelung wurde aber vor den Ergebnissen der Föderalismuskommission II und vor der Finanzkrise beschlossen.

Jetzt stellt sich die Frage, ob sie noch den heutigen Anforderungen vor allem im Hinblick auf die grundgesetzliche Schuldenbremse gerecht wird. Im Gutachten der Hertie School of Governance wird deutlich, dass die LHO diesen Anforderungen nicht mehr gerecht wird und deshalb geändert werden sollte. Zitat:

Ab diesem Zeitpunkt

– gemeint ist das Jahr 2020 –

wird § 18 LHO in der jetzigen Form nicht mehr aufrechterhalten sein, weil dessen Kombination aus Schuldendeckel ... und antizyklischen Elementen ... mit der „Schuldenbremse“ des Grundgesetzes ... teilweise unvereinbar ist.

Mit der Verfassungsänderung und dem Ziel eines verbindlichen Abbaupfads liegen wir übrigens mit dem Rechnungshof auf einer Linie. Auch der Rechnungshof hat in seiner Denkschrift 2012 empfohlen, die Landesverfassung zu ändern. Ich zitiere aus dem Wegweiser zur Denkschrift 2012:

Ein wichtiger Meilenstein für die Haushaltskonsolidierung wäre es, die bisher nur in der Landeshaushaltsordnung enthaltene Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern.

Der Rechnungshof betont, dass die Regelungen der Landeshaushaltsordnung bisher nicht die gebotene Wirkung entfaltet haben. Ich zitiere aus der Denkschrift:

Die Landeshaushaltsordnung hat nur einfachgesetzliche Qualität. Änderungen der Landeshaushaltsordnung sind mit einfacher Mehrheit des Landtags möglich.

Deshalb forderte der Rechnungshof schon 2006 und 2008, ein Verschuldungsverbot in der Landesverfassung zu verankern. In dieser Zeit hatten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, die Verantwortung und sind der Empfehlung des Rechnungshofs nicht gefolgt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben uns doch daran gehalten! Das war gar nicht notwendig!)

Wir nehmen die Empfehlung des Rechnungshofs und das bereits zitierte Gutachten ernst und wollen die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufnehmen.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Zum spätestmöglichen Zeitpunkt!)

Ihr Ansinnen, die LHO vor einer Verfassungsänderung zu ändern, ist dagegen völlig unsinnig. Wenn wir dem Gesetzentwurf heute zustimmen würden, würde der Schwanz mit dem Hund wedeln. Sie von der Opposition sollten sich Ihrer Verantwortung bewusst sein und sich aktiv an der Verfassungsänderung beteiligen.

Tatsache ist doch, dass wir eine Zweidrittelmehrheit brauchen, um die Landesverfassung zu ändern. Wir wollen dies in einem

fraktionsübergreifenden Dialog, zu dem der Finanzminister die Vorsitzenden aller Fraktionen im Landtag bereits eingeladen hat, klären.

(Abg. Peter Hauk CDU: Zunächst einmal hat er zitiert!)

– Er hat eingeladen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt hat er eingeladen, vorher hat er zitiert!)

Nach der Verfassungsänderung, die wir hoffentlich gemeinsam auf den Weg bringen, können wir uns dann gern gemeinsam um die Landeshaushaltsordnung kümmern. Ein verbindlicher Pfad zum Abbau des strukturellen Defizits ist nachhaltiger und wirkungsvoller, als Forderungen nach einer punktuellen Nullneuerschuldung zu stellen. Das strukturelle Defizit von 2,5 Milliarden €, das wir von der Vorgängerregierung geerbt haben, lässt sich aber nicht von einem auf den anderen Tag abbauen.

Meine Damen und Herren, die grün-rote Koalition hat für die Verankerung der Schuldenbremse in die Landesverfassung und für den Abbau des strukturellen Defizits in unserem Land einen klaren Fahrplan. Wir freuen uns über jede Unterstützung auf diesem Weg, denn wir wollen beim Sparen Brücken bauen und nicht einreißen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Hierfür bedarf es eines Konsenses, möglichst eines Konsenses über die Fraktionsgrenzen hinweg, damit die Herausforderungen der Konsolidierung auch den Bürgerinnen und Bürgern gut vermittelt werden können. Wir laden Sie ein, diesen Weg konstruktiv mit uns gemeinsam zu gehen und Ihrer Verantwortung für Baden-Württemberg gerecht zu werden.

Zum Schluss möchte ich noch zwei, drei Anmerkungen zum Beitrag von Herrn Herrmann machen. Herr Herrmann, Sie wissen, dass im Ausschuss die Debatte deutlich sachlicher ist. Ich weiß: Das hier ist irgendwie ein bisschen Show. Deshalb verstehe ich auch Ihr Ansinnen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie machen doch eine Show!)

– Moment. Ich mache hier keine Show. Wenn Sie ernsthaft an der Sache interessiert wären, hätten Sie den Gesetzentwurf zunächst einmal zurückgestellt, hätten den Dialog abgewartet, und wenn sich dann nichts ergeben hätte, hätten Sie Ihren Weg weiterverfolgen können.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wieso denn? Das Initiativrecht ist doch bei uns!)

Sie führen auf, dass Sie in 58 Jahren Regierungszeit zwei Jahre ohne Aufnahme neuer Schulden ausgekommen sind.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt geht das schon wieder los! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Diesen Spruch kann ich nicht mehr hören! – Abg. Winfried Mack CDU: Abschalten!)

Das ist eine „große“ Leistung. Ich gratuliere Ihnen dazu ganz herzlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Muhterem Aras)

Wir regieren gerade einmal 15 Monate. Wir haben 2011 keine neuen Schulden aufgenommen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben 2012 keine neuen Schulden aufgenommen, und wir haben investiert.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: 5 Milliarden € mehr Einnahmen! – Abg. Peter Hauk CDU: Die Erblast kommt dann 2013 wieder! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ab 2013 gilt dann wieder die Erblast! 2011 und 2012 sind es Ihre eigenen Leistungen! Für wie blöd halten Sie die Leute? – Gegenruf: Ruhe!)

– Ich halte die Leute gar nicht für blöd,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Offensichtlich doch!)

im Gegensatz zu Ihnen. Die Leute sind sehr viel klüger, als Sie hier manchmal tun. Ich habe großen Respekt vor den Wählerinnen und Wählern. Diese werden schon die richtige Entscheidung finden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. Dann würden Sie nicht so daherreden! – Zuruf von der CDU: Dann zeigen Sie es bitte!)

Mir ist nur wichtig: Diese Landesregierung hat nicht gegen die LHO verstoßen, auch wenn Sie es immer wieder erwähnen.

(Abg. Peter Hauk und Abg. Andreas Deuschle CDU: Natürlich!)

Wir haben uns im Gegensatz zu Ihnen verfassungskonform verhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Jetzt kommt Sachlichkeit! – Abg. Winfried Mack CDU: Ein berühmter Name! – Gegenruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Aber der war aus Schorndorf!)

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war beeindruckend, wie Herr Herrmann aufgeführt hat, wie die damalige Landesregierung gespart hat.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Guter Mann!)

Lieber Herr Herrmann, wenn Sie das 50 Jahre lang so gemacht hätten, dann hätten wir keinen Schuldenberg von 43,3 Milliarden €.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Nach 20 Jahren wäre abgebaut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wie sieht

es eigentlich in Ihrer Kommune aus? – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Von dort ist er geflüchtet!)

Formal ist das natürlich eine einfache Sache, in die Landeshaushaltsordnung und in die Verfassung die Regelung hineinzuschreiben, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Das aber in die Tat umzusetzen, das ist sehr viel schwieriger. Sie haben es während Ihrer Regierungszeit ja auch nicht in die Tat umgesetzt. Es wäre viel Zeit vorhanden gewesen, die Verfassung zu ändern oder in die LHO die Regelung hineinzuschreiben, dass man vor dem Staatsgerichtshof klagen kann.

Die Ausgangslage ist wirklich schwierig. Wir haben ein Defizit von 2,5 Milliarden €. Man sagt so schön: Da besteht haushaltswirtschaftlicher Handlungsbedarf. Dieser rührt daher, dass die Personalausgaben weiterlaufen. Im Jahr 2013 sind es rund 600 Millionen € mehr als im Vorjahr. Die Einnahmen hingegen sinken. Von großen sprudelnden Steuereinnahmen sehen wir im Jahr 2013 nicht viel.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was?)

Die Einmaleffekte sind ausgenutzt. Viele Probleme bleiben für das Land bestehen, z. B. der Sanierungsstau, der Hochwasserschutz, Kostensteigerungen bei schlechten Verkehrsverträgen und der doppelte Studienjahrgang, der jetzt kommt.

In der Plenardebatte am 10. November 2011 ging es darum, Gesetzentwürfe der FDP/DVP und der CDU zur Änderung der Verfassung zu beraten. Deren Ziel war die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung. In der damaligen Diskussion war durchaus zu erkennen, dass alle Fraktionen dieses Ziel mittragen. Mein Kollege Wolfgang Drexler hat ausdrücklich die Bereitschaft der SPD-Fraktion zu diesem Schritt erklärt. Herr Rülke, Sie haben damals noch einmal nachgefragt: Sind Sie bereit, mitzumachen? Ich sage es nochmals: Wir sind bereit, mitzumachen, hier eine Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wann?)

Die Vorberatungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung wurden damals einvernehmlich ausgesetzt. Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten liegt jetzt vor. Wir haben auch schon interfraktionelle Besprechungen angesetzt, einmal am 21. Juni, dann am 10. Juli. Weitere Termine sind geplant. Wir müssen viele Dinge definieren. So weit, so gut.

Jetzt liegt aber ein Gesetzentwurf vor, der Gesetzentwurf der CDU, der sich mit der LHO beschäftigt. Wir meinen, das ist eine Paralleldebatte. Wir meinen, wir begäben uns, wenn wir den vorgeschlagenen Weg gingen, auf ein Nebengleis.

Die CDU hat den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht, der zum Ziel hat, die LHO zu ergänzen. Dem Parlament und dem Rechnungshof soll die Möglichkeit eingeräumt werden, bei Verstößen gegen die LHO den Staatsgerichtshof anzufragen. Dieses Begehren ist äußerst fragwürdig. Es ist unüblich, dass der Staatsgerichtshof, der für Verfassungsfragen zuständig ist, Fragen zu einem Gesetz entscheiden soll, das vom Wesen her ein Ausführungsgesetz für die Verwaltung ist. Diese Konstellation ist problematisch, vermutlich sogar untauglich. Denn der Staatsgerichtshof wird sich nicht über den Grund-

(Klaus Maier)

satz „Neues Recht vor altem Recht“ hinwegsetzen. Es ist ein Systembruch, wenn eine einfachgesetzliche Regelung quasi in den Rang einer Verfassungsnorm gehoben wird.

In der Fachwelt sind die Aussagen dazu gespalten. Wir haben vom Gemeindetag und vom Landkreistag durchaus ablehnende Kommentare vorliegen. Der Rechnungshof begrüßt, dass er durch ein Klagerecht nun ein Ritter mit Schwert werden könnte. In den Beratungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses war die Meinung des Rechnungshofs allerdings nicht einheitlich.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Landtag, diesen Gesetzentwurf der CDU abzulehnen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Mit Mehrheit!)

Ich bin der Meinung, dass dieses Nebengleis, auf dem wir mit diesem Gesetzentwurf sind, ein Gleis ohne Anschluss ist.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kopfbahnhof!)

Wir sollten uns besser um das Kernanliegen kümmern: die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung.

Dazu liegt in der Zwischenzeit ein Gutachten zur Umsetzung der Schuldenbremse vor. Dieses Gutachten untersucht die Fragestellungen und hat folgende Kernaussagen:

(Abg. Winfried Mack CDU: Das alte Gutachten!)

Die in der LHO enthaltenen Regelungen sind nicht tauglich, um nachhaltig wirksame Haushalts- und Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die Regelungen der LHO müssen weiterentwickelt werden und müssen in ihrer Fassung darauf ausgerichtet werden, bereits jetzt auf das hohe strukturelle Defizit einzugehen und es nach und nach zu beseitigen.

Wenn man den Konsolidierungsbedarf in Höhe von ca. 2,5 Milliarden € pro Jahr kurzfristig auffangen will, bedeutet das erhebliche Ausgabenkürzungen, die nicht nur die Dienstleistungsqualität des Landes deutlich einschränken, sondern auch rechtlich kaum durchführbar sind. Ich nenne nachher ein paar Beispiele.

Mit der derzeitigen Regelung in der LHO wird auch die Wirkung von Krisen unterschätzt. Die in der LHO enthaltene Einjahresfrist ist zu kurz bemessen. Es gibt noch eine ganze Reihe von Fragestellungen, die darin nicht im Einzelnen ausgeführt werden müssen.

Das Gutachten kommt auf jeden Fall zu dem Schluss, dass der Landesgesetzgeber nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, § 18 LHO nachzubessern und an die neuen Erkenntnisse anzupassen. Die künftige Verschuldungsregelung kann verfassungsrechtlicher oder einfachgesetzlicher Natur sein. Das müssen wir politisch entscheiden. Eine Pflicht zur Schaffung einer Landesverfassungsnorm gibt das Gutachten nicht her. Es besteht nicht darauf. Es spricht aber einiges dafür, z. B. der Umstand, dass die LHO den Haushaltsgesetzgeber nicht bindet, dagegen eine Verfassungsnorm natürlich eine sehr scharfe Waffe ist, die auch vom Parlament durchgesetzt werden kann. Die LHO muss allerdings spätestens am 1. Januar 2020 geändert worden sein, weil sie nicht ganz der Schuldenbremse des Grundgesetzes entspricht.

Wir haben aus den Debatten nun herausgehört, dass es für die Opposition ein geeigneter Weg scheint, möglichst schnell eine Schuldenbremse zu setzen und schon 2013 oder 2014 die Regierung zu zwingen, einen Haushaltsplan vorzulegen, der ohne neue Schulden auskommt. Das ist sehr ehrenwert; das ist aber sicherlich nicht ganz einfach. Ich will dies näher ausführen:

Das Gutachten enthält einen Kompromissvorschlag, ebenso wie ihn auch der Rechnungshof unterbreitet. Einen solchen Kompromiss brauchen wir. Wir brauchen Übergangsregelungen für den Zeitraum von heute bis 2020. Wir brauchen einen verbindlichen Abbaupfad. Die SPD-Fraktion hält diesen Weg für den richtigen.

Auch in der Debatte von heute Morgen habe ich einen interessanten Satz gehört, und zwar von Herrn Hauk. Er sagte, der Ausgleich des Haushalts sei eine der größten Herausforderungen dieses Jahrzehnts. Die Aufgabe, dieses Defizit auf einem Abbaupfad bis Ende dieses Jahrzehnts auszugleichen, ist also die große Herausforderung. Wenn wir in den Jahren 2013 und 2014 keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürften oder wollten, müssten wir jährlich einen Betrag von 2,5 Milliarden € allein durch Sparmaßnahmen abdecken. Das sind 6,5 % des Gesamthaushalts in Höhe von 38 Milliarden €. Dies würde eine massive Sparanstrengung bedeuten, wie sie übrigens noch nie in der Geschichte des Landes möglich war.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Freilich! 2007!)

Die Größenordnung von zweieinhalb Milliarden Euro hat es dafür bislang noch nie gegeben.

Die Zuweisungen für Investitionen der Städte und Gemeinden und alle anderen Bereiche, also die gesamte Investitionsausgabebetätigkeit des Landes, machen ungefähr 2,5 Milliarden € aus – nur damit man einmal die Größenordnung sieht. Der gesamte Haushalt des Innenministeriums beträgt 2,5 Milliarden € – auch das ist eine vergleichbare Größenordnung. Eine andere Möglichkeit – heute Morgen haben wir hierüber bereits diskutiert – wäre, dass der Länderfinanzausgleich für Baden-Württemberg wie durch ein Wunder entfallen würde. Dann hätten wir jährlich 2,5 Milliarden € mehr im Haushalt. Das würde weiterhelfen; aber das wird in den nächsten Jahren sicherlich nicht der Fall sein.

Wir schaffen es auch nicht, anteilig überall 6,6 % abzuknapsen. Wenn man vom Haushaltsansatz des Innenministeriums 6,6 % wegnehmen würde, käme man auf einen Betrag von 165 Millionen €. Das würde bedeuten, für das gesamte Innenministerium gäbe es überhaupt keine Sachmittel mehr. Dann würde sich kein Polizeiauto mehr bewegen. Auch beim Personal, dem größten Ausgabenposten des Innenministeriums, können wir nicht einfach 6,6 % einsparen. Dort sind Beamte tätig. Es geht tatsächlich nicht, und es geht auch rechtlich nicht.

Mit diesen wenigen Beispielen will ich unterstreichen, dass uns das vorliegende Gutachten recht gibt: Die Bewältigung des haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarfs ist nicht von einem Jahr aufs andere möglich. Man braucht dazu Zeit, und man braucht einen gut durchdachten Abbaupfad, um strukturell von Jahr zu Jahr weniger auszugeben. So können wir es schaffen, bis zur grundgesetzlichen Schuldenbremse selbst

(Klaus Maier)

unsere Neuverschuldung und unsere Defizite auf null zu bringen. Das können wir in die Verfassung aufnehmen. Das ist unser Angebot.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie können auch gern die Einnahmen hineinschreiben!)

Wir können handeln. Wir können darüber sprechen, wie viel dies von 2015 an jährlich sein soll. Das können wir miteinander ausmachen. Die Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur arbeitet gerade daran, Ihnen einen solchen Abbaupfad vorzustellen.

Die Finanzierungslücke muss nachhaltig geschlossen werden. Wir können dies tun, indem wir Strukturreformen in der Landesverwaltung durchführen. Das geht aber nicht von einem Jahr zum anderen. Wir müssen harte Sparmaßnahmen ergreifen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Maier, bitte kommen Sie allmählich zum Ende.

Abg. Klaus Maier SPD: Alle Ministerien müssen mitmachen. Auch die Weiterentwicklung unserer Verwaltungsstrukturen braucht ihre Zeit.

Unsere Fraktion hält deshalb von dem Gesetzentwurf, den die CDU eingebracht hat, wenig. Es ist ein Irrweg. Unser Land würde dadurch handlungsunfähig. Wir plädieren dafür, mithilfe des Gutachtens am Verhandlungstisch einen realistischen Pfad für den Abbau unseres Defizits zu vereinbaren und diesen Abbaupfad in die Verfassung zu schreiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sicher zutreffend, wenn man feststellt, dass im Land Baden-Württemberg über Jahrzehnte zu viele Schulden gemacht wurden. Man kann durchaus auch der FDP/DVP vorwerfen, sie sei in gewissen Zeiten dabei gewesen.

(Beifall des Abg. Alfred Winkler SPD)

Aber, Herr Kollege Maier und Herr Kollege Winkler, wenn man sich die Zeiten der Großen Koalition anschaut, dann wird man feststellen, dass auch Sie nicht im Stadium der absoluten Keuschheit verblieben sind, was das Geldausgeben anbelangt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Riesenzuwachs!)

Faktum ist aber, dass sich zu Beginn der zurückliegenden Legislaturperiode in den Jahren 2006 und 2007 die damalige schwarz-gelbe Regierungskoalition darauf verständigt hat, dass es jetzt an der Zeit ist, in ein anderes Zeitalter hinüberzugleiten und dafür zu sorgen, dass die Haushalte möglichst dauerhaft konsolidiert werden.

Zu diesem Zweck wurde die aktuell gültige Landeshaushaltsordnung verabschiedet mit dem Ziel, in guten Zeiten – so wie im Moment – unter gar keinen Umständen neue Schulden zu machen und dann, wenn in schlechten Zeiten wie in den Jahren 2009 und 2010 eine konjunkturelle Situation eintritt, die neue Schulden notwendig macht, diese zeitnah wieder abzubauen. Das war der Konsens der Jahre 2006 und 2007.

In der Tat ist es dann auch in den Jahren 2008 und 2009 gelungen, auf Basis dieser Landeshaushaltsordnung ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Insofern glaube ich, dass diese Landeshaushaltsordnung, die damals verabschiedet worden ist, durchaus ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung gewesen ist und dieses Haus gut beraten wäre, an dieser Landeshaushaltsordnung festzuhalten.

Herr Staatssekretär Rust, wenn man sich die Protokolle der Vergangenheit anschaut, dann kann man darin nicht feststellen, dass die damalige Opposition diese Landeshaushaltsordnung kritisiert hätte, sondern das Gegenteil war der Fall: Die Vorschrift war Ihnen eher zu lasch; Sie haben schon damals gefordert, die Schuldenbremse aus der Landeshaushaltsordnung in die Verfassung zu übernehmen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wenn man das getan hätte, dann könnte der Ministerpräsident hier keine Offenbarungseide leisten, sondern müsste deutlich machen, wie er es hinkommt, ohne neue Schulden auszukommen.

Aber das fordert sich in der Opposition leicht. Sie haben wahrscheinlich nicht damit gerechnet, jemals in die Regierungsverantwortung zu kommen, und als Sie dann in die Regierungsverantwortung kamen, wollten Sie natürlich gestalten. Da haben Sie dann kräftig Geld ausgegeben. Frau Kollegin Aras, es war keine gewaltige Sparleistung, die Sie zu Haushalten ohne Neuverschuldung in den Jahren 2011 und 2012 geführt hat. Der Rechnungshof hat es Ihnen vorgerechnet. Sie haben von Haushaltsresten profitiert, und Sie haben davon profitiert, dass die Steuermehreinnahmen nun wirklich in beispielloser Weise gesprudelt sind.

(Zuruf: Genau!)

Deshalb konnten Sie zweimal ausgeglichene Haushalte vorlegen.

Sie haben jedoch nicht nur die Haushaltsreste ausgegeben und haben auch nicht nur das ausgegeben, was Sie an Steuermehreinnahmen zur Verfügung hatten, sondern Sie haben auch neue strukturelle Belastungen für den Haushalt geschaffen, beispielsweise durch die Abschaffung der Studiengebühren, beispielsweise auch durch eine Stellenausweitung in den Ministerien.

Dann haben Sie plötzlich festgestellt, dass Ihnen diese Haushaltsstruktur über den Kopf wächst, weil es – wie ein russisches Sprichwort sagt – leichter ist, auf einen Baum zu steigen, als wieder herunterzuklettern. Wenn man bestimmte Ansprüche schafft, dann ist es sehr schwer, diese Ansprüche wieder zurückzudrehen. Genau in dieser Situation sind Sie.

Wenn Sie nun tatsächlich glauben, der Bevölkerung weismachen zu können, die ausgeglichenen Haushalte 2011 und 2012

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

seien das Ergebnis Ihrer eigenen Sparleistungen, und wenn 2013 und 2014 wieder 3 Milliarden € neue Schulden gemacht werden, dann sei das die Erblast der alten Landesregierung, täuschen Sie sich. Dass diese Rechnung nicht aufgeht, kann sogar jemand durchschauen, der in der Gemeinschaftsschule Mathematik gelernt hat,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das ist eine Unverschämtheit!)

Deshalb ist es richtig und notwendig, was die CDU-Fraktion vorschlägt, nämlich dass man die Einhaltung der Landeshaushaltsordnung überprüfbar macht und auch ein Klagerecht schafft. Man kann der alten Landesregierung vorwerfen: Das hätten ihr schon tun können.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Exakt!)

Das ist durchaus richtig. Diesen Fehler muss man einräumen. Aber das ist keine Begründung dafür, Herr Kollege Stoch, das jetzt nicht zu machen. Es ist reine Heuchelei, wenn man so argumentiert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wir nehmen zur Kenntnis: Sie wollen nicht sparen, sondern Sie wollen erst dann, wenn das Grundgesetz Sie ohnehin zwingt, nämlich ab dem Jahr 2020, keine neuen Schulden machen. Das nehmen wir zur Kenntnis.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass Sie kein Klagerecht vor dem Staatsgerichtshof wünschen, wenn Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten über die Vereinbarkeit einer Kreditermächtigung mit § 18 Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung bestehen. Ja, Sie wünschen im Grunde die Abschaffung der Landeshaushaltsordnung, weil sie Sie beim Schuldenmachen behindert. Das ist das Problem, das Sie haben. Deshalb wollen Sie nur dann eine Landeshaushaltsordnung, wenn diese ein zahnloser Tiger ist.

Wir halten die begehrte Änderung der Landeshaushaltsordnung für gut und richtig – deshalb werden wir dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion selbstverständlich zustimmen –, aber wir nehmen zur Kenntnis, dass das von der CDU vorgebrachte Begehren nicht in Ihrem Interesse liegt. Sie haben die Mehrheit. Sie können den Gesetzentwurf ablehnen, und Sie werden ihn auch ablehnen, weil Sie neue Schulden machen wollen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Nun stellt sich die Frage: Wie geht man mit der Thematik weiter um? Sie machen das Angebot, nun eine Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern, die dem Grunde nach überflüssig ist, weil sie nur den Status quo bestätigt, der durch das Grundgesetz ohnehin schon vorgegeben ist. Denn die grundgesetzliche Schuldenbremse zwingt uns, mit Wirkung des Jahres 2020 endgültig zu schuldenfreien neuen Haushalten zu kommen. Insofern macht es wenig Sinn, dies in der Landesverfassung noch einmal zu bestätigen.

Wir sind aber weiterhin verhandlungsbereit. Wir haben, so wie die CDU-Fraktion auch, am ersten Verhandlungstermin teil-

genommen. Wenn Sie uns weiter einladen, werden wir auch an weiteren Verhandlungsterminen teilnehmen. Aber ich sage Ihnen in derselben Deutlichkeit wie Kollege Herrmann: Es wird keinen Sinn machen, uns vorzuschlagen, in der Landesverfassung sozusagen das noch einmal zu bestätigen, wozu uns das Grundgesetz ohnehin zwingt.

Verhandeln heißt ja, auch wenn man eine Regierung des Gehörtwerdens bildet, die immer einmal wieder sagt: „Gehört zu werden heißt nicht, dass man auch erhört wird“, dass sich jeder bewegt. Verhandeln heißt eben nicht, dass wir zur Verfügung stehen, um das abzusegnen, was Sie vorhaben. Verhandeln heißt aber möglicherweise auch nicht – das räumen wir durchaus ein –, dass wir bei unserer Position verharren, die da heißt: Nullneverschuldung sofort. Vielmehr muss man sich irgendwo treffen.

Der Weg, den Kollege Herrmann hier am heutigen Tag angeboten hat, ist auch für uns durchaus gangbar. Wenn Sie uns Vorschläge machen, die in diese Richtung weisen, werden wir uns möglicherweise bei einer Verfassungsänderung treffen, aber sicherlich nicht, wenn es darum geht, etwas noch einmal zu bestätigen, was den Status quo zementiert – immer neue Schulden bis zum Jahr 2020 –, und für eine Zeit, in der Ihnen das Grundgesetz neue Schulden ohnehin verbietet, eine Regelung in der Landesverfassung zu treffen. Dafür werden wir nicht zur Verfügung stehen.

Wir werden infolgedessen dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion heute zustimmen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass wir überstimmt werden, stehen für Verhandlungen weiter zur Verfügung, sagen aber in aller Deutlichkeit: Verhandeln bedeutet, dass sich eben nicht nur die Opposition bewegt, sondern auch die Regierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rust das Wort.

Staatssekretär Ingo Rust: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat einmal mehr gezeigt, dass wir uns in den Zielen eigentlich einig sind. Wir wollen den Haushalt strukturell sanieren. Das habe ich jetzt von allen Fraktionen gehört. Wir wollen die Schuldenbremse 2020 einhalten. Auch das habe ich von allen Fraktionen gehört.

Wir wollen auch die verdeckten Schulden aufdecken und ebenfalls in eine Gesamtbetrachtung einbeziehen – das habe ich zumindest zum Teil gehört –; denn zur Wahrheit gehört auch, dass wir nicht nur die Schulden, die im Landeshaushalt stecken, und ein strukturelles Defizit haben. Vielmehr haben wir eben auch verdeckte Schulden. Ich denke hierbei etwa an die Schulden der Tochtergesellschaften, die hundertprozentige Landestöchter sind, und deshalb eigentlich auch im Landeshaushalt und nicht nur in der Bilanz z. B. der Neckarpri ausgewiesen werden könnten. Auch das müssten wir mit einbeziehen.

Mit einbeziehen sollten wir auch – das haben wir ja angekündigt – die verdeckten Schulden in Form von Sanierungsstaus, beispielsweise im Bereich der Landesstraßen oder der landes-

(Staatssekretär Ingo Rust)

eigenen Gebäude, bei denen wir einen immensen Sanierungsstau haben. Wenn ich an die vielen Briefe denke, die ich auch von Abgeordneten der Opposition bekomme, was den Zustand von landeseigenen Gebäuden angeht, dann bestätigt uns das in der Haltung, dass wir auch diese indirekte Verschuldung, die wir im Landeshaushalt haben, aufdecken müssen.

Wir sind uns also in den Zielen einig, wir sind uns aber offensichtlich nicht einig über den Weg dorthin.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Erlauben Sie mir bitte eine politische Vorbemerkung, bevor ich zum eigentlichen Gesetzentwurf, der heute zu beraten ist, komme. Herr Rülke, Sie haben uns vorgeworfen, dass wir angesichts unserer sehr restriktiven Haltung schon damals wohl nicht damit gerechnet hätten, an die Regierung zu kommen. Ich muss sagen: Wenn ich jetzt Ihre Äußerungen höre, glaube ich, dass Sie auch nicht damit rechnen, in den nächsten Jahrzehnten wieder an die Regierung zu kommen. Denn wenn man so vorgehen würde, wie Sie es vorschlagen, könnte man keinen verfassungskonformen Haushalt vorlegen.

Wenn Sie unsere Prognosen und das, was Sie jetzt mit der vermutlich einzuplanenden Neuverschuldung für die Jahre 2013 und 2014 kritisieren, anschauen, werden Sie feststellen: Das sind schlicht Zahlen der Vergangenheit, die wir in die Zukunft projiziert haben. Jetzt können Sie gern das abziehen, was die neue Landesregierung an neuen Programmen, das heißt an zusätzlichen Ausgaben für den Landeshaushalt, beschlossen hat. Das finde ich sogar legitim, und ich finde es sehr fair, wenn Sie sagen: „Theoretisch kann man sogar die Studiengebühren gegenrechnen.“ Das, glaube ich, haben Sie in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs gesagt. Das halte ich für fair, und dieser politischen Diskussion kann man sich auch stellen. Aber Sie werden nie auf die Größenordnung dieses strukturellen Defizits kommen. Das heißt, auch Sie werden – ich bin gespannt auf diese Debatte –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie haben Sie den ausgeglichenen Haushalt geschafft? – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Mit weniger Einnahmen!)

– das beantworte ich Ihnen gleich – in den Haushaltsberatungen – das prophezeie ich Ihnen; Sie dürfen mir gern das Gegenteil beweisen – keine Änderungsanträge zur Deckung der Summe der Neuverschuldung vorlegen können. Das müssten Sie aber tun. Wenn Sie sagen, Sie würden einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, und der Regierung vorwerfen, dass sie dies nicht tut, dann müssten Sie Änderungsanträge in der Höhe der Neuverschuldung einbringen und sagen, wo Sie sparen würden und wo die Regierung angeblich zu viel ausgibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das wird nicht passieren, denn ich kenne Haushaltsberatungen. Ich lasse mich aber gern vom Gegenteil überzeugen, und Sie können uns dann gern sagen, wie Sie die über 1 Milliarde € Neuverschuldung – je nachdem, wie viel es wird – dann im Haushalt ausgleichen würden.

Aber nun noch einige Anmerkungen zum Gesetzentwurf. Aus drei Gründen halte ich den Gesetzentwurf heute nicht für umsetzbar oder nicht für zustimmungsfähig.

Erstens: Wenn Sie in die Verfassung schauen und sich ansehen, welche Aufgaben der Staatsgerichtshof hat, dann finden Sie dort einen Katalog von Aufgaben. In der Verfassung selbst haben wir einen Katalog von Aufgaben, der drei Punkte umfasst. Es geht immer darum, dass der Staatsgerichtshof ein Gesetz oder eine Verordnung mit der Verfassung vergleicht. Der Staatsgerichtshof ist ausschließlich dazu da, ein Gesetz, eine Verordnung der Landesregierung – im Übrigen auch Gesetze, die der Landtag beschlossen hat – immer in Bezug auf die Verfassung zu bewerten. Es gibt kein einziges Beispiel dafür, dass der Staatsgerichtshof einmal die Aufgabe hatte, zwei Gesetze – wie Ihren Vorschlag für die Landeshaushaltsordnung und das Haushaltsgesetz – miteinander zu vergleichen. Das gibt es nicht. Das ist nicht Aufgabe des Staatsgerichtshofs. Der Staatsgerichtshof vergleicht immer nur ein Gesetz mit der Verfassung. Sie würden diese Regel durchbrechen. Das halten wir für nicht im Sinne der Verfassungsväter, die diese Aufgaben des Staatsgerichtshofs festgeschrieben haben.

Auch wenn man in das Gesetz über den Staatsgerichtshof schaut, sieht man: Wir haben in acht Punkten die Aufgaben des Staatsgerichtshofs definiert. Sie kennen sie; da bin ich mir sicher. Auch in diesem Gesetz gibt es keinen einzigen Fall, in dem der Staatsgerichtshof nicht einen Umstand direkt mit der Verfassung vergleicht. Das heißt, Sie würden das Wesen des Staatsgerichtshofs verändern, indem er eben nicht mehr nur für die Verfassung zuständig wäre, sondern dann auch für eine Normenkontrollklage oder wie auch immer man das nennen mag. Das heißt, Sie durchbrechen damit ein System. Wir sagen: Wenn Sie das wollen, müssen Sie zuerst die Landesverfassung ändern, einen Entwurf für die Änderung der Landesverfassung einreichen; denn das ist ein so tiefer Eingriff in die Aufgaben des Staatsgerichtshofs, dass man das nicht mit einem einfachen Gesetz beschließen kann, sondern dazu die Landesverfassung ändern müsste.

Zweites Argument: Die Verabschiedung des Haushalts und die Haushaltsaufstellung sind das Königsrecht des Parlaments. Da sollte schon ein Verfassungsrang gegeben sein, um dieses Königsrecht des Parlaments zu beschneiden. Es wäre eine Beschneidung des Königsrechts des Parlaments; denn der Staatsgerichtshof müsste nach Ihrem Entwurf dann sagen: „Der Haushalt ist ungültig.“ Sie haben noch keine Ausführungen dazu gemacht, was denn passiert, wenn der Staatsgerichtshof feststellt, dass ein Haushaltsplan, ein Haushaltsgesetz nicht der Landeshaushaltsordnung entspricht. Auch das ist systemwidrig. Man müsste dann den Haushalt aufheben oder zumindest die Folgen definieren, die es dann hätte. Auch das halten wir für nicht richtig. Die Haushaltsaufstellung ist das Königsrecht des Parlaments, und wenn dies eingeschränkt werden soll, dann muss das in die Verfassung.

Jetzt komme ich zum dritten Argument – das ist nämlich genau das, was wir wollen –: Wir wollen, dass in der Landesverfassung konkrete Regeln definiert werden. Da kommen wir Ihnen tatsächlich entgegen, Herr Dr. Rülke. Wir wollen nämlich nicht nur das übernehmen, was im Grundgesetz steht, sondern wir wollen das durch einen konkreten Abbaupfad erweitern, an dem man dann auch die jeweilige Haushaltsaufstellung messen kann. Ich glaube, das kommt Ihnen entgegen.

Deshalb: Wenn wir dann diese Regel in der Landesverfassung haben, dann haben Sie automatisch das, was Sie wollen. Sie könnten nämlich als Fraktion einen Haushalt vor dem Staats-

(Staatssekretär Ingo Rust)

gerichtshof überprüfen lassen, weil wir dann eine Verfassungsregelung haben, die Sie vor dem Staatsgerichtshof einklagen können. Dann haben Sie im Prinzip das, was Sie wollen.

Das heißt: Ich würde Sie bitten, an der Aufnahme dieser Regelung in die Landesverfassung mitzuarbeiten. Dann haben Sie nämlich all das, was Sie jetzt mit Ihrem Gesetzentwurf haben wollen, ohne die Regel zu durchbrechen, die unsere Verfassungsväter niedergeschrieben haben, nämlich die, dass der Staatsgerichtshof dafür zuständig ist, ein Gesetz auf seine Verfassungsmäßigkeit hin zu überprüfen und nicht zwei Gesetze untereinander. Das wäre wesentlich konsequenter und wesentlich stringenter in der Argumentation.

Jetzt gibt es Unkenrufe, die sagen: Die Opposition kann aus politischen Gründen eine Verfassungsänderung gar nicht mitmachen; sie muss die Regierung vor sich hertreiben und kann das deswegen politisch gar nicht mitmachen. So weit habe ich den Glauben an das Parlament noch nicht verloren, dass ich diesen Unkenrufen das Wort reden würde. Ich glaube, dass wir in dieser Situation alle gemeinsam an einem guten Konsens und einem tragfähigen Konsens arbeiten sollten und alle gemeinsam die Landesverfassung so ausstatten sollten, dass Sie zum einen das Klagerecht haben, das Sie zu Recht fordern, und wir zum anderen gemeinsam einen Pfad aufmachen können, wie wir den Haushalt strukturell sanieren können. Ich lade Sie dazu ein und bin weiterhin guter Hoffnung, dass wir das hinbekommen, und hoffe auch, dass sich diese Unkenrufe nicht bewahrheiten.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: In der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1650. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 15/2014, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 15/1650 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg – Drucksache 15/1682

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Drucksache 15/2083

Berichterstatter: Abg. Ulrich Lusche

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen sind übereingekommen, in der Zweiten Beratung keine Aussprache zu führen.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/1682. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 15/2083. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Gesetzes zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns in der Abstimmung über den Gesetzentwurf.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 18. Juli 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 6 ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg und des Versorgungsrücklagegesetzes – Drucksache 15/1719

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2013

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kößler das Wort.

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf wird die Einbeziehung der Lebenspartnerschaften in das öffentliche Dienstrecht vollzogen. Im Kern greifen wir da zurück auf die Aussage des Bundesverfassungsgerichts, die lautet, die „Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft ist verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt“. Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen. Das Bundesverfassungsgericht hat klar und zwingend gefordert, dass der Landesgesetzgeber das Dienstrecht ändert. Das tun wir heute.

Im Einzelnen geht es darum, die ehebezogenen Regelungen des öffentlichen Dienstrechts, des Landesbeamtengesetzes und des Besoldungs- und Versorgungsrechts in diese Änderungen mit einzubeziehen.

Ich will kurz darlegen, dass es in der Fraktion der CDU Kollegen gibt, die diesem Gesetz nicht zustimmen werden,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

und ich bitte darum, dies zu tolerieren und zu akzeptieren.

(Zuruf von der SPD: Machen wir!)

Wir werden auch der langen Rückwirkungszeit dieses Gesetzes nicht zustimmen. Es geht darum, dass mehrere Jahre rückwirkend, nämlich bis zum Jahr 2006, die besoldungs- und auch die familienrechtlichen Regelungen angepasst werden sollen. Es geht dabei um 4 Millionen €. Das heißt, der Haushalt wird dadurch natürlich auch belastet.

Wir werden dem Gesetz insgesamt zustimmen – außer den Kollegen, die sich im Grunde gegen dieses Gesetz stellen.

Ich bitte Sie darum, tolerant zu sein und dies auch zu akzeptieren.

Es gibt einen Satz von Voltaire, der lautet:

Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lösch das Wort.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister hat in seiner Rede bei der ersten Lesung ausgeführt, dass die Akzeptanz von Homosexualität, von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im öffentlichen Dienst eine Errungenschaft unserer Zeit ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Und das ist gut so, und es ist auch wichtig.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Akzeptanz von Homosexualität in unserer Gesellschaft ist leider immer noch keine Selbstverständlichkeit. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwierig es war, für den diesjährigen Christopher Street Day in Stuttgart einen Schirmherrn zu finden, dann merken wir doch, dass noch viel Aufklärungs- und Gleichstellungsarbeit zu leisten ist.

(Beifall bei den Grünen)

Das Motto des diesjährigen CSD passt übrigens ganz gut zu unserem heutigen Thema. Es lautet nämlich: GLEICHBE-SCHÄFTIGT. Wir, der Landtag, können natürlich nur für die Beamtinnen und Beamten in unserem Land Entscheidungen treffen – für den Großteil der Menschen, nämlich für diejenigen, die in Unternehmen beschäftigt sind, müssen andere Instrumente greifen –, um die Gleichbehandlung aller Menschen im Berufsleben anzugehen.

(Unruhe – Zurufe: Pst! – Glocke des Präsidenten)

Dazu gehört für uns eben auch die Gleichstellung im öffentlichen Dienstrecht, insbesondere im Besoldungs- und Versorgungsrecht.

Lassen Sie mich bitte an dieser Stelle sagen, dass ich es sehr schade finde, dass die IHK Stuttgart leider eine große Chance verpasst hat, sich dieses Themas anzunehmen, indem sie bedauerlicherweise kein Grußwort für den CSD beisteuert, was wir eigentlich nur von früheren Ministerpräsidenten kannten.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Hauptgeschäftsführer Richter äußert sich zum CSD in der Form:

Die Parade mit Leuten, die sehr bunt bis kaum bekleidet sind, ist nichts, mit dem Unternehmen viel anfangen können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das hat jetzt nicht viel mit dem Gesetzentwurf zu tun!)

Das zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Thematik noch nicht verstanden worden ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Von wem? Von denen oder von dir? – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Von der Rednerin!)

Natürlich ist Homosexualität ein Thema für die Unternehmen. – Lieber Kollege Zimmermann, die Verwaltung ist auch ein Unternehmen. Das möchte ich Ihnen noch einmal klarmachen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Es geht hier um die Gleichstellung, nicht um die Parade! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber wenigstens ist da das Wetter besser!)

Jetzt geht es um das Thema „Gleichstellung von Beschäftigten in Unternehmen“, egal, ob es Unternehmen in der freien Wirtschaft sind oder ob es die Verwaltung ist.

Drei Viertel der Schwulen und Lesben wurden schon einmal diskriminiert, ein Zehntel der Schwulen und Lesben waren so-

(Brigitte Lösch)

gar körperlicher Aggression ausgesetzt. Dies zeigt eine Untersuchung der Universität Köln.

Weder bei der Parade noch bei anderen CSD-Veranstaltungen ist die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder Gäste ausschließlich bunt oder wenig bekleidet. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf den CSD-Empfang

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Thema verfehlt!)

des Ministerpräsidenten in der Villa Reitzenstein oder auf den CSD-Empfang der Stadt Stuttgart im Rathaus.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber Reitzenstein mit „tz“ geschrieben!)

– Ich hoffe, dass Ihre Zwischenrufe, Herr Zimmermann, nachher der großen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können. Dann sieht man einmal das Niveau,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie reden am Thema vorbei, Frau Kollegin!)

auf dem Sie sich noch immer bewegen, sobald man dieses Thema anspricht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Da passt es vielleicht ganz gut, zu sagen: Es gibt noch viele Vorurteile und Diskriminierungen abzubauen – auch hier im Landtag –,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Auch bei Herrn Zimmermann! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

bis tatsächlich auch gleiche Pflichten und gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender gelten.

Daher ist es ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung, wenn wir heute ein Gesetz verabschieden, das verpartnerte lesbische oder schwule Beamte künftig in Versorgung und Besoldung gleich behandelt wie heterosexuelle Paare.

In seiner Entscheidung vom 7. Juli 2009 – das hat der Kollege vorhin auch erwähnt – hat das Bundesverfassungsgericht die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft beanstandet. Demnach sind familienrechtliche Institutionen der Ehe und der Lebenspartnerschaft juristisch vergleichbar, weil sie eine auf Dauer übernommene, auch rechtlich verbindliche Verantwortung für den Partner begründen. Eine Besserstellung der Ehe, etwa wegen einer abstrakten Vermutung, aus ihr würden Kinder hervorgehen, ist demnach mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar.

Diese Argumentationslinie hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 21. Juli 2010 bestätigt und somit den Gesetzgeber verpflichtet, sämtliche Ungleichbehandlungen zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft zu beseitigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es höchste Zeit, auch in Baden-Württemberg einen verfassungsgemäßen Zustand herzustellen, den die alte Landesregierung aus ideologischer Verblendung absichtlich nicht hergestellt hat. Obwohl die Dienstrechtsreform genau zu dieser Zeit, eben im Herbst

2010, verabschiedet wurde, haben sich die damaligen Regierungsfractionen CDU und FDP/DVP geweigert, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen.

Zum Abschluss möchte ich gern die Ausführungen des Kollegen Löffler in der ersten Lesung am 28. Juni 2012 zitieren:

Die Lücke im Landesbeamtenrecht sollten wir schließen.

Ich empfehle meiner Fraktion, dem Gesetz zuzustimmen.

Dem kann ich nur zustimmen. Ich möchte Sie alle einladen, diesem Gesetzentwurf heute zuzustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

(Abg. Sascha Binder SPD: Guter Mann!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir behandeln den vorliegenden Gesetzentwurf heute in der zweiten Lesung. Wir haben alle unsere Argumente schon vorgetragen. Insofern können wir es auch kürzer machen.

(Vereinzelte Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Eine Änderung gegenüber der ersten Lesung gibt es aber wohl bei der Haltung der CDU-Fraktion. Ich habe mich sehr über die damalige Ankündigung des Kollegen Dr. Löffler gefreut, dass er seiner Fraktion empfiehlt, der Gesetzesänderung zuzustimmen; denn wir müssen tatsächlich damit aufhören, eine Gruppe von Menschen auszugrenzen.

Alle Schwulen und Lesben – seien sie Beamte oder nicht Beamte – haben das Recht, glücklich zu sein. Sie haben Eltern, die gemeinsam mit ihren Kindern wollen, dass diese sich glücklich auf eine Partnerschaft einlassen können und dass sie diskriminierungsfrei in unserem Land leben können. Was wir heute beschließen, ist ein kleiner Baustein dazu.

Herr Kollege Kößler, dass jeder hier an diesem Pult seine Meinung frei sagen können soll, ist natürlich selbstverständlich. Es geht aber nicht nur um eine Meinungsäußerung zu dieser Frage, sondern es geht um die Verfassungsmäßigkeit. Die Verfassungsmäßigkeit ist ein hohes Gut. Es ist uns ins Stammbuch geschrieben worden, die betreffende Regelung jetzt auch zu vollziehen. Diese wird aus meiner Sicht gut vollzogen.

Es ist angesprochen worden, dass damit der Landshaushalt mit über 5 Millionen € belastet werden wird. Das ist eine hohe Summe. Man darf hier ruhig einmal erwähnen, dass wir bereit sind, diesen hohen Betrag aus verfassungsrechtlichen Gründen bereitzustellen, weil wir das hohe Ziel erreichen wollen, mit dieser Form der Diskriminierung aufzuhören. Wir sind bereit, hierfür 5,4 Millionen € zu zahlen.

Ich möchte aber noch einen Hinweis hinzufügen. Im Steuerrecht dafür zu sorgen, dass die Diskriminierung von Schwulen und Lesben ein Ende findet, hat zur Folge, dass sämtliche Berufsgruppen – sowohl Freiberufler als auch Verkäufer, als

(Nikolaos Sakellariou)

auch Angestellte – in den Genuss dieser Gleichbehandlung kommen. Unser heutiger Beschluss bezieht sich jedoch lediglich auf eine ganz kleine Gruppe, und trotzdem sind wir verpflichtet, das so zu machen. Wir machen das auch, und wir machen das gern.

Herr Kollege Kößler, was den Anknüpfungspunkt betrifft, bleibe ich bei dem, was ich beim letzten Mal gesagt habe. Die Entscheidung, den 1. September 2006 als Bezugspunkt zu wählen, ist eine aus verfassungsrechtlicher Sicht kluge Entscheidung, weil erst ab diesem Zeitpunkt das Land überhaupt die Möglichkeit hatte, auf derartige Regelungen Einfluss zu nehmen und sie in diesem Sinn zu ändern. Deswegen halte ich diesen Anknüpfungspunkt für vertretbar und richtig vor dem Hintergrund, dass wir ein deutliches Signal gegen Diskriminierung setzen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bei der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs wie auch im Finanz- und Wirtschaftsausschuss das Wesentliche aus der Sicht der FDP/DVP-Fraktion gesagt, und zwar sowohl was die Historie dieser Thematik betrifft als auch was die Frage der Rückwirkung angeht, als auch was die Tatsache betrifft, dass wir der Überzeugung sind, dass es eine noch bessere Lösung gegeben hätte, sodass wir am heutigen Tag über die zweitbeste Lösung abstimmen.

Wie in den vorangegangenen Debatten bereits angeführt, hindert uns das aber nicht daran, dem Gesetzentwurf in der heute vorliegenden Fassung zuzustimmen. Es ist höchste Zeit, dass dieses Thema auf diese Art und Weise geregelt wird und dass wir diese Form der Diskriminierung beenden. Deshalb wird die Fraktion der FDP/DVP dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: In allen Punkten?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rust das Wort.

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da wir uns in der zweiten Lesung befinden, im Ausschuss ebenfalls schon über den Gesetzentwurf diskutiert wurde und im Haus offensichtlich eine große Einigkeit besteht, kann ich mich kurzfassen: Ich darf sagen, dass wir mit dem heutigen Tag das umsetzen, was uns höchststrichterlich aufgetragen wurde.

Ich bedanke mich im Namen der Landesregierung für die breite Zustimmung in diesem Haus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: In der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/1719. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2013. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesbeamtengesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

In Artikel 2 ist noch die Fundstelle im Einleitungssatz zu ergänzen. Sie lautet nun wie folgt:

Das Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg vom 9. November 2010 (GBl. S. 793, 826), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 10. Juli 2012 (GBl. S. 457, 464), wird wie folgt geändert:

Wer Artikel 2 mit dieser Ergänzung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich so zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Landesreisekostengesetzes

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Landesumzugskostengesetzes

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 5 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung des Ministergesetzes

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 6 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes

Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 7 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 8

Änderung der Beihilfeverordnung

Wer Artikel 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 8 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 9

Änderung der Landestrennungsgeldverordnung

Wer Artikel 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 9 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 10

Rückwirkende Gleichstellung

Wer Artikel 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 10 mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sechs Jahre Rückwirkung!)

Ich rufe auf

Artikel 11

Inkrafttreten

Wer Artikel 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 11 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 18. Juli 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg und des Versorgungsrücklagegesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt und Tagesordnungspunkt 7 erledigt. Vielen Dank.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gleich weiter!)

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes – Drucksache 15/1840

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/2072

Berichtersteller: Abg. Bernd Hitzler

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Zweiten Beratung keine Aussprache geführt wird.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/1840. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/2072. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 18. Juli 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlusabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt. Danke.

Punkt 8 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Arbeitsgruppen zur zweiten Rheinbrücke und Planfeststellungsverfahren – Drucksache 15/1355 (geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, die aber – ich füge das hinzu – nicht unbedingt ausgeschöpft werden müssen.

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Groh von der CDU-Fraktion.

Abg. Manfred Groh CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die straßenverkehrliche Erschließung des Wirtschaftsraums Karlsruhe, Südpfalz und Nordelsass ist dringend erforderlich, will man die hohe Wirtschaftsdynamik nicht weiter aufs Spiel setzen. Der Raum Karlsruhe gehört, wie Sie wissen, noch zu den wirtschaftsstärksten und demzufolge stetig wachsenden Regionen in ganz Deutschland. Die Landesregierung hat in der Stellungnahme zu dem Antrag Drucksache 15/639 bestätigt, dass ihr keine andere, mit Karlsruhe vergleichbare Stadt und kein vergleichbares Oberzentrum mit nur einer Rheinbrücke bekannt sei.

Meine Damen und Herren, die neue Brücke ist nicht nur für die Wirtschaft von herausragender Bedeutung, sondern beispielsweise auch für die Karlsruher Krankenhäuser, denn viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fahren tagtäglich mit ihrem privaten Pkw aus der Pfalz nach Karlsruhe. Es geht somit nicht nur darum, Wachstum um jeden Preis zu erhalten, sondern vielmehr darum, die Rahmenbedingungen der rund 17 870 pendelnden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern. Dies zeigt, dass es in der Sache nicht allein um Karlsruher bzw. baden-württembergische Interessen geht, sondern dass es sich um grundlegende, grenzüberschreitende Verkehrsprobleme handelt. Im schlimmsten Fall kommen für die Menschen Umwege über Germersheim im Norden und über die Staustufe bei Iffezheim im Süden in Betracht.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Beide Querungen liegen aber, wie Sie wissen, Herr Kollege, 30 km von der bestehenden Brücke Maxau entfernt. Die Belastungen für die Menschen sind schon während der jetzigen Bauarbeiten auf der Rheinbrücke extrem. Morgens und abends bilden sich kilometerlange Staus auf beiden Seiten des Rheins.

Zu allem Überfluss kommt noch hinzu, dass die Rheinüberfahrt Iffezheim derzeit aufgrund von Bauarbeiten am Rheinkraftwerk Iffezheim nur einspurig und mit Ampelschaltung

befahren werden kann. Somit sind zwei von drei Rheinquerungen im Großraum Karlsruhe nur sehr eingeschränkt befahrbar. Die Fahrzeiten verlängern sich in Stoßzeiten um mehr als eine Stunde.

Welche Alternativen haben denn die Pendler Ihrer Meinung nach, Frau Staatssekretärin? Ich frage auch Herrn Verkehrsminister Hermann. Es ist sicherlich nicht mit Ihrer Forderung getan, dass alle 17 870 Pendler nach Karlsruhe ziehen oder auf den ÖPNV umsteigen sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im November 2011 wurde ein Faktencheck zum Thema „Zweite Rheinbrücke“ durchgeführt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass am Ende des Faktenchecks alle Experten auf beiden Seiten des Rheins eine zweite Rheinbrücke als dringlich und notwendig angesehen haben.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Auch die Vertreter des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur und des Regierungspräsidiums Karlsruhe haben sich eindeutig positioniert. Lediglich Sie, Frau Staatssekretärin Dr. Splett, haben bei Ihrer Abschlusserklärung eine vorbereitete Erklärung vorgelesen, die bei den Anwesenden die Frage hat aufkommen lassen, ob tatsächlich alle an derselben Veranstaltung teilgenommen haben.

(Zuruf der Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

– Ja, so war das.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Nachdem man sich im Ergebnis nicht, wie von Ihnen erhofft, eindeutig gegen eine zweite Rheinbrücke ausgesprochen hatte, sondern genau das Gegenteil herauskam, wurde auf Drängen der Grünen in Baden-Württemberg in einer gemeinsamen Kabinettsitzung der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um die Ergebnisse des Faktenchecks umzudeuten. Seitdem wartet die ganze Region – das Nordelsass, die Südpfalz und die Technologieregion Karlsruhe – auf deren Ergebnisse.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich diese Arbeitsgruppe, wie Sie nun in Ihrer Stellungnahme zum Antrag Drucksache 15/1764 offengelegt haben, mit ganz anderen Fragestellungen beschäftigt. Ich zitiere:

Vorrangiges Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Verbesserungsmöglichkeiten und Alternativen zur bestehenden Verkehrssituation aufzuzeigen. Eine Positionierung für oder gegen eine zweite Rheinquerung ist nicht Gegenstand des Arbeitsauftrags.

Dass die länderübergreifende Arbeitsgruppe ein überflüssiges Produkt der Grünen in Baden-Württemberg ist, zeigt auch die Antwort von Staatsminister Lewentz aus Rheinland-Pfalz vom 8. Februar 2012

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hört, hört!)

auf eine Kleine Anfrage meines Kollegen Martin Brandl aus der Südpfalz, Drucksache 16/867 – falls die Kolleginnen und Kollegen dies nachlesen wollen. Er schreibt – ich zitiere –:

Aus rheinland-pfälzischer Sicht sind die wesentlichen Punkte im Rahmen des zweitägigen Faktenchecks geklärt worden.

(Manfred Groh)

Somit wird deutlich, dass Sie, Frau Staatssekretärin, den Bau der zweiten Rheinbrücke ohne erkennbaren Grund weiter verzögern, besser gesagt verhindern, und das auch noch im Einvernehmen mit Ihrem Herrn Verkehrsminister.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber nicht nur das. Auch Ihr Koalitionspartner, die SPD, hält die Brücke für notwendig. An erster Stelle möchte ich hier auf den Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid verweisen, der auf dem diesjährigen IHK-Neujahrsempfang in Karlsruhe daran keine Zweifel hat aufkommen lassen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Das habe ich auch gelesen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Alles Sprüche!)

Des Weiteren ist auch die SPD im Landkreis Karlsruhe zu nennen. – Das sind keine Sprüche.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei denen sind das schon Sprüche!)

– In diesem Sinn sind das Sprüche; das stimmt.

Darüber hinaus möchte ich auf entsprechende Resolutionen und Initiativen der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe, der Landkreise Germersheim und Karlsruhe, der Stadt Wörth, des Eurodistrikts PAMINA, der IHK, des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein und nicht zuletzt auf eine Initiative hinweisen, die von 180 Unternehmen aus der Region unterzeichnet worden ist. Ich denke schon, dass dies eine gewichtige Angelegenheit darstellt.

Der Hauptkritikpunkt der Frau Staatssekretärin war, dass es keine schlüssigen Prognosewerte über die zukünftigen Verkehrszahlen gebe. Ich würde sagen, dass die Ergebnisse der Untersuchungen durchaus schlüssig sind. Sie passen Ihnen persönlich nur einfach nicht ins Konzept. Ich glaube auch nicht, dass es entscheidend ist, diesen Wert bis ins letzte Detail zu klären. Die Notwendigkeit wurde bestätigt, weil es keine Alternativen gibt, wenn die derzeit bestehende Brücke aus irgendwelchen Gründen nicht zur Verfügung steht.

Die von Ihnen und Ihren grünen Parteifreunden aufgestellte Forderung nach mehr ÖPNV ist gut. Aber dies löst die Probleme nicht, die wir mit nur einer Rheinbrücke offenkundig haben. Man kann an dieser Stelle sagen, dass niemand von denen, die jeden Tag nach Karlsruhe pendeln, gern im Stau steht. Es ist aber auch klar, dass jeder Pendler bereits abgewogen hat, ob für ihn der ÖPNV eine lohnende Alternative darstellt oder eben nicht.

Darüber hinaus gilt, dass Sie keinen der täglich dort verkehrenden über 10 000 Lkws auf den ÖPNV verlagern können;

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auf die Straßenbahn!)

dies gilt ebenso für die Busse und die zahlreichen Firmenfahrzeuge der Handwerker.

Ist Ihnen, Frau Staatssekretärin, oder Ihrem Herrn Minister eigentlich bekannt, dass nach dem Bundesverkehrswegeplan die Rheinbrücke Maxau das höchste Aufkommen an Schwerlast-

verkehr in ganz Deutschland zu verzeichnen hat? Offenkundig nicht. Sie berufen sich darauf, dass sich eine Mehrheit des Karlsruher Gemeinderats gegen die zweite Rheinbrücke ausgesprochen hat, zuletzt am 24. Mai 2011.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Richtig!)

– Ich sage Ihnen gleich etwas dazu. – Dabei scheinen Sie auch zu vergessen, dass der Gemeinderat diesbezüglich gar kein Befassungsrecht hat, weil es sich um eine Bundesstraße handelt.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wir machen eine Politik des Gehörtwerdens!)

– Nein, nein. – Zum Versuch einiger Karlsruher Parteien, es auf eine Enteignung ankommen zu lassen – eine Enteignung auch der Stadt, weil einige der Grundstücke städtisch sind –, um so das Projekt zu verhindern, kann ich nur sagen: Das ist schlichtweg perfide.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wollen Sie enteignen?)

– Sie wollen enteignen. Sie lassen es darauf ankommen. Die städtischen Grundstücke sind von jemandem aufgekauft worden, den ich sehr gut kenne.

Sie berufen sich des Weiteren darauf, dass es eine Mehrheit in der Karlsruher Bevölkerung gibt, die sich gegen eine zweite Rheinbrücke ausspricht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist perfide?)

– Das ist perfide; das bleibt auch so.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer ist perfide? Der Gemeinderat in Karlsruhe?)

– Wieso der Gemeinderat in Karlsruhe?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie haben gerade davon gesprochen, der Gemeinderat wolle enteignen!)

– Sie, die Grünen, lassen es auf eine Enteignung ankommen, nicht andere.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich bin doch gar nicht dafür zuständig, zu enteignen! Sie haben vom Gemeinderat in Karlsruhe gesprochen! Sie stellen den Gemeinderat in Karlsruhe als perfide dar! Das kritisiere ich!)

– Nein, ich habe gesagt „einige Karlsruher Parteien“ und habe doch da nicht vom Gemeinderat gesprochen – um mich auf das einzulassen, was Sie gerade bemerkt haben.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Diese Karlsruher Parteien sind namentlich bekannt. Wenn Sie es noch einmal hören wollen: Sie gehören auch dazu.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich komme doch gar nicht aus Karlsruhe!)

(Manfred Groh)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, spätestens seit der Volkabstimmung zu Stuttgart 21 wissen wir, dass es in der Bevölkerung sehr wohl Zustimmung für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen gibt. Es gibt eine weitere Parallele zu Stuttgart 21. Passt den Grünen ein Ergebnis nicht – in diesem Fall der eindeutige Beleg für die Notwendigkeit einer zweiten Rheinbrücke –, schlagen sie einfach irgendwelche Dialogforen oder Arbeitsgruppen vor. Die CDU hat grundsätzlich nichts gegen solche Foren einzuwenden, nur müssen sie – ebendiese Foren – zur richtigen Zeit kommen und dürfen nicht dazu benutzt werden, Projekte zu diskreditieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber es drängt sich nun einmal der Verdacht auf, dass diese Dialogforen in den Deckmantel der Bürgerbeteiligung gekleidet werden.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Aber Sie haben sie nie veranstaltet! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Solange sie nichts bringen, braucht man sie auch nicht zu veranstalten!)

Beim Faktencheck wurde bereits die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer zweiten Rheinbrücke durch die Fachleute bestätigt. Das wissen Sie so gut wie ich, Herr Kollege Salomon.

Sehr geehrte Frau Dr. Splett, Ihr Handeln ist lediglich Augenschere. Sie lassen keine Gelegenheit aus, in der Öffentlichkeit zu betonen, dass man eine zweite Rheinbrücke ergebnisoffen prüfen müsse. Den Bürgerinnen und Bürgern versprechen Sie immer und immer wieder das Blaue vom Himmel. Ihr Treiben hinter den Kulissen spricht jedoch eine andere Sprache. Deutlich wird das in den Antworten aus Ihrem Ministerium, die Sie selbst gegeben haben. Auf parlamentarische Anträge und in den Antwortschreiben z. B. an die CDU-Gemeinderatsfraktion in Karlsruhe sagen Sie eindeutig – ich zitiere –:

Allerdings halte ich es für wichtiger, zunächst alle Möglichkeiten für eine Verbesserung des bestehenden Straßennetzes intensiv zu betrachten, bevor eine weitere Straßennachschaffung wird.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Sie reden immer nur von einer leistungsfähigen Rheinquerung. Damit führen Sie die Menschen in die Irre, weil Sie insgeheim mit der zweiten Rheinbrücke abgeschlossen haben. Sie wollen sie einfach nicht. Dann haben Sie doch auch den Mut, das den Bürgerinnen und Bürgern in aller Deutlichkeit und Offenheit zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Abschließend – dann komme ich schon zum Ende –

(Heiterkeit des Abg. Manfred Lucha GRÜNE – Zuruf: „Schon“!)

möchte ich nur noch einmal betonen: Weisen Sie doch endlich das Regierungspräsidium Karlsruhe an, das Planfeststellungsverfahren durch die Erörterung abzuschließen, und fangen Sie dann an zu bauen. Denn wie Sie selbst auf meinen An-

trag Drucksache 15/1764 geantwortet haben, beschäftigt sich die länderübergreifende Arbeitsgruppe gar nicht mit der zweiten Rheinbrücke. Insofern brauchen wir auch nicht kostbare Zeit damit zu verschwenden, auf Ergebnisse zu warten, die keinerlei Bedeutung haben.

Insoweit lehnen wir auch den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2113, ab, weil abermals versucht wird, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Raufelder das Wort.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas verwundert, dass Sie hier die kommunale Selbstverwaltung mit Füßen treten.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn eine Stadt wie Karlsruhe, die durchaus nicht klein ist, sich zu einem solchen Thema äußert, sollten wir das hier im Landtag sehr ernst nehmen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Richtig so! Gut so! – Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Auch zwei Verbandsversammlungen – sowohl die des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein als auch die der Region Rhein-Neckar-Odenwald – haben dafür plädiert, diese Karlsruher Situation ernst zu nehmen.

Ich hatte Ihren Antrag so verstanden, dass Sie sich noch einmal mit diesem Planungsverfahren auseinandersetzen wollten. Ich hatte sehr begrüßt und habe es auch in der Fraktion immer wieder angesprochen, dass man klarmacht, dass dieser Faktencheck ganz wichtig war, weil viele Fragestellungen –

(Abg. Manfred Groh CDU: Das ist doch abgeschlossen!)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Ich habe Sie auch ausreden lassen.

Sie haben doch mitbekommen, dass viele Fragestellungen gar nicht angesprochen worden sind. Ich erinnere an ganz triviale Dinge. Beispielsweise wurde ein Fahrradweg überhaupt nicht angesprochen. Rheinland-Pfalz hat auf einmal gefragt: Wo bleibt der Fahrradweg? Weitere Fragen lauten: Wie ist die Streckenführung? Wo kann man die Sanierung durchführen? Kann man die Sanierung nicht auch direkt an der Brücke durchführen? Kann die Brücke nicht an die bestehende Brücke angebunden werden?

Es gibt also viele Fragen, die man in dem Planfeststellungsverfahren zum Teil gar nicht abhandeln kann. Daher bin ich jetzt schon etwas überrascht, dass Sie dieser kommunalen Sichtweise, auch diesem Faktencheck nicht die nötige Aufmerksamkeit schenken.

Deswegen haben wir noch einen Änderungsantrag gestellt, weil wir den Faktencheck bzw. das, was die Arbeitsgruppe er-

(Wolfgang Raufelder)

arbeitet hat, hier im Landtag und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort noch einmal vorstellen möchten.

(Abg. Manfred Groh CDU: Der Faktencheck ist doch abgeschlossen!)

Da wird niemandem Sand ins Auge gestreut. Vielmehr kommen Experten sowohl aus Rheinland-Pfalz als auch aus Baden-Württemberg zu einer Lösung, die auch umzusetzen wäre. Ich denke nämlich angesichts der ganzen Diskussionen, die wir hatten, dass es gegen die jetzige Lösung viele Einsprüche gibt. Wollen Sie jetzt tatsächlich auf Teufel komm raus ein Planfeststellungsverfahren durchführen, gegen das schließlich geklagt wird, was dazu führen kann, dass Sie dann keine realistische Chance haben, diese Maßnahmen umzusetzen?

Es muss doch unsere Aufgabe, unser Ziel sein, einen Faktencheck mit der Arbeitsgruppe, mit Fachleuten u. a. aus Ministerien beider Länder durchzuführen und auch die Bürgerinnen und Bürger daran zu beteiligen.

(Beifall bei den Grünen)

Sie wissen auch ganz genau, dass weniger die Brücke das Problem ist als vielmehr die Einfädung sowohl auf rheinland-pfälzischer wie auf baden-württembergischer Seite. Die Brücke ist ausreichend leistungsfähig; der Verkehr muss nur besser abfließen können. Bei dem Faktencheck ist auch noch einmal die Frage angesprochen worden: Gibt es sowohl auf rheinland-pfälzischer als auch auf baden-württembergischer Seite die Möglichkeit, diese Nadelöhre zu beseitigen? Dem kann man sich doch nicht verschließen und einfach nur sagen: „Es muss eine Brücke her.“ Man muss doch sehen, was möglich ist, und fragen, wie man das umsetzen kann.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Diskussion in Worms. Dort sollte auch eine neue Brücke gebaut werden. Sie ist schließlich auch gebaut worden, und zwar nicht weit weg von der alten, historischen Brücke, sondern dicht an sie heran. Auch dort gab es damals eine Arbeitsgruppe, die aus Vertretern aus Hessen und Rheinland-Pfalz bestand. Die Leute waren sehr stark daran interessiert, diese Diskussion mit zu führen. Heute hat man die Brücke.

Deswegen: Lassen Sie uns optimistisch in die Zukunft blicken. Stimmen Sie unserem Antrag zu, den Faktencheck, die Analyse aus der Arbeitsgruppe öffentlich zu machen, die Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, sie mitzunehmen und dann für das Wohl von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg – auch für das von Karlsruhe – zu arbeiten und das umzusetzen. Das wäre mein Wunsch.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Groh?

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Aber gern. Die Geschäftsordnung lässt das ja zu.

Abg. Manfred Groh CDU: Es geht auch ohne Kommentierung, lieber Kollege. – Ich wollte Sie nur noch einmal fragen: Wissen Sie eigentlich, dass der Faktencheck und das Planfeststellungsverfahren durchgeführt wurden?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Antwort ist Ja!)

– Hoffentlich lautet sie Ja.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

– Warum bezweifeln Sie es dann?

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Ich habe nichts bezweifelt. Ich habe nur gesagt: Es ist noch eine Ergänzung, jetzt diese Öffentlichkeitsarbeit zu machen, das Ergebnis des Faktenchecks noch einmal öffentlich vorzustellen bzw. das in der Arbeitsgruppe gewonnene Credo sozusagen noch einmal deutlich zu machen. Auf dieser Basis wäre letztlich über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Daher sind wir schon auf dem richtigen Weg. Deswegen kann ich Sie nur ermutigen, unserem Antrag zuzustimmen, damit Sie die Situation auch richtig einschätzen können.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Groh?

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Ja.

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Kollege, nochmals eine Frage: Sie wissen, dass der Faktencheck durchgeführt wurde,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

zweitägig, öffentlich?

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Ja.

Abg. Manfred Groh CDU: Was erzählen Sie dann also?

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie waren ja gar nicht da, Herr Groh! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie am Faktencheck teilgenommen?)

– Ich war gar nicht eingeladen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Der war doch öffentlich! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Abg. Raufelder.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Danke schön. – Um das noch einmal zu klären: Ihr Antrag war – das muss man sich noch einmal in Erinnerung rufen –: Sie wollten Informationen zum Verfahren. Wir fanden das gut. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, in dem wir sagen: Wir möchten das, was die Arbeitsgruppe erarbeitet hat, in die Öffentlichkeit bringen und auch hier im Landtag vorgestellt haben. Danach wird entschieden, wie es weitergeht – auch mit dem Planfeststellungsverfahren. Was ist denn daran falsch? Ich denke, es ist richtig, so vorzugehen. Mein Kollege Salomon hat Ihnen ja noch einmal verdeutlicht, dass er teilgenommen hat. Leider hat von Ihrer Seite niemand teilgenommen.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

(Wolfgang Raufelder)

Es hätte wahrscheinlich vieles zur Klärung beigetragen, wenn auch Sie dort gewesen wären und die Diskussion öffentlich mit geführt hätten.

Wir haben uns in verschiedenen Verbänden schon öfter darüber unterhalten. Sie haben immer wieder mitbekommen, dass es auch Stimmen gegen diese Planfeststellung gab und dass wir diesen Faktencheck bzw. diese Arbeitsgruppe als sehr sinnvoll erachtet haben.

Deswegen: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Ich hoffe, dass wir jetzt eine richtige und optimale Lösung finden.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich: Was ist eigentlich das Ziel des CDU-Antrags, den wir hier haben?

(Unruhe)

Was ist eigentlich der Sachstand? Wir haben derzeit zwei laufende Planfeststellungsverfahren, eines in Baden-Württemberg, eines in Rheinland-Pfalz. Wir haben Unterstützung für die Brückenplanung, insbesondere von rheinland-pfälzischer Seite, aber auch von der Seite des Landkreises Karlsruhe. Genauso richtig ist aber auch, dass es heftigen Widerstand gegen diese Brücke und eine Reihe von Einwendungen gibt, und zwar nicht nur von den Naturschutzverbänden, sondern insbesondere – es wurde schon angesprochen – auch vom Gemeinderat der Stadt Karlsruhe, immerhin eine Großstadt mit knapp 300 000 Einwohnern; in dem Gemeinderat haben sich sieben von acht Gruppierungen gegen diese Brücke ausgesprochen.

Es ist logisch, dass eine Reihe von Einwendungen gegen das Planfeststellungsverfahren beim Regierungspräsidium Karlsruhe und im Landesbetrieb Mobilität in Rheinland-Pfalz eingegangen sind, die nun bearbeitet werden müssen. Aufgrund der höheren Zahl der naturschutzrechtlichen Fragen auf pfälzischer Seite gehe ich relativ sicher davon aus, dass es dort mehr solcher Einwendungen gibt.

Bevor es zu einem Anhörungstermin kommen kann – den fordern Sie heute mit Ihrem Antrag ein –, müssen diese Einwendungen aber abgearbeitet sein. Alles andere macht keinen Sinn; aber genau das wollen Sie anscheinend mit Ihrem Antrag.

Es gibt keinen Zweifel, dass die Einwendungen im Regierungspräsidium Karlsruhe zügig bearbeitet werden. Zudem müssen auch noch Dinge aufgearbeitet werden, die die alte Landesregierung unterlassen hat. Das gravierendste Beispiel ist sicherlich, dass ein Raumordnungsverfahren nur auf rheinland-pfälzischer Seite, aber nicht auf baden-württembergischer Seite durchgeführt wurde, sodass die ganzen Fragen dazu, wo die Trasse überhaupt hingehört, jetzt in diesem Planfeststellungsverfahren mit abgewogen werden müssen, weil es vorher auf baden-württembergischer Seite kein Raumordnungsverfahren gegeben hat. Nichtsdestoweniger ist es so,

dass sich auch das Regierungspräsidium noch einmal verschiedene Trassenvarianten anschauen muss.

Zudem sind vor allem die Fragen der Fortführung des Straßennetzes hinter der geplanten neuen Brücke völlig ungeklärt. Schon heute ist der zentrale Engpass für den Autoverkehr nicht die Brücke selbst – Kollege Raufelder hat es angesprochen –, sondern die Situation direkt am Knielinger Pfortner, wo es zur Südtangente übergeht und wo wir schon heute einen Engpass haben, weil wir eine Verengung von drei auf zwei Spuren haben.

Was soll jetzt auf der Grundlage dieser Planungen daraus gemacht werden? Wir haben danach nicht drei Spuren, sondern wir haben danach fünf Spuren, die auf zwei Spuren übergehen. Das kann nicht funktionieren.

(Zuruf von den Grünen: Flaschenhals!)

Auch wenn einige diese zweite Rheinbrücke gut finden, hat fast jeder in der Region Karlsruhe etwas gegen diese Planung, wie sie jetzt vorliegt. Deswegen glaube ich, dass wir hier schon sehr genau hinschauen müssen.

Ich frage mich auch, was daran falsch gewesen sein soll, dass die beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nach dem Faktencheck im November, den im Übrigen auch die CDU-Gemeinderatsfraktion in Karlsruhe wollte, eine Arbeitsgruppe eingerichtet haben, um neben dem Planfeststellungsverfahren die vielen anderen noch offenen fachlichen Fragen, die damit zusammenhängen, zu klären.

Das Arbeitsprogramm dieser Arbeitsgruppe finden Sie im Internet. Ich finde, die zwölf Punkte, die dort aufgelistet sind, sind ziemlich sportlich. Es sind Fragen, die wichtig und zentral sind. Ich möchte nur an zwei Beispiele erinnern: Das eine Beispiel ist die ständige Angst, die man vor einer Brückensperrung hatte, weil man sagte, man könnte diese Brücke nicht im Betrieb sanieren. Aber man kann sie letztlich im Betrieb sanieren, zwar mit Vollsperrungen an einzelnen Tagen, aber man kann sie sanieren. Deshalb fand ich es auch sehr unschön, mit welcher Angst da gespielt wurde. Nichtsdestotrotz muss man das Ganze natürlich fachlich entscheiden.

Auch andere Fragen, wie z. B. die Öffnung des Knielinger Pfortners, die insbesondere von Rheinland-Pfalz angesprochen wurde, der sich aber die Stadt Karlsruhe und die alte Landesregierung massiv widersetzt hatten, müssen entschieden werden; denn der Knielinger Pfortner sorgt natürlich letzten Endes auch für diese Stauprobleme. Daran hängen vielleicht auch noch andere Fragen, wenn man ihn öffnet. Aber man muss sich das anschauen, und das haben die alte Landesregierung bzw. das Regierungspräsidium Karlsruhe nicht getan.

Deshalb begrüße ich, dass dieses Arbeitsprogramm mit großer Intensität angegangen wird. Ich muss sagen, ich finde es sportlich, diese zwölf Fragen innerhalb eines halben Jahres klären zu wollen.

Frau Staatssekretärin, wenn ich es recht im Kopf habe, sollen die Ergebnisse im Juli vorliegen, und das letzte Treffen der Arbeitsgruppe soll Anfang Juli gewesen sein. Ich möchte daher auch fragen: Wie weit sind wir an dieser Stelle?

(Johannes Stober)

Ich möchte auch darum bitten, dass Sie das Petitum des gemeinsamen Antrags von SPD und Grünen, dass man diese Arbeitsergebnisse vorstellt, aufnehmen und dass man dann – das hat natürlich auch etwas damit zu tun, wie es weitergeht – im Lichte dessen darüber entscheidet, wie man mit dem Planfeststellungsverfahren weiter umgeht. Dann, wenn die Einwendungen vom Regierungspräsidium abgearbeitet sind, kann man zu den entsprechenden Entscheidungen kommen.

Ich kann nur sagen: Ich habe die volle Überzeugung, dass das Ganze zügig abgearbeitet wird. Wir wollen hier nichts verschleppen. Eine Entscheidung muss fallen, muss getroffen werden. Unabhängig davon, wie sie ausfällt, ist es richtig, solche Dinge nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern darüber zu entscheiden.

In diesem Sinn begrüßen wir auch das bisherige Verfahren. Wir bedanken uns vor allem bei den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf rheinland-pfälzischer Seite, aber auch im Regierungspräsidium Karlsruhe für die tolle Arbeit, die da geleistet wurde. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Meine sehr geehrte Dame!“, kann ich fast noch sagen. Mit der bestehenden Rheinbrücke verbindet mich der gemeinsame Jahrgang, der Jahrgang 1966, das Jahr der Inbetriebnahme.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Diese Brücke war einmal für 33 000 Fahrzeuge täglich geplant. Inzwischen sind es täglich 65 000 bis 82 000 Fahrzeuge, darunter 7 000 Lkws. Das zeigt schon die Dringlichkeit dieses Projekts der zweiten Rheinbrücke.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf ein Schreiben des Verkehrsministeriums hinweisen, das überschrieben ist mit „Hinweise zum Gutachten ‚Machbarkeitsstudie zur Verstärkung der orthotropen Fahrbahnplatte für die Rheinbrücke Maxau (B 10)‘“. Das Schreiben stammt vom 15. November 2011. Schon damals wurde auf die Problematik der Sanierung im laufenden Betrieb hingewiesen, wenn man keine zweite Brücke zur Verfügung hat. Ich darf zitieren:

Es wäre vorteilhaft, dass diese zusätzliche rheinquerende Achse in direkter Nachbarschaft zur bestehenden Achse während der Ertüchtigungsarbeiten bereits zur Verfügung stünde.

Weil man eben weiß: neun Monate Bauzeit der Sanierung der bestehenden Rheinbrücke und mindestens zwölf bis 16 Tage Vollsperrung.

(Abg. Manfred Groh CDU: So ist es!)

Man hat sich dann für diesen Faktencheck, der auch von meinen Vorrednern angesprochen wurde, entschieden. Er wurde am 18. und am 22. November 2011 durchgeführt. Was eben etwas stutzig macht – da muss ich dem Kollegen Groh bei-

pflichten –, ist: Die Fraktion GRÜNE hat sich am 16. November im Verkehrsausschuss gegen den Bau der zweiten Rheinbrücke ausgesprochen.

(Abg. Manfred Groh CDU: So ist es! – Zuruf: Da ist auch abgestimmt worden!)

Ich zitiere:

Ein Abgeordneter der Grünen äußerte, seine Fraktion spreche sich gegen den geplanten Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Karlsruhe und Wörth aus.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist vollkommen richtig! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Faktencheck!)

Das heißt, da kann man schon nachvollziehen, dass man natürlich irritiert ist, wie ein Abgeordneter der Grünen einerseits diese Aussage im Verkehrsausschuss macht

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ihnen ist schon klar, dass auch die CDU den Faktencheck gefordert hat?)

und andererseits der Finanzminister beim IHK-Neujahrsempfang erklärt, die zweite Rheinbrücke komme, die SPD stehe hinter dieser zweiten Rheinbrücke. Insofern ist das einfach nicht nachvollziehbar. Deshalb bitten wir um eine Klarstellung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die gespaltene Zunge!)

Wir können nachvollziehen, dass man einen Faktencheck macht, dass man jetzt eine länderübergreifende Arbeitsgruppe tätig werden lässt; in Ordnung. Aber man sollte dann schon dazu stehen, was eigentlich das Ziel ist. Das Ziel sollte schon sein – für die Händler und für die Industrie, die das ja nicht als Selbstzweck machen, sondern dies auch für die Region machen –, festzustellen, dass für die zweite Rheinbrücke ein dringender Bedarf besteht.

Wir sind insofern auch überrascht – Kollege Groh hat es angedeutet; es steht in der Drucksache 15/1764, in der Stellungnahme zu Ziffer 4 –, dass sich diese Arbeitsgruppe eben nicht zum Gegenstand gemacht hat, sich in Sachen der zweiten Rheinbrücke zu positionieren. Insofern ist das für uns irritierend. Deswegen wollen wir schon eine klare Aussage hören: Wie geht es weiter? Wie sind die Ergebnisse aus dieser länderübergreifenden Arbeitsgruppe, und wie steht die Landesregierung, wie steht das Ministerium zu dieser zweiten Rheinbrücke? Insofern unterstützen wir auch den Antrag der CDU, dass wir jetzt zügig das weitere Planfeststellungsverfahren für die zweite Brücke durchführen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett das Wort.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man etwas bauen will, dann braucht man im Wesentlichen drei Dinge: Man

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

braucht den Grund und Boden, man braucht genügend Geld zum Bauen, und man braucht das Baurecht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Man braucht eine Politik, die es will!)

Das ist so, wenn man ein Einfamilienhaus bauen will; das ist auch so, wenn man eine Rheinbrücke bauen will.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Vor allem brauchen Sie den Willen dazu!)

Beginnen möchte ich mit dem notwendigen Baurecht für die Brücke. Zwei Tage vor der Landtagswahl im vergangenen Jahr wurden in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg Planfeststellungsverfahren für die zweite Rheinbrücke bei Karlsruhe eingeleitet. Bei einem kommunalpolitisch so hoch umstrittenen, mit Gesamtkosten von über 100 Millionen € auch nicht gerade billigen und mit großen Eingriffen in Natur und Landschaft verbundenen Projekt sollte man meinen, die Planung sei mit der notwendigen Sorgfalt und Betrachtungstiefe angegangen worden.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Überstürzt worden!)

Zu erwarten gewesen wäre auch, dass man sich im Vorfeld um Akzeptanz bei der betroffenen Kommune – auf badischer Seite ist das die Stadt Karlsruhe – bemüht. Dass dem nicht so war, veranschaulicht die Reaktion des Karlsruher Gemeinderats.

Es wurde schon angesprochen: Der Karlsruher Gemeinderat hat die vorgelegte Planung abgelehnt. Einzig die CDU-Fraktion spricht sich für die Verwirklichung der vorgelegten Planung aus. Und alle Fraktionen – auch die CDU-Fraktion – im Gemeinderat waren sich einig, dass es einer Klärung der Fakten bedarf.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Hört, hört!)

Dies war die Situation nach dem Regierungswechsel.

(Abg. Manfred Groh CDU: Leider falsch!)

Was hat die neue Landesregierung, was hat das Verkehrsministerium getan? Wir haben den Wunsch des Karlsruher Gemeinderats ernst genommen. Am 18. und am 22. November des vergangenen Jahres haben wir zusammen mit den Partnern aus Rheinland-Pfalz den erforderlichen Faktencheck durchgeführt. Wir haben auf die Kraft von Argumenten, auf Transparenz und auf eine Versachlichung der Debatte gesetzt, leider begleitet von Äußerungen von CDU-Abgeordneten, die nicht müde werden, den Faktencheck als Verzögerungstaktik, als Geldverschwendung abzulehnen, nachdem ihn die CDU-Fraktion im Karlsruher Gemeinderat – wie gesagt – gefordert hat. Es gibt entsprechende Schreiben.

Was waren die wesentlichen Ergebnisse des Faktenchecks, an dem Sie, Herr Groh, im Übrigen nicht teilgenommen haben? Eine ganze Reihe von Argumenten, die von den Befürworterinnen und von den Befürwortern einer zweiten Rheinbrücke oft im Wechsel angeführt wurden, haben sich bei näherer Überprüfung als nicht zwingend erwiesen. Eine zweite Rheinbrücke ist nicht deshalb notwendig, weil sich die Lebensdauer

er der bestehenden Rheinbrücke Maxau dem Ende zuneigen würde. Diese Brücke wird, auch weil sie von den Ingenieuren der baden-württembergischen Straßenbauverwaltung in einem guten Zustand gehalten wird, noch Jahrzehnte halten.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Hört, hört!)

Klar ist auch: Die notwendige Ertüchtigung der bestehenden Rheinbrücke ist möglich – darauf wurde auch schon hingewiesen –, ohne dass es hierzu einer zweiten Rheinbrücke bedürfte.

Es ist allerdings auch zutreffend – darauf hat Herr Haußmann schon hingewiesen –, dass größere Sanierungsarbeiten, wie sie in absehbarer Zeit zur Ertüchtigung der bestehenden Brücke anstehen, natürlich einfacher möglich sind, wenn in unmittelbarer Nähe eine zweite Brücke vorhanden ist.

Damit sind wir beim Stichwort Redundanz. Das ist aus meiner Sicht die einzige der vielen für die zweite Rheinbrücke angeführten Begründungen, die wirklich trägt.

Auch die morgendliche Stauproblematik ist kein schlagendes Argument. Klar ist: Die Brücke, die wir jetzt haben, führt mit drei Spuren über den Rhein. Engpass ist jedoch nicht die Brücke selbst. Das Stauproblem liegt nicht auf, sondern hinter der Brücke, und es geht eben auch nicht nur darum, wie die Autos über den Rhein kommen, sondern darum, wie die Brücke oder die Brücken angebunden sind und inwieweit das städtische Verkehrsnetz in der Lage ist, den Verkehr aufzunehmen. Auch deshalb ist die Positionierung der Stadt Karlsruhe wichtig.

Klar ist: Die vorgelegte Planung ist nur bedingt geeignet, die Verkehrsprobleme zu lösen. Zweifel an der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der geplanten Lösung werden nicht nur von den Gegnerinnen und Gegnern, sondern auch von den Befürworterinnen und Befürwortern vorgetragen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: So ist es!)

Einige der vom Karlsruher Gemeinderat gestellten Fragen konnten im Rahmen des Faktenchecks geklärt werden, andere bedurften einer weiteren, genaueren Untersuchung. Deshalb wurde auf der gemeinsamen Kabinettsitzung der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 27. November 2011 die Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Leistungsfähige Rheinquerung“ beschlossen, um die trotz Einleitung des Planfeststellungsverfahrens und trotz Faktenchecks noch offenen Fragen zu bearbeiten. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeiten mittlerweile nahezu abgeschlossen. Erste Endergebnisse zu den insgesamt zwölf Themenblöcken werden wir noch im Juli vorstellen.

Ich habe mit meinem rheinland-pfälzischen Kollegen Häfner vereinbart, eine detaillierte Vorstellung der Ergebnisse nach der Sommerpause gemeinsam vorzunehmen. Dann wird auch über das weitere Vorgehen zu entscheiden sein. Es wird keine einfache Schwarz-Weiß-Aussage à la „Brücke, ja oder nein?“ geben; dafür ist die Themenstellung zu komplex. Deswegen wird ebendiese Antwort auch nicht zeitgleich mit Aussagen zu den zwölf Themenblöcken abgeliefert werden. Aber danach ist zu entscheiden.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Meine Damen und Herren, die CDU im Raum Karlsruhe dringt täglich darauf, dass die Ergebnisse vorgelegt werden und dass die Brücke endlich gebaut wird. Sie erwecken den Eindruck, als herrschte ein großer Druck, eine große Eile. Sie tun so, als stünde die Brücke schon, wenn es nur keinen Regierungswechsel im Land Baden-Württemberg gegeben hätte.

(Abg. Manfred Groh CDU: So ist es! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Der war gut!)

Richtig ist, dass der Baubeginn für die geplante zweite Rheinbrücke nicht allein von Baden-Württemberg abhängt. Parallel zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens in Baden-Württemberg wurde auch in Rheinland-Pfalz das Verfahren eingeleitet. Dazu möchte ich später auch etwas sagen.

Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Groh. Sie werfen mir in einem Beitrag in einer CDU-Mitgliederzeitschrift

(Abg. Thomas Blenke CDU: Haben Sie die abonniert?)

Verzögerungstaktik, Trickereien, taktisches Geplänkel und Straßenphobie vor.

(Abg. Manfred Groh CDU: Nach wie vor! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Unsägliche Vorwürfe!)

Zitat:

Baden-Württemberg signalisiert seinem Nachbarn Rheinland-Pfalz, welches das Planfeststellungsverfahren bereits abgeschlossen hat, dass ein Baubeginn bestenfalls in einigen Jahren zu erwarten sei ...

Sie vermitteln den Eindruck, als wäre das Verfahren in Rheinland-Pfalz abgeschlossen. Das ist komplett falsch. Das, was Sie tun, dient nur dazu, Stimmung zu machen.

Richtig ist: Das Planfeststellungsverfahren auf pfälzischer Seite hat denselben Verfahrensstand wie das in Baden-Württemberg. Die beiden Verfahren laufen parallel.

(Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Manfred Groh CDU)

Auf pfälzischer Seite gibt es noch Probleme zu lösen, insbesondere naturschutzrechtliche Probleme.

Ich komme jetzt zur zweiten Frage: Stehen denn die Mittel bereit? Wir haben einen Kassensturz im Bereich Straßenbau gemacht. Sie wissen, wie viel Geld wir noch brauchen, um die laufenden Bauarbeiten zu bedienen. Sie wissen, dass wir 20 baureife Vorhaben haben, die wir priorisiert haben und die weitere 800 Millionen € kosten.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Das Auseinanderklaffen von Wunsch und finanzieller Wirklichkeit im Straßenbau hat eine Priorisierung notwendig gemacht. Es ist erstaunlich, dass sich die Vorgängerregierung dieser Aufgabe nicht gestellt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Welchen Aufgaben hat sie sich denn gestellt?)

Laufende Projekte und Projekte mit Baurecht haben ein Kostenvolumen von insgesamt 1,7 Milliarden €. Hinzu kommen zahlreiche Projekte, die wie die zweite Rheinbrücke im Planfeststellungsverfahren sind. Selbst wenn wir den Mittelfluss der letzten Jahre nach Baden-Württemberg zugrunde legten, müsste jedem klar sein, dass ein Baubeginn für die geplante zweite Rheinbrücke während der Laufzeit des Investitionsrahmenplans wirklich fern jeglicher Realität ist.

Ich komme zum dritten Punkt, Baugrund:

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wie viele Punkte gibt es denn?)

Die Stadt Karlsruhe ist Eigentümerin eines Großteils der benötigten Grundstücke. Der Gemeinderat – wir haben es jetzt schon mehrfach angesprochen – lehnt die vorgelegte Planung ab. Die Bundesregierung hat auf die Frage, ob der Bund jemals gegen den Willen einer Stadt in der Größe von Karlsruhe eine Bundesstraße durch deren Gebiet gebaut hat, geantwortet, dass der Bundesregierung kein derartiger Fall bekannt sei.

Ich habe bereits im Dezember letzten Jahres den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe gebeten, im Lichte des Faktenchecks noch einmal mit den Fraktionen des Gemeinderats zu reden. Eine Antwort habe ich trotz mehrfacher Nachfrage bisher leider nicht bekommen. Vom Gemeinderat habe ich aber gehört, dass die ablehnende Haltung weiterhin besteht.

Meine Damen und Herren, die frühere, CDU-geführte Landesregierung hat es nicht geschafft, die Stadt Karlsruhe von der Notwendigkeit einer zweiten Rheinbrücke auf ihrer Gemarkung zu überzeugen. Das ist eines der zu lösenden Probleme. Es geht also sehr wohl um die Frage des Umgangs mit dem erklärten Willen der Stadt Karlsruhe. Dazu hätte ich von Ihnen, Herr Kollege Groh, schon gern eine klare Aussage: Akzeptieren Sie die Haltung des Gemeinderats, oder sind Sie dafür, die Stadt im Zweifelsfall zu enteignen? Wenn Sie so tun – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Groh?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Noch drei Sätze, dann gestatte ich eine Zwischenfrage.

Wenn Sie so tun, als stünden die Pendlerinnen und Pendler aktuell im Stau, weil die neue Landesregierung nach gut einem Jahr Regierungszeit nicht vollendet hat, was die CDU-geführte Landesregierung in Jahrzehnten nicht hinbekommen und schlecht vorbereitet hat, dann hätte ich gern auf diese Frage eine Antwort von Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Groh.

Abg. Manfred Groh CDU: Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, die Antwort kann ich Ihnen gleich geben, indem ich Ihnen eine Frage stelle. Ist Ihnen bekannt, dass der Gemeinderat von Karlsruhe kein Befassungsrecht hat, wie ich es vorhin bereits ausgeführt habe, und dass diese Erklärung bzw. diese

(Manfred Groh)

Resolution, von der Sie fortlaufend reden, lediglich deklaratorischen Charakter hat?

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Ist Ihnen außerdem bekannt, dass der damit befasste Regionalverband genau dies mit den Stimmen der SPD abgelehnt hat?

Wenn ich hinsichtlich des Planfeststellungsverfahrens, von dem Sie sprechen, beim Regierungspräsidium Karlsruhe anrufe, dann höre ich, dass dieses Verfahren zwar durchgeführt, aber deshalb noch nicht abgeschlossen sei, weil Sie in persona diesen Erörterungstermin verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Ich weiß, welche Gremien sich wie zu der Brücke positioniert haben. Ich weiß auch, dass die Stadt Karlsruhe Eigentümerin der Grundstücke ist. Natürlich muss sie sich mit der Frage auseinandersetzen, wie sie zu dieser Planung steht. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass es auch darum geht, wie der Verkehr im städtischen Verkehrsnetz abgewickelt werden kann.

Das Planfeststellungsverfahren läuft. Es ruht nicht, sondern es läuft. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens sind alle Fragen zu klären, die zu klären sind. Wir sind derzeit dabei, das zu tun. Dazu dienen der Faktencheck und die Arbeitsgruppe. Insoweit gibt es bislang keinerlei Verzögerung. Ich habe Ihnen auch deutlich erklärt – ich hoffe, Sie nehmen das zur Kenntnis –, dass das Planfeststellungsverfahren in Rheinland-Pfalz im gleichen Stadium ist. Auch dort ist noch kein Erörterungstermin angesetzt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Noch eine Frage. – Bitte, Herr Abg. Groh.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Klärt das doch nachher im Zug! – Unruhe)

Abg. Manfred Groh CDU: Ich habe noch eine kleine Nachfrage. Frau Staatssekretärin, nachdem der Herr Wirtschaftsminister –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ein Kollege eine Frage stellt und die Rednerin dies zulässt, muss man keinen Aufstand machen. Das ist nach der Geschäftsordnung in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf: Bravo!)

Abg. Manfred Groh CDU: Frau Staatssekretärin, Sie haben dargelegt, dass viele in Karlsruhe diese Rheinbrücke so nicht wollen und dass es erhebliche Mängel gibt. Ich habe Ihnen vorhin aufgezeigt, wer alles diese Rheinbrücke befürwortet. Da der Herr Wirtschaftsminister anwesend ist, können wir ihn fragen, wie die Sache aus der Sicht der Wirtschaft beurteilt wird.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Haben Sie der Frau Staatssekretärin die Frage gestellt?

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, ich frage Sie, ob es zulässig ist, eine Frage an den Wirtschaftsminister zu richten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nein, Sie können nur eine Frage an die Frau Staatssekretärin richten. Lautet Ihre Frage also, ob sie mit dem Herrn Wirtschaftsminister reden kann?

Abg. Manfred Groh CDU: Sie soll ihn fragen, wie er die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer zweiten Rheinbrücke beurteilt.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sie werfen mir Verzögerungstaktik vor. Das Plenum möge beurteilen, wer gerade das Ende der Sitzung verzögert.

(Abg. Manfred Groh CDU: Na ja! – Unruhe)

Nun zur Frage, wie die Wirtschaft das beurteilt. Wir sind uns – im Übrigen auch mit Rheinland-Pfalz – einig, dass wir eine leistungsfähige Rheinquerung sichern wollen. Die Frage, um die es geht, lautet, ob die vorgelegte Planung die richtige Planung ist, ob man sie ändern muss und ob sie an dieser Stelle richtig angelegt ist. Darüber reden wir, und das versuchen wir zu klären.

Insofern sind wir uns hinsichtlich der eigentlichen Zielsetzung einer leistungsfähigen Rheinquerung einig. Darüber haben wir uns ausgetauscht. Dabei geht kein Blatt zwischen die Koalitionspartner.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Wenigstens Applaus vom Koalitionspartner!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen dann zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/1355 (geänderte Fassung). Abschnitt I ist ein Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden.

Zu Abschnitt II des Antrags liegen zwei Änderungsanträge vor, nämlich ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2111, sowie ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2113.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2113, abstimmen, da dies der weiter gehende Antrag ist. Das ist eindeutig, und von der CDU wird dem auch nicht widersprochen. Wer für den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2113, stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber knapp!)

Über den Änderungsantrag der CDU, Drucksache 15/2111, brauchen wir nicht mehr abzustimmen. Das ist durch die Annahme des Änderungsantrags Drucksache 15/2113, der gerade die Zustimmung dieses Hauses erfahren hat, obsolet geworden.

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Ich darf Sie zum Parlamentarischen Abend entlassen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dürfen wir auch heimfahren?)

Die nächste Sitzung findet morgen um 9:30 Uhr statt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:20 Uhr

Anlage

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus (ausgeschieden am 30. 06. 2012 mit Niederlegung des Mandats)	tritt ein
Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	stellvertretendes Mitglied		Kurtz
Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	<i>Gönner</i>	Burger
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Schütz <i>Gönner</i> Jägel	Schmid, Viktoria Burger Schütz
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	von Eyb <i>Gönner</i>	Burger von Eyb
Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur	stellvertretendes Mitglied	<i>Gönner</i>	Burger
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	<i>Gönner</i>	Burger

18. 07. 2012

Peter Hauk und Fraktion